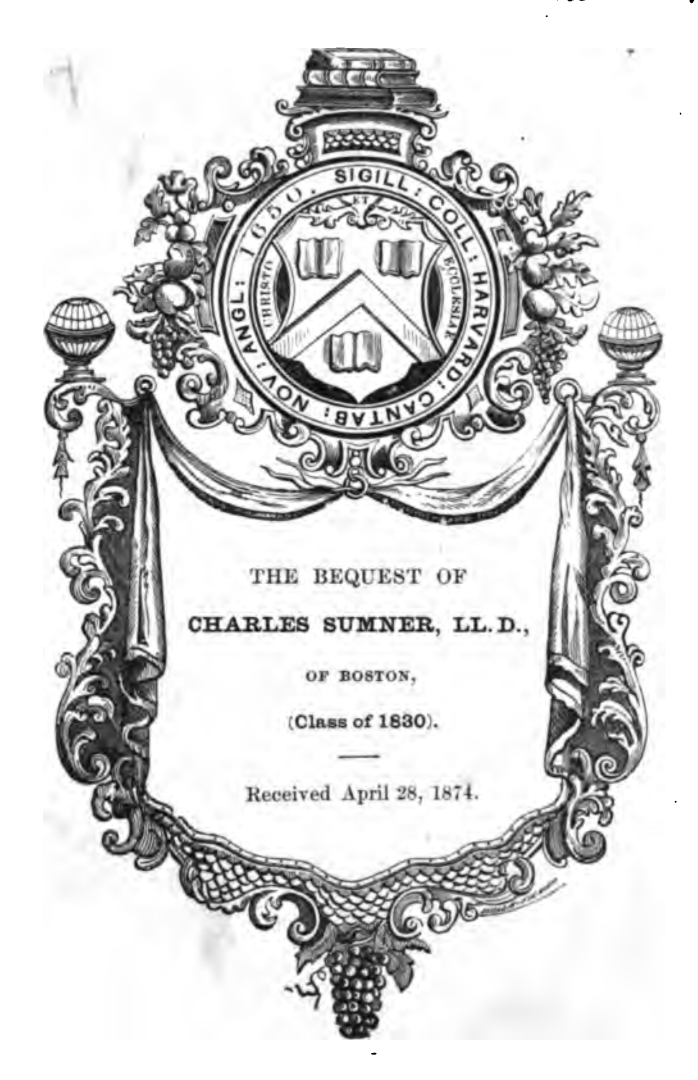

3 2044 103 241 626


SIGILL: COLL: HARVARD: CANTAB: NOV: ANGL: 1650.
CHRISTO ET ECCLESIAE

Frei Schiff unter Feindes Flagge.

Urkundliche Darstellung

der

Bestrebungen zur Fortbildung des Seerechts seit 1856,

auf Veranlassung der Bremer Handelskammer

herausgegeben von

Ludwig Karl Aegidi und **Alfred Klauhold.**

Beilage zum Staatsarchiv.

HAMBURG.

Otto Meissner.

1866.

Einleitung.

Die sieben Mächte, welche den Pariser Frieden geschlossen, vereinigten sich, für den Fall künftiger Kriege, über die Declaration vom 16. April 1856 (No. I) in Betreff des Seerechts und forderten in Folge derselben diejenigen Staaten, welche an dem Congress nicht theilgenommen, zur bindenden Anerkennung der als untheilbares Ganzes bezeichneten vier Grundsätze der Declaration förmlich und feierlich auf (No. II). Ihren Beitritt erklärten der deutsche Bund und die einzelnen deutschen Staaten; Belgien, Dänemark, Griechenland, Niederlande, Parma, Portugal, Rom, Schweden-Norwegen, Schweiz, beide Sicilien, Toscana; Argentinische Republik, Brasilien, Chili, Ecuador, Guatemala, Haiti, Peru (No. III). Brasilien regte, indem es beitrat, den weiteren internationalen Fortschritt an, der mittlerweile von anderer Seite, jedoch als Vorbedingung der Annahme der Pariser Declaration, geltend gemacht worden war und seither den Gegenstand practischer und theoretischer Bestrebungen ausgemacht hat (No. III, Anmerkung). — Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten nämlich unter dem 14. Juli 1856 diejenigen Regierungen, welchen die Pariser Declaration zur Annahme vorgelegt war, vor dem Beitritt gewarnt, die Unvereinbarkeit jener Declaration mit bestehenden Verträgen hervorgehoben und insbesondere zu erkennen gegeben, dass Handelsstaaten, welche die Lasten einer starken Marine nicht tragen noch tragen wollen, das unbestrittne Recht der Kaperei, das Graf Walewski am 8. April 1856 in der 22. Sitzung des Congresses als „*piraterie organisée*“ bezeichnet, nicht zu entbehren vermögen — es müsse denn ein Schritt weiter gegangen, auch das Prisenrecht der Kriegsschiffe aufgehoben, somit alles Privateigenthum zur See in Kriegszeiten für unverletzlich erklärt werden (No. IV). Vierzehn Tage später fanden die hier angedeuteten Ideen eine eingehende Ausführung in der berühmten Circular-Note des Staatssecretair des Auswärtigen an die zu Washington beglaubigten Gesandten Frankreichs,

Oesterreichs, Preussens, Russlands und Sardiniens, die man gewöhnlich „die Note Marcy's an Sartiges" nennt, vom 28. Juli 1856 (No. V).*) Die Note wendet sich zunächst gegen die Vereinbarung der sieben Mächte, wonach die vier Punkte ein unzertrennbares Ganzes bilden sollen, sodann dagegen, dass künftig ein Staat, welcher die Pariser Declaration unterzeichnet oder ihr beigetreten, keinen Vertrag in Betreff der Rechte der Neutralen eingehen dürfe, der nicht die gesammten vier Punkte der Declaration zur Grundlage hat. Darauf billigt die Note den zweiten und dritten Satz, welcher die alte Ansicht der Vereinigten Staaten wiedergibt,**) wie sie noch neuerdings in den Verträgen derselben mit Russland vom 22. Juli 1854, mit Beiden Sicilien vom 13. Januar 1855 (Art. 1) Ausdruck gefunden und den Gegenstand von Verhandlungen bilde, denen nun die Pariser Declaration in den Weg getreten sei, — bezeichnet den vierten Satz als nichtssagend und werthlos und wendet sich gegen den ersten Satz von der Abschaffung der Kaperei. Diese wird in ausführlicher Weise als vollkommen berechtigt, als unbestritten, als gebilligt von Staatenpraxis und öffentlicher Meinung, als wesentlich für die Freiheit der Meere nachgewiesen. Die Note bedauert, dass die allgemeine Anerkennung des von den Vereinigten Staaten von jeher vertretenen zweiten und dritten Satzes gefährdet sei durch die Verbindung mit jenem andern unannehmbaren Prinzip, dass die Verwerfung dieses einen das Scheitern aller zur nothwendigen Folge haben solle. Gegen die drei letzten Sätze würde von keiner Seite ein Einwand erhoben worden sein; gegen den ersten wäre ein energischer Widerstand *(vigorous resistance)* zu gewärtigen gewesen. Die Declaration führe nicht Gründe an für die Abschaffung der Kaperei; es gezieme sich aber zu vermuthen, dass der leitende Gedanke gewesen sei, Privat-Eigenthum zur See in Kriegszeiten auf gleiche Weise sicher zu stellen, wie das Privat-Eigenthum zu Lande. Dieser Gedanke würde jedoch, wie schon die Präsidenten-Botschaft vom 4. December 1854, Preussen gegenüber***) ausgeführt, nicht durch die Aufhebung der Kaperei allein, sondern nur dadurch verwirklicht, dass auch das Prisenrecht der Kriegsschiffe aufhöre und die volle Immunität des Privat-Eigenthums zur See in Kriegszeiten Anerkennung finde. Die Vereinigten Staaten betrachten mächtige stehende Heere zu Land und See als verderblich für den Nationalwohlstand, als gefahrbringend für die bürgerliche Freiheit. Daher können sie keinen völkerrechtlichen Grundsatz annehmen, der sie entweder nöthigt, ihre tradi-

*) Den Gesandten Frankreichs, Preussens und Russlands in Washington übergeben am 6. August 1856: so berichtete der Bremische Minister-Resident, Washington den 7. Aug. 1856.

**) *„A doctrine which, from the very commencement of our being, has been a cherished idea of the statesmen of this country".* Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten, Herrn Pierce, vom 4. December 1854. (LVI, 7.)

***) Dem Vorschlag der Vereinigten Staaten, einen Vertrag in Betreff der Rechte der Neutralen (wie mit Russland 22. Juli 1854) abzuschliessen, hatte Preussen sich geneigt gezeigt, aber den Antrag gestellt, vertragsmässig der Kaperei zu entsagen. Hierauf erfolgte die obige Erwiederung.

tionelle Politik zu verlassen und ein Militärstaat zu werden, oder der sie wehrlos macht gegenüber den grossen Seemächten. Letztere könnten leicht darein willigen, der Kaperei zu entsagen, falls die Staaten, welche keine gewaltigen Flotten besitzen, ein Gleiches thäten; denn sie würden dadurch ihr Uebergewicht zur See erhöhen, sie gewönnen die Herrschaft der Meere, die das Gemeingut aller Nationen sind. Die Freiheit des Meeres schliesse solche Herrschaft aus. Befestigt aber werde diese Freiheit durch die Immunität alles Privat-Eigenthums in Seekriegen. Daher stelle der Präsident den Antrag, den ersten Satz der Declaration mit folgendem Zusatz zu versehen: „Und soll das Privat-Eigenthum von Unterthanen oder Bürgern eines kriegführenden Staats auf hoher See der Wegnahme durch Kriegsschiffe des andern kriegführenden Theils nicht unterliegen, mit einziger Ausnahme von Kriegs-Contrebande.“ Mit dieser Aenderung seien die Vereinigten Staaten bereit, den ersten Satz und somit den ganzen Inhalt der Declaration anzunehmen. Werde dagegen dieses Amendement verworfen, so würden die Vereinigten Staaten den ersten Satz ablehnen, den übrigen drei Grundsätzen beipflichten.

Neue Verhandlungen schienen folgen zu sollen. Einstweilen aber gehörten der grossen Staatengemeinschaft, in welcher die Pariser Declaration als internationales Recht galt, weder die Vereinigten Staaten, noch Mexico, noch Spanien an.

Für die innere Begründung des Amerikanischen Verlangens darf angeführt werden, dass zwei Monate vor dem Marcy'schen Amendement im Englischen Oberhause, am 22. Mai 1856, Earl Clarendon hervorhob, England gewinne durch die Untersagung der Kaperei mehr, als es durch den Satz „frei Schiff, frei Gut“ aufgebe, und dass ebenda Lord Derby bemerkte, die Consequenz der Pariser Erklärung müsse mit Nothwendigkeit dahin führen, überhaupt alles Privat-Eigenthum zur See wie zu Lande zu respectiren und die Kauffahrer in Kriegszeiten unbehindert ihren Lauf zwischen den Kriegsschiffen nehmen zu lassen.

Dieser Grundsatz der Freiheit alles Privat-Eigenthums zur See in Kriegszeiten, theoretisch gegen die Mitte des vorigen Jahrhunderts von dem Abt Bonnot de Mably behauptet*), dann von dem Geistlichen Galiani nur eben angedeutet**), fand die erste officielle Anerkennung im Artikel 23 des Vertrages zwischen Preussen und den Vereinigten Staaten, welchen im Jahre 1785 Friedrich der Grosse mit Franklin abschloss.***)

---

*) Droit public de l'Europe fondé sur les traités, 2me édition, 1748, t II, p. 310.

**) De' doveri de' principi neutrali verso i principi guerregianti e di questi verso i neutrali 1782, capo X, § 2 del corseggiare, p. 429—436, p. 277. Anm. Vergl. auch Linguet, Annales politiques t. V, p. 505.

***) Martens Recueil des Traités t. IV, p. 47. Die Erneuerung des Vertrags im Jahre 1799 statuirt nur die Immunität des Privat-Eigenthums zu Lande; Art. 23, vgl. Martens a. O., t. VI, 669. Der fernere Vertrag zwischen Preussen und den Vereinigten Staaten vom 1. Mai 1828 bekräftigt die Art. 13—24 des Vertrags von 1799 und erneuert von dem Vertrage des Jah-

Im Jahre 1792, als Frankreich bereits im Kriege mit einem Theile von Europa war, stellte in der Assemblée nationale am 30. Mai der Abgeordnete Kersaint, als Berichterstatter der vereinigten Ausschüsse für den Handel, die Marine und die auswärtigen Angelegenheiten, den Antrag auf Erlass eines Decrets, die Abschaffung der Kaperei und die Unverletzlichkeit des Privateigenthums zur See in Kriegszeiten betreffend. Die Versammlung beschloss auf Antrag des Abgeordneten Vergniaud, die Beschlussfassung zu vertagen, dagegen die königliche Regierung aufzufordern, mit den andern Mächten die entsprechenden Unterhandlungen zu eröffnen. (Anhang No LV, 1). Im Laufe der Debatte wurde der allgemeine Grundsatz ausgesprochen, dass die Individuen *„ne doivent ni s'envisager, ni se traiter comme ennemis."* Dieser Grundsatz mit allen seinen Consequenzen fand gerade bei Solchen die entschiedenste Billigung, welche bei der Kaperei die besten Geschäfte auf Kosten feindlichen Privateigenthums gemacht hatten. *)

Wenige Tage nach dem Beschluss der gesetzgebenden Versammlung eröffnete Dumouriez, unmittelbar bevor er das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten niederlegte, die Verhandlung mittelst zweier Depeschen vom 14. Juni 1792 an den Marquis von Chauvelin, der mit Herrn von Talleyrand eine Mission in England versah und an Herrn von Ternant, den französischen Vertreter bei den Vereinigten Staaten. Der Marquis von Chauvelin fügte in seiner Note an Lord Grenville hinzu: *„Sa Majesté ne se dissimule pas que l'état présent de l'Europe peut apporter quelque retard du prompt accomplissement de ses désirs."* Lord Grenville antwortete hierauf gar nicht. Der Nachfolger Dumouriez's der Marquis von Chambonas, der am 16. Juni ins Amt kam, richtete im Namen Ludwig XVI in derselben Angelegenheit eine Circulardepesche vom 19. Juni 1792 an sämmtliche französische Gesandte bei fremden Höfen, so auch an Herrn le Hoc in Hamburg. Spanien erwiederte: Seine Katholische Majestät gäbe gern seine Beistimmung, *„dès que nous serions d'accord avec l'Angleterre."* Mit Russland hatten die diplomatischen Beziehungen ihr Ende erreicht, ehe die betreffenden Verhandlungen eingeleitet waren (19. Juli 1792). Oesterreich war bereits im Kriege, liess aber sein Einverständniss in Betreff der Abschaffung der Kaperei erkennen.**)

---

res 1785 nur den Art. 12, der die Confiscation der Kriegscontrebande aufhebt; vgl. Martens, a. O., t. VII. p. 619. — In keinem der Verträge, die mit andern Staaten Franklin abgeschlossen, findet sich, wie in dem mit Preussen, obiger Grundsatz, den Franklin als seine Quäker-Artikel (*„his Quaker notions"*) bezeichnet hat. Vgl. C. F. Wurm, von der Neutralität des deutschen Seehandels in Kriegszeiten. Hamburg, 1841. S. 46, 47. Vgl. Jefferson, Mem. I, 50: *„Old Frederick of Prussia met us cordially and without hesitation."*

*) Der Abgeordnete von Dünkirchen, Herr Emméry erklärte: *„Je suis d'une ville qui a fait le plus d'armements de ce genre. Les 1000 ou 1200 corsaires qu'elle a armés dans la dernière guerre, ont fait plus de mal à l'Angleterre, que les marines royales des deux maisons de Bourbon réunies. Cependant cette ville ne désire pas la continuation de ce genre d'armement."* Moniteur vom 1. Juni 1792, p. 634.

**) Oesterreich hatte bereits im Mai einen partiellen Schritt in derselben Richtung gethan. In der Sitzung der Nationalversammlung vom 1. Juni 1792 verlas der Abgeordnete für

Für die Vereinigten Staaten antwortete Jefferson, welcher Staatssecretär in der Präsidentschaft von Georg Washington war; man zeigte sich bereit, über Aufhebung des Kaperwesens und „*sur d'autres principes tendant aussi à diminuer les occasions et les calamités de la guerre*“ zu verhandeln, vorausgesetzt, dass der neue Handelsvertrag zu Stande käme, worum damals den Amerikanern zu thun war. Toscana, Genua, Neapel, Portugal, Dänemark sprachen ihre Geneigtheit aus. Die Note des französischen Ministers bei dem Niedersächsischen Kreise, Herrn le Hoc, datirte vom 15. Juli 1792; dieselbe proponirte die Neuerung, eigentlich nur die Abschaffung der Kaperei, in Form eines Additionalartikels zum Commerzvertrage Frankreichs und der Hansestädte von 1719 (Hamburg vom 1. April 1769). Hamburg war der einzige Staat, welcher eine formelle Verbindlichkeit einging, indem der Senat dem König Ludwig XVI warmen Dank sagte für die ergriffene Initiative in Betreff der grossen Wohlthat, die dem Europäischen Handel bereite „*l'abolition de ce fléau destructeur.*“ Lübeck äusserte sich günstig, doch hinhaltend; Bremen gab eine ausweichende Antwort, am 22. August 1792. Das Verfahren von Hamburg machte Eindruck in Frankreich; ein Decret des Convents vom 29. März 1793 erklärte, in gerechter Gegenseitigkeit, wenigstens „*la course abolie à l'égard des navires de la ville de Hambourg et de ceux des villes hanséatiques.*“ Durch dieses Decret gestand Frankreich den Hansestädten eine eximirte Stellung zu; denn, mit Bezug darauf, dass die Seemächte ersten Ranges den Anerbietungen Frankreichs nicht entsprochen hätten, waren von Seiten des Conseil exécutif provisoire am 7. Januar 1793 und durch Gesetz vom 31. Januar 1793 die Franzosen autorisirt, Kaper auszurüsten. *)

Napoleon hat nicht zurückbleiben mögen hinter der Humanität Ludwig XVI und der Nationalversammlung. Principiell erschöpfend äusserte sich der Regierungsbevollmächtigte Portalis in seiner Rede bei Installation des Prisenrathes am 14. Floréal des Jahres VIII [3. Mai 1800] (Anhang

---

Dünkirchen, Herr Emméry, mit Bezugnahme auf die am Tage vorher stattgehabte Verhandlung eine Declaration, „*que vient de faire le Roi de Hongrie, et dont un exemplaire vient de me parvenir de Bruxelles.*“ Diese österreichische Declaration besagte, dass „*voulant maintenir, autant que les circonstances pourront le permettre, les liaisons de commerce, qui subsistent entre la France et les Etats appartenant à la maison d'Autriche, les vaisseaux français seront reçus comme par le passé dans le port d'Ostende, pourvu qu'ils ne soient pas armés en guerre ni chargés de munition, et qu'ils y pourront librement et en toute sûreté décharger leur cargaison, si toutefois la France désire de son côté prendre les mêmes mesures.*“ Die Mittheilung wurde mit Beifall aufgenommen. Ein Mitglied bemerkte sogar: „*Ainsi l'Assemblée nationale reçoit des Autrichiens une leçon de philosophie.*“ Die Versammlung verwies das Actenstück an den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten. (Moniteur vom 2. Juni 1792, p. 636.) Die Note des französischen Gesandten beim niedersächsischen Kreise, Herrn le Hoc an die Hansestädte vom 15. Juli 1792 nahm Bezug auf die österreichischen Massregeln und auf den Umstand, dass England seinen Staatsangehörigen verboten hatte, auf Kaperschiffen der Kriegführenden Dienste zu nehmen.

*) Le Beau, nouveau Code des prises, Paris, an IX, t. 3, p. 318, 319, 320—323. Doch schon ein Gesetz vom 9. Juni 1793 entzog den Hansestädten die Begünstigung und erklärte ihre Schiffe für gute Prise; nouveau code des prises, a. O., p. 360.

No. LV. 2). Uebereinstimmend damit lautete die Depesche Talleyrand's an Napoleon vom 20. November 1806 (Anhang No. LV. 3). Tags darauf erhielten diese Grundsätze eine wenn auch indirecte officielle Bekräftigung in dem Decret über die Continentalsperre d. d. Berlin den 21. November 1806 (Anhang No. LV, 4). *)

Napoleon hat sich noch zweimal mit Entschiedenheit für die Freiheit des Privateigenthums zur See ausgesprochen: in einem von dem Kaiser dictirten Briefe des Grafen Champagny an den Gesandten der Vereinigten Staaten, Herrn Armstrong, vom 22. August 1809 und in seinen Memoiren.

In dem Brief an Herrn Armstrong heisst es: „*Les mers n'appartiennent à aucune nation; elles sont le bien commun des peuples et le domaine de tous. Les bâtiments de commerce ennemis appartenant à des particuliers doivent être respectés. Dans toutes ses conquêtes la France a respecté les propriétés particulières .... Tels sont les principes de l'Empereur sur les usages et les droits de la guerre maritime. Lorsque la France aura acquis une marine proportionnée à l'étendue de ses côtes et de sa position, l'Empereur mettra, de plus en plus ces maximes en pratique et fera tous ses efforts pour en rendre l'adoption générale.*"

In seinen Memoiren (t. III, c. 6, §. 1. p. 301) sagt Napoleon: „*Il est à désirer, qu'un temps vienne, où les mêmes idées libérales s'étendent sur les guerres de mer et que les armées navales de deux puissances puissent se battre sans donner lieu à la confiscation des navires marchands et sans faire prisonniers de guerre de simples matelots de commerce ou les passagers non militaires. Le commerce se ferait alors sur mer entre les nations belligérantes comme il se fait sur terre au milieu des batailles que se livrent des armées.*"

Auch die Restauration versäumte nicht eine Gelegenheit, im Geiste ihrer sonst nicht gern zum Muster genommenen Vorgänger zu handeln. In dem Kriege gegen Spanien von 1823 bestimmte eine königliche Ordonnanz, dass die Flotte keine andere als nur spanische Kriegsschiffe aufbringen und Kauffahrer nur dann anhalten solle, wenn sie sich des Bruchs einer effectiven Blokade schuldig gemacht hätten; auch solle den französischen Unterthanen verboten sein, auf eigene Hand Kaperei zu treiben, und von der Regierung keine Kaperbriefe gegen den spanischen Handel ausgegeben werden. (No. LVI, 4.)

Ehe dies geschah, hatte zwischen Frankreich und England eine Correspondenz stattgefunden, die, wenn wir den Zusammenhang richtig auffassen, manche sachlichen und persönlichen Umstände in einem neuen Licht erscheinen lässt. Frankreich hatte sich an England gewandt mit dem Ansinnen, dieses möchte seinen Unterthanen die Betheiligung an Kapern gegen

*) Vgl. Decret d. d. Mailand, 17. December 1807.

Frankreich untersagen, so wie Spanischen Kapern nicht gestatten, in Britische Häfen einzulaufen und dort Französische Prisen zu verkaufen. Die Französische Regierung richtete dieselbe Zumuthung an die übrigen Seemächte und motivirte sie damit, dass Frankreich für seine liberalen Zugeständnisse bei Spanien keine Gegenseitigkeit gefunden habe und somit schweren Nachtheilen ausgesetzt sei, welche zu mildern die Billigkeit den neutralen Mächten anempfehle. Jene liberalen Zugeständnisse können damals nicht in der Erklärung der Unverletzlichkeit feindlichen Eigenthums auch gegenüber Französischen Staatsschiffen, sondern nur in dem Verzicht auf Privatkaper bestanden haben. Dies ergibt sich ziemlich deutlich aus der dem Französichen Gesandten in London, Vicomte de Marcellus, am 26. April 1823 ertheilten Antwort des Britischen Kabinets. Herr Canning erwiedert bejahend auf den ersten, dagegen ablehnend auf den zweiten Theil des Französischen Verlangens und begründet die Ablehnung folgendermassen: Die Flotten der beiden Kriegführenden wären wohl ungleich an Macht; wenn Spanien die Ueberlegenheit der Französischen Marine durch Kaperschiffe, die seine Staatskraft zur See ergänzten, ausgleichen wollte, so würde England einen Act der Parteilichkeit begehen, wollte es Spanien dabei Hindernisse bereiten. Eine billige Gleichheit, fügt Herr Canning hinzu, würde nur dadurch zu bewirken sein, dass Frankreich auch seinen Kriegsschiffen die Wegnahme feindlichen Privateigenthums untersagte. Dies hätte Canning an Marcellus nicht schreiben können, wenn damals schon Frankreich so weit gegangen wäre, Spanisches Privat-Eigenthum zur See für ganz unverletzlich zu erklären. Frankreich that aber diesen Schritt, vielleicht in Folge der Englischen Note vom 26. April 1823. Wenn Herr v. Chateaubriand sich später darüber beklagt, dass Canning auf die Anzeige von jenem Schritte gar nicht geantwortet habe, so erklärt sich dies ziemlich einfach. England hatte das Ansinnen einer besonderen Begünstigung, die auf Billigkeit Anspruch machte, zurückgewiesen mit dem bestimmten Hinweis auf das, was Frankreich noch erst zu thun hätte, um jenen Anspruch zu erheben. Frankreich folgte diesem Wink und — England schwieg. Es erfüllte also dessenungeachtet jenes Französische Verlangen keineswegs. So hat Herr Canning allerdings mit seiner Note vom 26. April 1823 das Marcy'sche Amendement anticipirt, aber nicht in der Absicht, einen Grundsatz bleibend anzuerkennen, dem seine Politik sich in nächster Zeit keineswegs geneigt erwies, sondern nur in der Form eines diplomatischen Manoeuver, um für die Abweisung des Französischen Verlangens einen triftigen Grund, gegen den sich nichts einwenden liesse, geltend zu machen.

In demselben Jahre 1823 nahmen die Vereinigten Staaten von Amerika unter dem Präsidenten Monroe ihre alte Politik in der Seerechtsfrage wieder auf. Bereits im Jahre 1794 hatte sich England ihnen gegenüber vertragsmässig anheischig gemacht, zwei Jahre nach Beendigung des Krieges, in welchem dasselbe damals befangen war, in Verhandlungen darüber einzutreten, ob und in welchen Fällen die neutrale Flagge feindliches Eigenthum decken solle. Dazu kam es nicht, vielmehr sollte die Meinungsverschiedenheit

beider Staaten über die Stellung der Neutralen sie selbst noch einmal gegen einander in Waffen rufen. Die dann folgenden Verhandlungen von Gent und ein neuer Versuch im Jahre 1818 führten nicht zu einer principiellen Lösung des Gegensatzes. Da schien sich eine günstige Gelegenheit zu bieten, als, nach vorgängigen Besprechungen zwischen Stratford Canning und der Regierung in Washington, der Gesandte der letzteren in London, Mr. Rush, im Jahre 1823 den Auftrag erhielt, über eine grosse Anzahl von Gegenständen, welche beide Länder politisch und commerciell nahe berührten, mit dem Britischen Gouvernement zu unterhandeln. In der, mit einer die Aufrichtigkeit der Gesinnung ausser Zweifel stellenden Wärme geschriebenen Instruction für den Gesandten (No. LVI, 1) wählt der Staatssecretär John Quincy Adams seinen Standpunkt auf der freien Höhe des Franklin'schen Philosophems. Der Krieg im Verstande der heutigen Civilisation ist der Kampf zwischen den organisirten Staatsgewalten, er soll nicht sein ein Krieg der Privaten, und zwar in doppelter Richtung nicht, nicht activ durch die Betheiligung von Privaten an der Kriegführung *(no privateering)*, nicht passiv durch Wegnahme von Privat-Eigenthum des friedlichen Bürgers *(no warfare against private property)*. In diesem Sinne werden in dem der Depesche vom 28. Juli 1823 beigefügten Vertrags-Entwurf eine Reihe von Artikeln vorgeschlagen, welche den Schutz der Individuen nach ausgebrochenem Kriege unter den Paciscenten bezwecken, und darunter namentlich auch — *to take the first step towards the eventual abolition, by the law of nations, of private war upon the sea* — die Bestimmung: — *all merchants and trading vessels employed in exchanging the products of different places, and thereby rendering the necessaries, conveniences, and comforts of human life more easy to be obtained, and more general, shall be allowed to pass free and unmolested, and neither of the contracting parties shall authorize their public vessels to capture or destroy them, or grant or issue any commission to any private vessels, empowering them to take such trading vessels, or interrupt such commerce.* Der Staatssecretär beschränkt sich jedoch nicht darauf, seinen Vorschlag principiell zu rechtfertigen, er sucht zugleich durch eine Betrachtung über die veränderte Weltlage, in welcher England häufiger als früher selbst die Rolle einer neutralen Macht übernehmen werde, diesem unter dem Gesichtspunkte seiner eigenen practischen Interessen das Aufgeben älterer Anschauungen plausibel zu machen. Dennoch nahmen die Verhandlungen keinen, auch nur einigermassen befriedigenden Verlauf hinsichtlich aller auf das Seerecht bezüglichen Fragen. Unter diesen war nämlich die brennendste, welche eine der Hauptursachen des letzten Krieges gebildet hatte, die nach dem von England behaupteten Rechte einer kriegführenden Macht, Staatsangehörige, welche sich an Bord neutraler Schiffe als Matrosen befinden, zum Dienste für die eigene Kriegsflotte zu pressen. Der Amerikanische Unterhändler war angewiesen, die befriedigende Ordnung dieses Punktes als *conditio sine qua non* für alle anderen seerechtlichen Angelegenheiten hinzustellen, — mit alleiniger Ausnahme des obersten Grund-

satzes von der Abschaffung des Privatkrieges. In jener Vorfrage — des Pressens der Matrosen — beharrten nun aber beide Theile auf ihren alten Ansichten, kein Vermittelungs-Vorschlag kam zum Vorschein, und die Englischen Unterhändler — obwohl dazu ausser Stratford Canning, der neuen Ideen so zugängliche Wm. Huskisson gehörte — erklärten, ihrerseits unter diesen Umständen in die Besprechung des Lieblingsthema der Amerikaner nicht eintreten zu könnnen; *under the circumstances, which prevented any present discussion of the questions of maritime law discussed in former negociations,* — heisst es im Protocoll der 22. Conferenz vom 9. Juli 1824 —, *there would be manifest inconvenience in now going into a question of the same class, which, besides being totally new as an object of discussion, involved a most extensive change in the principles and practice of maritime war.* In seinem Begleitbericht bemerkt Mr. Rush dazu, dass, abgesehen von dem formellen Grund der Ablehnung der Verhandlung, *no sentiment dropped from the British plenipotentiaries authorizing the belief that they would have concurred in the object, if we had proceeded to the consideration of it; my own opinion unequivocally is, that Great Britain is not prepared to accede, under any circumstances, to the proposition for abolishing private war upon the ocean* (No. LVI, 2). Diese Ueberzeugung mag denn auch dazu beigetragen haben, dass in ihren Instructionen für spätere Gesandte, welche wiederholt die Aufnahme seerechtlicher Verhandlungen unter geeigneten Umständen in Aussicht nahmen, die Vereinigten Staaten den Gedanken von Adams fallen liessen und sich zunächst auf die Durchsetzung des Grundsatzes „frei Schiff — frei Gut für die neutrale Flagge" zurückzogen (No. LVI, 3).

Obwohl es die ausgesprochene Absicht von Mr. Adams war, zunächst mit England zu einer Verständigung über die von ihm angeregte Idee zu gelangen, ehe er an die anderen grossen Seemächte damit heranträte, gab doch die diplomatische Mittheilung der oben erwähnten Französischen Ordonnanz im Spanischen Kriege schon am 23. August 1823 Veranlassung, den Gesandten in Paris mit der Sondirung der Ansichten des Französischen Kabinets zu beauftragen (No. LVI, 4). Graf Chateaubriand drückte zwar hierauf in einer Note vom 29. October (No. LVI, 5) die Befriedigung aus, welche Frankreich über die allgemeine Anerkennung eines von ihm aufgestellten Grundsatzes empfinden würde; der Amerikanische Geschäftsträger in Paris empfing aber den Eindruck, dass man nicht geneigt sei, sich vertragsmässig zu binden, vielmehr das einzuhaltende Verfahren von dem jedesmaligen Kriegsfalle abhängen lassen wolle.

Ungetheilten Beifall fand der Amerikanische Vorschlag bei dem Kabinet von St. Petersburg, welchem der Gesandte, Herr Middleton, mittelst Note vom 5. December 1823 dieselben Eröffnungen gemacht hatte. Herr Middleton hob unter den mannigfachen Gründen zu Gunsten des Projects auch die ausserordentliche Leichtigkeit hervor, mit der es sich realisiren lasse, da es ja nur die Ergänzung eines Gebrauchs bezwecke, welcher bei Landkriegen bereits gelte. Am Schluss erinnerte Herr Middleton, dass das von den Vereinigten Staaten vorgeschlagene System nicht eine

Neuerung ihrer Politik enthalte, sondern aus den ersten Jahren ihrer Unabhängigkeit herstamme: davon liefere der erste Vertrag mit Preussen den Beweis. Damals habe man noch nicht das Beispiel einer Seemacht vor Augen gehabt, welche das Privateigenthum zur See in Kriegszeiten respectirte. Graf Nesselrode erklärte am 1. Februar 1824 die Geneigtheit des Kaisers, Vertrags-Verhandlungen über diesen Gegenstand, „*qui serait un titre de gloire pour la diplomatie moderne*“, einleiten zu lassen, sobald die anderen Mächte, deren Mitwirkung unerlässlich erscheine, eine gleiche Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben hätten (No. LVI, 6). Dazu war nun freilich nach dem Scheitern der Bemühungen in London und Paris keine Aussichten vorhanden, und die Vereinigten Staaten *) erstrebten nunmehr in fast ununterbrochen, durch eine lange Reihe von Jahren fortgesetzten Anregungen Russland wenigstens zu einer Convention über die Rechte der Neutralen in Kriegszeiten zu bewegen. Aber unter steten Versicherungen der Billigung der Principien lehnte das kaiserliche Kabinet die Ordnung einer das allgemeine Völkerrecht betreffenden Frage durch Vertrag unter nur zwei Mächten ab. Die Amerikanischen Gesandten sprachen die Vermuthung aus, dass Kaiser Nikolaus, um in der Verfolgung seiner grossartigen politischen Plane nicht behindert zu sein, dem Argwohn Englands nicht neue Nahrung geben wolle. Dies Motiv war denn nun allerdings 1854 nach Ausbruch des Krieges mit den Westmächten hinweggefallen, und nun drängte das eigene Interesse Russlands auf den Abschluss der von den Vereinigten Staaten lange vergebens gesuchten Convention, welcher am 22. Juli 1854 erfolgte.

Deutschland war nicht theilnahmlos geblieben. Im Jahre 1848, also hundert Jahre nach der ersten doctrinellen Empfehlung des Grundsatzes, nahm die provisorische Deutsche Centralgewalt die fast verschollene Sache wieder auf. Nach den Aufzeichnungen des Deutschen Reichs-Handels-Ministers, Herrn Duckwitz, über seine Besprechungen mit dem Gesandten der Vereinigten Staaten, Major Donalson, war es die erklärte Absicht der Regierung des Reichsverwesers, „jede Wegnahme von Handelsschiffen, sei es durch Kriegsschiffe oder durch gewöhnliche Kaper, für Seeraub zu erklären.“ Der Gedanke fand sowohl bei den Vereinigten Staaten, als bei dem damaligen Präsidenten der Französischen Republik, General Cavaignac, lebhaften Anklang. Das Einverständniss Preussens, Oesterreichs, Russlands hielt man für gesichert. In diesem Sinne war die Instruction abgefasst, welche das Reichsministerium behufs Abschlusses eines Handels- und Schifffahrts-Vertrages mit den Vereinigten Staaten dem Gesandten des Deutschen Reichs in Washington, Herrn von Rönne, im October 1848 ertheilte (Nr. LVII).

---

*) Präsident Monroe kam noch einmal darauf zurück; in seiner Botschaft vom 7. December 1824, derselben, von welcher die berühmte sog. Monroe-Doctrin herstammt („die Vereinigten Staaten werden jeden Versuch Europäischer Mächte, ihr System auf irgend welchen Theil der westlichen Hemisphäre zu übertragen, als ein Attentat auf Frieden und Sicherheit Amerika's betrachten“), kündigte er die Wiederaufnahme der Verhandlungen an und sprach sein Vertrauen auf einen glücklicheren Erfolg derselben aus.

Der Grundsatz kam wieder in Frage, als Preussen im Jahre 1854 den Vereinigten Staaten beimass, der Kaperei zu entsagen, und diese daran die Bedingung jenes weitergehenden Schrittes knüpften, genau wie zwei Jahre darauf gegenüber der Aufforderung, der Pariser Declaration beizutreten (No. LVI, 7).

Die erste practische Anerkennung in unserm Jahrhundert erhielt die Immunität des Privateigenthums zur See in Kriegszeiten durch den Freundschafts-, Handels- und Schiffahrts-Vertrag zwischen Costa-Rica und Neu-Granada vom 11. Juni 1856, Artikel XI *„Los dos partes“* (Uebersetzung: Anhang No. LVIII). —

Am 14. Juni 1856 theilte Herr Senator Smidt von Bremen dem Minister-Residenten, Herrn Dr. Schleiden in Washington, mit, der Preussische Gesandte daselbst, Herr von Gerolt, der in Schleiden's Abwesenheit diesen vertreten, habe mit Bezug auf die Pariser Declaration bemerklich gemacht, es sei die Aufgabe der dieser Erklärung beitretenden Staaten, zum Ersatz für die Verzichtleistung auf das Recht der Privatkaperei dem weiter gehenden Prinzip Geltung zu verschaffen, dass nicht blos dem neutralen Gut und der neutralen Flagge, sondern überhaupt dem Privateigenthum, mit Ausnahme der Kriegs-Contrebande, selbst wenn es den Unterthanen des Feindes angehörig, auf hoher See ganz die gleiche Behandlung und der gleiche Schutz vor feindlicher Wegnahme zu Theil werden müsse, wie dies in Landkriegen dem Privateigenthum in Feindesland gewährt werde, *m. a. W.* Abolition des Prisenrechts auch für die Staatskaper, wofern es sich um Privateigenthum handelt. „Ohne Frage,“ schreibt Herr Senator Smidt, „pflichten wir bereitwillig bei.“ Nur sei das Minus, welches der Pariser Congress biete, nicht um des Majus willen zu verschmähen.

Am 6. August 1856 sagte der Amerikanische Unterstaatssecretär des Auswärtigen, Herr General Thomas, dem Vertreter Bremens: „Die Regierung hat diese Note (vom 28. Juli) allen ihren Gesandten im Ausland mitgetheilt, mit dem Auftrag aufzufordern, sich dem darin entwickelten Princip des Schutzes alles Privateigenthums gegen Wegnahme auf offener See anzuschliessen und darüber mit den Vereinigten Staaten eine Convention einzugehen.“ Er fügte hinzu, die Regierung werde gern sehen, wenn auch die Hansestädte eine solche Vereinbarung eingingen. Dem Bremischen Gesandten schien es nicht zweifelhaft, dass dies dem Interesse der Hansestädte entspräche. Eine andere Frage wäre, ob politische Rücksichten auf die grossen Europäischen Seemächte es gestatten oder rathsam erscheinen lassen, auf das Anerbieten einzugehen.

Im Senat zu Washington nahmen, als dieser am 11. August 1856 die Vorlage der von der Regierung in Betreff der Pariser Declaration geführten Correspondenz verlangte, die Senatoren Mason und Cass Gelegenheit, die Ansicht der Regierung über das Kaperwesen zu vertheidigen. (Bremischer Gesandtschafts-Bericht, Washington, 15. August 1856.)

Mittelst Circular-Note vom 13. August 1856 theilte das Amerikanische auswärtige Amt den Gesandten der am Pariser Congress nicht betheiligt gewesenen Regierungen die Note vom 28. Juli mit, „*in order that, before deciding upon the subject, it may have an opportunity of taking into consideration the reasons assigned by the President for declining to accede to the proposition of the Powers adverted to.*“ (Bremischer Ges.-Ber., Washington, 19. Aug. 1856.)

In England fand der Vorschlag der Vereinigten Staaten keine günstige Aufnahme. Die ministeriellen Blätter nannten ihn eine „unerhörte Zumuthung“. Nur die *Times* gaben die Unvollständigkeit der Pariser Declaration zu und meinten, England hätte keinen Grund, einer Ausdehnung dieser Principien entgegenzutreten, welche den Handel auch in Kriegszeiten sicher stellen würde; England als die grösste Handelsmacht wäre am meisten dabei interessirt, dass der Handel vor allen Störungen bewahrt würde; aber gerade aus diesem Grunde wären Nachbarstaaten, welche Englands Handelsgrösse noch immer mit Eifersucht ansähen, gegen die volle Durchführung des Princips gewesen und hätte man sich mit dem Kapereiverbot begnügen müssen: da nun aber die Vereinigten Staaten zum ersten Mal ein so wichtiges Princip aufstellten, stände zu hoffen, dass die Frage ernstlich erwogen werden würde. (Brem. Ges.-Ber., London, 23. August 1856.) *) Lord Palmerston aber überraschte die Welt durch eine am 7. November 1856 zu Liverpool gehaltene Rede, worin er die Hoffnung aussprach, „*that these relaxations of former doctrines .... which have since been ratified by formal engagements, may perhaps be still farther extended and that in the course of time those principles of war which are applied to hostilities by land may be extended without exception to hostilities by sea, so that private property may no longer be the object of aggression on other side.*“ (No. X; vgl. w. u. die Rede vom 3. Febr. 1860, No. XXVII, Anmerkung.) Diese wenn auch hypothetischen Worte, „doch im Munde des Premier-Ministers“ schienen dem Hanseatischen Gesandten in London die dereinstige Ausführung zu verbürgen. (Bericht vom 14. November 1856.) In drei Briefen vom 8. November, 8. und 15. Dezember 1856 sprach sich Richard Cobden zu Gunsten des Marcy'schen Amendements aus (No. XI).

In Frankreich zeigte sich volle Geneigtheit, „diesem grossartigen von den Vereinigten Staaten verlangten Princip beizutreten.“ Eine Note vom 14. September 1856, welche der Amerikanische Gesandte in Paris, Herr Mason, an den Grafen Walewski gerichtet, entwickelte in musterhafter Form die Vorschläge der Vereinigten Staaten. Am 11. November schien der Abschluss einer Convention zwischen Frankreich und Nordamerika „sehr nahe“. „Graf Walewski hat sich darüber vorläufig ohne Zweifel mit England verständigt und Lord Palmerston, durch Frankreich überredet, vielleicht gezwungen, hat in seiner Liverpooler Rede offenbar das Praevenire spielen wollen. Diese Rede ist das treue Echo der von Mr. Mason hier übergebenen Note.“

---

*) Vergl. Times vom 7. Decbr. 1859, worin das 1856 im August so gebilligte Princip auf das Heftigste angegriffen ist; s. w. u.

(Hans. Ges.-Ber., Paris, 11. Nov. 1856.) — Der Französische Minister des Auswärtigen ertheilte Herrn Mason keine schriftliche Antwort auf die Note vom 14. September, sprach sich aber mündlich mit völliger Bestimmtheit dahin aus, dass Frankreich zum Abschluss einer Convention bereit sei. Am 3. November konnte Herr Mason nach Washington berichten, Graf Walewski hätte zugesagt, seine Bereitwilligkeit zum Abschluss der Convention noch vor dem 12. d. M. von Neuem und schriftlich zu erklären, damit der Präsident dies in seiner Jahres-Botschaft ankündigen könne. Aber die hierauf bezüglichen Verhandlungen Frankreichs mit England, ohne welches Graf Walewski (mit Rücksicht auf die damals zwischen beiden Staaten obwaltenden augenblicklichen politischen Differenzen) in dieser Sache nicht einseitig vorzugehen wünschte, zogen sich in die Länge und hinderten den Französischen Minister an der Erfüllung seiner Zusage. Doch konnte Herr Mason am 7. und am am 17. November in seinen Berichten wiederholen, dass die Französische Regierung ihre Ansicht nicht geändert, dass Graf Walewski das in der ihm vorgelesenen Depesche vom 3. November enthaltene Referat über die Unterredung mit ihm als völlig genau gebilligt habe. Auf Walewski's Wunsch wandte sich Herr Mason am 6. Dezember an seinen Collegen in London, Herrn Dallas, mit der Aufforderung, seinerseits, wenn seine Instructionen es irgend gestatteten, die Amerikanischen Vorschläge bei der Englischen Regierung möglichst zu befürworten, um die befriedigende Erledigung dieser Angelegenheit dadurch zu beschleunigen. Herr Dallas erwiederte am 8. December, er wäre von Herrn Marcy beauftragt, den Gegenstand nur dann zu berühren, wenn er von Mitgliedern der Englischen Regierung selbst dazu veranlasst würde; überdies ginge seine persönliche Ansicht dahin, dass die Vereinigten Staaten niemals und unter keiner Bedingung auf das Recht zur Ausrüstung von Kapern verzichten dürften. Herr Mason durfte natürlich nicht einen Collegen auffordern, gegen seine Instructionen zu handeln, beschränkte sich daher in seiner würdig gehaltenen Rückantwort vom 11. December darauf, sein Bedauern darüber auszusprechen, dass Herr Dallas in dieser ungemein wichtigen Angelegenheit durch seine Instructionen wie durch seine persönlichen Ansichten, welche Mason nicht zu theilen vermöge, verhindert sei, mit ihm gemeinschaftlich zu operiren. Jene Erwiederung des Herrn Dallas war übrigens so privater Natur, dass Herr Mason sich ausser Stande sah, darüber an seine Regierung zu berichten. Die eigenthümlichen Instructionen, auf welche Herr Dallas sich bezog, wollte man sich „einigermassen" daraus erklären, dass England zur Zeit in Washington nicht vertreten war! Auffallender Weise hatte aber der Staatssecretär Marcy auch auf vier Depeschen des Herrn Mason, vom 17. Septbr. (mit welcher derselbe seine Note an Graf Walewski vom 14. Sept. eingesandt), vom 3., 7., 17. November mit keiner Silbe geantwortet, den Gesandten also im Verlauf der „ungemein wichtigen" Verhandlung, während sie sich dem Erfolg zuneigte, Wochenlang ohne Weisung gelassen. Wohl konnte man zweifelhaft werden, ob das Kabinet von Washington überhaupt noch daran dachte,

seinen Vorschlägen Folge zu geben. „Nicht unwahrscheinlich ist es, dass diese Angelegenheit weit rascher gefördert sein würde, wenn der Amerikanische Gesandte in London dieselbe unmittelbar nach der Rede Lord Palmerston's eifrig betrieben hätte. Jetzt wird dieselbe schwerlich gefördert werden, ehe sie durch Cobden und andere Anhänger in der nächsten Parlaments-Sitzung zur Sprache kommt.“ An der schliesslichen Annahme der Amerikanischen Vorschläge auf Seiten Englands zweifelten in Paris Diejenigen durchaus nicht, mit denen ein Diplomat, welcher sich damals dort aufhielt, zu sprechen Gelegenheit gehabt. Englands scheinbare Abneigung, schon jetzt auf die Sache einzugehen, leitete derselbe weniger aus politischen Rücksichten auf Amerika, als aus dem Gedanken an die Möglickeit eines künftigen Krieges mit Frankreich ab. (Bericht aus Paris, 21. Januar 1857.) Auch meinte man, England wolle die Entscheidung aussetzen, bis der Vertrag über die Centralamerikanische Frage ratificirt worden, was damals in Washington auf Widerstand des Senats zu stossen schien. (Bericht aus Liverpool, 30. Jan. 1857.)

Russland hatte mittelst einer Note seines Geschäftsträgers in Washington vom 28. November 1856 und schon vorher seine unbedingte Zustimmung zu dem Marcy'schen Amendement zu erkennen gegeben. (No. VI.)

Der Portugiesische Gesandte in London, der dort hochgeachtete Graf Lavradio, hatte, wie am 14. November nach Bremen berichtet wurde, „noch vor Kurzem auf sein Anfragen vom Auswärtigen Ministerium eine Antwort erhalten, welche es ihm unwahrscheinlich gemacht hatte, dass die Englische Regierung die in der Marcy'schen Note aufgestellten Grundsätze sich aneignen werde“; dessenungeachtet wollte Portugal die Amerikanischen Vorschläge annehmen. Das Niederländische Kabinet war, nach einer Mittheilung d. d. Paris den 11. November 1856, zehn oder vierzehn Tage vorher durch eine Frage des Grafen Walewski an den Gesandten veranlasst worden, seine Ansicht auszusprechen; „diese Ansicht bestand natürlich in der lebhaftesten Beistimmung.“ Der Holländische Gesandte in Washington, Herr Du Bois (später in Kopenhagen), der mit dem Staatssecretär Marcy vielfach über dies Thema verhandelt, hat seiner Regierung damals dringend gerathen, sich offen und bindend für die Amerikanischen Principien zu erklären; das geschah nicht (Hans. Ges.-Ber., Kopenhagen, 17. Dezember 1859); es erfolgte vom Haag eine höfliche, aber ausweichende Antwort vom 1. Sept. 1856. *)

Die Botschaft des Präsidenten Pierce an den Congress vom 2. Dezember 1856 betonte die Seerechtsfrage von Neuem besonders stark, so dass die über den rechten Ernst der Bestrebung erwachten gewichtigen Bedenken verringert wurden. (No. VII.) Der Präsident hätte gern in diesem Jahresbericht die ausdrückliche Zustimmung Frankreichs verkündigt, die Graf Walewski verheissen, aber zu Herrn Mason's grossem Leidwesen wegen

---

*) Sie schloss mit den Worten: *„L'accueil que plusieures puissances paraissent déjà leur* (den Vorschlägen) *accorder, semble légitimer aussi l'espoir de mon Gouvernement, de pouvoir y accéder en temps opportun.“* Gez. *Gévers van Endegeest.*

Mangels vorgängiger Vereinbarung mit England nicht hatte beibringen können (Hans. Ges.-Ber., Paris, 20. December 1856); die Botschaft erwähnt die förmliche Beistimmung Russlands und *„that assurances of a similar purport have been received in relation to the disposition of the Emperor of the French."*

Der Staatssecretär Marcy, der wohl von den Privatansichten seines Gesandten in London erfahren hatte, bekämpfte dieselben in einem Privatbriefe vom 4. Januar 1857 (No. VIII), worin mit Recht hervorgehoben wird, dass die Vereinigten Staaten, wenn sie die Abschaffung der Kaperei verworfen hätten, ganz isolirt worden wären, dass, indem sie dieselbe jetzt von einer weitergehenden Forderung abhängig gemacht, alle Mächte ausser England auf ihrer Seite stünden. Als einen Akt geschickter Politik musste die Massregel nun wohl auch Herr Dallas anerkennen, der dem Inhalt derselben abhold war.

Die Hanseatischen Vertreter in London, Paris und Washington hielten es für gerathner, „nicht vorzugehen", verhehlten ihre „grossen Zweifel" nicht, ob „der Augenblick zu solchem einseitigen Vorschreiten angemessen und unbedenklich", so „theoretisch erwünscht" es sein mochte (Hans. Ges.-Ber., Paris, 6. Januar 1857.) Das „Sondiren" der „Intentionen des britischen Cabinets", das am 16. December verabredet worden, ergab: „keine Regierung hat Lust, allein vorzugehen". Unterredungen mit Lord Cowley, Graf Walewski, Herrn Mason bestärkten den Vertreter in Paris, dass es „höchst bedenklich und fast mehr als bedenklich" wäre, in diesem Augenblick eine Unterhandlung in Washington anzuknüpfen. Lord Cowley und Graf Walewski versicherten Beide, „dass grosse Hoffnung zur baldigen Verständigung mit den Signataires über ein Supplement zur Declaration vom 16. April 1856 wegen Adoptirung des von Nord-Amerika gewünschten fünften Punktes vorhanden sei und dass wir, wie früher, zur Adhäsion würden eingeladen werden". „Dieselbe Antwort ist dem Mr. Mason auf seine Anfrage vom Grafen Walewski ertheilt worden und Mr. Mason glaubt, dass seine Regierung sich damit begnügen, indessen die Form von Conventionen mit einzelnen Staaten der Form der Adhäsions-Declaration vorziehen würde". (Hans. Ges.-Ber., Paris, 6. Januar 1857.) „Herr Mason ist... entschieden der Ansicht, dass es nicht rathsam für die kleineren Europäischen Staaten sei, die Amerikanischen Vorschläge im Wege selbständiger Verhandlungen und Conventionen mit den Vereinigten Staaten zu adoptiren, ehe eine der grossen Seemächte mit ihrem Beispiel vorangegangen sei, und ich glaube kaum, dass diese Ansicht allein durch den sehr erklärlichen Wunsch des Herrn Mason motivirt ist, seinen Namen durch den Abschluss der ersten Convention über diesen Gegenstand in der Geschichte des Völkerrechts unsterblich zu machen". (Bericht des Minister-Residenten Herrn Dr. Schleiden, Paris, 21. Januar 1857.) Der Vertreter Bremens nahm übrigens bei seiner Rückreise nach Washington (er verliess Bremen kurz vor Neujahr) die Autorisation, vorläufig die Uebereinstimmung Bremens mit den von Amerika vorgeschlagenen Grundsätzen im Allgemeinen und mit dem Bemerken gegen

das U. St. State-Department zu erklären, dass nur der augenblickliche Stand der zur Zeit noch obschwebenden Verhandlungen davon abhalte, schon jetzt auf vertragsmässige Feststellung jener Grundsätze Bedacht zu nehmen, womit dann die Bitte um nähere Formulirung des zweiten Theils der Amerikanischen Vorschläge in Betreff der Contrebande behufs näherer Erwägung auch dieses Punktes zweckmässig zu verbinden sei. „Andre Berichte der Gesandten bestärken den Eindruck, dass es wohlgethan, ein definitives Vorgehen nicht zu übereilen, wogegen die Abgabe einer vorläufigen einverständlichen Erklärung .... nach wie vor unverfänglich und formell gerechtfertigt erscheint".

Mittlerweile hatte auf Seite der Vereinigten Staaten eine gewaltige Aenderung in der öffentlichen Meinung über die Marcy'schen Vorschläge Platz zu greifen angefangen. Das hatte der frühere Englische Gesandte in Washington, Herr Crampton, schon vor seiner Abberufung wahrzunehmen geglaubt; er meinte, die bisherige Abneigung gegen die Amerikanischen Vorschläge sei bei den Engländern in raschem Weichen begriffen, seit dies klar geworden. (Bericht des Herrn Dr. Schleiden, Liverpool, 30. Januar 1857.) In verschiedenen angesehenen Organen der Amerikanischen Presse fanden die Gedanken einer Flugschrift ein Echo, die der in Amerika lebende Englische Advokat, R. W. Russell gegen Marcy's Amendement zu Newyork hatte erscheinen lassen. *) Es war darin die grosse Gefahr geschildert, welche den Vereinigten Staaten von der Aufhebung der Kaperei drohe, gleichviel unter welchen Bedingungen sie erfolge. Herr Marcy habe sich durch die Autorität älterer philanthropischer Staatsmänner, wie Franklin, zu deren Zeiten ein Aufschwung des Amerikanischen Handels, wie er heute bestehe, nicht geahnt worden, blenden lassen und überdies durch seine Vorschläge die Befugnisse der Regierung weit überschritten. Eine Art von Agitation gereizter, leidenschaftlicher Art gegen humane Theorien und zu Gunsten der practisch unentbehrlichen und durchaus gerechtfertigten Kaperei griff immer mehr um sich.

Indessen fand der Bremische Gesandte bei seiner Rückkehr, dass die Regierung noch an ihren Vorschlägen festhalte (Bericht, Washington den 26. Februar 1857). Aber das Ende der Präsidentschaft des Herrn Pierce rückte heran. In dieser letzten Zeit [Februar 1857] schickte Staatssecretär Marcy dem Gesandten in Paris endlich die Instruction und Vollmacht zur Negotiation eines förmlichen Vertrags mit Frankreich. Mit einer meisterhaft redigirten Note vom 2. März 1857 überreichte Herr Mason dem Grafen Walewski einen Vertrags-Entwurf (No. V, Anhang). Der erste Artikel desselben enthält die vier Punkte der Pariser Declaration, den ersten mit dem von Marcy in der Note vom 28. Juli 1856 vorgeschlagenen Zusatz. Es ist nicht abzusehen, wesshalb dieser Entwurf nicht im November 1856 in Händen des Herrn Mason hat sein können. In der Note beklagt sich Herr Mason

*) The new maritime law, review of Mr. Marcy's letter to Mr. de Sartiges, by R. W. Russell. Newyork 1856.

„geschickter Weise" nicht darüber, auf seine frühere Note vom 14. Sept. v. J. noch keine schriftliche Antwort erhalten zu haben, sondern hebt die Opportunität des gegenwärtigen Moments des allgemeinen Friedens hervor, so wie die Nothwendigkeit der Sanction von Seiten aller civilisirten Mächte der Welt, wenn es sich um Einführung eines so wichtigen und neuen Elements in das Völkerrecht handelt. Vertraulich sagte Herr Mason dem Französischen Minister, er würde nichts dagegen haben, wenn derselbe dem Englischen Cabinet von seiner Note confidentielle Kenntniss geben wollte. Herr Dallas, der Gesandte in London, der dem Abschluss eines solchen Vertrages als schädlich für die Vereinigten Staaten abgeneigt ist, hatte keinen analogen Auftrag erhalten. (Hans. Ges.-Ber., Paris, 7. März 1857.)

Am 7. März 1857 überreichte zu Washington der Preussische Gesandte, Herr von Gerolt, eine Note, worin er die *„adhésion"* seiner Regierung zu dem von dem Präsidenten Pierce in der Note Marcy's an den Amerikanischen Gesandten in Berlin vom 28. Juli gestellten Amendement ausspricht und die Regierung der Vereinigten Staaten des *„appui le plus prononcé"* von Seiten Preussens für den Fall versichert, dass es zu einer *„délibération générale"* dieses Gegenstandes kommen sollte. (Brem. Ges. Ber., Washington, 8. März 1857.)

Im Senat beantragte Herr Crittenden von Kentucky am 9. März vier Resolutionen, welche den Standpunkt und das Verfahren Marcy's in der Seerechtsfrage billigten; am Tage darauf wurden sie an das *Committee on foreign relations* zur Berichterstattung verwiesen; es war aber vorauszusehen, dass sie nicht mehr zur Verhandlung kommen würden, da der Senat am 12. mit 25 gegen 11 Stimmen beschlossen, sich am 14. zu vertagen. Mittlerweile erhob sich gegen den Inhalt der Resolutionen ein Sturm in der Presse. (Brem. Ges.-Ber., Washington, 13. März 1857.) Präsident Buchanan hatte die Regierung angetreten. Herr Marcy war nicht mehr am Ruder und seine Politik hatte ein Ende.

Der Vertreter Bremens, der noch keine schriftliche Mittheilung gemacht, nahm nun Anstand, bis er ermittelt hätte, wie die neue Regierung die Sache auffasste, um seine Note „danach einrichten zu können". (Brem. Ges.-Ber., Washington, 8. März 1857.)

Am 2. April händigte Herr Schleiden, da es „rathsam" schien, „nicht länger zu zögern", seine Note dem neuen Staatssecretär, General Cass, persönlich ein. (No. IX.) Sie verband eine „der Würde des Staats nicht vergebende Bestimmtheit" mit derjenigen Vorsicht und Bescheidenheit, welche die Rücksicht auf die grossen Europäischen Seemächte gebietet". General Cass las sie gleich, schien sie freundlich aufzunehmen, erwiederte vorläufig, die jetzige Regierung sei noch nicht zu einem bestimmten Beschluss über den Gegenstand gekommen, werde „jedoch, wie er nicht bezweifle, auf dem von der abgetretenen Administration eingeschlagenen Wege verharren". „Einzelne Modificationen der Marcy'schen Vorschläge schienen allerdings nothwendig, wenn der Zweck, völlige Freiheit des Handels und der Schiff-

fahrt, auch während eines Seekriegs, erreicht werden solle. Namentlich sei, seines Erachtens, erforderlich, das Recht der Blokade auf die Verhütung der Einfuhr von Kriegsbedürfnissen und sonstiger Contrebande zu beschränken, da die Abschaffung des Kaperwesens von geringem Nutzen sein würde, wenn die eigenen oder neutralen Schiffe ohne Weiteres in einen blokirten Hafen ein- oder davon ausgeschlossen werden könnten. Er vermuthe, dass er bald in der Lage sein werde, sämmtlichen Regierungen seefahrender Staaten in dieser Beziehung nähere Mittheilungen zu machen, zumal da bei der in England für jetzt noch herrschenden Abneigung, auf die Marcy'schen Vorschläge einzugehen, eine baldige definitive Erledigung dieser Frage kaum wahrscheinlich sei." Herr Schleiden bemerkte, seine Regierung werde alle solche Vorschläge unterstützen, aber diese Modification des Blokaderechts werde den Engländern die Vorschläge noch weniger angenehm machen; er wünsche, dass die allgemeine Annahme jener nicht dadurch verzögert werde. (Brem. Ges.-Ber., Washington, 2. April 1857). Die überaus freundliche und zuvorkommende Weise des neuen Staatssecretär stach sehr angenehm ab gegen das verschlossne, wortkarge Benehmen seines sonst so ehrenwerthen Vorgängers.

Zehn Tage darauf meldete Herr Schleiden nach Bremen (Ges.-Ber., Washington, 12. April), die Gesandten bei den fünf Europäischen Grossmächten seien entweder schon oder würden demnächst von der neuen Regierung instruirt, keinen Vertrag wegen Feststellung des Seerechts abzuschliessen, ehe sie nähere Weisungen wegen der Stipulation über das Blokaderecht erhalten. Ohne diese Modification werde der Präsident Buchanan die betreffenden Verträge nicht abschliessen.

Und gerade jetzt trafen die zustimmenden Erklärungen Preussens und Russlands ein! Der Preussische Gesandte zeigte an, seine Regierung würde jetzt bereit sein, abzuschliessen, auch wenn die anderen Grossmächte Anstand nähmen ohne Englands gleichzeitiges Vorgehen. Die Depesche des Fürsten Gortschakoff an den Russischen Gesandten vom 23. Februar [a. St.] sprach die Bereitwilligkeit Russlands aus, mit allen oder wenigen der bei der Pariser Conferenz vertreten gewesenen Regierungen den vom Präsidenten Pierce vorgeschlagenen Vertrag einzugehen.

Unter Pierce hatten die Vereinigten Staaten die Abschaffung des Kaperwesens an eine Bedingung geknüpft — einen weiteren Fortschritt betreffend — jetzt unter Buchanan knüpften sie die Erfüllung der von ihnen gestellten Bedingungen abermals an eine Bedingung — einen noch weiteren Fortschritt betreffend. Inzwischen aber bewahrten sie sich, immerfort an der Spitze der Civilisation daherschreitend und an Humanität Alles überbietend, das in der ganzen übrigen Welt abgeschaffte Recht der Kaperei, das sie nicht entbehren können, weil es unter ihrer Würde ist, zum Schutz ihrer Küsten und ihres Handels eine Flotte zu halten.

Wirklich war „die wichtige Angelegenheit auf unbestimmte Zeit vertagt", wenn nicht etwa Russland, Oesterreich, Frankreich die Modification

des Blokaderechts ohne Rücksicht auf England zugeben sollten. (Brem. Ges.-Ber., Washington, 27. April 1857). Herr Dallas in London verhehlte nicht, dass er von dem Präsidenten jetzt instruirt sei, die Verhandlungen über die seerechtlichen Principien einzustellen; „Mr. Buchanan sei zu der entschiedenen Ansicht gekommen, dass Mr. Marcy mit seinen Vorschlägen zu weit gegangen sei, und dass es besser wäre, die Sache ruhen zu lassen, weil die Vereinigten Staaten das Kaperrecht nicht aufgeben könnten, so lange sie nicht eine der Englischen Marine an Stärke gleiche Macht besässen;" die vom General Cass gemeldeten Aeusserungen über eine Ausdehnung der Marcy'schen Prinzipien in Betreff der Blokade erklärte Herr Dallas für eine „blosse Maske", um den bei der Regierung eingetretenen vollständigen Meinungswechsel zu verbergen. (Brem. Ges.-Ber., London, 27. Mai 1857.) Die letzten Zweifel mussten schwinden, als der Unterstaatssecretär, Herr Appleton, sich in Washington gegenüber dem Vertreter Bremens zu äussern hatte. Es geschah mit einer „gewissen Beschämung"; es war „wie wenn ein wunder Punkt" berührt wurde. Die Frage habe geruht. Es sei noch nicht erwogen, „ob die Marcy'schen Vorschläge ihres bedenklichen Charakters entkleidet würden durch die Modification des Blokaderechts." Wann diese Erwägungen stattfinden sollten, war nicht abzusehen. Mehr und mehr komme man zu der Ueberzeugung, dass Amerika seine Stärke und seine Vertheidigungskraft in seiner Handelsflotte (d. h. im Kaperwesen) erblicke, wie England in seiner Kriegsmarine. „Diese stolze Regierung", wandte der Hanseatische Diplomat ein, sollte „so ohnmächtig" sein, dass sie „nur durch Kaper" ihr Dasein friste? Mit Recht constatirte er nun, „dass der Zeitpunkt, wo die humanen Marcy'schen Vorschläge in das allgemeine Völkerrecht eingeführt werden konnten, vorläufig und für längere Zeit vorüber ist." (Brem. Ges.-Ber., Washington, 23. Juni 1857). *) Nachträglich also machte man es sich klar, dass jener Fortschritt gesichert werden konnte, wenn man den richtigen Augenblick wahrnahm. Er war von allen Seiten — auch von den Vereinigten Staaten selbst, da doch für ehrliche Absicht zu präsumiren ist — auf das Gedankenloseste verpasst worden.

Im Englischen Hause der Gemeinen beantragte am 14. Juli 1857 einer der bedeutendsten Rheder des Landes, Herr Lindsay, die Mittheilung der das Marcy'sche Amendement betreffenden Correspondenz, damit das Parlament sich aussprechen könne, ob es rathsam sei, noch weiter zu gehen, als 1856 in Paris. Herr Lindsay sprach seine Meinung dahin aus, die Pariser Declaration wäre unhaltbar; der ganze Frachthandel werde bei jeder drohenden Kriegsgefahr an die Neutralen kommen; die Versicherungsprämie auf Englische Schiffe um 5 — 10 Procent höher stehen. Die Regie-

*) Denselben Eindruck machte auf den Russischen Gesandten, Herrn von Stöckl, der die Seerechtsreform in jeder Weise zu fördern bemüht war, eine Unterredung mit General Cass, die in den ersten Tagen des Februar 1860 stattfand.

rung verweigerte die Vorlage; ehe übrigens England auf das Marcy'sche Amendement geantwortet habe, sei der Präsidentenwechsel eingetreten und der neue Präsident habe sagen lassen, er wünsche keine Antwort, die Angelegenheit möge jedenfalls für jetzt als suspendirt angesehen werden, eine weitere Verhandlung über den Gegenstand solle nicht stattfinden (No. XII). Lord Palmerston nahm in dieser Sitzung bereits offen Partei gegen die Grundsätze, denen er am 7. November vorigen Jahrs (No. X) gehuldigt hatte; er betonte die Schwierigkeit einer Gleichstellung des Privateigenthums bei Seekriegen und Landkriegen; er stellte die Unverletzlichkeit desselben bei letzteren überdies in Frage. Diesen neuen Standpunkt hat Lord Palmerston behauptet. Eine Ansprache desselben an die Vertreter des Handelsstandes von Belfast, Glocester, Hull, Leeds, Liverpool, Manchester (No. XXVII, Anmerkung), war von solcher Entschiedenheit, dass eine Nebeneinanderstellung dieser Rede vom 5. Februar 1860 und jener vom 7. November 1856, wie sie eine Londoner Zeitung auf einem und demselben Blatte veranstaltete (Brem. Ges.-Ber., London 8. 1860), das Bild einer durchdachten Schachpartie, die man mit sich selber spielt, darbot. Lord Palmerston aber hatte seine Figuren von 1856, wie bemerkt, schon am 14. Juli 1857 seinen Gegnern überlassen.

Unter dem 27. Juni 1859 richtete der Amerikanische Unterstaatssecretär des Auswärtigen, General Cass, eine Circulardepesche an die Gesandten bei den Grossmächten, umfangreich wie ein Buch, worin die seerechtlichen Fragen ausführlich erörtert wurden und worin Herr Cass nachzuweisen versuchte, dass die partielle Annahme der Pariser Declaration (ohne Abschaffung der Kaperei) statthaft sein müsse, trotz der darin enthaltenen abweichenden Ansicht der ursprünglichen Unterzeichner; die Vereinigten Staaten könnten nicht zugeben, dass diese grossen Fragen des internationalen Rechts einseitig ohne sie entschieden werden könnten. Die Depesche war, wie Herr Dallas in London bemerkte, unter dem Eindruck der Fortdauer des Italienischen Krieges geschrieben, so dass „der Eintritt des Friedens natürlich die Erörterung der ganzen Angelegenheit jetzt unnöthig gemacht.“ Herr Dallas hatte sie Ende Juli an Lord John Russel verlesen, der keinen Widerspruch erhoben, ausser in Betreff der Kohlen, deren Behandlung als Contrebande die Vereinigten Staaten nicht dulden zu wollen erklärten. Dieselbe Depesche übergab Herr Wright in Berlin an Baron Schleinitz. (No. XIII). (Hans. Ges.-Ber., London, 3. und 4. August 1859).

Mittlerweile war der Krieg der Westmächte gegen China ausgebrochen. Sowohl Frankreich wie England erliessen Erklärungen (No. XXXIX), wonach Beide nicht nur die Anwendung der Pariser Declaration auf solche Staaten ausdehnten, die derselben nicht beigetreten waren, sondern auch das Privateigenthum der Chinesen zur See als unverletzlich anerkannten und den Handel ihrer Unterthanen mit dem Feinde während des Krieges freigaben. (Note des Französischen Gesandten, Herrn Cintrat, an die Hansestädte vom 30. Juni 1859. Note des Englischen Gesandten, Herrn Ward, an dieselben vom 4. Juli 1859).

Der Preussische Minister, Baron Schleinitz, hatte sich am 5. Novbr. 1859 sehr günstig über die Fortentwicklung des Seerechts im Sinne des weiland Marcy'schen Amendements ausgesprochen. *) Für ihn entwarf, in der Aussicht, Preussen zu vermögen, dass es die Seerechtsfrage auf dem bevorstehenden Pariser Congress in die Hand nehme **), der Hanseatische Minister am Preussischen Hofe, Herr Geffcken, eine besondere Denkschrift, 15. November 1859, welche derselbe „hanseatico nomine" dem Preussischen Minister zu übergeben autorisirt wurde (No. XV).

Die erste Anregung hatte die Bremische Presse gegeben durch zwei Besprechungen der Seerechtsfrage (Bremer Handelsblatt vom 29. October, Weserzeitung vom 1. November 1859). Am 18. November war die Sache bereits Gegenstand der Agitation Bremischer Rheder (Herr H. H. Meier u. A.); man trug sich mit dem Gedanken, bestimmte Resolutionen zu fassen.

Herr von Schleinitz, bei aller Geneigtheit, liess sich durch die formelle Schwierigkeit imponiren, dass England verlange, der Congress solle sich auf die italienische Frage beschränken. Diese Schwierigkeit war kaum imponirend; wenigstens wollte die Amerikanische Gesandtschaft in Berlin von London her die Gewissheit erhalten haben, England würde einer Proposition Preussens auf Annahme der Amerikanischen Principien nicht entgegentreten. Preussen lehnte indessen die ihm Hanseatischer Seits beigemessne ehrenvolle Aufgabe ersichtlich ab. Dagegen gab Baron Schleinitz anheim, ob nicht die am Congress unbetheiligten Staaten sich in Sachen der Seerechtsreform an den Congress wenden könnten. Diese Idee ***) fiel auf fruchtbaren Boden: der Hanseatische Resident in Berlin machte seinen Regierungen den Vorschlag, die maritimen Staaten zweiten Ranges zu einem Collectivschritt bei dem Congresse zu veranlassen. Die Initiative zu ergreifen, schien kein Staat geeigneter als Holland, das unter den Seemächten zweiten Ranges die erste und das stets für eine humane Fortentwicklung des Seerechts in Kriegszeiten eingetreten war. Demgemäss beschlossen die Senate der drei Hansestädte, ihren Minister am Preussischen Hofe, Herrn Dr. Geffcken, in vertraulicher Mission nach dem Haag reisen zu lassen, um die Niederländische Regierung für den gedachten Plan zu gewinnen.

Herr Geffcken trat seine Sendung am 31. December 1859 an. Die Sache, welcher sie diente, war mittlerweile in bedeutsamer Weise fortge-

---

*) Ebenso bis zum 14. der Ministerpräsident Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen und Graf Pourtalès.

**) Am 4. Novbr. schien der Congress nach der Ansicht des Herrn v. Schleinitz gesichert. Doch fragte es sich, ob ausser der Italienischen und der Bessarabischen, welche Oesterreich aufgenommen zu sehen wünschte, noch andere Fragen zur Sprache kommen würden. Graf Walewski war geneigt, auf die Seerechtsache einzugehen. Auch in Berlin und Petersburg war die Stimmung eine günstige. Für die damalige Leitung der Preussischen Auswärtigen Angelegenheiten war freilich die „Schlaffheit" sprüchwörtlich, oder, wie ein scharfsinniger Monarch sie charakterisirte, sie war „ein Zustand zwischen Traum und Wachen".

***) Der Belgische Gesandte in Berlin präcisirte den Gedanken, wies auf die Niederlande hin und empfahl direct Verhandlung im Haag.

schritten. Eine Macht war für sie aufgerufen, die in der gesammten Geschichte des Völkerrechts eine Rolle ersten Ranges für sich in Anspruch nimmt, die Macht der öffentlichen Meinung.

Am 2. Decbr. 1859 fasste zu Bremen eine Versammlung notabler Rheder und Kaufherrn die berühmten Resolutionen zu Gunsten der Freiheit des Privateigenthums auf See in Kriegszeiten und begann eine Bewegung in grossem Masstab, um die gebildete Welt zu einer Anerkennung der gleichen Grundsätze und zu Kundgebungen dieser Anerkennung zu vermögen. (No. XVI.)

Der Senat von Bremen machte die Sache zu der Seinigen. Er constatirte in der Erwiederung auf die Eingabe der gefassten Beschlüsse „die Uebereinstimmung des Zweckes" nicht nur mit Seinen bisherigen Bestrebungen, sondern auch „mit der höheren und bleibenden Aufgabe des Bremischen Staats" (No. XVII).

Das Hamburger Commercium blieb nicht hinter Bremen zurück (No. XVIII); die Schwesterstadt Lübeck pflanzte die Bewegung fort (No. XIX); sie wurde zu einer Hanseatischen Ehrensache.

Mit Ausnahme der *Times* (No. XXIII) *) und weniger anderer Organe trat die Presse von Europa für sie ein.

Richard Cobden sprach in einem Briefe an Herrn Alexander Fritze und die übrigen Mitglieder des Bremer Comités (Cannes, France, 22. März 1860) seine volle Zustimmung aus: *„I need not add (for my opinions are not secret to the public) that I heartily concur with you in the object you have in view and I beg most sincerely to thank you for the information with which you have fortified those who like myself are disposed to do all in their power to enforce the adoption of your principles."*

Deutsche, Holländische, Schwedische, Dänische, Französische, Englische Handelskammern (No. XXVIII, XXVI, XXVII) sprachen sich im Sinne der Bremer Resolutionen aus. *) Ebenso der Preussische Handelstag (No. XX), die Hannoversche Ständeversammlung (No. XXII), die angesehensten Vertreter des Preussischen Volkes, welche die Anträge des Bürgermeisters von Danzig, Herrn Groddeck, im Herrenhause, des Präsidenten von Rönne im Hause der Abgeordneten zahlreich unterstützten (No. XXI). Die Hanseatischen Minister-Residenten in Berlin, London, Kopenhagen, Washington, die deutschen Con-

---

*) Von Herrn Wingrove Cook, Verfasser der Letters on China. Gegen ihn vgl. in der Times vom 12. Decbr. das vorzügliche Eingesandt von Mercator. Vgl. auch diesseits den trefflichen Aufsatz der Weserzeitung vom 13. Decbr. 1859.

*) Handelskammer von Lübeck 13. Decbr., Cottbus 17. Decbr., Chemnitz 19. Dec., Duisberg 23. Decbr., Rotterdam 23. Decbr., Landeshut 24. Decbr., Breslau 29. Decbr., Bordeaux und Marseille 30. Decbr., Centralstelle für Handel in Stuttgart 7. Januar 1860, Handelskammer von Schweidnitz 17. Jan., St. Johns (Neu-Braunschweig) 2. Jan., Liverpool 19. Jan., Newyork 10. Febr., Baltimore 25. März, Triest und Riga. (No. XVI, Seite 58. Anmerkung). — Eine nähere Begründung und Präcisirung seiner Vorschläge liess das Bremer Comité durch eines seiner Mitglieder (Dr. H. von Lengercke) ausarbeiten, welche unter dem Titel: „Das internationale Seerecht in Kriegszeiten", Bremen 1860 erschienen ist.

suln in der alten **) und neuen Welt wirkten unermüdlich in ihren Kreisen. Den Letzteren ***) gelang es, mit namenloser Mühe, in der Heimath der Marcy'schen Vorschläge, die gewichtigen Stimmen der Handelskammern von New York (No. XXIX), Baltimore (No. XXX), San Francisco, wenn auch nicht für die Dauer, da die Anhänger der Kaperei, gestützt auf die Regierung des Herrn Buchanan, immer wieder durchdrangen, für die Freiheit des Privateigenthums zu gewinnen.

Herr Geffcken, der in einem Schreiben vom 31. December 1859 dem Holländischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten den Zweck seiner Sendung angezeigt hatte (No. XXXII), begab sich am 1. Januar 1860 nach dem Haag und fand dort die zuvorkommendste Aufnahme. Baron Golstein, welcher schon vorher den Versuch gemacht, bei der Französischen und Preussischen Regierung dafür zu wirken, dass die Seerechtsfrage im Congresse zur Sprache komme und dabei auf das gleiche Hinderniss der Englischen Weigerung gestossen war, ging lebhaft auf die Idee eines Collectivschrittes der nicht vertretenen Staaten ein und verhiess, die Initiative zu ergreifen, indem er eine Note aufsetzen werde, welche dann behufs der Beitrittserklärung an alle Seemächte zweiten Ranges gesandt werden solle, nämlich an Hannover, Oldenburg, Mecklenburg, die Hansestädte, Belgien, Dänemark; sofern diese sich zustimmig erklärten, werde dann diese Note nebst einer erläuternden und ebenfalls mitzutheilenden Denkschrift dem Congress durch den Niederländischen Gesandten in Paris als Wortführer der ganzen Liga von Staaten überreicht werden. Herr Geffcken unterhandelte dann noch im Sinne seiner Mission in Brüssel, Paris, Hannover. Sie hatte vollständigen Erfolg und war von bleibend förderlicher Wirkung.

Der Holländische Minister hielt Wort. Eine Circulardepesche vom 11. Januar 1860 wies die Gesandten an, den Entwurf einer Collectivnote den Regierungen, bei welchen sie beglaubigt waren, anzuempfehlen. Mecklenburg (No. XXXIX) und Oldenburg *) lehnten ab; Mecklenburg fühlte sich durch das Ansinnen sogar in dem Gefühl seiner Souveränetät betroffen. Belgien hüllte sich in Schweigen — mit Rücksichtnahme auf die garantirte Neutralität und auf England, wie König Leopold nach Hanseatischer Seite von vornherein zu verstehen gegeben. Dänemark hatte seine Bedenken in Bezug auf einen Krieg mit Deutschland, liess sich aber von geistesüberlegenen Staatsmännern umstimmen (No. XXXVIII). Hannover (No. XXXVI) und die Hansestädte (Bremen No. XXXV, Lübeck No. XXXVII) nahmen pure an. — Da der Congress nicht zu Stande kam, ist das gemeinschaftliche Auftreten der Seemächte zweiten Ranges unterblieben.

*) Prange in Liverpool, Wiencken in Gothenburg, Motz in Bordeaux, Michaëlson in Stockholm.

**) Lauter deutsche Namen: Bierwirth, Schuhmacher, Duisenberg, Rodewald, Plate, Hirsch, Kentgen.

***) Bericht der Holländischen Minister des Auswärtigen und der Finanzen an den König vom 25. Mai 1860 über die Resultate der mit den kleineren Seestaaten geführten Correspondenz. (Brem. Ges.-Ber., Washington, 28. September 1860.)

Unter dem 22. Mai 1860 meldete der Vertreter Bremens in Washington, dass der **Sardinische** Geschäftsträger, welcher die Bremer Resolutionen nebst dem Bericht der Newyorker Handelskammer nach Turin eingesandt, mit letzter Post instruirt worden, die Bemühungen Bremens, das Seerecht betreffend, in jeder Weise, mündlich und schriftlich, möglichst zu unterstützen. Aber während der Präsidentschaft des Herrn Buchanan war nicht der mindeste Erfolg zu erwarten. In seinem Brief an den Präsidenten der Handelskammer von Newyork vom 31. März 1860 (No. XXIX) hatte dieser sich des Vorwandes bedient, welchen Herr Dallas „eine blosse Maske" genannt, „ein Beschluss in der Sache lasse sich erst fassen, wenn die Europäischen Regierungen sich bereit erklärten, gleichzeitig das Blokaderecht in der von ihm vorgeschlagenen Weise auf den Fall eines gleichzeitigen Landangriffs gegen den blokirten Hafen zu beschränken." Einem Mitgliede der Newyorker Handelskammer aber sagte der Präsident ohne Umschweif: *„the United States would not surrender privateering, while he (Mr. Buchanan) was at the head of the Government."* (Brem. Ges.-Ber., Washington, 22. Mai 1860.)

So lange die Vereinigten Staaten am Kaperwesen festhielten, schien es hoffnungslos, an eine neue Bekehrung Lord Palmerston's zu denken. Gleichwohl, als wegen der sog. Schweizer Frage im Sommer 1860 Conferenzen in Aussicht standen, war die Niederländische Regierung darauf Bedacht, mit andern Staaten zweiten Ranges daselbst die Seerechtsfrage anzubringen. (Hans. Ges.-Ber., London, 28. Juni 1860). In einem Erlass an die diplomatischen Vertreter Hollands vom 12. Juni 1860 hatte der Minister Graf Zuylen mitgetheilt, dass das Haager Kabinet diese Angelegenheit „nicht aus den Augen verloren habe," dass es zwar einen Congress für das zweckmässigste Forum erachte, jedoch in Ermangelung eines Congresses auch auf andrem Wege vorzugehen gesonnen sei.*) (Hans. Ges.-Ber., Kopenhagen, 19. Septbr. 1860.) Weitere Schritte waren allerdings nicht gethan; aber Herr Rochussen, Nachfolger des Herrn Du Bois in Kopenhagen, vorher in Paris für die Seerechtssache thätig, war überzeugt, Graf Zuylen würde leicht zu bewegen sein, wenn ihm die Möglichkeit eines praktischen Erfolgs anschaulich zu machen wäre.**)

---

*) Antwortdepesche des Holländischen Gesandten am Dänischen Hofe (damals noch Hr. Du Bois) an den Minister Grafen Zuylen d. d. Sophienholm 7. Juli 1860, worin u. A. die Befriedigung ausgesprochen ist, *„que le Gouvernement Neerlandais n'est pas d'avis de laisser reposer l'affaire importante de l'extension désirable à donner au droit maritime adopté en 1856 jusqu'à la nouvelle réunion d'un congrès, mais qu'il a l'intention après l'initiative au commencement de cette année, de tâcher d'atteindre par une autre voie le noble but qu'Il se propose."*

*) In einer Depesche an den Grafen Zuylen von Nyeveld, seinen Chef, Kopenhagen den 30. November 1860, sprach sich Herr Rochussen dahin aus, warum immer erst Kriege abgewartet würden, um dann auf Congressen Grundsätze anzunehmen, die das verdammen, was eben geschehen? Herr Rochussen wies auf Lindsay's Reise, auf seinen Parlamentsbericht und auf den Umstand hin, dass der englische Handelsminister Gibson den Vorsitz in jenem Comité geführt. Er rieth endlich zu einem **einfachen Notenaustausch** über die Grundsätze, die man beobachten wolle gegenüber denen, welche sich zu gleichen Grundsätzen verpflichten.

Im August 1860 regte sich eine neue Theilnahme in England. Für den Chinesischen Krieg hatten beide Westmächte im März d. J. das Princip der Freiheit des Privateigenthums zur See proclamirt, da es sich hier nutzbringend erwies. (No. XXXIX). Am 7. August sprach der Bericht eines Englischen Parlamentscomité, welchem der Handelsminister, Herr Milner Gibson, die Herren Cardwell, Lindsay und andere bedeutende Männer angehörten, sich zu Gunsten desselben Grundsatzes aus. (No. XL, siehe auch die Anmerk.). Am 18. Februar 1861 wurde darüber im Hause der Gemeinen debattirt (No. XLI). Diese Verhandlung bezeichnet einen bemerkenswerthen Fortschritt der Ideen. Herr Lindsay, der im Comité wie in der Parlamentssitzung als besonders einflussreich hervortrat, übertrug die Agitation von England in die Vereinigten Staaten, wo er vor den wichtigsten Handelskammern (am 24. Septbr. in Boston, am 9. Octbr. in Newyork u. s. w.) Reden hielt, auch in Betreff der Reform des Seerechts in Kriegszeiten auf die öffentliche Meinung in Amerika bedeutsam wirkte, jedoch was die unmittelbare Durchführung dieser Reform anlangt, tauben Ohren predigte.*) Indessen sprach nicht lange darauf mit vernehmlicher Stimme ein Ereigniss, das den Norden der Vereinigten Staaten mächtig bewegte, zu den Staatsmännern, welche mit dem neuen Präsidenten Lincoln ans Ruder gekommen. Die Südstaaten in offenem Aufstand gegen die Union, hatten Kaperbriefe ausgeschrieben! Die gepriesne Waffe**) kehrte ihre Spitze gegen diejenigen, welche sie für unentbehrlich ausgegeben oder im Stillen gehalten hatten. Der Bremische Resident benutzte die Gelegenheit, dass der Staatssecretär ihn und Herrn Lyons, den Englischen Gesandten, zu einer Berathung über die bei der projectirten Schliessung der südlichen Häfen in Betracht kommenden Rechts- und Handelsfragen eingeladen, Herrn Seward darauf aufmerksam zu machen, „dass die Kaperproclamation des Präsidenten Davis der hiesigen Regierung einen günstigen Anlass biete, sich durch sofortige Wiederaufnahme der Marcy'schen Vorschläge allgemeine Sympathie in Europa zu sichern.“ „Ohne eine bestimmte Erklärung abzugeben, wies Herr Seward dies wenigstens nicht zurück.“* (Brem. Ges.-Ber. 19. April 1861).

In der Kabinetssitzung vom 24. April 1861 fasste die Regierung den Beschluss, der Pariser Declaration „einfach und ohne irgendwelche Reservation oder Amendement“ in Form besonderer Conventionen beizutreten; mit dem Dampfboot vom 27. gingen die Instructionen an die Gesandten ab.***)

Jetzt lag den Vereinigten Staaten Alles daran, die Uebereinstimmung

---

*) Hans. Ges.-Ber., London, 26. October 1860: „Auf den hiesigen Ministerien leugnet man noch fortwährend, dass Mr. Lindsay officielle Aufträge habe; seine Mission sei allein von ihm und seinen Geschäftsfreunden ausgegangen, wenn auch die Regierung ihm alle Unterstützung angedeihen lasse und es möglich sei, dass seine Anregungen zu demnächst officiellen Verhandlungen führen könnten.“ Vgl. No. XL., S. 96, Anm.

**) „*The right arm of our national defense,*“ nämlich „*the issue of letters of marque to merchant vessels in time of war.*“ Rede des Herrn P. M. Wetmore in der Newyorker Handelskammer vom 7. Juni 1860 gegen Herrn Bierwirth (Newyork Journal of Commerce, 13. Juni 1860.)

***) Sie trugen die Nachschrift: „*A full power to treat is also herewith sent.*“

der ganzen civilisirten Welt für Abschaffung des Kaperwesens unverzüglich constatiren zu können. Eine *arrière pensée* verband sich damit. Frankreich und England neigten zu einer Anerkennung der Südstaaten; sie fassten den grossen Kampf in der Union nicht unter dem Gesichtspunkt eines Aufstandes, sondern eines Krieges auf. Dieser Auffassung zu begegnen, der Anerkennung vorzubeugen, war für das Kabinet von Washington eine Aufgabe, für deren Erfüllung kaum ein Preis zu hoch schien. Um den Preis des Verzichts auf die Kaperei hoffte Herr Seward das Ziel zu erreichen. Denn, wenn Präsident Lincoln jetzt die Pariser Declaration einfach annahm, so war dabei vom Amerikanischen Standpunkt ohne Weiteres vorausgesetzt, dass dieser Beschluss auch für die Südstaaten verbindlich sei, dass das neue Völkerrecht auch auf sie Anwendung finde. Die Kaperschiffe derselben nahmen dann sofort den Charakter von Piraten an. Und die Europäischen Mächte, sobald sie sich darauf einliessen, würden ihre bisherige Auffassung des Kampfes mit der in Washington herrschenden vertauscht und *implicite* die Südstaaten für Insurgenten genommen haben. Im Interesse der Europäischen Staaten lag es ohne Zweifel, die Grundsätze der Pariser Declaration allgemein anerkannt zu sehen. Der für unbesieglich gehaltne Widerstand der Grossmacht im Westen erklärte sich selbst für besiegt. Dem Kaperwesen konnte jetzt wirklich ein Ende gemacht werden. Die Vereinigten Staaten stellten keinerlei Bedingung, weder mögliche, wie unter dem Präsidenten Pierce, noch unmögliche, wie unter Buchanan. Nur wollten sie jene Consequenzen, auf die jetzt Alles ankam, sich nicht verkümmern lassen. Aber es ergab sich, dass England gerade diese Consequenzen, noch ehe sie Amerika zu erkennen gab, aufspürte und ihnen den Weg vertrat. Auch die andern Staaten Europas, mit Ausnahme Russlands, nahmen das Kabinet von Washington nicht beim Wort, und der Moment, die Vereinigten Staaten für Abschaffung der Kaperei zu gewinnen, ist ungenutzt vorübergegangen. Nach dem Siege der Union über den Aufstand des Südens hat Earl Russel darüber nachdenken können, ob der Preis, welchen damals Herr Seward für den Beitritt zur Pariser Declaration forderte, nämlich das stillschweigende Zugeständniss, dass die Südstaaten Rebellen wären, zu hoch gewesen ist im Vergleich zu dem, was vor Allen den Engländern der Verzicht der Vereinigten Staaten auf das Kaperwesen werth sein würde.

Am 24. Mai 1861 hatte der Bremische Resident in Washington eine Conferenz mit Staatssecretär Seward über den Beitritt zur Pariser Declaration; Herr Dr. Schleiden bedauerte das Aufgeben des Marcy'schen Amendements und Herr Seward gab zu erkennen, er sei nachträglich zur Einsicht gekommen, sich übereilt zu haben. (Hans. Ges.-Ber., Washington, 29. Mai 1861).

Mittelst Note vom 29. Mai 1861 übersandte Staatssecretär Seward dem Bremischen Residenten den Entwurf einer Convention über den Beitritt der Vereinigten Staaten zur Pariser Declaration und sprach den Wunsch aus, mit Bremen einen solchen Vertrag in kürzester Frist abzuschliessen. Herr Dr. Schleiden gab anheim, dass man ihn instruire, die Aufnahme des Marcy'-

schen Amendements zu erlangen. (No. XLIV). Dies wünschte er, obwohl ihm Herr Seward mitgetheilt, dass der Hauptzweck seines Vorschlags darin bestehe, „die südlichen Kaper baldthunlichst in den Augen von ganz Europa als Piraten zu stempeln.“ Darum war Herr Senator Smidt von Bremen in der Senatssitzung vom 21. Juni 1861 der Ansicht, zwar das Marcy'sche Amendement aufzunehmen, doch keineswegs als *conditio sine qua non* und, ohne auf andere Staaten zu warten, die Gelegenheit zu einem solchen Vertrage zu benutzen. Dahin wurde Herr Dr. Schleiden am 26. Juni 1861 instruirt und ihm die Vollmacht Bremens d. d. 24. Juni 1861 zum Abschluss des Vertrages ertheilt. Lübeck schloss sich an und sandte am 27. Juni die Vollmacht an Herrn Dr. Schleiden; desgleichen Hamburg am 28. Juni 1861. Dem Abschluss des Vertrages stand also nichts entgegen.

Preussen war am 29. Juni 1861 noch ohne Kenntniss von dem Antrage der Vereinigten Staaten. Diese hatten einen neuen Gesandten in Berlin ernannt, welcher die Instructionen erhalten, und Herr Judd kam dort erst am 28. Juni an. So geschah es, dass mit jenem Antrag sich die Preusische Depesche vom 13. Juni gekreuzt hatte, welche an Herrn von Gerolt in Washington erlassen war. (No. XLIII). Von Seiten des Preusischen Gesandten war keinerlei Bericht über die so wichtigen Absichten der Vereinigten Staaten in Berlin eingegangen.

Dass Preussen in diesem Zeitpunkt das Marcy'sche Amendement hervorkehren werde, stand nicht zu erwarten. Ein hochstehender Beamter des auswärtigen Ministeriums äusserte, Preussen würde durch einen das Princip der Freiheit des Privateigenthums zur See anerkennenden Vertrag mit Amerika sich lächerlich machen, falls England gegen dies Princip sei.*) Als ob Friedrich der Grosse sich durch den Vertrag von 1785 „lächerlich gemacht“ hat! Ueber den Chef des Ministeriums urtheilte man aber allgemein: „Herr Schleinitz ist viel zu indolent, um sich mit solchen völkerrechtlichen Fragen ohne die dringendste Veranlassung zu beschäftigen, und viel zu zaghaft, um sich ohne Noth mit England in Widerspruch zu setzen.“

Der neue Amerikanische Gesandte in Berlin war mit den ihm ertheilten Aufträgen seiner Regierung durchaus nicht einverstanden. Herr Judd meinte, „Seward habe sich etwas vergeben“; es sehe fast danach aus, „als fühlten sich die Vereinigten Staaten schwach und bedürften der Pariser Declaration.“ Gleichwohl hielt sich Herr Judd für verpflichtet, mit der Verhandlung vorzugehen; lag doch in seinen Händen der Vertrags-Entwurf, welchen seine Regierung dem Berliner Kabinet anbot. Dagegen wurde dem Gesandten aus dem Kreise seiner Collegen der Rath ertheilt, abzuwarten, was Herr von Gerolt auf die Depesche vom 13. Juni thun werde, — ferner auch abzuwarten, ob nicht ein Vertrag über volle Freiheit des Privateigenthums mit den Hansestädten zu Stande komme, „in Folge dessen ein gleicher

*) Separat-Conventionen waren das allein Geeignete und Zweckmässige. (Hans Ges.-Ber. Kopenhagen, den 2. Juli 1861).

Schritt Preussen leichter werden und bei demselben von den Hansestädten gewiss lebhaft befürwortet sein würde."

Der College des Herrn Judd in Paris, Herr Dayton, hatte auch noch im Anfang Juli keinen Schritt gethan: die Instruction an die Amerikanischen Gesandten datirt vom 24. April. Auch Herr Dayton hatte seine Gründe, der eigenen Regierung zuwiderzuhandeln; er hoffte, noch positive Vollmacht zur Abschliessung eines Vertrags für die vollständige Freiheit des Privatigenthums zur See zu erhalten. Es ist dabei nicht zu vergessen, dass, wenn der von Herrn Seward begehrte Vertrag scheiterte, das Kaperwesen den Amerikanern unverkümmert blieb. — Uebrigens war der oben angedeutete Hauptzweck des Washingtoner Kabinets bereits in Frage gestellt; wenigstens in Paris war die Zumuthung, den einzugehenden Vertrag auch als „bindend für die Südstaaten" anzusehen, rund abgelehnt. Die Französische Regierung liebäugelte vielmehr mit den sog. conföderirten Staaten.

Herr Adams, der Amerikanische Gesandte in London, getreu den Traditionen seiner Familie, war nicht säumig, sondern wollte unterhandeln, stiess aber auf Hindernisse. Man sagte ihm, die Herren Lyons und Mercier würden in Washington die Neutralitätsverhältnisse zur Sprache bringen. Das hatte Herr Seward indessen abgelehnt.

So waren einstweilen alle weiteren Verhandlungen abgeschnitten oder unterblieben — mit Einer Ausnahme, von der weiter unten die Rede sein wird.

Am 15. Juli 1861 hatte der Hanseatische Vertreter die erste Conferenz mit dem Director im Staatsdepartement, Herrn Hunter, über den zwischen den Hansestädten und den Vereinigten Staaten abzuschliessenden Vertrag. Herr Dr. Schleiden legte seine Amendements zu dem Amerikanischen Entwurfe vor; das eine enthielt den Marcy'schen Vorschlag in verbesserter Fassung *), das andre bestimmte, dass Blokadebruch erst nach erfolgter Abweisung eintreten solle, **) was der Amerikanischen Praxis entsprach; zu diesem zweiten Amendement hatte der Gesandte keine Instruction. Seine Anträge machten günstigen Eindruck, doch wollte man sie näher prüfen. Zu diesem Behuf richtete am Nachmittag Herr Dr. Schleiden eine Note an Herrn Seward, der er einen vollständigen Vertragsentwurf beifügte. (No. XLV.)

Auf die Note des Herrn Dr. Schleiden erfolgte die Antwort in der Note des Herrn Seward vom 17. Juli 1861; sie lautete hinausschiebend, *„declining at present to bring to a conclusion the proposed negotiation"*, dabei in höflicher Weise *„fully appreciating the liberal and enlightened views"* *„upon this subject"*. Eine *„reconsideration"* des Bremischen Residenten vom 18. Juli,

---

*) In dem Marcy'schen Vertragsentwurf stand *„on high sea"*: das schloss nicht Wegnahme „Angesichts der Küste" aus; darum setzte Herr Dr. Schleiden *„on sea"*. (No. XLV., S. 107 und Beilage S. 108).

**) Danach hätte der 4. Punkt der Pariser Declaration den Zusatz erhalten: „und soll kein Schiff des Bruchs einer effectiven Blokade für schuldig erklärt werden, es sei denn vorher von dem Blokadegeschwader abgewiesen worden."

so wie die Unterstützung, welche demselben der Preussiche Gesandte angedeihen liess, blieb ohne Erfolg. (No. XLVI.)

Herr Dr. Schleiden machte noch den Versuch, den Abschluss ohne seine Amendements, wie er angeboten worden war, zu erlangen. Jetzt wurde Amerikanischer Seits der Vertrag definitiv abgelehnt, mit oder ohne Amendements. Politische Rücksichten der ernstesten Art, so eröffnete Herr Seward mündlich, machten die Uebereinkunft unmöglich; er liess die Besorgniss eines Krieges mit England durchblicken. Das frühere Anerbieten des Kabinets von Washington war aus dem Wunsch entsprungen, die Südstaaten als Insurgenten, ihre Kaper als Piraten zu behandeln; die jetzige Weigerung entsprang aus dem Bedürfniss, England durch eigenes Kaperwesen zu schrecken und, käme es zum Kriege, zu schädigen. Auf einen philanthropischen Fortschritt war es nicht abgesehen. (No. XLVII.) Die schriftliche Ablehnung erfolgte in einer Note des Herrn Seward an Herrn Dr. Schleiden vom 23. Juli 1861. (Brem. Ges.-Ber., Washington, 26. Juli 1861.)

Einigermasen tröstlich bei diesem Scheitern der von den Hansestädten ertheilten Aufträge mochte der Umstand sein, dass Herr Seward an den Instructionen, welche er am 24. April seinen Agenten ertheilt hatte, festhielt. Das bewies seine Note an den Preussischen Gesandten vom 16. Juli 1861 (auf die Depesche des Preussischen Ministers an denselben vom 13. Juni), worin er sich bereit erklärte, mit Preussen auf dieser Basis einen Vertrag abzuschliessen. Auch nach London und Paris ergingen noch neue Weisungen an die Gesandten, den Abschluss von Conventionen über den Beitritt zur Pariser Declaration zu beschleunigen. Dies fand Herr Dr. Schleiden „schwer vereinbar“ mit der Ablehnung gegenüber den drei Staaten, in deren Namen er verhandelt und Anfangs bedingte, dann unbedingte Annahme angeboten hatte. Ein glaubhafter Gewährsmann versicherte, „dass der Vorschlag, auf die Kaperei zu verzichten, überall nicht ehrlich gemeint sei,“ der Staatssecretär sich vielmehr in vertraulichem Gespräch dahin ausgesprochen habe, es komme nur darauf an, durch Abschluss solcher Conventionen den südlichen Kapern ihre völkerrechtliche Berechtigung zu entziehen, auch habe der Verzicht auf Kaperei selbst England gegenüber nicht viel zu bedeuten, da sich die Kaper leicht durch eine Seemiliz ersetzen liessen, die zwar kein feindliches Eigenthum würde nehmen, wohl aber solches würde zerstören können, und der man reiche Belohnung für solche Eigenthumsvernichtung aussetzen würde. (Brem. Ges.-Ber., Washington, 26. Juli 1861.)

Der Englische Gesandte in Washington, Herr Lyons, erklärte, England wäre bereit, eine Convention wegen Beitritts der Vereinigten Staaten zur Pariser Declaration abzuschliessen, unter der Bedingung, dass gleichzeitig auch Frankreich in diesem Sinne contrahiren würde. Diese Erklärung war abgegeben, ehe die neuen Instructionen nach England gelangten. Aus Paris fehlten noch neuere Nachrichten. — Der Oesterreichische Gesandte hatte von seinem Hofe eine Weisung erhalten, die fast ganz mit dem Inhalte der Schleinitzschen Depesche an Herrn von Gerolt (No. XLIII.) übereinstimmte, und

am 7. August 1861 davon vorläufige Mittheilung an Herrn Seward gemacht. (Brem. Ges.-Ber., Washington, 9. August 1861.)

Am 24. August 1861 hatte mittlerweile Russland mit dem Amerikanischen Gesandten, Herrn Clay, einen Vertrag unterzeichnet, welcher den Beitritt zur Pariser Declaration stipulirte, worin also Amerika die Abschaffung des Kaperwesens zugestand. Dagegen war der Abschluss gleicher Verträge mit England und Frankreich vollkommen gescheitert. Earl Russell hatte seine Bereitwilligkeit nämlich nur unter der Reserve erklärt, „dass dadurch die Englische Auffassung des Conflicts in den Vereinigten Staaten in keiner Weise geändert würde.“ Das traf den Nerv der Amerikanischen Absichten und liess solchen Vertrag dem Washingtoner Kabinet als werthlos, den darin auszusprechenden Verzicht auf die Kaperei als eines erwünschten Aequivalents entbehrend, somit unstatthaft erscheinen. Den englischen Vorbehalt wollte der amerikanische Gesandte in London, Herr Adams, natürlich nicht annehmen, weil er darin die Zumuthung erblickte, die Auffassung Englands zu billigen, welche den Secessionisten Rechte eines kriegführenden Theils zugestanden; er lehnte also die Basis ab und aus der Convention wurde in London und Paris nichts. — Herr Judd in Berlin hatte eine Note an Baron Schleinitz eingereicht, worin er den Wunsch ausgesprochen, einen Vertrag für die Freiheit des Privateigenthums zur See auf der breitesten Grundlage abzuschliessen; seine Regierung hatte dies gebilligt. Preussischer Seits war aber keine Antwort erfolgt. Nach Washington hatte Herr Judd geschrieben, dass er keinerlei Veranlassung fände, Conventionen über den blossen Beitritt der Vereinigten Staaten zu der Pariser Declaration zu schliessen, sondern dass er einen wirklichen Vortheil für die Union nur darin sähe, wenn ein Staat darauf einginge, durch einen Vertrag das von Marcy aufgestellte Prinzip der vollständigen Freiheit des Privateigenthums zur See zu sanctioniren. Der Gesandte befand, der Staatssecretair habe erst das Marcy'sche Amendement vertreten und scheue in dem Augenblicke zurück, wo es gelte, dasselbe zu verwirklichen. Herr Judd wünschte die Sache in Berlin weiter zu betreiben; doch da man immer aufs Neue constatiren musste, wie sehr lau und furchtsam man auf dem auswärtigen Ministerium in dieser Frage war, so schien es rathsam, den Amtsantritt des Grafen Bernstorff abzuwarten, der sie vielleicht richtiger würdigen möchte. Wenig schien daran gelegen, dass die Vereinigten Staaten jetzt mit Preussen einen Vertrag abschlossen, durch welchen sie dem Kaperwesen entsagten, da sie an die Grundsätze der Pariser Declaration „doch moralisch“ durch die Depesche vom 24. April 1861 und „jetzt auch rechtlich durch den Vertrag mit Russland gebunden seien.“

Auffallenderweise hatte der Amerikanische Gesandte in Petersburg bis Anfang October über den von ihm abgeschlossenen Vertrag vom 24. August noch nicht berichtet. Der Russische Gesandte in Washington, Herr von Stöckl, hatte vom Abschluss allerdings officielle Kunde, aber den Vertrag selbst noch nicht erhalten. „Darin,“ bemerkte

der Bremische Resident, „findet Herr Seward einen Vorwand, die betreffenden Verhandlungen mit mir noch weiter hinauszuschieben.“ Er erklärte, dass er jedenfalls wünschen müsse, zunächst in dieser Sache klar zu sehen, da er besorge, dass die Russische Regierung sich nur aus freundlichen Rücksichten für die Vereinigten Staaten auf den Vertrag eingelassen habe und den Schritt rückgängig zu machen suchen werde, sobald sie von dem Abbruch der ähnlichen Verhandlungen mit England und Frankreich Kunde erhalte. Dieser Auffassung diente zum Anhalt, dass nach eigener Aussage des Russischen Gesandten, Herrn von Stöckl, man in Petersburg Anfangs auf dem blossen Austausch gegenseitiger Declarationen bestanden und nur auf den dringenden Wunsch des Herrn Clay eine förmliche Convention geschlossen habe. Uebrigens wiederholte Herr Seward, dass er seine Ansichten über diese wichtige Frage, namentlich auch über das Marcy'sche Amendement seit dem 24. April d. J. nicht geändert habe und „bald in der Lage zu sein hoffe“, die Verhandlungen mit Herrn Schleiden aufzunehmen. Diese „an sich so erfreuliche“ Erklärung bot leider keine Garantie. (Hans. Ges.-Ber., Washington, 4. October 1861.) Bei erster Gelegenheit brachte Herr Schleiden die Seerechts-Verhandlungen von Neuem in Anrege: nunmehr wurde von Herrn Seward, allen Gegenvorstellungen zum Trotz, „definitiv abgelehnt, dieselben aufzunehmen.“ „Da England und Frankreich“, sagte er, „den Abschluss der von hier aus vorgeschlagenen Convention von unzulässigen Restrictionen abhängig gemacht hätten, so bliebe der Regierung nur übrig, die ähnlichen Verhandlungen mit anderen Staaten auf ungewisse Zeit zu suspendiren. Allerdings sei eine Convention über den Beitritt der Vereinigten Staaten zur Pariser Declaration am 24. August mit Russland geschlossen, aber ein Beschluss darüber, ob dieselbe dem Senat zur Ratification vorgelegt werden solle, noch nicht gefasst. Er könne deshalb zur Zeit nur die Zusicherung ertheilen, dass er bereitwillig auch mit anderen Staaten eine solche Convention schliessen werde, sobald diejenige mit Russland ratificirt werden sollte. Bis dahin müsse die hiesige Regierung sich das Recht vorbehalten, nöthigenfalls in einem Seekriege Kaperbriefe auszuschreiben, wenn es gleich selbstverständlich von den Umständen abhängen müsse, ob sie von einem solchen Recht Gebrauch machen werde.“ Gegen den Russischen Gesandten liess sich Herr Seward noch weiter aus, indem er auf dessen Frage (drei Wochen vorher), ob die Vereinigten Staaten im Fall eines Krieges mit Frankreich und England Kaper ausrüsten würden, erwiederte, „das verstehe sich von selbst.“ Als darauf Herr von Stöckl bemerkte, dass sich jedenfalls kein Amerikanischer Kaper im Norden des Stillen Meeres werde zeigen dürfen, weil Russland, das dort allein Häfen besitze, sie nach der Convention vom 24. August als Piraten behandeln werde, rief Herr Seward erstaunt aus: „Daran habe ich nicht gedacht, ich muss an Herrn Clay deshalb schreiben.“ Doch schien es, als wünsche die Russische Regierung selbst nicht die Ratification

des Vertrages vom 24. August 1861. Dieselbe ist denn auch unterblieben. (Brem. Ges.-Ber., Washington, 14. November 1861.)

So haben die Vereinigten Staaten nicht nur den Schritt über die Pariser Declaration hinaus, welchen die Note von Marcy als Bedingung des Beitritts zu derselben in Aussicht stellte, nicht gethan, sondern sie behaupten noch heute das Recht der Kaperei, welches in jener Französischen Note an die Hansestädte vom 15. Juli 1792 als eine *„espèce de brigandage aussi déshonorant pour les états qui le tolèrent, que pour les sujets qui s'y livrent“* brandmarkte und das seit 1856 alle Staaten der Welt, bis auf Spanien, Mexico und die Staaten des Sternenbanners, abgeschafft haben. Selbst zur Beobachtung des zweiten und dritten Artikels der Pariser Declaration besteht für die Vereinigten Staaten eine formelle Verpflichtung auf Grund nur Eines officiellen Documents, das dadurch eine besondere Bedeutung gewinnt, nämlich der Note des Herrn Seward an den Preussischen Gesandten, Herrn von Gerolt, vom 16. Juli 1861,*) worin es heisst, *„by authority of the United States“* benachrichtige der Staatssecretär den Vertreter Preussens, *„that this Government cheerfully declares its assent to principles 2 and 3 of the Paris Declaration in the present case and to continue until the insurrection shall come to an end and they will be fully observed by this Government in its relations with Prussia.“* Also auch diese Verbindlichkeit ist eine beschränkte und die Vereinigten Staaten haben es nach Niederwerfung der Insurrection des Südens in ihrer freien Hand, sich zu den Rechten der Neutralen zu stellen, wie die augenblicklichen Strömungen der Politik es ihnen vortheilhaft erscheinen lassen.

Während die grosse Republik des Westens, die, wie Herr Cass verkündigte, die Declaration von Paris zurückgewiesen, nicht weil ihr Inhalt zu weit, sondern weil er nicht weit genug ging, in Betreff des Seekriegsrechts von fast allen Nationen überholt ist und nachgerade in der Reihe der civilisirten Staaten, was diesen wesentlichen Gegenstand anbelangt, den letzten Platz einnimmt, hat der Grundsatz der Freiheit des Privateigenthums zur See in Kriegszeiten, welcher eine geraume Zeit den Namen des Amerikanischen Ministers Marcy getragen und dann als das Programm von Bremen bezeichnet ist, eine practische Anerkennung bei drei Grossmächten von Europa gefunden und gilt unter diesen als Völkerrecht seit dem gegenwärtigen Kriege. Italien hat ihn in dem Codex für seine Handelsmarine, welcher seit Neujahr 1866 in Kraft getreten ist, schon am 25. Juni 1865 sanctionirt (No. LI); es fordert aber Gegenseitigkeit und zwar eine vor Ausbruch der Feindseligkeiten erklärte Gegenseitigkeit. Und vor dem Kriege haben Oesterreich mittelst Verordnung vom 13. Mai 1866 (No. LII), Preussen durch Erlass vom 19. Mai 1866 (No. LIII) sich, ebenfalls unter Voraussetzung der Reciprocität, dazu bekannt, Preussen im Einklang mit seinen Traditionen, die zurückgreifen auf die erste Verkündigung dieses Princips durch Friedrich

*) Auf die Depesche des Preussischen Ministers an den Gesandten zu Washington vom 13. Juni 1861.

den Grossen im Bunde mit den Republikanern Adams, Jefferson und Benjamin Franklin. Das Marcy'sche Amendement und das Bremer Programm sind ja im Wesentlichen desselben Inhalts mit dem Vertrage vòn 1785.

Die vorausgehende Darstellung hat den Nachweis geführt, dass mit alleiniger Ausnahme Englands alle Seestaaten der Freiheit des Privateigenthums im Seekriege principiell nicht abgeneigt sind. Die Vereinigten Staaten, trotz zeitweiliger Schwankungen ihrer Politik, die sogar auffallende Rückschritte möglich gemacht, müssen als fest engagirt, wenigstens als „*bound by honour*" gelten. Russland hat sich feierlich verpflichtet, den Grundsatz anzuerkennen. Frankreich hat sich wiederholentlich auf das Günstigste darüber ausgesprochen und darf einer Idee nicht untreu werden, welche der erste Kaiser als eine bleibende des Kaiserthums, als eine wahrhaft Napoleonische Idee hingestellt hat: in diesem Punkt hat die Regierung, abgesehen von selbstsüchtigen Gelüsten der Marine, die sich anderweitig befriedigen lassen, die Unterstützung aller Kreise, aller Parteien, wie dies die neuliche Rede des Herrn Garnier-Pagès über das Bombardement von Valparaiso und der seiner Forderung einer Reform des Seerechts im gesetzgebenden Körper gespendete Beifall ausser Zweifel stellen. Preussen, Oesterreich und Italien haben nicht nur für die Dauer des jetzigen Krieges, sondern als einen integrirenden Theil ihrer Gesetzgebung den Grundsatz proclamirt. Die Seestaaten zweiten Ranges sind für eine allgemeine Anerkennung desselben zu Collectivschritten bereit gewesen und erforderlichenfalls immer wieder bereit; aus ihren Kreisen ist die nachdrückliche Agitation hervorgegangen, welche der Reform des Seerechts die lebhafte Zustimmung der öffentlichen Meinung in der alten und neuen Welt zu sichern gewusst hat.

Aber allerdings in England, scheint es, wird ein erheblicher Widerstand noch erst zu überwinden sein. Alle namhaften Staatsmänner, die am Ruder sind, oder allenfalls erwarten dürfen, ans Ruder zu kommen, Führer verschiedener Parteien, haben sich bis in die neueste Zeit gegen die Neuerung ausgesprochen — Earl Derby nicht weniger entschieden und bestimmt als Earl Russel. Die erschöpfendste Darlegung dieses Standpunkts, den man versucht sein könnte, den reinpolitischen zu nennen, bietet die Rede Lord Palmerston's in der Sitzung des Hauses der Gemeinen vom 17. März 1862(No.XLIX). Es ist nicht zu leugnen, die völkerrechtliche Geltung des Grundsatzes würde eine totale Aenderung des Systems der bisherigen Kriegführung zur See bedingen, die Beschränkung derselben auf Schlachten und Gefechte zwischen den Staatsflotten und auf Blokaden. Ist es da zu verwundern, dass England sich besinnt und dem Ansinnen widerstrebt, einer Art der Kriegführung zu entsagen, mit welcher es zu siegen gewohnt ist? mit welcher es in frühern Kriegen die Macht seiner Gegner gebrochen hat? Ist die Annahme des Satzes nicht für England gleichbedeutend mit einer Thronentsagung auf sein Uebergewicht zur See? Wo Interessen von solchem Gewicht auf dem Spiele stehen, da ist nach dem traditionellen Charakter Britischer

Politik eher zu erwarten, dass sie es auf blutige Kämpfe ankommen lässt, als dass sie sich nachgiebig erweist.

Auf der andern Seite ist indessen nicht zu übersehen, dass dem Auslande, welches mit einer solchen Forderung an England herantritt, ein mächtiger Bundesgenosse im Lande selbst sich beigesellt. Sind die officiellen Kreise, die reinpolitischen, gegen den neuen Grundsatz eingenommen, so sind die volkswirthschaftlichen Autoritäten ebenso bestimmt und entschieden dafür. Jener klare Denker, der ohne jemals ein Amt bekleidet zu haben, so bedeutenden Einfluss auf die Geschicke Englands in diesem Jahrhundert geübt hat, Richard Cobden, hat sich gleich nach dem ersten Bekanntwerden für das Marcy'sche Amendement ausgesprochen. Seitdem ist die Agitation für dasselbe in stetem Wachsen gewesen. — Den Rhedern stellte sich zunächst die Gefährdung ihres Interesses durch die Anerkennung des Satzes „frei Schiff, frei Gut" in dessen beschränkter bisheriger Auffassung, wie die Pariser Declaration ihn zur Geltung brachte, vor Augen. Wenn Feindes Gut unter neutraler Flagge nicht mehr weggenommen werden kann, so ist es natürlich, dass nicht nur nach ausgebrochenem Kriege, sondern schon bei drohender Kriegsgefahr der Frachthandel sich den Schiffen der muthmasslich Neutralen zuwendet. England hat die grösste Handelsflotte, seine Stellung in Europa setzt es fast bei jeder Verwicklung einer, wenn auch noch so widerwilligen Betheiligung aus. Ihm kann der grösste Verlust erwachsen: der Gewinn muss den durchgängig neutralen Amerikanern in den Schooss fallen. Diese unliebsame Folge wird auch von den officiellen, reinpolitischen Kreisen nicht verkannt, und in ihr concentriren sich die Angriffe, welche gegen die Pariser Declaration Derby und Russel gerichet haben. Auch auf die Constatirung der Thatsache, noch ohne Entscheidung der Frage, ob man von der Pariser Declaration abzukommen suchen oder einen Schritt weiter gehen müsse, beschränkte sich Lindsay, als er am 14. Juli 1857 die Sache zuerst in die Hand nahm. Seither hat sie aber an Klarheit immer mehr gewonnen. Ein Ausschuss des Hauses der Gemeinen, niedergesetzt am 7. März 1860 (No. XL) zur Untersuchung der Desiderien der Handelsschifffahrt, zusammengesetzt aus den volkswirthschaftlichen Koryphäen des Hauses, hat sich für die Freiheit des Privateigenthums im Seekrieg ausgesprochen. Fast eine jede nachfolgende Session des Parlaments hat die Frage wieder auf die Tagesordnung gebracht, bisher ohne Erfolg, aber — wie es bei Englischen Agitationen der Fall zu sein pflegt, wenn sie durchdringen — mit stets wachsender Aussicht auf den schliesslichen Sieg: noch zuletzt in diesem Jahr 1866, wo die von den Amerikanern während ihres Bürgerkrieges gemachte Erfahrung, dass die Existenz von einem halben Dutzend Alabamas hinreicht, um den nationalen Handel den Neutralen zu überliefern, ein neues Gewicht in die Wagschale warf. Dem Argument, dass die Zerstörung des Handels seiner Feinde das einzige Mittel sei, das England in Händen

habe, um seine Feinde zur Nachgiebigkeit oder Unterwerfung zu zwingen, wird der Boden entzogen durch die Entgegnung: „Ihr beschädigt gar nicht mehr die nationale Kraft, die in dem Handel liegt, Ihr trefft nur noch den vereinzelten Stand der Schiffseigner und dieser ist in Eurem eigenen Lande gerade der verwundbarste. Die modernen Kriege werden nur noch durch grosse Schlachten und kühn combinirte Heereszüge entschieden. Ihr schont Eure financielle Leistungsfähigkeit, wenn Ihr die zahlreichen zur Convoyirung unseres immensen Handels erforderlichen Fahrzeuge spart und Ihr könnt dieselbe zusammenfassen zur Erhöhung Eurer militärisch-maritimen Stärke." Es wiederholt sich die alte Wahrnehmung, dass ein System unhaltbar wird, sobald man eine seiner Stützen herausnimmt. War es eine Consequenz der altenglischen Weise der Kriegführung, dass das Eigenthum des Feindes auch an Bord neutraler Schiffe der Wegnahme unterliegen musste, so muss, seitdem dieser Satz durch die Pariser Declaration beseitigt ist, früher oder später das eigne Interesse England zur vollen Verzichtleistung auf Kriege gegen Privatpersonen und Privateigenthum nöthigen. Aber wünschenswerth ist es, dass dies bald geschehe, damit nicht ein mit Amerika, das noch nicht das Kaperwesen aufgegeben hat, ausbrechender Krieg England in die Versuchung führe, die Pariser Declaration zu zerreissen. Dies wäre, abgesehen davon, dass die ohnehin ungesicherte Fortbildung des Völkerrechts einer völligen Willkür preisgegeben würde, eine Calamität für die Welt und nicht am wenigsten für England. Trauen wir der Voraussicht des Englischen Staatsmannes, der mit starkem Accent es betont hat, nie würde ein Minister Englands den Fortschritt des Pariser Congresses rückgängig machen: es war Lord Napier, der bei seinem ersten öffentlichen Auftreten als Gesandter in Washington dies den Amerikanern betheuern zu dürfen und zu sollen meinte.

Die Aufgabe für die nächste Zukunft leidet nicht an Unklarheit. Wer an einer Regierung mittelbar oder unmittelbar Theil hat, sei sie die eines grossen oder eines kleinen Staates, der versäume keine Gelegenheit, den Grundsatz befestigen zu helfen in jeder gedenkbaren Weise, in der eignen Gesetzgebung seines Landes, im Notenaustausch oder in bindenden Verträgen mit andern Staaten, zwar nicht ohne Rücksicht auf Gegenseitigkeit, aber ohne abzuwarten, was andere und vielleicht mächtigere Staaten belieben.*) Die Solidarität der Seestaaten zweiten Ranges gewinne, gleichviel

---

*) Mit Befriedigung registriren wir noch, dass in diesen Tagen (6. Juni 1866) der in Cassel versammelte bleibende Ausschuss des deutschen Handelstags an die Regierungen sämmtlicher seefahrenden Nationen in einer wohl motivirten kurzen Eingabe die Bitte gerichtet hat, „das Vorgehen der Oesterreichischen und Preussischen Regierungen zu adoptiren und dahin zu wirken, dass das bis jetzt freie Belieben einzelner in eine Rechtsverbindlichkeit für alle Nationen umgestaltet werde." — Wenn dabei zugleich die weitere Forderung hinzugefügt wird, „eine Bestimmung in das Seerecht aufzunehmen, nach welcher eine Blokade reiner Handelshäfen nicht stattfinden darf," so ist zu wünschen, dass diese Ausdehnung der Agitation nicht abermals die Erreichung des zunächst vorgezeichneten Zieles gefährden möge.

in welcher Form, eine möglichste Bestimmtheit, unabhängig von allen Congressen, aber zu Schritten bei einem solchen stündlich bereit. Die eingegangne Verpflichtung Preussens, Italiens, Oesterreichs werde durch Erfüllung der von diesen Staaten geforderten Reciprocität auf möglichst weite Kreise ausgedehnt. Russlands schon verpfändete Zusage, Frankreichs auf ruhmvolle Traditionen gestützte Geneigtheit möge bei nächster Gelegenheit vertragsmässig fixirt werden. Kein irgend günstiger Moment, die Vereinigten Staaten, deren Ehre darunter leidet, dass sie im Bereich des Völkerrechts die Sache der Reaction vertreten, bei der Ehre zu fassen und an Verträge zu binden, werde je wieder verabsäumt. Und endlich concentrire sich die auf Reform des Seerechts gerichtetete Bewegung, die nicht ermatten darf und an Bremens Vorgang vom December 1859 ein Beispiel nehmen kann, in unablässigen Bemühungen, England für die grosse Sache zu gewinnen. Muthlos zu werden, gestattet die bisherige Erfahrung nicht. Was eine gesunde volkswirthschaftliche Einsicht in England für wahr erkennt, das mögen die „Times“ eine Weile verspotten und die reinpolitischen, officiellen Kreise verleugnen, der Sieg ist ihm gewiss. Wenn aber nicht Alles trügt, so bedarf die Agitation für die Freiheit des Privateigenthums zur See nur einer fortgesetzten grossen und gemeinsamen Anstrengung der übrigen Staaten und Völker und vielleicht, wenn das Glück günstig ist, eines einzigen concreten Falls, wo der Britische Nutzen auch die leitenden Staatsmänner in dieselben Bahnen drängt, um dem Grundsatz die Stimme Englands und somit die Anerkennung der Welt zu gewinnen.

Hamburg, Juli 1866.



Actenstücke.

No. I.

PARISER CONGRESS. — Verhandlung über das Seerecht in Kriegszeiten. —

Auszug aus dem 22. Protokoll der Conferenz vom 8. April 1856. —

M. le Comte Walewski propose au Congrès de terminer son œuvre par une déclaration qui constituerait un progrès notable dans le droit international, et qui serait accueillie par le monde entier avec un sentiment de vive reconnaissance.

No. I. Pariser Congress, 8.—16. April 1856.

Le Congrès de Westphalie, ajoute-t-il, a consacré la liberté de conscience, le Congrès de Vienne l'abolition de la traite des noirs et la liberté de la navigation des fleuves.

Il serait vraiment digne du Congrès de Paris de poser les bases d'un droit maritime uniforme en temps de guerre, en ce qui concerne les neutres. Les quatre principes suivants atteindraient complétement ce but: —

1. Abolition de la course;

2. Le pavillon neutre couvre la marchandise ennemie, excepté la contrebande de guerre;

3. La marchandise neutre, excepté la contrebande de guerre, n'est pas saisissable même sous pavillon ennemi;

4. Les blocus ne sont obligatoires qu'autant qu'ils sont effectifs.

Ce serait certes là un beau résultat auquel aucun de nous ne saurait être indifférent.

* * * * *

M. le Comte de Clarendon rappelle qu'ainsi que la France, l'Angleterre, au commencement de la guerre, a cherché, par tous les moyens, à en atténuer les effets, et que, dans ce but, elle a renoncé, au profit des neutres, durant la lutte qui vient de cesser, à des principes qu'elle avait jusque là invariablement maintenus. Il ajoute que l'Angleterre est disposée à y renoncer définitivement, pourvu que la course soit également abolie pour toujours; que la course n'est autre chose qu'une piraterie organisée et légale, et que les corsaires sont un des plus grands fléaux de la guerre, et que notre état de civilisation et l'humanité exigent qu'il soit mis fin à un système qui n'est plus de notre temps. Si le Congrès tout entier se ralliait à la proposition de M. le Comte Walewski, il serait bien entendu qu'elle n'engagerait qu'à l'égard des Puissances qui y auraient accédé, et qu'elle ne pourrait être invoquée par les Gouvernements qui auraient refusé de s'y associer.

No. I. Pariser Congress, 8.–16. April 1856.

M. le Comte Orloff fait observer que les pouvoirs dont il a été muni, ayant pour objet unique le rétablissement de la paix, il ne se croit pas autorisé à prendre part à une discussion que ses instructions n'ont pas pu prévoir.

* * * * *

En ce qui concerne les principes de droit maritime dont M. le premier Plénipotentiaire de la France a proposé l'adoption, M. le Comte de Buol déclare qu'il en apprécie l'esprit et la portée, mais que n'étant pas autorisé par ses instructions à donner un avis sur une matière aussi importante, il doit se borner, pour le moment, à annoncer au Congrès qu'il est prêt à solliciter les ordres de son Souverain.

* * * * *

Les principes maritimes, dit M. le premier Plénipotentiaire de la Prusse, que le Congrès est invité à s'approprier, ont toujours été professés par la Prusse, qui s'est constammant appliquée à les faire prévaloir; et il se considère comme autorisé à prendre part à la signature de tout Acte ayant pour objet de les faire admettre définitivement dans le droit public Européen. Il exprime la conviction que son Souverain ne refuserait pas son approbation à l'accord qui s'établirait dans ce sens entre les Plénipotentiaires.

* * * * *

MM. les Plénipotentiaires de la Russie ajoutent qu'ils prendront les ordres de la Cour sur la proposition soumise au Congrès relativement au droit maritime.

* * * * *

M. le premier Plénipotentiaire de la France établit qu'il en ressort, en effet:

* * * * *

4. Qu'enfin l'accueil fait, par tous les Plénipotentiaires, à l'idée de clore leurs travaux par une déclaration de principes en matière de droit maritime, doit faire espérer qu'à la prochaine séance, ils auront reçu de leurs Gouvenrements respectifs l'autorisation d'adhérer à un Acte, qui, en couronnant l'œuvre du Congrès de Paris, réaliserait un progrès digne de notre époque.

Auszug aus dem 23. Protokoll der Conferenz vom 14. April 1856.

M. le Comte Walewski rappelle qu'il reste au Congrès à se prononcer sur le projet de Déclaration dont il a indiqué les bases dans la dernière réunion, et demande aux Plénipotentiaires qui s'étaient réservé de prendre les ordres de leurs Cours respectives, à cet égard, s'ils sont autorisés à y donner leur assentiment.

M. le Comte de Buol déclare que l'Autriche se félicite de pouvoir concourir à un Acte dont elle reconnaît la salutaire influence, et qu'il a été muni des pouvoirs nécessaires pour y adhérer.

M. le Comte Orloff s'exprime dans le même sens; il ajoute, toutefois, qu'en adoptant la proposition faite par M. le premier Plénipotentiaire de la France, sa Cour ne saurait s'engager à maintenir le principe de l'abolition de la course et à le défendre, contre des Puissances qui ne croiraient pas devoir y accéder.

No. 1. Pariser Congress, 8.—16. April 1856.

MM. les Plénipotentiaires de la Prusse, de la Sardaigne, et de la Turquie, ayant également donné leur assentiment, le Congrès adopte le projet de rédaction annexé au présent Protocole, et en renvoie la signature à la prochaine réunion.

Annexe au Protocol No. 23.

Déclaration.

Les Plénipotentiaires qui ont signé le Traité de Paris du trente Mars, mil huit cent cinquante-six, réunis en Conférence, —

Considérant:

Que le droit maritime, en temps de guerre, a été pendant longtemps l'objet de contestations regrettables;

Que l'incertitude du droit et des devoirs en pareille matière, donne lieu, entre les neutres et les belligérants, à des divergences d'opinion qui peuvent faire naître des difficultés sérieuses et même des conflits;

Qu'il y a avantage, par conséquent, à établir une doctrine uniforme sur un point aussi important;

Que les Plénipotentiaires assemblés au Congrès de Paris ne sauraient mieux répondre aux intentions dont leurs Gouvernements sont animés, qu'en cherchant à introduire dans les rapports internationaux des principes fixes à cet égard;

Dûment autorisés, les susdits Plénipotentiaires sont convenus de se concerter sur les moyens d'atteindre ce but; et étant tombés d'accord ont arrêté la Déclaration solennelle ci-après: —

1. La course est et demeure abolie;

2. Le pavillon neutre couvre la marchandise ennemie, à l'exception de la contrebande de guerre;

3. La marchandise neutre, à l'exception de la contrebande de guerre, n'est pas saisissable sous pavillon ennemi;

4. Les blocus, pour être obligatoires, doivent être effectifs, c'est-à-dire, maintenus par une force suffisante pour interdire réellement l'accès du littoral de l'ennemi.

Les Gouvernements des Plénipotentiaires soussignés s'engagent à porter cette Déclaration à la connaissance des Etats qui n'ont pas été appelés à participer au Congrès de Paris, et à les inviter à y accéder.

Convaincus que les maximes qu'ils viennent de proclamer ne sauraient

No. I. Pariser Congress, 8.—16. April 1856.

être accueillies qu'avec gratitude par le monde entier, les Plénipotentiaires soussignés ne doutent pas que les efforts de leurs Gouvernements pour en généraliser l'adoption ne soient couronnés d'un plein succès.

La présente Déclaration n'est et ne sera obligatoire qu'entre les Puissances qui y ont ou qui y auront accédé.

Fait à Paris, le seize Avril, mil huit cent cinquante-six.

(Suivent les signatures.)

Auszug aus dem 24. Protokoll der Conferenz vom 16. April 1856.

Il est donné lecture du projet de Déclaration annexé au Protocole de la dernière réunion, après quoi, et ainsi qu'ils l'avaient décidé, MM. les Plénipotentiaires procèdent à la signature de cet Acte.

Sur la proposition de M. le Comte Walewski, et reconnaissant qu'il est de l'intérêt commun de maintenir l'indivisibilité des quatre principes mentionnés à la Déclaration signée en ce jour, MM. les Plénipotentiaires conviennent que les Puissances qui l'auront signée ou qui y auront accédé, ne pourront entrer, à l'avenir, sur l'application du droit des neutres en temps de guerre, en aucun arrangement qui ne repose à la fois sur les quatre principes objet de la dite Déclaration.

Sur une observation faite par MM. les Plénipotentiaires de la Russie, le Congrès reconnaît que la présente résolution, ne pouvant avoir d'effet retroactif, ne saurait invalider les Conventions antérieures.

No. II.

FRANKREICH. — Minister des Auswärtigen an den kaiserlichen Gesandten bei der freien Stadt Bremen. — Aufforderung zum Beitritt zu den vorstehenden Declarationen.*) —

Paris, le 15. Mai 1856.

No. II. Frankreich, 15. Mai 1856.

Monsieur, les principes du droit maritime en temps de guerre étaient, vous le savez, diversement interprété et il résultait de l'application contradictoire qui en était la conséquence obligée des complications dont l'histoire a gardé le souvenir.

L'Empereur s'inspirant de la politique traditionnelle de la France à ce sujet, a pensé, dans sa haute sollicitude pour les intérêts généraux du commerce et de la navigation, que nous devions, au moment de la conclusion de la paix, saisir l'occasion que nous offrait la présence des Plénipotentiaires

*) Aufforderungen ähnlichen Inhalts ergingen auch Seitens der übrigen Mitunterzeichner des Pariser Friedens — mit Ausnahme der Türkei — an alle Staaten; von Grosbritannien ist jedoch eine solche Einladung an die Vereinigten Staaten von Amerika nicht gerichtet worden, da dasselbe z. Z. in Washington durch einen Gesandten nicht vertreten war. Vergl. die Botschaft des Präsidenten Pierce an den Congress vom 2. December 1856.

à Paris, pour nous concerter avec les Puissances réunies au Congrès dans le but d'amener un accord propre à résoudre et à prévenir les difficultés et les conflits dus à l'incertitude de la loi internationale en pareille matière.

No. II. Frankreich, 15. Mai 1856.

Conformément aux intentions de sa Majesté et comme vous l'aurez vu par la lecture des protocoles, j'ai proposé au Congrès, à cet effet, un projet de déclaration qui a réuni l'assentiment de toutes les Puissances signataires du traité de paix, et cet acte ayant acquis la valeur d'un engagement mutuel, forme désormais entre elles la règle invariable de leur conduite sur les quatre points qui s'y trouvent posés et résolus.

Cette déclaration rendue publique a été accueillie avec un sentiment de vive satisfaction; il nous revient qu'elle a été considérée partout comme le véritable couronnement de l'œuvre de pacification conclu à Paris. Cette impression ne nous a pas surpris: elle s'explique naturellement par les progrès qui font la gloire de notre temps. Les rapports commerciaux et la multiplicité des transactions, en effet, ont pris aujourd'hui un développement tellement considérable que si la guerre venait à les surprendre sans que le droit conventionnel en ait limité les effets, notamment en ce qui concerne les neutres, il en résulterait une perturbation immense pour le bienêtre comme pour la sécurité de tous les états indistinctement. Nulle autre mesure dèslors ne pouvait mieux répondre à l'esprit de notre époque et aux tendances du monde entier. Mais le Congrès n'a put se dissimuler que l'objet qu'il se proposait ne serait pleinement atteint que si tous les gouvernements, sans exception, consentaient à y concourir et, dans ce but, il a décidé que sa déclaration serait proposée à l'accession des Puissances qui n'étaient pas répresentées dans son sein.

C'est afin de remplir cette résolution, en ce qui nous concerne, que je crois aujourd'hui, Monsieur, vous inviter à vous mettre en rapport à ce sujet avec M. le Bourguemaitre pour les Affairs Etrangères en lui remettant officiellement la copie de la déclaration que vous trouverez ci jointe. Cet acte se justifie lui-même, et se recommande, par l'esprit qui l'a dicté, à l'accueil favorable de tous les gouvernements. Nous aimons à penser que le sénat de Brême voudra bien, dans cette circonstance, s'associer à une determination dont les bienfaits s'adressent à tous les peuples et nous nous féliciterions vivement d'apprendre qu'il y a adhéré.

Je dois toutefois vous faire remarquer que dans l'opinion du Congrès les principes qui font l'objet de sa déclaration, sont et demeurent indivisibles; il nous a paru que cet acte ne peut produire l'effet que nous en attendons que s'il est agréé sans restriction. C'est dans cette prévision que les plénipotentiaires, ainsi que le porte le protocole No. 24 se sont engagés, au nom de leurs gouvernements respectifs, à n'entrer à l'avenir en aucun arrangement sur l'application du droit maritime en temps de guerre, sans stipuler la stricte observation des quatre points résolus par la déclaration, et vous comprendrez dèslors que nous ne pourrions accepter une accession limitée et qui n'embrasserait pas dans leur ensemble les principes acceptés par les puissances signataires.

No. II. Frankreich, 15. Mai 1856. Le Congrès, par un sentiment de déférence qui sera sans nul doute apprécié, n'a pas cru devoir déterminer la forme de l'accession des Gouvernements qui n'ont pas pris part à ses travaux, et je n'ai pas moi-même par conséquent à vous indiquer s'il est préférable qu'elle ait lieu au moyen d'une note ou bien d'une dépêche qui nous serait communiquée.

J'ai tout lieu de croire que les agens des puissances représentées au Congrès recevront, de leur côté, des instructions analogues à celles que j'ai l'honneur de vous adresser et vous tâcherez par conséquent de faire coincider votre démarche avec celle de vos Collègues.

Vous voudrez bien, d'ailleurs, donner lecture et laisser copie de cette dépêche à M. le Bourguemaitre Smidt.

Recevez, Monsieur, l'assurance de ma haute considération.

Walewski.

Mr. Ed. Cintrat, Hambourg.

No. III.

FRANKREICH. — Bericht des Ministers des Auswärtigen an den Kaiser, betreffend den Beitritt der Mächte, welche am Pariser Friedensschluss nicht Theil genommen haben, zu den Seerechts-Declarationen.—

Paris, le 12. Juin 1858.

No. III. Frankreich, 12. Juni 1858. Votre Majesté daignera se rappeler que les puissances signataires de la déclaration du 16. Avril 1856 s'étaient engagées à faire les démarches pour en généraliser l'adoption. Je me suis empressé en conséquence de communiquer cette déclaration à tous les Gouvernements qui n'étaient pas représentés au Congrès de Paris, en les invitant à y accéder, et je viens rendre compte à l'Empereur de l'accueil favorable que cette communication a reçu de la plupart de ceux auxquels elle a été transmise.

Adoptée et consacrée par les Plénipotentiaires de l'Autriche, de la France, de la Grande Bretagne, de la Prusse, de la Sardaigne et de la Turquie, la déclaration du 16. Avril a obtenu l'entière adhésion des Etats dont les noms suivent, savoir

Bade, la Bavière, la Belgique, Brême, le Brésil, le Duché de Brunswick, le Chili, la Confédération Argentine, la Confédération Germanique, le Danemark, les Deux Siciles, la République de l'Equateur, les Etats-Romains, Francfort, la Grèce, Guatemala, Haiti, Hambourg, le Hanovre, les deux Hesses, Lubeck, Mecklembourg-Schwerin, Mecklembourg-Strelitz, Nassau, Oldenbourg, Parme, les Pays-Bas, le Pérou, le Portugal, la Saxe, Saxe-Altenbourg, Saxe-Cobourg-Gotha, Saxe-Meiningen, Saxe-Weimar, la Suède et la Norwége, la Suisse, la Toscane, le Wurtenberg.

Ces Etats reconnaissent donc avec la France et les autres Puissances signataires du traité de Paris

1. que la course est et demeure abolie, No. III. Frankreich 12. Juni 1858.
2. que le pavillon neutre couvre la marchandise ennemie, à l'exception de la contrebande de guerre,
3. que la marchandise neutre, à l'exception de la contrebande de guerre, n'est pas saisissable sous pavillon ennemi,
4. enfin, que les blocus, pour être obligatoires, doivent être effectifs, c'est-à-dire, maintenus par une force suffisante pour interdire réellement l'accès du littoral ennemi.

Le Gouvernement de l'Uruguay a donné également son entier assentiment à ces quatre principes, sauf ratification du pouvoir législatif.

L'Espagne, sans accéder à la déclaration du 16. Avril, à cause du premier point, qui concerne l'abolition de la course, a répondu qu'elle s'appropriait les trois autres. Le Mexique a fait la même réponse. Les Etats-Unis seraient prêts de leur côté à accorder leur adhésion, s'il était ajouté à l'énoncé de l'abolition de la course que la propriété privée des sujets ou citoyens des nations belligérantes serait exempte de saisie sur mer de la part des marines militaires respectives.

Sauf ces exceptions, tous les cabinets ont adhéré sans reserve aux quatre principes qui constituent la déclaration du Congrés de Paris et ainsi se trouve consacré dans le droit international de la presque totalité des Etats de l'Europe et de l'Amérique un progrès auquel le Gouvernement de Votre Majesté, continuant l'une des plus honorables traditions de la politique française, peut se féliciter d'avoir puissamment contribué.

Afin de constater ces adhésions, je propose à l'Empereur d'autoriser l'insertion au bulletin des lois des notes officielles dans lesquelles elles se trouvent consignées, et si Votre Majesté agrée cette proposition, je ferai publier de la même manière les accessions qui pourront me parvenir ultérieurement.

Je suis avec respect &c. &c.

A. Walewski.

Anmerkung. — **BRASILIEN** hat in der betreffenden Erklärung (18. März 1858) nachfolgenden Zusatz gemacht:

„L'humanité et la justice doivent certainement au Congrès de Paris une grande amélioration apportée à la loi commune des nations; mais au nom des mêmes principes, on peut encore demander aux Puissances signataires du traité du 30. Mars 1856, comme complément de son œuvre de justice et de civilisation, la conséquence salutaire que renferment ces maximes qu'elles ont proclamées. Cette conséquence est que, toute propriété particulière inoffensive, sans exception, des navires marchands, doit être placée sous la protection du droit maritime à l'abri des attaques des croiseurs de guerre. — Le Gouvernement Impériale adhère en cela à l'invitation des Etats-Unis d'Amerique et, dans l'espoir que la modification proposée par cette Puissance au premier des principes proclamés par le Congrès de Paris se réalisera, se déclare dès à présent disposé à l'admettre comme la complète expression de la nouvelle juridiction internationale." Zu No. III. Brasilien, 18. März 1858.

No. IV.

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA. — Staatssecretair des Auswärtigen an die Gesandten in Brüssel, Neapel, Madrid, Stockholm, Copenhagen, Lissabon, Mexiko, Nicaragua, Bogota, Caraccas, Rio de Janeiro, Buenos Ayres, Santiago de Chile, Lima, Quito, La Paz und Hawaii. — Bedenken gegen die Annahme der Pariser Declarationen. —

Department of State, Washington, July 14, 1856.

No. IV. Vereinigt. Staaten, 14. Juli 1856. Sir: The diplomatic representatives of several of the European powers, which were parties to the late Paris conference, have very recently presented to this government „the declaration relative to neutral rights“ adopted at that conference, and, on behalf of their governments, asked the adhesion of the United States to it. It is presumed that the same course has been adopted by the confederated powers towards other nations. The United States have learned, with sincere regret, that, in one or two instances, the four propositions, with all the conditions annexed, have been promptly, and this government cannot but think unadvisedly, accepted without restriction or qualification.

It is well known that the United States, about two years since, opened negotiations with maritime nations for the general adoption of the second and third propositions contained in the Paris declaration, and that the fourth is but the enunciation of a principle of international law now universally recognised. The conditions which are to accompany the acceptance of the propositions of the Paris conference will, as a necessary consequence, defeat the negotiations of the United States for the adoption of the second and third of the series with every power which has adhered, or may determine to adhere, to „the declaration.“ In the first place, all the four propositions must be taken, or none; and second, they must be taken not only indivisibly, but with the surrender of an important attribute of sovereignty — that of negotiating with any nation on the subject of neutral rights, unless such negotiations embrace all the propositions contained in the Paris „declaration.“ Any nation might well hesitate before making such a surrender.

Some of the powers which are parties to that „declaration,“ and many which are invited to concur in it, are under solemn treaty stipulations with the United States, and it is presumed they are with other nations, in which the right to resort to privateers is not only recognised, but the manner of employing them is regulated with great particularity. How the proposed new engagement can be reconciled with the faithful observance of existing treaty stipulations on the subject cannot easily be perceived.

I shall not, in this dispatch, remark upon the incompatibility of these obligations, nor shall I now exhibit the views which this government entertains of the fatal consequences likely to result from the new doctrine now attempted to be introduced into the maritime code to most commercial nations, and especially to those which are not burdened, or may not choose to burden themselves, with large naval establishments.

. . . .

The right of a commercial state, when unhappily involved in war, to employ its mercantile marine for defence and aggression, has heretofore proved to be an essential aid in checking the domination of a belligerent possessed of a powerful navy. By the surrender of that uncontested right, one legitimate mode of defence is parted with for a like surrender only in form by a strong naval power; but in effect the mutual surrender places the weaker nation more completely at the mercy of the stronger. While the former loses, the latter gains by the mutual surrender, and the freedom of the seas is much more completely given up to a few great powers which have the means and disposition to maintain large navies. This government will more fully develop its views as to the operation of the first principle of the Paris „declaration“ — that in relation to the abandonment of the right to issue letters of marque — in its reply to those powers which have invited its concurrence in that „declaration.“ The measure, unless it gives a full application to the principle upon which it is based, and is made to withdraw private property upon the ocean from seizure by public armed vessels, as well as by privateers, will be exceedingly injurious to the commerce of all nations which do not occupy the first rank among naval powers.

No. IV. Vereinigte Staaten, 14. Juli 1856.

I am directed by the President to instruct you to present this general view of the subject to the government to which you are accredited, in the hope that it may be induced to hesitate in acceding to a proposition which is here conceived to be fraught with injurious consequences to all but those powers which already have, or are willing to furnish themselves with, powerful navies.

I am, sir, your obedient servant,

W. L. Marcy.

No. V.

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA. — Staatssecretair des Auswärtigen an die Gesandten Frankreichs, Russlands, Preussens, Oesterreichs und Sardiniens in Washington. — Erwiederung auf die Aufforderung zum Beitritt zu den Pariser Declarationen. —

Department of State, Washington, July 28, 1856.

The undersigned, Secretary of State of the United States, has laid before the President „the declaration concerning maritime law,“ adopted by the plenipotentiaries of Great Britain, Austria, France, Prussia, Russia, Sardinia, and Turkey, at Paris, on the 16th of April, 1856, which the Count de Sartiges, envoy extraordinary and minister plenipotentiary of France, has presented, in behalf of the Emperor of the French, to the government of the United States, for the purpose of obtaining its adhesion to the principles therein contained.

No. V. Vereinigte Staaten. 28. Juli 1856.

No. V. Vereinigte Staaten. 28. Juli 1856.

Nearly two years since, the President submitted, not only to the powers represented in the late congress at Paris, but to all other maritime nations, the second and third propositions contained in that „declaration," and asked their assent to them as permanent principles of international law. The propositions thus submitted by the President were:

„1. That free ships make free goods — that is to say, that the effects or goods belonging to subjects or citizens of a power or state at war are free from capture or confiscation when found on board of neutral vessels, with the exception of articles contraband of war."

„2. That the property of neutrals on board an enemy's vessel is not subject to confiscation, unless the same be contraband of war."

It will be perceived that these propositions are substantially the same as the second and third in the „declaration" of the Congress at Paris. Four of the governments with which negotiations were opened on the subject by the United States have signified their acceptance of the foregoing propositions. Others were inclined to defer acting on them until the return of peace should furnish a more auspicious time for considering such international questions. The proceeding of the congress of the plenipotentiaries at Paris will, as a necessary consequence, defeat the pending negotiations with the United States, if the two following propositions, contained in protocol No. 24, are acceded to: first, that the four principles shall be indivisible; and, second, that the powers which have signed or may accede to the „declaration" shall not enter into any arrangement, in regard to the application of the right of neutrals in time of war, which does not, at the same time, rest on the four principles which are the object of said „declaration." As the indivisibility of the four principles and the limitation upon the sovereign attribute of negotiating with other powers are not a part of the „declaration," any nation is at liberty to reject either or both, and to act upon the „declaration" without restriction, acceding to it in whole or in part. In deliberating on this important subject, it behooves all powers to consider, and, if they think proper, to act upon this distinction. All the powers which may accede to that „declaration" and the subsequent restrictions contained in the 24th protocol, will assume an obligation which takes from them the liberty of assenting to the propositions submitted to them by the United States, unless they at the same time surrender a principle of maritime law which has never been contested — the right to employ privateers in time of war.

The second and third principles set forth in the „declaration," being those submitted to other maritime powers for adoption, by this government, it is most anxious to see incorporated, by general consent, into the code of maritime law, and thus placed beyond future controversy or question. Such a result, securing so many advantages to the commerce of neutral nations, might have been reasonably expected, but for the proceedings of the congress at Paris, which require them to be purchased by a too costly sacrifice — the surrender of a right which may well be considered as essential to the freedom of the seas.

The fourth principle contained in the „declaration," namely: „Blockades, in order to be binding, must be effective — that is to say, maintained by a force sufficient really to prevent access to the coast of the enemy," can hardly be regarded as one falling within that class with which it was the object of the congress to interfere; for this rule has not, for a long time, been regarded as uncertain, or the cause of any „deplorable disputes." If there have been any disputes in regard to blockades, the uncertainty was about the facts, but not the law. Those nations which have resorted to what are appropriately denominated „paper blockades," have rarely, if ever, undertaken afterwards to justify their conduct upon principle; but have generally admitted the illegality of the practice, and indemnified the injured parties. What is to be adjuged „a force sufficient really to prevent access to a coast of the enemy," has often been a severely contested question; and certainly the declaration, which merely reiterates a general undisputed maxim of maritime law, does nothing towards relieving the subject of blockade from that embarassment. What force is requisite to constitute an effective blockade remains as unsettled and as questionable as it was before the congress at Paris adopted the „declaration." No. V. Vereinigte Staaten, 28. Juli 1856.

In regard to the right to employ privateers, which is declared to be abolished by the first principle put forth in the „declaration," there was, if possible, less uncertainty. The right to resort to privateers is as clear as the right to use public armed ships, and as incontestable as any other right appertaining to belligerents. The policy of that law has been occasionally questioned, not, however, by the best authorities; but the law itself has been universally admitted, and most nations have not hesitated to avail themselves of it; it is as well sustained by practice and public opinion as any other to be found in the maritime code.

There is scarcely any rule of international law which particular nations in their treaties have not occasionally suspended or modified in regard to its application to themselves. Two treaties, only, can be found in which the contracting parties have agreed to abstain from the employment of privateers in case of war between them. The first was a treaty between the King of Sweden and the States General of the United Provinces, in 1675. Shortly after it was concluded the parties were involved in war, and the stipulation concerning privateers was entirely disregarded by both. The second was the treaty of 1785, between the United States and the King of Prussia. When this treaty was renewed, in 1799, the clause stipulating not to resort to privateering was omitted. For the last half century there has been no arrangement, by treaty or otherwise, to abolish the right, until the recent proceedings of the plenipotentiaries at Paris.

By taking the subject of privateering into consideration, that congress has gone beyond its professed object, which was, as it declared, to remove the uncertainty on points of maritime law, and thereby prevent „differences of opinion between neutrals and belligerents, and, consequently, serious difficulties and even conflicts." So far as the principle in regard to privateering is concerned, the proceedings of the congress are in the nature of an

No. V. Vereinigte Staaten, 28. Juli 1856.

act of legislation, and seek to change a well settled principle of international law.

The interest of commerce is deeply concerned in the establishment of the two principles which the United States had submitted to all maritime powers; and it is much to be regretted that the powers represented in the congress at Paris, fully approving them, should have endangered their adoption by uniting them to another inadmissible principle, and making the failure of all the necessary consequence of the rejection of any one. To three of the four principles contained in the „declaration," there would not probably be a serious objection from any quarter; but to the other a vigorous resistance must have been anticipated.

The policy of the law which allows a resort to privateers has been questioned for reasons which do not command the assent of this government. Without entering into a full discussion on this point, the undersigned will confront the ordinary and chief objection to that policy, by authority which will be regarded with profound respect, particularly in France. In a commentary on the French ordonnance of 1681, Valin says:

„However lawful and time-honored this mode of warfare may be, it is, nevertheless, disapproved of by some pretended philosophers. According to their notions, such is not the way in which the state and the sovereign are to be served; whilst the profits which individuals may derive from the pursuits are illicit, or at least disgraceful. But this is the language of bad citizens, who, under the stately mask of a spurious wisdom, and of a craftily sensitive conscience, seek to mislead the judgment by a concealment of the secret motive which gives birth to their indifference for the welfare and advantage of the state. Such are as worthy of blame, as are those entitled to praise, who generously expose their property and their lives to the dangers of privateering."

In a work of much repute, published in France almost simultaneously with the proceedings of the congress at Paris, it is declared that "the issuing of letters of marque, therefore, is a constantly customary belligerent act. Privateers are bona fide war vessels, manned by volunteers, to whom, by way of reward, the sovereign resigns such prizes as they make, in the same manner as he sometimes assigns to the land forces a portion of the war contributions levied on the conquered enemy." — (Pistoye et Duverdy, des Prises Maritimes.)

It is not denied that annoyances to neutral commerce, and even abuses, have occasionally resulted from the practice of privateering; such was the case formerly more than in recent times; but when it is a question of changing a law, the incidental evils are to be considered in connexion with its benefits and advantages. If these benefits and advantages can be obtained in any other way, without injury to other rigths, these occasional abuses may then justify the change, however ancient or firmly established may be the law.

The reasons which induced the Congress at Paris to declare privateering

abolished are not stated, but they are presumed to be only such as are usually urged against the exercise of that belligerent right.

The prevalence of Christianity and the progress of civilization have greatly mitigated the severity of the ancient mode of prosecuting hostilities. War is now an affair of governments. „It is the public authority which makes and carries on war; individuals are not permitted to take part in it, unless authorized to do so by their government.“ It is a generally received rule of modern warfare, so far at least as operations upon land are concerned, that the persons and effects of non-combattants are to be respected. The wanton pillage or uncompensated appropriation of individual property by an army, even, in possession of an ennemy's country, is against the usage of modern times. Such a mode of proceeding at this day would be condemned by the enlightened judgment of the world, unless warranted by special circumstances. Every consideration which upholds this sentiment, in regard to the conduct of a war on land, favors the application of the same rule to the persons and property of citizens of the belligerents found upon the ocean.

It is fair to presume that the strong desire to ameliorate the severe usages of war by exempting private property upon the ocean from hostile seizure, to the extent it is usually exempted on land, was the chief inducement which led to „the declaration,“ by the congress at Paris, that „privateering is, and remains, abolished.“

The undersigned is directed by the President to say, that to this principle of exempting private property upon the ocean, as well as upon the land, applied without restriction, he yields a most ready and willing assent. The undersigned cannot better express the President's views upon the subject, than by quoting the language of his annual message to Congress, of December 4, 1854:

„The proposition to enter into engagements to forego a resort to privateers, in case this country should be forced into a war with a great naval power, is not entitled to more favorable consideration than would be a proposition to agree not to accept the services of volunteers for operations on land. When the honor or rights of our country require it to assume a hostile attitude, it confidently relies upon the patriotism of its citizens, not ordinarily devoted to the military profession, to augment the army and navy, so as to make them fully adequate to the emergency which calls them into action. The proposal to surrender the right to employ privateers is professedly founded upon the principle that private property of unoffending non-combatants, though enemies, should be exempt from the ravages of war; but the proposed surrender goes but little way in carrying out that principle, which equally requires that such private property should not be seized or molested by national ships of war. Should the leading powers of Europe concur in proposing, as a rule of international law, to exempt private property, upon the ocean, from seizure by public armed cruisers as well as by privateers, the United States will readily meet them on that broad ground.“

The reasons in favor of the doctrine that private property should be exempted from seizure in the operations of war are considered in this en-

No. V. Vereinigte Staaten, 28. Juli 1856.

lightened age so controlling as to have secured its partial adoption by all civilized nations; but it would be difficult to find any substantial reasons for the distinction now recognised in its application to such property on land, and not to that which is found upon the ocean.

If it be the object of the declaration adopted at Paris to abolish this distinction, and to give the same security from the ravages of war to the property of belligerent subjects on the ocean, as is now accorded to such property upon the land, the congress at Paris has fallen short of the proposed result, by not placing individual effects of belligerents beyond the reach of public armed ships as well as privateers. If such property is to remain exposed to seizure by ships belonging to the navy of the adverse party, it is extremely difficult to perceive why it should not, in like manner, be exposed to seizure by privateers, which are in fact but another branch of the public force of the nation commissioning them.

If the principle of capturing private property on the ocean and condemning it as prize of war be given up, that property would and of right ought to be as secure from molestation by public armed vessels as by privateers; but if that principle be adhered to, it would be worse than useless to attempt to confine the exercise of the right of capture to any particular description of the public force of the belligerents. There is no sound principle by which such a distinction can be sustained; no capacity which could trace a definite line of separation proposed to be made; and no proper tribunal to which a disputed question on that subject could be referred for adjustment. The pretence that the distinction may be supported upon the ground that ships not belonging permanently to a regular navy are more likely to disregard the rights of neutrals than those which do belong to such a navy, is not well sustained by modern experience. If it be urged that a participation in the prizes is calculated to stimulate cupidity, that, as a peculiar objection, is removed by the fact that the same passion is addressed by the distribution of prize-money among the officers and crews of ships of a regular navy. Every nation which authorizes privateers is as responsible for their conduct as it is for that of its navy, and will, as a matter of prudence, take proper precaution and security against abuses.

But if such a distinction were to be attempted, it would be very difficult, if not impracticable, to define the particular class of the public maritime force which should be regarded as privateers. „Deplorable disputes," more in number and more difficult of adjustment, would arise from an attempt to discriminate between privateers and public armed ships.

If such a discrimination were attempted, every nation would have an undoubted right to declare what vessels should constitute its navy, and what should be requisite to give them the character of public armed ships. These are matters which could not be safely or prudently left to the determination or supervision of any foreign power, yet the decision of such controversies would naturally fall into the hands of predominant naval powers, which would have the ability to enforce their judgments. It cannot be offensive to urge weaker powers to avoid as far as possible such an arbitrament,

and to maintain with firmness every existing barrier against encroachments from such a quarter. Nr. V. Vereinigte Staaten, 28. Juli 1856.

No nation which has a due sense of self-respect will allow any other, belligerent or neutral, to determine the character of the force which it may deem proper to use in prosecuting hostilities; nor will it act wisely if it voluntarily surrenders the right to resort to any means, sanctioned by international law, which, under any circumstances, may be advantageously used for defence or aggression.

The United States consider powerful navies and large standing armies, as permanent establishments, to be detrimental to national prosperity and dangerous to civil liberty. The expense of keeping them up is burdensome to the people; they are, in the opinion of this government, in some degree, a menace to peace among nations. A large force, ever ready to be devoted to the purposes of war, is a temptation to rush into it. The policy of the United States has ever been, and never more than now, adverse to such establishments; and they can never be brought to acquiesce in any change in international law which may render it necessary for them to maintain a powerful navy or large regular army in time of peace. If forced to vindicate their rights by arms, they are content, in the present aspect of international relations, to rely, in military operations on land, mainly upon volunteer troops, and for the protection of their commerce in no inconsiderable degree upon their mercantile marine. If this country were deprived of these resources, it would be obliged to change its policy and assume a military attitude before the world. In resisting an attempt to change the existing maritime law that may produce such a result, it looks beyond its own interest, and embraces in its view the interest of all such nations as are not likely to be dominant naval powers. Their situation in this respect is similar to that of the United States, and to them the protection of commerce and the maintenance of international relations of peace appeal as strongly as to this country to withstand the proposed change in the settled law of nations. To such nations the surrender of the right to resort to privateers would be attended with consequences most adverse to their commercial prosperity without any compensating advantages. Most certainly no better reasons can be given for such a surrender, than for foregoing the right to receive the services of volunteers; and the proposition to abandon the former is entitled, in the judgment of the President, to no more favor than a similar proposition in relation to the latter. This opinion of the importance of privateers to the community of nations, excepting only those of great naval strength, is not only vindicated by history, but sustained by high authority. The following passage in the treatise on maritime prizes, to which I have before referred, deserves particular attention:

„Privateers are especially useful to those powers whose navy is inferior to that of their enemies. Belligerents, with powerful and extensive naval armaments, may cruise upon the seas with their national navies; but should those states, whose naval forces are of less power and extent, be left to their own resources, they could not hold out in a maritime war;

No. V. Vereinigte Staaten, 28. Juli 1856.

whilst by the equipment of privateers they may succeed in inflicting upon the enemy an injury equivalent to that which they themselves sustain. Hence governments have frequently been known, by every possible appliance, to favor privateering armaments. It has even occurred that sovereigns, not merely satisfied with issuing letters of marque, have also taken, as it were, an interest in the armament. Thus did Louis the Fourteenth frequently lend out his ships, and sometimes reserve for himself a share in the prizes."

It certainly ought not to excite the least surprise that strong naval powers should be willing to forego the practice, comparatively useless to them, of employing privateers, upon condition that weaker powers agree to part with their most effective means of defending their maritime rigths. It is, in the opinion of this government, to be seriously apprehended that if the use of privateers be abandoned, the dominion over the seas will be surrendered to those powers which adopt the policy and have the means of keeping up large navies. The one which has a decided naval superiority would be potentially the mistress of the ocean, and by the abolition of privateering, that domination would be more firmly secured. Such a power engaged in a war with a nation inferior in naval strength, would have nothing to do for the security and protection of its commerce but to look after the ships of the regular navy of its enemy. These might be held in check by one-half, or less, of its naval force, and the other might sweep the commerce of its enemy from the ocean. Nor would the injurious effects of a vast naval superiority to weaker states be much diminished if that superiority was shared among three or four great powers. It is unquestionably the interest of such weaker states to discountenance and resist a measure which fosters the growth of regular naval establisments.

In discussing the effect of the proposed measure — the abolition of privateering — a reference to the existing condition of nations is almost unavoidable. An instance will at once present itself in regard to two nations where the commerce of each is about equal, and about equally widespread over the world. As commercial powers, they approach to an equality; but as naval powers, there is great disparity between them. The regular navy of one vastly exceeds that of the other. In case of a war between them, only an inconsiderable part of the navy of the one would be required to prevent that of the other from being used for defence or aggression, while the remainder would be devoted to the unembarrassed employment of destroying the commerce of the weaker in naval strength. The fatal consequences of this great inequality of naval force between two such belligerents would be in part remedied by the use of privateers; in that case, while either might assail the commerce of the other in every sea, they would be obliged to distribute and employ their respective navies in the work of protection. This statement only illustrates what would be the case, with some modification, in every war where there may be considerable disparity in the naval strength of the belligerents.

History throws much light upon this question. France, at an early period, was without a navy; and in her wars with Great Britain and Spain,

both then naval powers, she resorted with signal good effect to privateering, not only for protection, but successful aggression. She obtained many privateers from Holland, and by this force gained decided advantages on the ocean over her enemy. Whilst in that condition, France could hardly have been expected to originate or concur in a proposition to abolish privateering. The condition of many of the smaller states of the world is now, in relation to naval powers, not much unlike that of France in the middle of the sixteenth century. At a later period, during the reign of Louis the Fourteenth, several expeditions were fitted out by him, composed wholly of privateers, which were most effectively employed in prosecuting hostilities with naval powers.

No. V. Vereinigte Staaten, 28. Juli 1856.

Those who may have at any time a control on the ocean will be strongly tempted to regulate its use in a manner to subserve their own interests and ambitious projects. The ocean is the common property of all nations; and instead of yielding to a measure which will be likely to secure to a few — possibly to one — an ascendency over it, each should pertinaciously retain all the means it possesses to defend the common heritage. A predominand power upon the ocean is more menacing to the well-being of others than such a power on land; and all are alike interested in resisting a measure calculated to facilitate the permanent etablishement of such a domination, whether to be wielded by one power or shared among a few others.

The injuries likely to result from surrendering the dominion of the seas to one or a few nations which have powerful navies, arise mainly from the practice of subjecting private property on the ocean to seizure by belligerents. Justice and humanity demand that this practice should be abandoned, and that the rule in relation to such property on land should be extended to it when found upon the high seas.

The President, therefore, proposes to add to the first proposition in the „declaration“ of the congress at Paris the following words: „And that the private property of the subjects or citizens of a belligerent on the high seas shall be exempted from seizure by public armed vessels of the other belligerent, except it be contraband.“ Thus amended, the government of the United States will adopt it, together with the other three principles contained in that „declaration.“

I am directed to communicate the approval of the President to the second, third, and fourth propositions, independently of the first, should the amendmend be unacceptable. The amendment is commended by so many powerful considerations, and the principle which calls for it has so long had the emphatic sanction of all enlightened nations in military operations on land, that the President is reluctant to believe it will meet with any serious opposition. Without the proposed modification of the first principle, he cannot convince himself that it would be wise or safe to change the existing law in regard to the right of privateering.

If the amendment should not be adopted, it will be proper for the United States to have some understanding in regard to the treatment of

No. V. Vereinigte Staaten, 28. Juli 1856.

their privateers when they shall have occasion to visit the ports of those powers which are, or may become, parties to the declaration of the congress at Paris. The United States will, upon the ground of right and comity, claim for them the same consideration to which they are entitled; and which was extended to them, under the law of nations, before the attempted modification of it by that congress.

As connected with the subject herein discussed, it is not inappropriate to remark, that a due regard to the fair claims of neutrals would seem to require some modification, if not an abandonment, of the doctrine in relation to cantraband trade. Nations which preserve the relations of peace should not be injuriously affected in their commercial intercourse by those which choose to involve themselves in war, provided the citizens of such peaceful nations do not compromise their character as neutrals by a direct interference with the military operations of the belligerents. . The laws of siege and blockade, it is believed, afford all the remedies against neutrals that the parties to the war can justly claim. Those laws interdict all trade with the besieged or blockaded places. A further interference with the ordinary pursuits of neutrals, in nowise to blame for an existing state of hostilities, is contrary to the obvious dictates of justice. If this view of the subject could be adopted, and practically observed by all civilized nations, the right of search, which has been the source of so much annoyance and of so many injuries to neutral commerce, would be restricted to such cases only as justified a suspicion of an attempt to trade with places actually in a state of siege or blockade.

Humanity and justice demand that the calamities incident to war should be strictly limited to the belligerents themselves, and to those who voluntarily take part with them; but neutrals abstaining in good faith from such complicity ought to be left to pursue their ordinary trade with either belligerent, without restrictions in respect to the articles entering into it.

Though the United States do not propose to embarrass the other pending negotiations relative to the rights of neutrals, by pressing this change in the law of contraband, they will be ready to give it their sanction whenever there is a prospect of its favorable reception by other maritime powers.

The undersigned avails himself of this opportunity to renew to . . . the assurance of his high consideration.

W. L. Marcy.

Anhang. — Entwurf zu einem Vertrage, als Grundlage der Verhandlung den Gesandtschaften der Vereinigten Staaten bei den europäischen Grossmächten im Februar 1857 mitgetheilt.

A TREATY &c.

The United States of America, and

animated by a common desire to render more intimate the relations of friendship and good understanding, now so happily subsisting between them, and more especially to establish these relations in accordance with the present state and progress of civilization, have mutually resolved to declare by means of a formal convention, the principles of maritime law which the high contracting parties acknowledge as the basis of neutral and belligerent rights at sea, and which they agree to recognize as permanent and immutable and to observe between themselves and with other powers which shall recognize and observe the same towards the parties to this convention.

Zu No. V. Vereinigte Staaten, Februar 1857.

For this purpose, the President of the United States has conferred full powers on

and

has conferrd like powers on

and

said Plenipotentiaries after having exchanged their full powers found in good and due form, have concluded and signed the following articles:

Article I.

The high contracting parties do hereby agree to observe the following principles as immutable rules of maritime law:

First. That Privateering is and shall remain abolished, and the private property of subjects or citizens of a belligerent on the high seas shall be exempted from seizure by the public armed vessels of the other belligerent, except it be contraband.

Second. The neutral flag covers enemy's good with the exception of contraband of war.

Third. Neutral goods, with the exception of contraband of war, are not liable to capture under enemy's flag.

Fourth. Blockades in order to be binding, must be effective; that is to say, maintained by a force sufficient really to prevent access to the coast of the enemy.

Article II.

The high contracting parties do hereby declare that henceforward, in judging of the rights of citizens and subjects of neutral nations, they will observe the principles contained in the foregoing article, and be guided by them; and that all nations which shall stipulate by treaty to accede to the

Zu No. V. Vereinigte Staaten, Februar 1857. aforesaid principles and observe the same, shall enjoy the rights secured thereby as fully as the powers signing this convention.

This Convention shall be ratified by the President of the United States, by and with the advice aud consent of the Senate thereof, and by and the ratifications shall be exchanged at within fifteen months counted from the date of the signature hereof, or sooner if possible.

No. VI.

RUSSLAND. — Geschäftsträger in Washington an den Staatssecretair der Vereinigten Staaten. — Zustimmung zu der von Amerika vorgeschlagenen Erweiterung der Pariser Declarationen. —

(Übersetzung.)

Imperial Legation of Russia, Washington, Novbr. 28, 1856.

No. VI. Russland, 28. Novbr. 1856. The undersigned, chargé d'affairs of his Majesty the emperor of all the Russias, has the honor, in compliance with the order of his government, of addressing the following communication to the honorable Mr. Marcy, Secretary of State of the United States:

The attention of the Emperor has, in an eminent degree. dwelt on the proposition by which the United States answered the invitation which had been extended to them to accede to the declaration of the 16th of April. His Majesty entirely concurs in the views of the government of the United States which the honorable Mr. Marcy has laid down in his equally lucid as temperate note of the 28th of July. The proposition of the federal government, in the opinion of his Imperial Majesty, deserves so much the more to be taken into consideration that the honorable Secretary of State argues not for the exclusive interests of the United States, but for those of the whole of mankind.

The Imperial government would have room for self-gratulation should its concurrence contribute to the adoption of the proposition of the United States, and should all the powers by a common resolution, proclaimed in the face of the world, agree to apply to private property on the seas the same principles of inviolability which belligerents profess for property on land.

The undersigned is accordingly instructed to notify to the honorable Mr. Marcy that his Majesty the Emperor accepts, for his part, the condition under which the United States consent to the abolition of privateering — namely, that the private property of the subjects and citizens of the contracting parties shall in time of war be respected by their respective naval forces, as well as by those of all the powers which may join in this declaration.

The undersigned is equally instructed to declare to the honorable Secretary of State that, should the proposition of the United States become

the subject of a collective deliberation, the vote of the imperial cabinet is pledged to them. No. VI. Russland, 28. Novbr. 1856.

The undersigned improves this opportunity to tender to Mr. Marcy the assurance of his very high consideration.

Stoeckl.

The Hon. **W. L. Marcy.**

No. VII.

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA. — Aus der Botschaft des Präsidenten Franklin Pierce an den Congress, vom 2. Dezember 1856.

Soon after the commencement of the late war in Europe this government submitted to the consideration of all maritime nations, two principles for the security of neutral commerce: one, that the neutral flag should cover enemies' goods, except articles contraband of war, and the other, that neutral property on board merchant vessels of belligerents should be exempt from condemnation, with the exception of contraband articles. These were not presented as new rules of international law; having been generally claimed by neutrals, though not always admitted by belligerents. One of the parties to the war — Russia — as well as several neutral powers, promptly acceded to these propositions; and the two other principal belligerents, Great Britain and France, having consented to observe them for the present occasion, a favorable opportunity seemed to be presented for obtaining a general recognition of them both in Europe and America. No. VII. Vereinigte Staaten, 2. Decbr. 1856.

But Great Britain and France, in common with most of the states of Europe, while forbearing to reject, did not affirmatively act upon the overtures of the United States.

While the question was in this position, the representatives of Russia, France, Great Britain, Austria, Prussia, Sardinia, and Turkey, assembled at Paris, took into consideration the subject of maritime rights, and put forth a declaration containing the two principles which this government had submitted, nearly two years before, to the consideration of maritime powers, and adding thereto the following propositions: „Privateering is and remains abolished," and „Blockades, in order to be binding, must be effective, that is to say, maintained by a force, sufficient really to prevent access to the coast of the enemy;" and to the declaration thus composed of four points, two of which had already been proposed by the United States, this government has been invited to accede by all the powers represented at Paris, except Great Britain and Turkey. To the last of the two additional propositions — that in relation to blockades — there can certainly be no objection. It is merely the definition of what shall constitute the effectual investment of a blockaded place, a definition of which this government has always contended, claiming indemnity for losses where a practical violation of the rule thus defined has been injurious to our commerce. As to the remaining article of the declaration of the conference of Paris, „that privateering is and remains

No. VII. Vereinigte Staaten, 2. Decbr. 1856.

abolished," — I certainly cannot ascribe to the powers represented in the conference of Paris, any but liberal and philanthropic views in the attempt to change the unquestionable rule of maritime law in regard to privateering. Their proposition was doubtless intended to imply approval of the principle that private property upon the ocean, although it might belong to the citizens of a belligerent state, should be exempted from capture; and had that proposition been so framed as to give full effect to the principle, it would have received my ready assent on behalf of the United States. But the measure proposed is inadequate to that purpose. It is true that if adopted, private property upon the ocean would be withdrawn from one mode of plunder, but left exposed, meanwhile, to another mode, which could be used with increased effectiveness. The aggressive capacity of great naval powers would be thereby augmented, while the defensive ability of others would be reduced. Though the surrender of the means of prosecuting hostilities by employing privateers, as proposed by the conference of Paris, is mutual in terms, yet, in practical effect, it would be the relinquishment of a right of little value to one class of states, but of essential importance to another and a far larger class. It ought not to have been anticipated that a measure, so inadequate to the accomplishment of the proposed object, and so unequal in its operation, would receive the assent of all maritime powers. Private property would be still left to the depredations of the public armed cruisers.

I have expressed a readiness on the part of this government, to accede to all the principles contained in the declaration of the conference of Paris, provided that the one relating to the abandonment of privateering can be so amended as to effect the objebt for which, as is presumed, it was intended, the immunity of private property on the ocean from hostile capture. To effect this object, it is proposed to add to the declaration that „privateening is and remains abolished," the following amendment: „And that the private property of subjects and citizens of a belligerent on the high seas, shall be exempt from seizure by the public armed vessels of the other belligerent, except it be contraband." This amendment has been presented not only to the powers which have asked our assent to the declaration to abolish privateering, but to all other maritime states. Thus far it has not been rejected by any, and is favorably entertained by all which have made any communication in reply.

Several of the governments, regarding with favor the proposition of the United States, have delayed definitive action upon it, only for the purpose of consulting with others, parties to the conference of Paris. I have the satisfaction of stating, however, that the Emperor of Russia has entirely and explicitly approved of that modification, and will co-operate in endeavoring to obtain the assent of other powers; and that assurances of a similar purport have been received in relation to the disposition of the Emperor of the French.

The present aspect of this important subject allows us to cherish the hope that a principle so humane in its character, so just and equal in its operation, so essential to the prosperity of commercial nations, and so con-

sonant to the sentiments of this enlightened period of the world, will command the approbation of all maritime powers, and thus be incorporated into the code of international law. No. VII. Vereinigte Staaten, 2. Decbr. 1856.

My views on the subject are more fully set forth in the reply of the Secretary of State, a copy of which is herewith transmitted, to the communications on the subject made to this government, especially to the communication of France. (No. V.) — — —

Franklin Pierce.

No. VIII.

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA. — Staatssecretair des Auswärtigen an den Gesandten in London, die amerikanische Politik in der Seerechtsfrage betreffend.

Washington, January 4, 1857.

[Private.] Sir, . . . In one of your private notes to me you intimate the opinion that it would be better for the United States that things remain as they are than to have them as they would be if the privateering proposition was amended in the way proposed by this government. I have not been able to bring myself to concur in that view of the case. Others in the U. St. have expressed a similar opinion and offered reasons for it, but these reasons have not been satisfactory to my mind. With many here the main ground of objection is that our proposition does not go far enough, — that it ought to provide for free commerce with blockaded ports and abolish the law in relation to contraband. That would be going to an utterly unattainable extreme, und had we proposed it, would have subjected us to the imputation of resorting to a subterfuge by way of extricating ourselves from the embarrassment in which we were placed by the Paris declaration. Had we declined concurrence in the declaration simply because it abolished privateering, we should have been placed in a state of isolation. All other powers would have assented to the entire declaration: — Our position before the world is now nearly reversed — we shall have all nations except, perhaps, great Britain, with us; but to avoid the one, or to secure the other, I would not put forth a proposition which I did not think was right, in itself, and in its general operation, favorable to the interests of this country. No. VIII. Vereingte Staaten, 4. Januar 1857.

W. L. Marcy.

The Hon. Geo. M. Dallas.

No. IX.

BREMEN. — Minister-Resident in Washington an den Staatssecretair der Vereinigten Staaten, in Antwort auf die mitgetheilte Note vom 28. Juli 1856 an die Unterzeichner des Pariser Friedens.*)

Bremen Legation, Washington, April 2, 1857.

No. IX. Bremen, 2. April 1857.

The undersigned, Minister resident of the Republic of Bremen, has the honor to submit, by order of his Government, the following communication to the Honorable Secretary of State of the United States.

The Bremen Government has taken into that serious consideration, to which it is so eminently entitled, the note addressed by the United States, on the 28. of July last, to the European powers represented in the late Congress at Paris, in reply to their invitation to join in the declaration respecting maritime law, signed on the 16th of April last.

The Bremen Government fully concurs in the proposition of the United States to establish the principle of immunity of all private property, not contraband, upon the high seas in time of war, and will cordially cooperate, as far as may be in its power, to promote the general adoption of that principle as one of international law.

The Bremen Government has also noticed with great interest, that the question of modifying, if not abandoning, the doctrine hitherto recognized in relation to contrabande trade, has engaged the attention of the United States, while it is not proposed to press at this time a change in the existing law upon this subject.

As a small State almost exclusively devoted to commerce and navigation Bremen is naturally deeply interested in having the rights of neutrals fixed and settled by the common consent of all nations on the broadest and most liberal basis, and its government is anxious also, that these changes in the principles of maritime law should receive the consideration of all the powers concerned therein at an early day.

The Undersigned is accordingly further instructed to inform the Honorable Secretary of State, that any communications more fully developing the views of the United States on this important subject, will be thankfully received by this Government.

The undersigned avails himself of this opportunity to renew to the Honorable Lewis Cass the assurance of his high consideration.

R. Schleiden.

The Hon. L. Cass.

---

*) Inzwischen war unter der Präsidentschaft Buchanan an die Stelle Marcy's General Cass als Staatssecretair getreten.

No. X.

GROSSBRITANNIEN. — Lord Palmerston, z. Z. Premier-Minister, in Antwort auf eine ihm bei einem Besuch in Liverpool in besonderer Sitzung des Town Council überreichte Adresse.

No. X. Grossbrit. 7. Novbr. 1856.

. . . . Gentlemen, we were not inattentive to other interests besides those connected with the grave transactions of war. It has been a subject of great satisfaction to us to reflect that at the commencement of that conflict the Government of England, in concert with that of France, made changes and relaxations in the doctrines of war, which, without in any degree impairing the power of the belligerents against their opponents, maintained the course of hostilities, yet tended to mitigate the pressure which hostilities inevitably produce upon the commercial transactions of countries that are at war. (Hear, hear) I cannot help hoping that these relaxations of former doctrines, which were established in the beginning of the war, practised during its continuance, and which have been since ratified by formal engagements, may perhaps be still further extended; and, in the course of time, those principles of war, which are applied to hostilities by land, may be extended, without exeption, to hostilities by sea, so that private property shall no longer be the object of aggression on either side. (Cheers.) If we look at the example of former periods, we shall not find that any powerful country was ever vanquished by losses sustained by individuals; it is the conflicts of armies by land, and of fleets by sea that decide the great contest of nations; and it is, perhaps, to be desired that those conffícts should be confined to the bodies acting under the orders and directions of the respective States. (Cheers) . . . .

No. XI.

GROSSBRITANNIEN. — Drei Briefe von Richard Cobden über das Seerecht und das Marcysche Amendement.

1. **Mr. Cobden to Thomas Bazley,** Esq., President of the Manchester Chamber of commerce.

Glyn Garth, near Bangor, Nov. 8, 1856.

No. XI. Grossbrit. 8. Nov. — 15. Decbr. 1856.

My dear Sir, — Will you allow me to call your attention to a pending diplomatic negotiation in which our commercial and manufacturing interests are deeply involved? You will have observed a declaration made by the late Paris Congress against privateering. That resolution was afterwards submitted for the approval of the American Government, whose answer

No. XI. Grossbrit. 8. Nov. — 15. Decbr. 1856.

has not, I think, attracted all the attention it deserves from our mercantile community.

In substance, Mr. Marcy, the United States' Foreign Secretary, says: We do not maintain, like the great European Powers, large warlike establishments in time of peace, and therefore we should, in case of hostilities, rely on the public spirit and patriotism of our private citizens, who would, with the sanction of Government, convert our merchant ships into vessels of war. To deny to this improvised navy the right of making prizes of your mercantile shipping, while to the thousands of vessels constituting your Royal and Imperial navies this privilege is to be reserved, would be voluntarily to surrender our commerce to annihilation. On no conditions whatever will the American Government renounce the use of its mercantile marine in case of war; and the same power to burn, capture, or sink enemy's property which you give to your Imperial or Royal navies we shall give to our naval volonteers, whether they be called privateers or by any other name. But being anxious to promote the object aimed at by the Congress we invite you to carry out your principle by going one step further — exempt private property on the ocean from seizure by Government-armed cruisers, as well as by privateers, and the United States will readily meet you on that broad ground.

Now, really, there is no logical way of meeting this proposition but by an instant acquiescence; and, had it not been misrepresented and dealt with in a flippant spirit by some of our journals, it must have received as unanimous an assent in this country as it has from all parties in the United States.

But, with this declaration against privateering at the Paris Congress two other resolutions were coupled, and, had their full scope been understood by our plenipotentiaries, it would have led them to propose to add to M. Walewski's protocol the very clause which has now been suggested by Mr. Marcy.

The congress declared:—

„That the neutral flag covers an enemy's goods, with the exception of contraband of war,

„That neutral goods, with the exception of contraband of war, are not liable to capture under an enemy's flag."

These resolutions reverse the most venerated judgments of our Admiralty Courts, and, for the first time, impart the force of maritime law to principles which were resisted by England against the world in arms down to the close of the war in 1815. Without dwelling on the imperious necessity which led us during the late Russian war to abandon our ancient belligerent rights, let us look at the altered position in which we should be placed in case of a future rupture with a maritime Power.

We will suppose — and it is no great stretch of the imagination, after all that diplomacy has achieved during the last three years — that we are at war with France. I remember hearing the late Mr. Samuel Gurney state, in the presence of the Prime Minister of the time, as the result of

careful inquiry, that the amount of British property in ships and cargoes afloat averaged from 80,000,000*l.* to 100,000,000*l.* sterling. It would be a liberal estimate to put down the amount owned by France at from 20,000,000*l.* to 30,000,000*l.* We should thus have nearly four times as much private property exposed to the depredations of Government cruisers as our enemy. But under the new maritime code, which admits the competition of neutrals, it may fairly be questioned whether a merchant ship under either of the belligerent flags would long continue to find it profitable to keep the sea. Railroads, which transmit the heaviest commodities 500 miles with little detriment to their exchangeable value, have virtually put an end to blockades. France, in case of war, could use ports of Belgium, Holland, or Germany, through which channels her commerce, even with England, might be carried on in neutrals; for, once on board an American or Dutch ship, French exports or imports would be safe from molestation. The same applies to British commodities, whether imported raw materials or exported manufactures; they would be liable to seizure only when on board a British vessel. Now, I ask, would it be possible for French and English ships and cargoes, which would be subject to a charge of 10 or 20 per cent. for assurance against risk of capture, to compete with the neutral flags which would be free from any such burden? And bear in mind that our loss would be fourfold that of our enemy, owing to the larger amount of our tonnage exposed to this unequal competition.

No. XI. Grossbrit. 8. Nov. — 15. Decbr. 1865.

Or, let us suppose ourselves at war with the United States. It may be estimated that the value of American property afloat on salt water (a large part of their navigation is upon the interior lakes and rivers) does not exceed the half of ours. Unless their late proposal were previously adopted, the old system of privateering would be in force on both sides, to which we should offer two-thirds of the prey to their one-third. But the rights of neutrals which were proclaimed at the Paris Congress would admit all the European flags to bring and carry to and from England and America the produce of both coutries without risk of capture during the war. Again, I would ask — could a vessel bearing the British flag keep the sea under these circumstances, with 500 or 1,000 armed American vessels cruising against our commerce? It is clear that nobody would charter an English vessel, and pay a heavy insurance against capture, when a neutral ship could be had free from any such charge. The practical effect, then, of the alterations made in our maritime law at the Paris Conferences, if we go no further, would be, in case of war with a naval Power, to transfer the carrying trade even of our own ports to neutral bottoms. It is then our interest especially, and beyond all other countries, to go forward in the path to which the American have invited us.

I cannot help regretting, as an Englishman, that the proposal did not originate with us. But the next best thing will be to give it a prompt and hearty acceptance, and aid in securing for it, if possible, a world-wide acquiescence. It is impossible to foresee all the consequences of such a revolution in the rules of war. It is, I believe, the first time in the annals

No. II. Grossbrit. 8. Nov. — 15. Decbr. 1856.

of the world that the powers of belligerents will be restrained and defined in the interest of individuals by written international law. Who can tell in what other direction the precedent may be followed? Wars will henceforward partake more of the character of duels between Governments than of the old contest of nations. Private citizens will cease to be held responsible or liable to injury, unless they become participators in the strife. There will no longer be plunder and prize money to add the stimulus of cupidity to the passions of hatred and revenge; and we shall have one pretence less for constantly increasing the burden of war navies in proportion to the growth of foreign commerce, on the plea of protecting our mercantile marine. These are some of the obvious consequences of this proposed innovation upon the traditions and precedents of the last century. The mercantile world will, I trust, allow its voice to be heard upon the question by Government and Parliament; and it is in the hope that the chamber will throw the weight of its great influence into the scale of humanity and progressive civilization that I have ventured to trouble you with this letter.

I remain, very truly yours,

Richard Cobden.

Thomas Bazley, Esq., Manchester.

---

2. Mr. **Cobden** to **J. E. Jenkinson,** Esq., Secretary of the Bradford Committee for Investigating State Affairs.

Glyn Garth, near Bangor, Dec. 8, 1856.

Sir, — The whole of the argument in your letter is founded upon the assumption that we surrendered our belligerent rights in the late war from feelings of forbearance to Russia. I should have thought our maritime operations in the Sea of Azoff and the Gulf of Bothnia would have prevented any one from falling into such an error. It was the attitude assumed by the United States which led to the change. Those who were in a position to observe the manifestations of public opinion in the press of that country, and through the speeches at Washington, on the eve of the Russian war; and, still more, they who knew what was passing between the United States Minister in London and our Foreign office, need not be told that any serious attempt on our part to uphold the right of search, which, as you truly say, is essential to the maintenance of our ancient belligerent rights, would not have been tolerated by that country. It may be all very true that our common law was opposed to the pretensions of the Americans, and even that, as you state, their own most eminent judges had confirmed the decisions of our Admiralty courts. But this did not touch the facts of the case as they were presented to our Government in 1854, when it was unmistakably evident that the American people were determined that their

merchant ships should not be visited and searched by our cruisers; and that any attempt to revive the proceedings which led to the rupture of 1812 would be resisted, would lead to bloodshed, and would, in all probability, end in a war between the two countries. Our Government, therefore, very wisely yielded the point and, in doing so, met the wishes, not merely of America, but of every nation of Europe.

No. XI. Grossbrit. 8. Nov. — 15. Decbr. 1856.

You seem to attach some importance to the mode of effecting this change in our policy, and to be of opinion that, before any alteration can be made in the law of nations, a corresponding change must be effected in our municipal law. I am afraid the law of nations has been hitherto little more than the will of the strongest, modified and slightly controlled by the progress of civilization. I can see no objection, however, to an act of Parliament being passed confirming the decision of the Congress of Paris. But, after this explanation of the meaning of my words „imperious necessity" I need not add that I should look upon such an act as a mere matter of form.

But the question which Parliament will still have to decide, judging from the sentiments put forward by those organs of the press supposed to be connected with the Government, is, whether, having of necessity gone so far, it is not for our interest, beyond that of any other nation, to embrace the offer made to us by Mr. Marcy, to exempt private property afloat from capture during war. I have not the least doubt, when this proposal is discussed in the House of Commons — taking for the starting point of the argument the *status quo* as settled in the Congress of Paris, which no sane man will dream of disturbing — that there will be all but an unanimous decision in its favour.

I think I can foresee great benefits to the cause of peace and humanity, in a variety of ways, from this change; but, as it seems to be offensive in some quarters to give utterance to the aspiration that the intercourse of nations, as well as individuals, may some day be brought into harmony with the precepts of the New Testament, I will forbear saying more upon the subject.

I am, Sir, your obedient servant,

Richard Cobden.

J. E. Jenkinson, Esq., Bradford.

---

3. **Mr. Cobden to F. Carr,** Esq., Secretary of the Sheffield Foreign Affairs Committee.

Glyn Garth, near Bangor, Dec. 15, 1856.

Sir, — Your letter, with the accompanying comments of the "Sheffield Foreign Affairs Committee" on my letter to the President of the Manchester Chamber of Commerce, respecting the proposed change in our maritime law, has reached me here. I have already, in reply to a similar

No. XI. Grossbrit. 8. Nov. — 15. Decbr. 1856.

communication from Bradford, briefly explained the error into which you have both fallen in assuming that the abandonment of our ancient belligerent rights was a voluntary act on our part in favour of Russia. I have shown that it was the attitude assumed by the United States which led to the change. It will not, I hope, be deemed disrespectful if I refer you to that letter, or if I add, for the information of your committee, and others who have honoured me with their communications, that I must decline, until the meeting of Parliament, any further discussion of the subject.

I will only offer a remark or two upon the dangers which your committee think the proposed changes threaten to our „maritime supremacy". If by supremacy be meant the exclusive power to give laws to the world in maritime affairs, let the word be abolished from your vocabulary, for the day is for ever gone when any one nation can „rule the waves" with an arbitrary sceptre. I am reminded of the words of Nelson, that England would spend her last guinea, and sacrafice her last man and last ship, before she would yield this supremacy. But since his days a people have grown up beyond the Atlantic who lay claim to equal rights (and the proposed changes ask no more) with ourselves on the ocean. Our children will witness the creation of yet another powerful empire in the Pacific, which will demand also to be heard in matters in which its rights and interests are involved.

We should, indeed, deserve the title of the „Chinese of the West" if our maxims of State policy could not be made to expand to the dimensions requisite to meet these new conditions of the world's progress. Far from agreeing with your committee that such an altered state of things portends danger to England, I believe that she will find both security and economy in the substitution of just international laws, having the willing assent of all nations, for that transient ascendency which depends upon the costly display of superior physical force. Be assured that the people of this country have nothing to gain from asserting a supremacy over any other people. The ambition of individuals may, indeed, be gratified by the subjection of other communities to our will; but it is for the interest of the population of this and every other country that their international relations should be founded on principles of moral right, and equal justice to all, totally irrespective of their material strength; and it is because I see in the American proposal, and in the proceedings which led to it, a tendency in this direction, that they have my approval and support. — I am, Sir, your obedient servant,

Richard Cobden.

F. Carr, Esq., Sheffield.

No. XII.

GROSSBRITANNIEN. — Unterhaus-Sitzung vom 14. Juli 1857.*) —

Mr. Lindsay said, he rose to move an Address for copies of Mr. Marcy's letter to the French Government, in answer to the communication of the Resolution of the Paris Conference upon the subject of privateering; and of any other papers or correspondence that may have passed between the British Government and other Powers upon the same object. Those papers related to a subject of some importance to England as a maritime nation. Certain Resolutions had been agreed to at the Conferences of Paris relating to the question of neutral rights and privateers. When these Resolutions were brought before the American Government they had readily consented to the majority, but had refused to give in their adhesion to that proposition which dealt with the rights of privateers, as it would be a surrender on their part of a strong arm of defence and aggression. He asked for papers with the view of putting hon. Members in possession of information on this subject; for the House would sooner or later be called on to decide whether we should stand by our present declaration or adopt the American view — that private property should be as much respected at sea as it was on shore. That was the question at issue; and he hoped to be able to bring it before the House in the course of another Session. In a state of war this country could not stand by the declaration which it had made. We must go forward having done so much, for at present a neutral flag covered neutral goods, except contraband of war. We had five millions tons floating in ships, our exports were 100 millions, and our imports nearly the same; and therefore the question was of far more importance to us than to any other country. What would be the consequence if we were engaged in a war with America or France? The premium to marine assurances on ships not under convoy would be increased 10 per cent. For ships under convoy there would be 5 per cent war risk on British ships; and then the British merchant, whatever might be his patriotism, would not ship in British bottoms. What would then become of our five million tons of shipping? Why, they would remain locked up in port during time of war. The House should consider the position in which they stood, and it was for that reason he asked for the papers, in order that hon. Membres might become thoroughly acquainted with the subject. No. XII. Grossbrit. 14. Juli 1856.

Viscount Palmérston: I am sure that my hon. Friend and the House will feel that it is not usual to ask, and that it is not competent under ordinary circumstances for the British Government to grant the production of papers which have formed the subject of correspondence between two

*) Vergl. auch die Debatte über die Pariser Declarationen im Oberhaus vom 22. Mai 1856 (Hansard, vol. CXLII, pag. 482 folg.)

No. XII. Grossbrit. 14. Juli 1856.

other foreign States. But that is a more technical objection. I apprehend what my hon. Friend means is, that we should lay before Parliament any correspondence between the British Government and the American and French Government on this subject. Sir, what happened was, that the Resolutions of the Paris Congress were communicated by the parties to them to all the other maritime States, and amongst others to the United States. The Government of the United States gave to the French Government an answer exactly in the terms stated by my hon. Friend; that is to say, they were willing to agree to those propositions, including the cessation of privateering, provided that private property at sea should no longer be subject to capture. That communication was made by the last Government of the United States, and the matter was one which everybody will see was a subject which required the gravest and most deliberate consideration on the part of the British Government; as, whatever might be the opinions at the first blush, one way or other, no one could fail to see on reflection that the question is one deeply affecting all the great interests of the country, commercial, political and naval; and it was clear that no answer could be given to such a communication without long and mature consideration. But in the meantime a change took place in the Government of the United States, and before any answer was sent by the British Government to America the new President came into office, and an intimation was made that the American Government did not wish that any answer should be sent to the proposition of their predecessors, and that, in point of fact, they wished to consider that communication as suspended, and the negotiation not going on. Under these circumstances, I trust that my hon. Friend and the House will feel that it is not desirable to lay before Parliament this communication. In this state of things I certainly shall not enter into any examination of the reasons for or against the proposition made by the Government of the United States; but there is one branch of the subject upon which I wish to make one qualified remark. My hon. Friend considers the question to be simply whether the practice which prevails with respect to hostilities by land should or should not be applied to hostilities at sea. If hon. Gentlemen will consider a little the historical facts as to what has been the practice pursued in war upon land, they will see that there is no very decided and absolute rule as to that matter, but that the practice has varied very much from time to time in different countries in respect to the manner in which armies have treated the property of individuals in a hostile country. It is difficult at once to apply to private property on the sea the same rule which has applied to property on land. I am sure, however, the House will feel that this is not a question which can be discussed incidentally on a Motion of this sort, when the negotiations are suspended between the two Governments at the express wish of the Government of the United States; and I trust that my hon. Friend, after the explanation I have given, will not press his Motion.

Mr. Bentinck said, that the subject was one of paramount importance, and he regretted that the noble Lord had not adverted to the important points raised by the hon. Member for Tynemouth, and more especially

as to the intentions of the Government with regard to the maintenance of the declaration, if this country were involved in a war with one of the great Powers of Europe. It was impossible to advance with regard to this declaration. It was a solemn farce, and moreover dishonnest on the part of this country to make a declaration which it would be impossible to carry out. We must recede at any cost, even at that of the reputation of this country for integrity, as the carrying out of the present declaration in time of war would be tantamount to the destruction, not only of our mercantile marine, but of the maritime supremacy of this country. Foreign countries would be the gainers by this declaration, as had been proved by the course taken by Russia in the last war. Under such a declaration he defied any man to point out how any war could be brought to a termination. Hitherto England's strength in war had consisted in crippling the commerce of her ennemies; and he hoped the Government would afford some explanation as to their intentions with regard to their persistence in the present declaration. No. XII. Grossbrit. 14. Juli 1856.

Lord John Russell: The hon. Gentleman says that, in the event of a war, all the goods sent in English vessels under convoy will require 5 per cent, and in ships not under convoy 10 per cent additional premium. The hon. Gentleman has naturally argued that, with such additional payments, the manufacturers of this country will send their goods in neutral ships, and thus the maritime trade of this country will, in fact, be destroyed. That is a very serious thing, and I really should like to hear some statement upon the part of the Government, of the grounds of their entering into this declaration. It appeared to me that, when we were engaged, in conjunction with France, in a war against Russia, we could hardly do otherwise than carry on the war upon the same principle as France. The principle adopted during the war was, that free ships cover free goods. But, at the end of the war, we were not under the necessity of making any concession of the opposite principle, which was certainly in conformity with the law of nations, and to which this country had hitherto adhered. There was no notice given to the people of this country, or to either House of Parliament, that any such question would be discussed. We all supposed that the Earl of Clarendon went to Paris with a view to make peace with Russia: but, with respect to a question of maritime right, there was no preparation in the public mind, and the people of this country must have been surprised that it was introduced. I hardly think the Government could consent to abrogate, as the hon. Gentleman (Mr. Bentinck) proposes, a declaration which was solemnly agreed to by their plenipotentiary. I am afraid we must be bound by the declaration. I am afraid that the consequences are so serious as to show that such a declaration was very imprudent, and I cannot but agree with the hon. Gentleman (Mr. Lindsay), that England ought to preserve her maritime superiority. The comparison between private property in ships and private property on land is not tenable. I do not think there is any real comparison between them. It is quite obvious that a farmer, cultivating a farm, and having its produce in the middle of France or the State of Virginia, has placed his property in quite a different situation from a manufacturer

No. XII. Grossbrit. 14. Juli 1856.

who has put his goods on board a large fleet in the British Channel, navigated by 7,000 or 8,000 mariners competent to man a fleet against this country. There is no comparison between the two propositions, and therefore I cannot but think that, in point of principle, the declaration of Paris ought to be altered. The whole matter is most unsatisfactory, and most grave in its bearing upon our maritime supremacy. I quite agree that the way in which we have been able to finish wars with great Powers, especially with France, has chiefly been by destroying the enemy's trade. We have brought the Powers with which we have been at war to such a state that their finances have become disordered. They have then been ready to listen to terms of peace, and thereby the wars have been terminated. But now, if we were at war with America or France, they could maintain their trade in full vigour, because manufactured produce throughout the world could be sent in neutral vessels in perfect safety. They would have no reason for making peace. They would not be distressed. We might gain naval victories, but our successes would not produce peace. We might drive all their vessels of war from the seas, but we should not thereby gain the end of all war, which is an honourable peace. The state of this question is to me very alarming, but I do not see that a breach of faith would at all mend our position.

Mr. Lindsay said, the noble Lord who had last spoken had misunderstood him. He did not say they should not abide by the declaration, but that, if they did abide by it, the whole carrying trade of this country would pass under a neutral flag. The consequence of that would be that, instead of maintaining our present position, as the first maritime Power in the world, we should become a sixth-rate Power; for there would be no employment for our ships, as the whole trade of the country would pass into neutral ships. He did not wish to throw aside a solemn declaration, but he said the people of this country would not abide by it, and would appeal to the House for its abrogation, and the House would be compelled to listen to, and give effect to that appeal. Having made this explanation, it was not his intention to press the Motion.

Sir Charles Napier said, he had expected that some Member of the Government — the First Lord of the Admiralty — would have addressed the House after the speech of the noble Lord the Member for the City of London. He agreed with the hon. Gentleman who brought forward the Motion, that it was impossible we could remain in the position in which we were at present. The noble Lord said we could not break the engagement. He did not think we could. Diplomacy had drawn us into a very impolitic engagement, and it was for the noble Lord, or some clever diplomatist, to get us out of it. If they were determined to abide by the declaration of the Earl of Clarendon, and a war ensued, we must blockade every port which the enemy possessed. It must be not a mere paper, but an efficient blockade, and in the event of a war with France, such a blockade, with the navy we possessed, could not at the first start be established. Double or treble

our navy would not be sufficient to blockade all the ports of France; and it must not be forgotten that seamen discharged from French merchant vessels would go into French ships of war, and increase their force, while our force in men would be diminished in consequence of our loss of trade. No. XII. Grossbrit. 14. Juli 1855.

Motion, by leave, withdrawn.

No. XIII.

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA. — Staatssecretair des Auswärtigen an den Gesandten in Paris (und in Abschrift an die übrigen Gesandtschaften der Vereinigten Staaten in Europa). — Ansichten des amerikanischen Gouvernements über die Rechte der Neutralen. —

Department of State, Washington, June 27, 1859.

Sir: The government of the United States has learned with much concern that a war has broken out in Europe which threatens in its progress to involve other powers, and to become one of the most eventful contests in which modern nations have found themselves engaged. The policy of the United States is essentially pacific, and upon the present occasion, as heretofore, they will faithfully discharge their neutral duties, determined, so far as depends upon themselves, to preserve the most amicable relations with all the powers engaged in hostilities. This determination will be communicated to each of those powers, and you will make it known to the government of his Imperial Majesty, and in doing so you will take care and express the confident expectation of the United States that their rights will be respected by France with equal fidelity. There is reason to apprehend that in the progress of the war questions affecting the rights of neutral nations upon the ocean may present themselves for consideration, and whose peaceable solution may require discretion as well as forbearance. No. XIII. Vereinigte Staaten, 27. Juni 1859.

The tendency of modern civilization and improvement is to mitigate the calamities of war, and the progress of opinion has introduced important meliorations into the mode of its prosecution, especially upon land; but unfortunately similar beneficent changes have not been admitted into maritime war, so that the code which regulates these contests yet contains principles of action not adapted to the sentiments of the age in which we live. It is desirable that, by the general consent of independent powers, modifications should be made in these objectionable principles, so as to accommodate them to the existing state of things, and also that the rights of belligerent nations should be restrained within reasonable limits and defined with due precision.

This dispatch will make known to you the views of this government concerning these subjects; and it is deemed important that they should be communicated to the powers of Europe principally interested in the weighty

Nr. XIII. Vereinigte Staaten, 27. Juni 1859.

questions they involve, and that each of those powers should be requested, not only to cooperate in the effort to accomplish this good work, but also zealously to exert its influence with other states to induce them to concur in the proposed measure, which appeals by so many grave considerations to the feelings and judgment of the age. The various representations of the United States to the European nations will, upon all fitting occasions, explain these views to the governments to which they are accredited, and will invoke their aid towards the attainment of the objects indicated, and at the same time they will communicate for their information the views entertained by this country of those points of international law presented in this letter, which the United States consider established, and entitled to the support of all other powers.

You are desired to carry into effect these instructions at the Imperial Court of France, and to keep this department informed from time to time of the progress and prospects of this attempt to restrict the evils of war, and to enlarge and secure the blessings of peace.

It is obvious that the commercial powers of the world regard with no little solicitude the subject of neutral rights; and there is a general apprehension that pretensions may be advanced during the existing war which may imperil them. And it is equally obvious, from the temper of the age, that the present is no safe time to assert and enforce pretensions on the part of belligerent powers, affecting the interest of nations at peace, unless such pretensions are clearly justified by the law of nations. Although some of the provisions of that code have become harsh and unacceptable, yet there is a general sense of the duty of submitting to the obligations it imposes. But those obligations to ensure obedience must depend, not upon doubtful construction, but upon clearly expressed language, defining with reasonable precision the rights and duties of the independent parties in the relations existing between them. It is unfortunate that various claims have been advanced and enforced by belligerent powers in the prosecution of wars for which it would be vain to seek any sufficient justification in the law of nations, and this consideration adds to the importance of some acceptable arrangement by which this source of apprehension may be removed, and all danger of collision avoided by clearly defining the rigthts of the parties in all doubtful cases. If the belligerent powers should substitute their own views for the fair provisions of the general law, the most serious consequences may be apprehended. It becomes all prudent governments engaged in hostilities to take into consideration the actual condition of public sentiment whenever measures of doubtful character are proposed, and satisfy themselves not only that they are also practically expedient.

There are three principal subjects connected with the rigthts of belligerent and neutral powers which require the dispassionate consideration of all governments desirous of preventing the most serious complications. These relate to the condition of an enemy's property found on board the vessel of a friend, and to the system of blockades and contraband of war. With respect to the two last, the United States consider it of the utmost impor-

tance that they should be so regulated and defined by general consent as to leave no doubt respecting the questions they embrace, when these call for practical adjustment. No. XIII. Vereinigte Staaten, 27. Juni 1859.

With respect to the protection of the vessel and cargo by the flag which waves over them, the United States look upon that principle as established, and they maintain that belligerent property on board a neutral ship is not liable to capture, and from existing indications they hope to receive the general concurrence of all commercial powers in this position. Whatever difference of opinion may have heretofore prevailed upon this subject, it is certain that the claim forcibly to enter a neutral vessel and to seize the goods found there, upon the allegation of their being the property of an enemy, was first urged at a period when the passions of belligerents were little restrained by the dictates of humanity or religion, and when the question how an enemy could be injured, or rather how his goods could be injured, or rather how his goods should be seized, was a much more acceptable object of research than why a friend should be spared. Almost from the first attempt to incorporate this doctrine into the maritime code of the world, it has been denounced by eminent publicists as fallacious in principle and unjust and dangerous in practice. And the repugnance to it has gone on increasing till its advocates have almost disappeared. I believe that every modern commercial nation has practically repudiated it by entering into treaty stipulations, either temporary or permanent, providing for its abandonment, and some of them, as the Baltic states, by the league known as the armed neutrality, and by forcible resistance. The opposition of Holland to it has been almost unremitted. The principal powers engaged in the Crimean war, Great Britain, France and Russia, by formal public declarations avowed their adherence to the doctrine of immunity and their determination to respect it, France and Russia absolutely and without limitation of time, and Great Britain „for the present“, but for a reason equally applicable to all times hereafter, and which will at all times call for similar concurrence. This measure is adopted, says the British declaration, „to preserve the commerce of neutrals from all unnecessary obstruction“, &c. Experience has well shown the justice of this designation and the wisdom of this precautionary arrangement. No disposition has been manifested by any of the states relinquishing this pretension to resume its exercise, nor is it to be expected that if such an effort were made it would be tamely submitted to. Contested and invidious powers are not to be thus authoritatively abandoned and then again called into service, at the interest or caprice of any nation. The countries engaged in the pending war have adopted a much wiser policy. They hold on to the power of the flag to protect both vessel and cargo from all violation, and have proclaimed by public declarations their determination to respect the principle of exemption so happily established. And well is it in the general interest, that this tribute has been rendered to the opinions of the age. The stopping of neutral vessels upon the high seas, their forcible entrance and the overhauling and examination of their cargoes, the seizure of their freight at the will of a foreign officer,

No. XIII. Vereinigte Staaten, 27. Juni 1859.

the frequent interruption of their voyages by compelling them to change their destination in order to seek redress, and, above all, the assumption of jurisdiction by a foreign armed party over what has been aptly termed the extension of the territory of an independent state, and with all the abuses which are so prone to accompany the exercise of unlimited power, where responsibility is remote; these are indeed serious „obstructions", little likely to be submitted to in the present state of the world without a formidable effort to prevent them. Such pretensions necessarily lead to the establishment of a police upon the great highway of nation, to the transfer of jurisdiction over its own vessels from the country to which it belongs to other powers, who may exercise it for their own purposes. Far better would it be to encourage the freest system of commercial intercourse, both in peace and war, than to encounter the calamities, which would be sure at this day to attend the attempt to revive claim to *obstruct* the trade of the world. This government is satisfied that no such design is meditated, and under the circumstances the United States feel justified in considering the freedom of neutral vessels from interruption, when carrying belligerent property, an established principle of intercommunication which ought to be respected as such by all commercial nations.

But there is another aspect under which this subject presents itself, and which confirms this government in the resolution it has formed and in the expectation that other powers will cordially concur in its views. By the declaration of the Paris conference, in its sitting of April 16, 1856, it was announced on behalf of all the states who might become parties to that act that „the neutral flag covers enemy's goods, with the exception of contraband of war."

This mutual agreement protects the property of each of those states, when engaged in hostilities, from capture on board a neutral vessel, by an enemy a party to the same act. It is not necessary that a neutral should have announced its adherence to this declaration in order to entitle its vessels to the immunity promised; because the privilege of being protected is guaranteed to belligerents, coparties to that memorable act, and protects their property from capture whenever it is found on board a vessel belonging to a nation not engaged in hostilities. Were it otherwise, a very grave question would arise for the consideration of the government of the United States. The carrying trade is a branch of employment to all neutral commercial powers. It is peculiarly so to this country from the enterprise of its citizens, and from the facility with which they devote themselves to the pursuits of navigation. While conceding the authority of belligerent nations to relax the rigid principles of war, so far as regards their own rights, and to exempt other powers from penalties which might be enforced, but for such concession, whether this is done for a consideration or without it, those neutral nations which are prevented from being parties to such an arrangement have a right to insist that it shall not necessarily work to their injury. This dictate of justice would be palpably violated in the case of the United States, should this protecting clause of the Paris conference not

enable their vessels, when neutral, to shield from capture the property of belligerents carried as freight. Such an immunity withheld from this country would, in fact, operate as a premium granted to other nations, and would be almost destructive of that important branch of our national industry, the carrying trade. It ought not to be expected that this country would quietly acquiesce in such an invidious distinction, and the expectation, if indulged, would be sure to be disappointed. The United States, indeed, declined to become a party to the Paris conference, though that circumstance does not affect the position they occupy. They did so for the most satisfactory reasons, because the propositions were not divisible, and because they were required to surrender a mode of maritime warfare peculiarly adapted to their condition and pursuits, and essential to their defense upon the ocean. It was not that the propositions went too far, but because they did not go far enough, that this country felt it to be its duty to withhold its concurrence from the acts of the conference. It concedes, however, that while claiming to participate as a neutral power in this exemption, it is bound when a belligerent power to respect the same principle, recognizing its general obligation. As far as reasonably practicable the evils of war should be confined to the parties engaged in it, and neutral nations have a right to demand that their interests should not be affected unless when brought into contact with hostile operations fairly adapted to promote the submission of an enemy. This just barrier against the passions of nations has found little practical favor in the progress of their dissentions, and the result has been the introduction of other causes of trouble, which it were wise to examine calmly, with a view to avert the serious consequences which may be anticipated if no such effort is made. The system of blockades and the doctrine and practice touching contraband of war have been fertile sources of these difficulties, not only in consequence of the vague and contradictory manner in which the subjects are considered, as well in judicial decisions as in received treaties, by elementary writers upon public law, but also in consequence of their peculiarly offensive character, and of the irritation they are sure to produce.

No. XIII. Vereinigte Staaten, 27. Juni 1856.

Almost infinite have been the questions to which these subjects, more especially those relating to contraband of war, have given rise, and human ingenuity has been exhausted in efforts to reconcile the unlimited seizure of neutral property and its appropriation to the purposes of the captors with established principles, loose as they too often are, which, while they recognize certain rights of belligerents, impose reasonable restrictions upon their exercise, in the expectation, vain it is too often found, of preventing their abuse. But the contest has been an unequal and a losing one between the power of confiscation and appropriation and the prohibition of the international code, appealing for its sanctions only to the consciences of nations.

The blockade of an enemy's coast, in order to prevent all intercourse with neutral powers, even for the most peaceful purpose, is a claim which gains no additional strength by an investigation into the foundation

No. XIII. Vereinigte Staaten, 27. Juni 1859.

on which it rests, and the evils which have accompanied its exercise call for an efficient remedy. The investment of a place by sea and land, with a view to its reduction, preventing it from receiving supplies of men and material necessary for its defense, is a legitimate mode of prosecuting hostilities which cannot be objected to so long as war is recognized as an arbiter of national disputes. But the blockade of a coast, or of commercial positions along it, without any regard to ulterior military operations, and with the real design of carrying on a war against trade, and, from its very nature, against the trade of peaceable and friendly powers, instead of a war against armed men, is a proceeding which it is difficult to reconcile with reason or with the opinions of modern times. To watch every creek and river and harbor upon an ocean frontier, in order to seize and confiscate every vessel, with its cargo, attempting to enter or go out without any direct effect upon the true objects of war, is a mode of conducting hostilities which would find few advocates, if not now first presented for consideration. Unfortunately, however, the right to do this has been long recognized by the law of nations, accompanied, indeed, with precautionary conditions, intended to prevent abuse, but which experience has shown to be lamentably inoperative. It is very desirable, therefore, that this constant source of irritation in time of war should be guarded against, and the power to interrupt all intercourse with extensive regions be limited and precisely defined, before, by a necessary reaction, its exercise is met by an armed resistance.

There can be no reasonable doubt but the original theory of blockades was in conformity with the views herein suggested; that is, they were considered as military means to reduce invested places, and upon this narrow foundation the immense superstructure which now overshadows the commercial intercourse of the world has been erected from time to time by belligerent powers for their own purposes. One of the most eminent jurisconsults of this country, both in character and position, Judge Marshall, when Secretary of State, in his instructions dated September 30, 1800, to Mr. King, then our Minister at London, lends his high authority to this view of the subject. „On principle," he said, „it might well be questioned whether this rule can be applied to a place not completely invested by land as well as by sea. If we examine the reasoning on which is founded the right to intercept and confiscate supplies designed for a blockaded town, it will be difficult to resist the conviction that its extension to towns invested by sea only is an unjustifiable encroachment on the rights of neutrals."

The elementary writers abound with expressions indicating a close connection between blockades and sieges. Vattel defines the right of a party blockading or besieging a place to treat as an enemy any one who attempts to enter such place or to carry anything to the besieged. And Lord Stowell, when speaking of a blockading force as a besieging force, borrowed language which had been thus previously used, and which left no doubt of its origin.

But Lord Stowell has borne yet more direct testimony to the correctness of these suggestions. In a case decided by him, he said a blockade

is „a sort of circumvallation by which all correspondence and communication is, as far as human force can effect it, effectually cut off," &c. No. XIII. Vereinigte Staaten, 27. Juni 1859.

It would be difficult for language to express with more precision the true character of blockades and the object to which they are properly applicable, the reduction of invested places.

The restriction of blockades to the proper purposes of war would remove at once from the field of controversy the vast variety of questions with which it is now encumbered, and which are sure to present themselves, peaceably or forcibly, as soon as a maritime war breaks out.

I have no disposition to undertake even their bare enumeration, for it would be a work of labor, beginning at the inquiry, when does a blockade rightfully commence, and ending with an equally important and sometimes difficult one, when does it terminate? And it would embrace all the intermediate questions which have been discussed with wonderful subtlety, and by whose aid and immense amount of property belonging to friendly merchants has been transferred from the peaceable owners to the armed captors. Such an enumeration, however, brief though it might be, would exhibit, in a striking point of view, the uncertainty which rests upon this subject, and how much the questions that arise depend, not upon well-established principles, but upon the discretion, the will, indeed, of the party interested in the extension of the system of confiscation. But the principal subject of controversy relates to the extent of the force by which a blockade must be maintained in order to be lawful. The received law of nations requires that the force shall be an adequate one, and the Paris conference fortified this requisition, or, in other words, gave in their adhesion to it, by incorporating it into their declaration. But experience has shown how inefficient is such an injunction to stay the aggressive spirit of belligerents, and the history of paper blockades constitutes a memorable and most instructive chapter in the annals of modern warfare. Whole countries have been declared in a state of blockade with as much apparent confidence in the justice of the measure as if their coasts could be hermetically closed by a single armed cruiser. If blockades were confined to places actually invested, this source of dispute would disappear, for it would be in the interest of the investing power to support its operations with a sufficient force in order to bring the enterprise to a speedy termination.

The doctrine of contraband of war has been another prolific subject of dispute and animosity in the progress of the hostilities which have latterly disturbed the tranquillity of the world. It is a rule touching the intercourse of nations which, even if divested of the uncertainty which surrounds it, and renders it a most dangerous instrument of mischief, would still be entitled to no favorable consideration. It should, therefore, be permitted to do as little injury as may be to the commerce of the world, and should be rigidly confined within the narrowest limits compatible with an honest belligerent policy, and, in the opinion of this government, those limits ought to be made to include only arms and munitions of war. As a means of annoyance, this international prohibition against carrying to a country

No. XIII. Vereinigte Staaten, 27. Juni 1859.

engaged in hostilities articles useful for military purposes is practically of little value to its enemy. It found its way into the code of nations when the means of supply were much more restricted than at present, and before the progress of improvement had placed it in the power of almost every nation to provide itself with whatever it may want, either for offensive or defensive operations. No state will ever be reduced because its enemy may have it in his power to seize and confiscate supplies under the name of contraband of war. Unfortunately, if the value of this restriction as a means of military annoyance has passed away, it is still valuable for a different purpose. Blockades and contraband, even when enforced in strict conformity with the law of nations, give to belligerent powers the control of a vast amount of property, enabling them to convert much of it to their own use. But such a guarded exercise of their privileges is a rare event at almost all times, and often the limitations provided by the international law are palpably disregarded; and at such periods there are few of the articles of commerce which belligerent powers do not interfere with, even to their seizure and condemnation, under one pretext or a another. By these means the whole trade of the world is placed in jeopardy, and an indisposition to relinquish this formidable power, which it may be anticipated will be needed hereafter, probably contributes far more to the tenacity with which it is held on to than the professed purposes to which it owed its introduction into the maritime code of nations. These circumstances indicating the dangers which, during war, beset all the nations not taking part in it, indicate also the necessity for their joint concurrence in any reasonable effort to preserve the just rights of the world.

The law of contraband is lamentably vague, and it is hardly possible that an extensive war should prevail upon the ocean for any considerable period without an attempt on the part of the belligerents to draw into the class of contraband articles of general consumption, which, in the opinion of neutral powers, are liable to no such association; and the day is rapidly coming, if it has not already come, when such encroachments will be prevented, at the expense, if necessary, of an armed opposition. The signs of the times are not to be misunderstood, and ought not to be disregarded. Independent of the want of adaptation of this interdict upon the commerce of the world to its avowed objects, owing to the improvement in the general power of production and supply, there are serious evils to which it is exposed, and which result from the entire neglect of precision, of reasonable caution, indeed, in the manner in which the subject is treated in the received expositions of the law of nations. There is no accepted enumeration of the articles coming within the prohibition. And to add to the dangers of collision, the principle by which they are to be tested is so losely defined, that it is practically of little use but to furnish a pretext, when one is wanting, to enable parties at war to enlarge the contraband list at their pleasure. Some of the later and approved writers upon the law of nations, as Hautefeuille and Ortolan, object to this power of extension *ad libitum*, and the former particularly confines the list to objects of first

necessity for war, and which are exclusively useful in its prosecution, and which can be directly employed for that purpose without undergoing any change — that is to say, to arms and munitions of war. In this absence of specific enumeration, and of a clear fixed principle, there is no method provided by which the disputes, inseparable from this state of things, may be amicably adjusted; and the evils are therefore so obvious, that able commentators upon national law have proposed that special treaties be formed between nations, whenever practicable, in order to regulate these embarrassing questions, and thus obviate, in some degree, dangers which in war must be always imminent. The United States have adopted this policy, and have omitted no favorable opportunity of carrying it into effect. They have entered into conventional arrangements with most of the other independent states of America, viz: with Brazil, Chile, Venezuela, Ecuador, New Granada, Guatemala, San Salvador, Peru, and Mexico, and with some of the principal commercial powers of Europe, for the better regulation of these difficult questions; and in all cases it has been their object to circumscribe as much as possible the catalogue of prohibited articles, and to provide, by specific enumeration, against the recurrence of abuses, which have given so much just cause of complaint. But these partial arrangements, though useful as far as they go, are yet a very inadequate remedy for the evil, because they establish no uniform rule, each treaty prescribing its own regulations, and because they apply only to the parties themselves, leaving their relations in this respect with other powers to be governed by the code which has proved iself so unworthy of confidence.

No. XIII. Vereinigte Staaten, 27. Juni 1859.

The dictum upon which this whole doctrine rests is, that a neutral nation ought not to supply a belligerent power with articles which may serve him in the direct prosecution of hostilities. If this prohibitory declaration had been confined to arms and munitions of war, there would have been little difficulty in the fair adjustment of the questions which might arise under it. But it presents no such tangible limit on the one hand, while on the other it is conceded that it does not embrace various articles, as clothing, and, I may add, provisions, which are as essential to the efficiency of the soldier as the arms he bears into battle. What, then, must be the effect of any article upon warlike operations to authorize its classification as contraband of war, is a question which has provoked as much angry discussion as any other with which modern nations have had to deal. Besides the difficulty arising out of the want of precision in the terms employed, and probably not less out of the absence of any generally fixed views, there is yet another which adds further to the embarrassment, and which requires the immediate consideration of the parties to the law of nations. This question of contraband is a shifting one, as Lord Erskine expressed it, embracing new articles from time to time as they become applicable to military purposes, when the law shifts to accommodate itself to these progressive improvements in the implements or means of destruction. But still the nature of such improvements, and the just title of the articles contributing towards them to take their places in the list contra-

No. XIII. Vereinigte Staaten, 27. Juni 1859.

band, is a subject of controversy, which is liable to be followed by the most serious consequences. The discussion which at this time is going on respecting the military character of coal, and whether it is now excluded from general commerce as contraband of war, is a striking illustration of the tendency to enlarge this power of prohibition and seizure, and of the necessity of watching its exercise with unabated vigilance. Here is an article, not exclusively nor even principally used in war, but which enters into general consumption in the arts of peace, to which indeed it is now vitally necessary. It has become also important in commercial navigation. It is a product of nature with which some regions are bountifully supplied, while others are destitute of it, and its transportation, instead of meeting with impediments, should be aided and encouraged. The attempt to enable belligerent nations to prevent all trade in this most valuable accessory to mechanical power has no just claim for support in the law of nations, and the United States avow their determination to oppose it so far as their vessels are concerned.

It adds to the complications arising out of the uncertainty in which this subject is involved, that there is no common tribunal empowered to decide between the independent parties when a belligerent nation, interested in the measure, undertakes to add a new article to the catalogue of contraband upon the assumption that it has changed its character from a peaceable to a warlike one, in consequence of a change in the objects to which it may be applied, either by a revolution in the mode of conducting war, or by improvements in the implements used in its prosecution. The pretension of a prerogative on the part of sovereigns, whether in peace or war, if, indeed, any such exist, to decide these questions, except so far as relates to their own rights, is utterly repudiated by the United States. They claim the right to decide for themselves what is the law of nations, and they yield the same privilege to other independent powers. If positions are assumed by other nations which affect injuriously the rights of this country, and which it believes are in contravention of the code of international law, its remedy is well defined, and depends upon itself. A just deference is due to those differences of opinion which may honestly arise in the vast variety of subjects involved in the intercouse of nations, and they should be considered in a spirit of reasonable forbearance; but that limit passed, duty and honor equally enjoin resistance.

I am, sir, respectfully, your obedient servant,

Lewis Cass.

The hon. John Y. Mason, Paris.

No. XIV.

GROSSBRITANNIEN. — Mr. Lindsay, M. P., an den Staatssecretair des Auswärtigen, den unbefriedigenden Zustand des Seekriegsrechts betreffend, mit der von Lord John Russell darauf ertheilten Antwort.

8, Austin Friars, London, October 14, 1859.

My Lord, — As a shipowner, deeply interested in the security of my capital invested in British merchant shipping, having the management of a large property belonging to connexions in various parts of the kingdom as well as abroad, and representing in Parliament an important maritime borough, I may be excused for addressing your Lordship upon a subject which I deem to be of the highest importance, as connected with the prosperity and safety of our mercantile marine, and which iuvolves, collaterally, many points of the most vital national interest, affecting the maritime power of the country. No. XIV. Grossbrit. 14. u. 19. Oct. 1859.

At this critical juncture of the affairs of Europe, the question of Imperial policy to which I am anxious to draw your Lordship's attention will, I am sure, receive at your hands all the consideration which its grave and complicated character demands.

Several of the largest and most opulent shipowners of Lancashire have recently addressed a private and unofficial communication to Viscount Palmerston, as the head of Her Majesty's Government, entreating his Lordship's earnest attention to the unsatisfactory position in which British shipping is placed by the Declaration respecting Maritime Law adopted by the European Powers assembled in Congress at Paris, April 16, 1856, which it may be presumed will hereafter govern the rights of neutrals in the event of an European war. Those gentlemen have pointed out at considerable length the serious inconvenience and pecuniary loss which result from the apprehensions incessantly entertained by their correspondents in distant parts of the world, especially in India and China, of any interruption of the peace of Europe. The practical effect of these apprehensions is that, in the selection of vessels for the transport of produce to European markets, neutral, and especially American, vessels receive a great preference, to the serious prejudice of the British shipowner. This preference given to American vessels, arises from the fact that, as the American Government has invariably adhered to a policy of non-intervention in European wars, the merchant ships of the United States, in the event of a rupture between the European Powers, would enjoy pre-eminently the rights and advantages of neutrals. They would absorb almost exclusively the carrying trade of the long voyage, whatever might be the port of destination; and they would pass with their cargoes unmolested through the armed cruizers of the European belligerents: it being always pre-supposed that the British and French must inevitably be the parties involved in any hostilities which might supervene.

No. XIV. Grossbrit. 14. u. 19. Oct. 1859.

Though I offer no opinion of my own on so delicate a subject, it is impossible to shut our eyes to the fact, which the shipowners of Liverpool and Manchester emphatically express, that a deep and abiding apprehension prevails both here and abroad that, in the present unsettled political state of Europe, a rupture between France and England, if not imminent, is a contingency which many prudent merchants consider probable in the course of historical events, and which they, therefore, will take precautions to provide against in such a manner as may best protect their interests. This apprehension of future hostilities has, in various instances, operated almost as prejudicially in depreciating the value of capital, aud especially of shipping property, as if a war had actually been declared. Hence, in the uncertainty of the practical effects of the newly proclaimed Maritime Law, as regards neutrals and privateering, the Americans, being removed by their geographical position, and isolated by the policy of their Government from the dangers which beset the States of Europe, are in a position to command a decided preference whenever the tranquillity of Europe is threatened or disturbed.

I need hardly remind your Lordship that the first great impulse given to American shipping at the early part of the present century was mainly owing to the war which raged between Great Britain and France, whereby the American merchant navy, sailing under the neutral flag of the United States, rose to very great maritime importance, and secured a very large portion of the carrying trade of the world.

The incalculable mercantile advantages reaped by the Americans while the war lasted, and the consequent augmentation of their marine power, contributed, I fear, to engender „that spirit which long, unhappily, actuated the Councils“ of the United States, the existence of which was so deeply lamented by the Prince Regent in his memorable declaration on Maritime Law dated 9th January, 1813, the principles of which, your Lordship will remember, were approved and maintained by addresses to the Crown, unanimously agreed to by both Houses of Parliament; and from the spirit thus evoked sprung „that marked partiality in palliating and assisting the aggressive tyranny of France evinced by the United States' Government; their systematic endeavours to inflame their people against the defensive measures of Great Britain; and their unworthy desertion of the cause of other neutral nations.“

Though nations are now wiser, and, I trust, more generous, yet the experience of former wars inculcates the necessity of adopting beforehand every prudent measure which human wisdom can dictate, with a view to avert those deplorable calamities and disputes which, I fear, cannot be avoided, if, whilst Great Britain is involved in an European war, any powerful neutral naval Power steps in and seizes that valuable portion of our commerce and navigation which, to a great extent, has been the origin and main stay of our maritime greatness.

It was, avowedly, with the praiseworthy intention of preventing, as far as possible, these disputes, and to establish an uniform doctrine on some

essential points of Maritime Law, that the Plenipotentiaries who signed the Treaty of Paris in 1856 issued the Declaration of the 16th April. I need not here refer to the maxims proclaimed by the Parties to the Confereuce, affecting the rights of the neutral flag on the ocean; but I shall confine myself exclusively to the first Article, namely: — „Privateering is, and remains, abolished.“ Your Lordship will remember that the Plenipotentiaries who signed the Declaration engaged to bring it to the knowledge of those States which had not taken part in the Congress at Paris, and to invite them to accede to it, „convinced, as they were, that the maxims they proclaimed would not but be received with gratitude by the whole world, and that the efforts of their Governments to obtain the general adoption thereof would be crowned with complete success.“

No. XIV. Grossbrit. 14. u. 19. Oct. 1859.

In this anticipation, disappointment has resulted in a quarter where the fullest concurrence might have been hoped for. The Government of the United States having been invited by the French Government, on the part of the Conference, to accede to the Declaration in its integrity, expressed themselves willing to agree to the propositions framed by the Plenipotentiaries assembled, including the cessation of privateering, provided that private property at sea should no longer be subject to capture.

Coupled with this important condition, the whole question assumed a new shape; and your Lordship will recollect that, in the summer of 1857, I had the honour to call very briefly the attention of the House of Commons to a correspondence which had transpired upon the point in question; and I moved for the production of necessary papers to elucidate the subject, with the ulterior view of making a substantive motion calculated to elicit the opinion of the House of Commons.

In the brief but very important discussion which ensued, Lord Palmerston, at that time the head of the Government, explained generally the nature of the correspondence referred to, which from its special character could not be laid upon the table.

His Lordship further communicated the very important fact that the counter-proposition of the United States' Government respecting the inviolability of private property at sea during war was made by President Pierce's Government, and „the matter was one which everybody would see was a subject which required the gravest and most deliberate consideration on the part of the British Government, as, whatever might be the opinion, at the first blush, one way or other, no one could fail to perceive on reflection, that the question was one deeply affecting all the great interests of the country — commercial, political and naval; and it was clear that no answer could be given to such a communication, without long and mature consideration.“

But in the meantime a change took place in the Government of the United States, and before any answer was sent by the British Government to America, the new President came into office, and an intimation was made that the American Government did not wish that any answer should be sent to the proposition of their predecessors, and that, in point of fact, they

No. XIV. Grossbrit. 14. u. 19. Oct. 1859.

wished to consider that communication as suspended, and the negotiation not going on.

It would seem, therefore, that the American Government, so far as the British public is yet informed, have receded from the position taken by their former Presidents and Diplomatic Agents on this great international question.

I need not refer to the proposition made by Mr. Rush in 1824. Your Lordship will be familiar with all that passed at that time; but in the Message to Congress in 1854—55, when discussing the suggestion made by Prussia to connect the abolition of privateering with the question of neutral rights, which it was proposed to regulate by Convention, President Pierce said: —

„The proposal to surrender the right to employ privateers is professedly founded on the principle that private property of unoffending non-combatants, though enemies, should be exempt from the ravages of war. But the proposed surrender goes little way in carrying out that principle, which equally requires that such private property should not be seized or molested by national ships of war. Should the leading Powers of Europe concur in proposing, as a rule of international law, to exempt private property upon the ocean from seizure by public armed cruizers, as well as by privateers, the United States will readily meet them upon that broad ground.“

Notwithstanding this deliberate and authoritative declaration of the late President Pierce, it appears from Lord Palmerston's statement that the present Government of the United States now recoil from any overture having for its object to abolish the practice of subjecting indiscriminately the private property of an enemy, found at sea or afloat in port, to capture and confiscation.

It would further appear that whilst the public sentiment of Europe, and especially that of the English Government, has undergone a favourable change since 1824 on the subject of privateering (the Great Powers of Europe having, in fact, agreed to abolish that practice), the United States' Government now hesitate to entertain any proposition for a total suppression of privateering, and do not appear prepared to enter into any Convention whereby they would be precluded from resorting to their merchant marine in case they should become belligerents.

In these circumstances, we are compelled to view the subject under the most unfavourable aspect as regards the co-operation of the United States in the work of maritime peace. This difficulty is present to the mind of every merchant and shipowner. It is aggravated by the conviction that, in the event of an European war, the trade and shipping of the country must be destroyed by the enormously increased charges of insurance incidental to ships sailing without, or even with, a convoy, if convoys could be provided consistently with other paramount exigencies of the State, and with the necessity of defending our shores and our Colonies. Our leading shipowners have, therefore, been compelled seriously to examine their position, and the time seems now to have arrived when proper steps should be taken by

Her Majesty's Government to consider the best course which ought to be adopted. We risk involving ourselves in as much embarrassment by abrogating the Declaration made at Paris, as by advancing one step further in a liberal policy. No. XIV. Grossbrit. 14. u. 19. Oct. 1859.

Accordingly, in concurrence with my Lancashire friends, whose views I have promised to bring under your Lordship's notice, I feel it incumbent upon me to press the question upon the consideration of Her Majesty's Government whether, in the event of war, it would not conduce to the greater security of our merchant shipping, and to the material advantage of the Empire and of the whole world, if some general agreement could be concerted with the other chief Powers of Europe, so as to secure the immunity of the vessels of the Contracting Parties sailing on the high seas, and of the property therein contained, from the ravages of an enemy during a period of hostilities.

Your Lordship will be well aware that this is no novel proposition. Many very celebrated jurists, both in Europe and the United States, have aimed at its accomplishment, and when endeavouring to fix the principles which should regulate the free navigation of the seas, have urged its expediency with the most forcible, if not conclusive, arguments. The object of a belligerent in a maritime war being avowedly to destroy the enemy's commerce and navigation, „the sources and sinews of his naval power," it has hitherto, I admit, been found impossible to refrain from this mode of warfare; or, in fact, to wage war peace-fashion. But when it is considered that Great Britain, however vast her maritime strength, is most vulnerable on this very point, as she has at all times a larger amount of merchant shipping, and a greater value of property afloat than any other nation, a very great inducement is held out to consider whether this vast property cannot be exempt from depredation by armed cruizers at sea, and protected by previous Treaty stipulations, or by general international law. When we reflect, moreover, that the mercantile marine of France is insignificant in comparison with the navy she possesses to protect it, and that even if both were swept from the seas it would not diminish her wealth in any appreciable degree, it gives force to the argument that England would be a gainer by any compact whereby her vast preponderating shipping property would be protected in the event of a rupture between the two countries.

The next point is to ascertain whether France and the other Continental States of Europe would be indisposed to enter into such a compact, This project was frequently entertained by Napoleon I. Without giving undue weight to any opinions he may have expressed at various periods of his career in favour of gigantic schemes of a philanthropic tendency, he has, nevertheless, left behind him a record of his views upon this subject, which is important, as it may not be without its influence in forming the judgment and in guiding the conduct of his successor now on the Imperial Throne of France.

Napoleon I, echoing the opinion of many eminent publicists, said, „In the operations of war carried on by land, the property, even territorial, which foreign

No. XIV. Grossbrit. 14. u. 19. Oct. 1859.

subjects possess is not subject to confiscation. At most it is only exposed to sequestration. The laws which regulate the conduct of a belligerent by land are, therefore, more in conformity with civilization and the welfare of private individuals; and it is much to be desired that a time may come when the same liberal ideas should be extended to maritime war, and when the naval forces of the two belligerent Powers should be able to engage in hostilities withouth giving rise to the confiscation of their mercantile marine, and without constituting mere sailors, or non-military passengers, prisoners of war. Commerce would then be carried on by sea between the two belligerents, as it is carried on by land in the midst of the battles of the contending parties."

I do not quote this passage as conclusive upon the subject. I am well aware that the inequality in the laws of war by land and by sea has been justified by alleging the usage of considering private property as booty when captured in cities taken by storm, aud by alleging the fact that contributions are levied upon territories occupied by a hostile army, in lieu of the general confiscation of the property belonging to the inhabitants.

I am also aware that, as the object of wars by land is conquest, or the acquisition of territory to be exchanged as an equivalent for other territory lost, the regard of the victor for those who are to be, or who have been, his subjects, naturally restrains him from the exercise of his extreme rights; whereas, the object of maritime wars is the destruction of the enemy's commerce and navigation, which can only be attained by the capture and confiscation of private property.

In the debate in the House of Commons to which I have adverted, this view of the case did not escape your Lordship's penetration, when you pronounced a qualified condemnation of the Declaration of Paris as at least "imprudent." Your Lordship seemed to be of opinion that, in the event of a future war, as produce and merchandize could be sent in neutral vessels in perfect safety throughout the world, there would be no reason for making peace. The enemy would not be distressed. Naval victories would have no practical peaceful termination. We might drive the enemy's vessels from the seas, but we should not thereby gain the end of all war — an honourable peace.

Your Lordship is better versed in the history of Europe than I can pretend to be: but, admitting the full cogency and profound wisdom of the sentiments here expressed, when I seek to apply these ideas practically, I find it recorded as an historical fact that, even after our great naval triumph at Trafalgar, when the combined fleets of France and Spain were destroyed, and the French flag had almost disappeared from the ocean, Napoleon carried on, for nine years, the most fierce, aggressive, and devastating wars, and pushed his conquests to the confines of every State in Europe.

It is almost to be feared that in the event of a war, in which a great and powerful maritime nation may be involved as a belligerent, the overwhelming necessity of self-preservation might prompt such an independent

Power to disregard any simple declaration of maritime law such as that recently promulgated; and it yet remains to be seen whether the chief States of the Christian world would, by force of arms, interpose in order to keep inviolate a law which sought to etablish a mere abstract idea. No. XIV. Grossbrit. 14. u. 19. Oct. 1859.

Viewing the whole subject in its immediate and remote consequences, it may be generally conceded that the international maritime law now proclaimed by certain Powers, as it affects neutral rights, is altogether in a state of transition; and to secure, therefore, the establishment of juster principles upon a fixed and more settled basis, I cannot but consider the present moment exceedingly opportune for Her Majesty's Government to take the entire question into their serious consideration, with a view to its solution in a manner which may be the most conducive to the interests of the merchants and shipowners of the kingdom, consistently with the paramount considerations of State policy which affect the independence and security of the Empire.

In the deliberations which may take place upon the subject, the effect of the repeal of the Navigation Laws cannot escape the attention of Her Majesty's Government.

No one would lament more deeply than myself any retrogressive policy in that respect. My Liverpool friends point out, however, the serious effects which must result to our merchant-shipping in the event of war, by the competition of neutrals in the Colonial carrying trade, as well as in the important foreign trade with China, Manilla, Turkey, &c. I am aware that many very earnest free-traders were only restrained from giving their unequivocal approval of the total and unconditional repeal of the Navigation Laws by the apprehension, of which they could not divest themselves, that, in any future wars in which England might be involved, many sinister effects might ensue. For my own part, I have the fullest confidence in the patriotism and loyalty of our widely-scattered Colonial possessions, and of their attachment to the mother-country, under any circumstances which may be produced by a state of hostilities at sea. Nevertheless it would doubtless be the duty of Her Majesty's Government to weigh all the contingencies which could affect our Colonial relations in the event of war, and to determine upon such measures as, in their opinion, might be deemed expedient.

I fear I have trespassed too long upon your Lordship's attention; but the multifarious character of the subject scarcely admits of my compressing my remarks into smaller compass.

In conclusion, I beg leave, with the utmost deference, to submit to your Lordship whether the suggestion thrown out by the Lancashire gentlemen in their Memorial to Lord Palmerston is not worthy of the serious consideration of the Queen's Government; and whether some steps cannot be devised by which Great Britain, without appearing to take the initiative, may succeed in securing the consent of the Governments of the various States of Europe to some compact, either in the form of a Convention or otherwise, by means of a new Declaration of Maritime Law proclamed at any future Congress of the assembled Powers of Europe, whereby, without awakening

No. XIV. Grossbrit. 14. u. 19. Oct. 1859.

the envy and jealousy of commercial rivals, or exciting any suspicion of interested motives, the immunity of merchant-ships and their cargoes may be protected from the depredations of both privateers and armed national cruizers.

It is well remarked by the gentlemen in question, that the concurrence of the United States in such an arrangement would be quite unimportant; because, if a general alliance of the Great European Powers should establish the authority of a new Code of Maritime Law, in furtherance of the liberal principles already partially approved by the Declaration of Paris, the Americans would thereafter cease to derive undue advantages, as neutrals, from European wars; and the anticipation of hostilities amongst the crowned heads of Europe would no longer prove a source of profitable speculation to their shipowners.

I need not add the assurance that my friends at Liverpool and Manchester, and, I believe, the shipowners generally of the United Kingdom, would gladly co-operate in the adoption of any measures which your Lordship might point out as judicious and expedient, and which might contribute to secure the object which they have in view.

I have, &c.

W. J. Lindsay.

The Right Hon. Lord John Russell.

Antwort.

Foreign Office, October 19, 1859.

Sir, — I am directed by Lord John Russell to acknowledge the receipt of your letter of the 14th instant, representing the expediency of an agreement being come to among the maritime Powers for the exemption from capture of private property on the high seas; and I am to acquaint you that the observations contained in your letter will be duly considered by Her Majesty's Government, but the proposal appears liable to grave objections.

I am, &c.

E. Hammond.

W. J. Lindsay, Esq., M. P.

No. XV.

HANSESTAEDTE. — Denkschrift des Minister-Residenten Dr. Geffcken zu Berlin über die erforderliche Weiterbildung des Seerechts in Kriegszeiten, dem königl. Preussischen Minister des Auswärtigen, Freiherrn von Schleinitz, vertraulich mitgetheilt am 15. Novbr. 1859.*)

Les Congrès, qui se sont succédés à des intervalles plus ou moins considérables depuis la paix de Westphalie ont marqué et fixé les progrès du droit international, progrès dûs au changement des circonstances, à l'opinion publique mieux éclairée et à l'initiative des différents gouvernements. No. XV. Hansestädte, 15. Novbr. 1859.

Presque toujours la réunion de ces Congrès a été amenée par des questions politiques spéciales, que les puissances intéressées ont voulu resoudre d'un commun accord, mais presque toujours aussi à côté de ces questions d'un intérêt général appartenant au droit des gens ont été portées devant les mêmes plénipotentiaires, et leurs decisions ont été acceptées expressement ou tacitement, par les Etats non représentés. Telles sont p. exc. les décisions du plus célèbre Congrès de notre époque, celui de Vienne sur l'abolition de la traite des noirs, les principes de la navigation fluviale, le règlement sur le rang des agents diplomatiques, etc. Depuis 1815 aucune réunion Européenne n'a eu plus d'importance que le Congrès de Paris, non seulement parceque de graves affaires politiques y ont été decidées, mais aussi parcequ'une des questions internationales les plus contestées y a fait un grand pas vers la solution définitive.

Par la déclaration du 16. Avril 1856 les Plénipotentiaires réunis en conférence pour mettre fin aux contestations regrettables dont le droit maritime en temps de guerre a été l'objet, arrêtent:

(Suivent les articles.)

Le protocole de la séance déclare ces 4 points indivisibles et oblige les puissances signataires à ne pas entrer à l'avenir, sur l'application de droit maritime en temps de guerre en aucun arrangement qui ne repose, à la fois, sur les quatre principes objet de la dite déclaration.

A l'exception des Etats Unis d'Amérique tous les Etats maritimes ont adhéré à ces principes. Dans une Dépêche du 28. Juillet 1856, adressée par le Sécretaire d'Etat aux Ministres de France, de Prusse, d'Autriche et de Sardaigne à Washington, Mr. Marcy déclare tout en approuvant hautement les principes 2 et 3, toujours défendus par le Gouvernement Américain contre les prétentions Britanniques, que le Président ne saurait adhérer à l'article 1 dans sa rédaction actuelle.

*) Est ist daran zu erinnern, dass in dieser Zeit ein europäischer Congress zur Ordnung der italienischen Frage in Aussicht stand.

No. XV, Hansestädte, 15. Novbr. 1859.

Il expose, que tant que la propriété privée sur mer est encore l'objet de saisie ennemie, — renoncer à la course serait pour tous les Etats qui nont pas une marine militaire de premier ordre se soumettre à ceux qui en ont une. Les Etats Unis considèrent les grandes armées et les grandes marines comme nuisibles au bien-être de la nation; quand ils ont été forcés de soutenir leur droits par les armes contre des adversaires puissants; ils ont eu recours aux volontaires et aux lettres de marque.

Si la course était abolie la domination de la mer serait abandonnée aux puissances qui sont à même de soutenir une grande marine militaire, si les Etats Unis acceptaient ce principe leur marine commerciale serait presque sans défense dans une guerre avec la France ou avec l'Angleterre.

Mais, poursuit Mr. Marcy, le Gouvernement Américain est tout disposé à concourir à alléger les maux de la guerre et loin de se renfermer dans les articles de la déclaration de Paris, il propose d'adopter une base beaucoup plus large, qui réellement mettrait fin à toutes les contestations, en déclarant libre toute propriété privée sur mer; on agrandirai donc la portée de l'article par l'amendement suivant:

„La course est abolie — et la propriété privée des sujets ou citoyens de chacune des parties belligérantes sur la haute mer sera exempte de toute saisie par les bâtiments publics armés de l'autre partie belligérante."

Dans cette nouvelle rédaction le Gouvernement du Président est prêt à adopter l'art. 1 avec les trois autres.

Nous n'avons pas à rechercher, si les Etats Unis ont bien fait de décliner l'adhésion à l'abolition de la course; il s'agit de savoir si l'adoption de leur amendement ne serait pas infiniment avantageux surtout pour les nations qui ont de grands intérêts commerciaux, sans être à-même de les protéger par une puissante marine, et nous croyons que la réponse doit être affirmative. Dans ce cas se trouve avant tous l'Allemagne, notamment la Prusse et les Villes Anséatiques dont les bâtiments nombreux seraient sans défense dans une guerre avec une puissance maritime. Il importe donc de faire les démarches nécessaires pour assurer un succès général à une réforme si salutaire, et le Congrès prochain en offre l'occasion.

Dans son message de 1856 le Président déclare que la Russie a pleinement et expressément approuvé le principe le l'amendement proposé et promis en même temps son appui pour obtenir l'assentiment des autres puissances. Les Gouvernements de Prusse et d'Autriche se sont de même prononcés dans un sens favorable; enfin la France a exprimé des sentiments analogues. Mr. Mason durant la négociation entamée par lui comme Ministre des Etats Unis à Paris pour obtenir l'adoption de cette base, écrivait sous la date du 3. Novbr. 1856 à Washington „la France regarde avec faveur l'amendement et promet une note a l'appui. Je regarde l'affaire comme faite."

Seulement la France, comme les autres puissances signataires de la paix de Paris, ne pouvait accepter la proposition Américaine que par un accord nouveau, le protocole du 16. Avril ayant déclaré les quatre articles

indivisibles et base de tout arrangement ultérieur. Il fallait dont porter l'amendement devant les plénipotentiaires réunis des puissances signataires; mais l'Autriche craignant de multiplier les questions et de donner un prétexte pour revenir sur la situation de l'Italie, exigea que les Conférences de 1857 et de 1858 se bornassent strictement aux objets qui avaient motivé les nouvelles convocations, à savoir le règlement de la frontière de Bessarabie et l'acte sur la navigation du Danube. C'est là ce qui a empèché l'examen, on peut dire le succès, de la proposition Américaine; mais peut-être l'ajournement a-t-il été favorable à la solution définitive. La seule puissance dont l'assentiment paraissait douteux était l'Angleterre. Mr. Cobden, il est vrai, s'est prononcé pour l'amandement de Mr. Marcy, le Times, cet avocat si jaloux des préjugés Britanniques, le déclara digne de la plus haute attention, mais Lord John Russel s'y est montré hostile dans la Chambre des Communs (9. Mars 1857.)

„Suivre cette voie, dit-il, ce serait augmenter les chances de la guerre, car un des motifs qui engagera les puissances étrangères à ne pas faire la guerre contre l'Angleterre et quelles prévoient comme une conséquence inévitable, c'est que, en cas d'hostilités, tout le commerce sur mer leur serait enlevé. Si, au contraire, ces puissances étaient sûres que leurs navires pussent continuer à traverser les océans sans péril, le motif qui les fait aujourd'hui rester en paix, serait enlevé."

Le noble Lord prend pour base de ses arguments la thèse de la toute-puissance maritime Britannique; — or cette thèse est rudement ébranlée dans ces derniers temps; les Anglais eux-mêmes, quoiqu'il en coûte à leur orgueil, n'y croient plus. Dans les conditions du droit international actuel le commerce anglais serait gravement compromis le jour où une coalition possible entre des puissances maritimes pourrait opposer à ses flottes des flottes supérieures et même égales; — or malgré les efforts du Gouvernement il est incontestable que les flottes Russe et Française réunies son beaucoup plus nombreuses que celle de l'Angleterre; si une troisième puissance comme les Etats Unis ou l'Espagne se joignait à ces deux, la comparaison serait encore moins favorable. D'autant plus que tous ces Etats ont peu de colonies, pendant que la marine de l'Angleterre est éparpillée pour maintenir dans la soumission son immense empire colonial. La propriété privée anglaise sur mer est évaluée de 80 à 100 millions de livres sterling; la moyenne des produits de l'industrie manufacturière exportés à l'étranger depasse la somme de 125 millions, sans compter une masse de marchandises étrangères pour lesquelles l'Angleterre remplit le rôle d'intermédiaire. Elle tire de plus d'au-de là des mers pour alimenter ses populations des cargaisons immenses de blé, de viande sur pied ou salée, des millions de quintaux de sucre, de thé et de café indispensables au bien-être de ses sujets. Une telle nation doit bien ou être la maîtresse des mers comme dans les guerres Napoléoniennes, ou bien desirer dans son propre intérêt l'immunité du commerce maritimes.

Une autre considération encore doit amener l'Angleterre à consentir à l'amendement Américain. Depuis que les chemins de fer existent la guerre

No. XV. Hansestädte, 15. Novbr. 1859.

maritime contre la propriété privée ennemie se trouve eludée; ainsi si on persistait dans les principes actuels on n'atteindrait pas le but proposé, sans diminuer pourtant les maux de la guerre. On peut embarquer les produits d'un pays belligérant dans un port neutre à plus de frais certainement, mais dans un plus court délai qu'il ne leur faudrait pour arriver par voie maritime; les chemins de fer qui ont élevé le commerce de terre au niveau de celui de mer, peuvent suppléer aux voies maritimes. — Seule l'Angleterre ne pourra profiter de cette circonstance en cas de guerre, puisque, par sa situation insulaire toutes les communications avec l'étranger sont maritimes. Ce grave inconvénient doit agir sur elle comme un puissant motif pour l'adoption de l'amendement américain.

Une dernière raison parle pour cette proposition. Jusqu'à présent c'étaient toujours les neutres qui se plaignaient et qui cependant étaient l'objet de l'envie des belligérants auxquels était interdit un commerce licite pour leurs rivaux commerciaux; de cette manière les neutres ont contribué à amener une resistance de la part de belligérants puisque le Commerce des neutres tirait profit de la guerre, pendant qu'eux en supportaient les charges. La proposition Américaine tranche cette difficulté avec toutes les autres; dorénavant il n'y aurait plus de différence; les pays en guerre étant libres de continuer leur trafic sous les mêmes conditions que les neutres et tous étant assujettis aux mêmes stipulations concernant les blocus effectifs et le transport des articles de contrebande de guerre (articles qu'il conviendrait de définir autant que possible) ou de dépêches ennemies. Ce n'est que la violation de ces prescriptions qui donnerait le droit de saisir le bâtiment, et le droit de visite se bornerait à constater que les bâtiments n'ont à bord ni contrebande de guerre, ni dépêches ennemies ni ennemis cachés.

De cette manière la propriété privée serait mise sur le même pied en pleine mer que sur terre ferme; ainsi disparaitrait l'anomalie qui consiste à s'emparer comme de bonne prise des marchandises trouvées à bord d'un navire tandis qu'on repute inviolables les mêmes marchandises du même propriétaire dans une maison en pays ennemi; par l'adoption générale de ce principe un progrès véritable du droit international serait donc consacré par le commun accord des puissances.

No. XVI.

BREMEN. — Beschlüsse einer am 2. Dezember 1859 Statt gehabten Versammlung angesehener Kaufleute zur Besprechung der internationalen Seerechtsverhältnisse in Kriegszeiten.

No. XVI. Bremen, 2. Decbr. 1859.

In Erwägung, dass die Unverletzlichkeit der Person und des Eigenthums die einzige Grundlage bildet, auf welcher der geistige und materielle Austausch der Völker sicher gedeihen, auf welcher Gesittung und Wohlstand sich frei entwickeln und ungefährdet in die entlegensten Gebiete

der Erde dringen können, dass desshalb von allen Nationen, die eine Ehre darin setzen, als Vorkämpfer der Civilisation zu gelten, dieser Grundsatz auch im Kriege heilig gehalten werden sollte; No. XVI. Bremen, 2. Decbr. 1859.

In Erwägung, dass demzuwider völkerrechtlich im Seekriege noch gestattet wird, was am Lande längst als rohe Gewalt gebrandmarkt ist, in friedlicher Ausübung ihres Berufs begriffene Privatpersonen ihrer Freiheit und ihres Eigenthums zu berauben, Handelsfahrzeuge nebst ihrer Ladung wegzunehmen und zu zerstören, ihre Mannschaft gefangen zu halten;

In fernerer Erwägung, dass das Unrecht dieses Verfahrens bereits allseitig in das Bewusstsein getreten, dass die von fast sämmtlichen Staaten anerkannte Declaration des Pariser Congresses vom 16. April 1856 einer richtigen Anschauung Bahn zu brechen begonnen hat, dass sie nicht bloss die Interessen der Angehörigen neutraler Staaten, dass sie das Eigenthum selbst der Angehörigen kriegführender Staaten in dem Fall, wenn es sich an Bord neutraler Schiffe befindet, in Schutz nimmt, dass in Folge theils dieses Vorgangs, theils des offenkundigen Wunsches mancher Regierungen, z. B. der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, nach vollständiger Beseitigung des eingewurzelten Unrechts, die allseitige Anerkennung des Anspruchs von Handel und Schifffahrt treibenden Privatleuten auf Sicherheit für sich und ihr Eigenthum, soweit sie den Bedingungen des Krieges nicht entgegen handeln, wesentlich erleichtert ist;

In Erwägung sodann, dass dem gegenwärtig wieder zusammentretenden Congresse der Europäischen Grossmächte die Aufgabe nahe liegt, das begonnene Werk seines Vorgängers zu vollenden und sich durch völlige Verbannung der Willkür roherer Zeiten aus den Normen des Seerechts ein segensreiches und ewiges Andenken in den Annalen der Civilisation zu stiften;

In Erwägung endlich, dass zu dem Zwek alle, welche das eigene Interesse oder eine warme Theilnahme am Fortschritte des Rechts zunächst dazu antreibt, laut ihre Stimme erheben und der eigenen Regierung wie dem versammelten Rathe der Nationen das einstimmige Urtheil der gebilde ten Welt verkünden sollten;

beschliesst die Versammlung;

1) Die Unverletzlichkeit der Person und des Eigenthums in Kriegszeiten zur See, unter Ausdehnung auf die Angehörigen kriegführender Staaten, so weit die Zwecke des Kriegs sie nicht nothwendig beschränken, ist eine unabweisliche Forderung des Rechtsbewusstseins unserer Zeit;
2) Ein Hoher Senat der freien Hansestadt Bremen ist angelegentlich zu ersuchen, diesen Grundsatz vertreten und seine Durchführung, sei es bei den verbündeten deutschen Regierungen, sei es bei den Mächten des Congresses, in Anregung bringen zu wollen;
3) Der gleichzeitige Ausspruch und die gleichstimmige Einwirkung auf ihre Regierung von Seiten Aller, welchen die Durchführung jenes Grundsatzes im eigenen, wie im Interesse des Rechts und der Civilisation am Herzen liegt, ist möglichst zu erstreben;

No. XVI. Bremen, 2. Decbr. 1859.

4) Zur Ausführung dieser Beschlüsse wird ein Comité *) niedergesetzt, welches namentlich die Mittheilung derselben an Einen Hohen Senat, an die Handelskammer, an die hier residirenden Consuln anderer Staaten, und in ausgedehntem Masse an solche Kreise und Personen Deutschlands und des Auslandes, die an der Wohlfahrt des Seeverkehrs eng betheiligt sind, mit der Aufforderung übernehmen wird, im gleichen Sinne thätig sein zu wollen.

(Englische Uebersetzung.)

Considering that the inviolability of person and property forms the sole basis on which the material and intellectual intercourse of nations can safely prosper, on which civilization and wealth can be freely developed and penetrate unendangered into the remotest territories of the earth; that this principle therefore ought even in war to be held sacred by all nations whose ambition it is, to be regarded as the champions of civilization;

Considering that, in contravention of this principle, what has long since been stigmatized as barbarous violence on land, to rob of their liberty and property private individuals peacefully pursuing their avocations, to seize and destroy merchant ships with their cargo, to detain their crews as prisoners, international law in naval warfare still permits;

Considering further that a consciousness of the injustice of this procedure is already felt on all sides; fhat the „Declaration" of the Congress at Paris of the 16th April 1856, which has been acceded to by almost all States, has **begun** to pave the way for **just** views of the subject; that it protects not only the interest of neutrals, but also the property of subjects

---

*) Das Comité wurde gebildet aus den Herren: Alex. Fritze — B. Konitzky — H. H. Meier — Franz Teklenborg — E. Klugkist — Dr. H. von Lengerke (Verfasser der Brochüre „das internationale Seerecht in Kriegszeiten, Bremen 1860.") — Carl Melchers — C. H. Wätjen. — Die Beschlüsse, durch die Geschäftsverbindungen der Bremer Kaufleute rasch über die ganze Erde verbreitet, erregten aller Orten grosses Aufsehen und riefen zunächst in den hanseatischen Schwesterstädten, dann aber auch im übrigen Deutschland, in Skandinavien, Belgien, Holland, Frankreich, England und Amerika zustimmende Aeusserungen des Handelstandes hervor, von welchen nachstehend einzelne, wègen ihres Ursprungsortes besonders beachtenswerthe, mitgetheilt werden. Ungünstig war die Aufnahme bei den zur Zeit in der Regierung befinlichen Persönlichkeiten Englands und der Vereingten Staaten, wie aus den bei No. XXVII und No. XXIX angeführten Kundgebungen Lord Palmerstons und des Präsidenten Buchanan zu entnehmen ist, während Kaiser Napoleon beim Neujahrsempfang zu dem hanseatischen Minister-Residenten in Paris äusserte: „Bei Ihnen sind jetzt „„des questions philanthropiques"" an der Tagesordnung. Nun, ich hoffe, dass der Congress sich damit wird beschäftigen können." — Auch die Tagespresse nahm die angeregte Frage lebhaft auf und sprach sich meist in dem Sinne der Bremer Beschlüsse aus. Nur in England zeigte sich eine mehr oder weniger heftige Gegenströmung in den Times, Glóbe, Herald, Morning Post und andern Blättern, wogegen Daily News, Economist, Morning Star die Anerkennung des Grundsatzes der Unverletzlichkeit von Personen und Privateigenthum im Seekriege, als im Interesse Englands gelegen, befürworteten. Zur Kennzeichnung der entgegengesetzten Standpunkte ist unter No. XXIII ein Artikel aus den Times und unter No. XXIV ein Artikel aus dem Economist wiedergegeben. —

and citizens of belligerent States if on board of neutral ships; that, partly in consequence of this „Declaration", partly from the avowed wish of many governments, for instance that of the United States of America, to see the long-established injustice completely abolished, the universal acknowledgment of the claims of private individuals engaged in commerce and navigation to security from themselves and their property, provided they do not act contrary to the conditions of war, is materially facilitatd;

No. XVI. Bremen, 2. Decbr. 1859.

Considering also that the Congress of the great Powers of Europe now again assembling will gladly embrace the opportunity to complete the work commenced by its predecessor, and, by entirely banishing from the rules of maritime law the arbitrariness of ruder ages, to found a noble and imperishable memorial in the annals of civilization;

Considering lastly that all, whom their own interest or zeal for the progress of justice impels to do so, ought loudly to raise their voice and proclaim to their own government and to the assembled Council of Nations the unanimous judgment of the civilized world;

The Meeting resolves:

1) That the inviolability of person and property in time of war on the high seas, extended also to the subjects and citizens of belligerent States, except as far as the operations of war necessarily restrict the same, is imperatively demanded by the sentiments of justice universally entertained at the present day.
2) That the High Senate of the Free Hanse Town of Bremen be most urgently requested to support this principle, and to recommend the carrying of it into effect to the consideration either of the confederate German governments or of the Powers assembled in Congress.
3) That strenuous endeavours should be made to procure the unanimous expression of opinion, and the unanimous exertion of influence with their government, on the part of all who in their own interest and for the sake of justice and civilisation desire to see the principle in question carried into effect.
4) That for the carrying out of these Resolutions a Committee be appointed, which will in particular undertake to bring the same to the knowledge of the High Senate, of the Chamber of Commerce, of the Consuls of other States resident here, and also of such circles and persons generally, in Germany and abroad, as are interested in the prosperity of maritime traffic, calling upon them for their active cooperation in the like spirit.

(Französische Uebersetzung.)

No. XVI. Bremen, 2. Decbr. 1859.

Considérant:

que l'inviolabilité de la personne et de la propriété forme la seule base capable de faire prospérer l'échange intellectuel et matériel des peuples, de permettre à la civilisation et au bien-être se développer librement, et de les faire pénétrer sans risque dans les contrées les plus reculées de la terre, que, par conséquent, ce principe devrait être maintenu, même en temps de guerre, par toutes les nations qui se font une gloire de passer pour les avant-coureurs de la civilisation,

qu'en contradiction avec ce principe, le droit des gens, dans l'acception qu'on lui donne encore, permet, dans la guerre maritime ce qui sur terre est depuis long-temps réprouvé comme violence brutale, savoir: de priver des particuliers, dans l'exercise paisible de leur emploi, de leur liberté et de leur propriété; de détruire des navires de commerce, de confisquer leur cargaison et de faire prisonnier leur équipage;

que l'injustice de ce procédé a été généralement reconnue, que la déclaration du congrès de Paris du 16. Avril 1856, approuvé de presque tous les états, a commencé à faire justement envisager cette question; que cette déclaration a pour effet de protéger non seulement les intérêts de sujets appartenant à des états neutres, mais même la propriété de sujets d'états belligérants, dans le cas où elle se trouve à bord de navires neutres;

que, soit par suite de cette déclaration, soit par suite du désir notoire de plusieurs gouvernements, des Etats-Unis par exemple, de voir complètement abolir cette injustice, il est devenu infiniment plus facile de réussir à faire généralement reconnaître que les commerçants et les armateurs ont droit à la sûreté de leur personne et de leur propriété, en tant qu'ils obervent les interdictions qu'amène la guerre;

que le Congrès des grandes puissances, s'assemblant actuellement, doit désirer de terminer l'oeuvre commencée par son prédécesseur, afin de se créer dans les annales de la civilisation un permanent souvenir, en abolissant complètement, dans les règles du droit naval, l'arbitraire de temps barbares;

que, dans ce but, tous ceux, qui sont ou poussés par leur propre intérêt, ou animés d'un vif intérêt pour tous les progrès du droit, doivent élever hautement leur voix pour manifester à leur gouvernement, ainsi qu'au conseil réuni des nations, le jugement unanime du monde civilisé,

en consequence. l'assemblée adopte:

1) Que l'inviolabilité de la personne et de la propriété en temps de guerre, aussi bien sur mer que sur terre, étant une exigence impérieuse des sentiments de justice de notre époque, cette inviolabilité doit être étendue aux sujets des états belligérants, en tant, qu'elle n'est pas limitée par les conséquences inévitables de la guerre elle même,

2) Que le Haut Sénat de la ville libre et anséatique de Brême soit instamment prié de tâcher de faire reconnaître ce principe, soit par les

gouvernements confédérés allemands, soit par les puissances réunies au Congrès, afin qu'il soit mis en vigueur. No. XVI. Bremen, 2. Decbr. 1859.

3) Qu'il faudra s'efforcer de faire agir par leur influence sur les gouvernements respectifs tous ceux qui désirent, soit dans leur propre intérêt, sois dans celui de la justice et de la civilisation, que ce principe soit mis à exécution.

4) Qu'un Comité soit nommé pour l'exécution de ces résolutions, qu'il soit chargé de les communiquer au Sénat, à la Chambre de Commerce, aux Consuls des états représentés en cette ville, et généralement à toutes les personnes de l'Allemagne et de l'Etranger, qui s'intéressent à la navigation, en les priant de vouloir bien agir dans le même sens.

No. XVII.

BREMEN. — Der Senat an das Comité für die Seerechtsverhältnisse. — Erwiederung auf die überreichten Beschlüsse. —

Auf die unter dem 3. d. M. übergebene Eingabe von Alexander Fritze und sieben mitunterzeichneten hiesigen Bürgern, als des in einer Versammlung hiesiger an der Wohlfahrt unserer Rhederei Betheiligter vom 2. d. M. gebildeten Comité, in welcher Eingabe, unter Mittheilung der in jener Versammlung in Bezug auf das Seerecht in Kriegszeiten gefassten Beschlüsse, der Senat um Förderung des Zweckes der Versammlung gebeten wird, No. XVII. Bremen, 9. Decbr. 1859.

ertheilt Derselbe hiemit gern die Zusicherung, dass Er, in Anerkennung der Uebereinstimmung dieses Zweckes mit der höheren und bleibenden Aufgabe des Bremischen Staats und den zu gleichem Zwecke Seinerseits bereits erfolgten Bestrebungen, sich die Förderung desselben auch ferner nach Kräften angelegen lassen sein werde.

Beschlossen Bremen in der Versammlung des Senats vom 9. Dec. 1859.

A. Heineken Dr.

No. XVIII.

HAMBURG. — Auszug aus dem Antrage der Commerz-Deputation vom 7. Decbr. 1859 an den Senat, das Seerecht in Kriegszeiten betreffend.

No. XVIII. Hamburg, 7. Decbr. 1859.

Als vor etwa sechs oder sieben Monaten die Eventualität eines deutschen Bundeskrieges mit Frankreich immer drohender hervortrat und zwar eines Krieges zunächst ohne die Bundesgenossenschaft der grossen Seemacht, welche in früheren Kriegen gegen Frankreich meistens gemeinschaftliche Sache mit Deutschland machte, da musste jeder beim deutschen Seehandel Betheiligte sich sagen, dass nach Ausbruch eines solchen Krieges, trotz der bekannten Pariser Declaration über Seerecht in Kriegszeiten, sein Eigenthum an Schiffen oder auf deutschen Schiffen verladen, der grössten Gefahr ausgesetzt sei, ja einem fast unvermeidbaren Ruin verfallen werde. Wenn auch keine französische Kaperbriefe mehr ausgegeben wären und das an Bord neutraler Schiffe verladene deutsche Eigenthum Sicherheit gegen Confiscation gehabt hätte, was würde dies Alles verschlagen haben gegen die Wegnahme jedes deutschen Schiffes, wo es immer von einem französischen Kreuzer betroffen wäre, gegen die Unmöglichkeit, nach wahrscheinlich gewordenem Kriegszustande deutsche Schiffe überall an einen Neutralen auch um den billigsten Preis zu verkaufen, und endlich gegen den Eintritt einer umfassenden und strengen Blokade. Wer von den Verhandlungen des Jahres 1856, welche sich an die gedachte Pariser Declaration geknüpft hatten, Kenntniss genommen hat, dem musste sich bei dieser Gelegenheit auf's Lebhafteste die Ansicht aufdrängen, dass es ganz anders um die Wahrung der internationalen commerziellen Interessen stehen würde, wenn die von den Vereinigten Staaten in Vorschlag gebrachten oder dort von der öffentlichen Meinung geforderten liberalen Erweiterungen der Grundsätze der Pariser Declaration schon zur allgemeinen Anerkennung gelangt und völkerrechtliche Praxis geworden wären.

Die vier Grundsätze, welche die mehrerwähnte Pariser Declaration proclamirt hat und welche gegenwärtig von sämmtlichen beim grossen Seehandel betheiligten Staaten ausdrücklich angenommen sind, mit Ausnahme von Spanien, Mexiko und den Vereinigten Staaten, bestimmen bekanntlich:

1) Die Kaperei ist und bleibt abgeschafft.
2) Die neutrale Flagge deckt die feindliche Waare mit Ausnahme der Kriegscontrebande.
3) Die neutrale Waare unter feindlicher Flagge, mit Ausnahme der Kriegscontrebande, darf nicht mit Beschlag belegt werden.
4) Blokaden müssen, um rechtsverbindlich zu sein, effectiv sein, d. h. durch eine bewaffnete Macht aufrecht erhalten werden, welche hinreicht, um die Annäherung an das feindliche Ufer wirksam zu hindern.

Diese Erklärung ist und wird rechtsverbindlich nur zwischen den Mächten, welche ihr beigetreten sind oder beitreten werden. No. XVIII. Hamburg, 7. Decbr. 1859.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika hat durch eine Note des Staatssecretairs Marcy vom 28. Juli 1856 erklärt, dass sie dieser Erklärung in ihrem ersten Punkte wegen der Kaperei nur unter der Bedingung beitreten werde, wenn gleichzeitig vereinbart werde, dass die Nehmung feindlichen Eigenthums zur See auch durch Staats-Kriegsschiffe künftig aufhören solle. So lange dieser Grundsatz nicht anerkannt werde, würden die Vereinigten Staaten niemals auf die Befugniss verzichten, Kaperbriefe auszugeben.

Von Seiten Russlands ist dem von den Vereinigten Staaten vorgeschlagenen Amendement zum ersten Grundsatze der Pariser Declaration alsbald in der entgegenkommendsten Weise zugestimmt worden (durch Note des russischen Gesandten in Washington vom 28. November 1856). Die französische Regierung gab zu verstehen, dass sie im Allgemeinen dem Vorschlage nicht abgeneigt sein würde. Grossbritannien verhielt sich schweigend, und dasselbe ist, so weit bekannt, leider auch abseiten der beiden deutschen Grossmächte geschehen, obschon gerade diese in Rücksicht des schutzlosen und dabei so ausgedehnten deutschen Seehandels noch eifriger als Russland, so zu sagen mit beiden Händen den wichtigen zeitgemässen amerikanischen Vorschlag hätten festhalten und denselben mit allem ihnen zu Gebote stehenden Nachdrucke hätten fördern sollen.

Allein den Amerikanern, als sie sich die Sache noch näher überlegt hatten, erschien ihr eben besprochener Vorschlag noch ungenügend. Sobald der neue Präsident Buchanan sein Amt angetreten und General Cass die Stelle des Staatssecretairs Marcy eingenommen hatte, ward den amerikanischen Diplomaten im Auslande die Ermächtigung, auf Grund jener Marcyschen Note weiter zu verhandeln, entzogen. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten sprach sich entschieden dahin aus, dass das Seerecht in Kriegszeiten, sowohl nach den Anforderungen der natürlichen Gerechtigkeit und Billigkeit als auch im evidenten Interesse aller Staaten, welche kostspielige Kriegsmarinen ersten Ranges zu unterhalten entweder nicht im Stande sind oder solches nicht wollen, dahin festgestellt werden müsse, dass nicht allein die Confiscation des Privateigenthums auf der See gänzlich aufhöre, sondern, dass ferner auch das Recht der Blokade sich auf befestigte Plätze und im Uebrigen auf eie Verhinderung der Zufuhr von eigentlicher Kriegscontrebande zu beschränken habe, wobei der Begriff Kriegscontrebande bestimmt zu präcisiren sei. Nur bei allgemeiner Anerkennung solcher umfassender Grundsätze des See-Völkerrechts könnten die Vereinigten Staaten daran denken, auf das Recht der Ausgabe von Kaperbriefen zu verzichten.

Die unermessliche Wichtigkeit der Durchführung dieser letzten in den Vereinigten Staaten angeregten völkerrechtlichen Grundsätze sowohl für die Civilisation im Ganzen, als auch für die maritimen Interessen Deutschlands insbesondere liegt eben so klar vor Augen, wie es andererseits nicht zweifelhaft sein kann, dass einzig und allein auf dieser Basis eine schliessliche Erledigung aller Differenzen des Seerechts in Kriegszeiten zu erzielen

No. XVIII. Hamburg, 7. Decbr. 1859.

ist. Wird dies aber anerkannt, so muss für die Zukunft bei allen Bestrebungen in der Sache dies Ziel beständig in's Auge gefasst werden. Man wird natürlich Seitens der zur See schwächeren Staaten mit Dank Alles annehmen, was über die vier Punkte der Pariser Declaration hinaus, zu Gunsten des Seehandels in Kriegszeiten völkerrechtliche Geltung erlangen wird, sei es auch jedes Mal nur ein geringer Fortschritt, allein man wird nie zugeben dürfen, dass eine befriedigende Abhülfe geboten werde, so lange nicht jene Grundsätze wegen Sicherheit des Privateigenthums zur See auch gegen Wegnahme durch Staats-Kriegsschiffe und wegen Beschränkung des Blokaderechts auf befestigte Plätze und eigentliche Kriegscontrebande zur allgemeinen Anerkennung und Anwendung gebracht sind. Diesem Endziele zunächst steht das sogenannte Marcy'sche Amendement, welches die Blokadefrage noch auf sich beruhen lässt und vor Allem die völlige Sicherheit des Privateigenthums zur See anerkannt wissen will, worin selbstverständlich dann alle drei ersten Grundsätze der Pariser Declaration aufgehen würden.

Sollte jedoch für jetzt auch diese in Vorschlag gebrachte Erweiterung der Pariser Declaration vom April 1856 noch nicht zu erreichen sein, so wäre solches gewiss sehr zu beklagen. Allein es müsste nicht abschrecken, dann doch wenigstens eine Feststellung solcher Verhältnisse, welche sich aufs Engste an die Grundsätze der Pariser Declaration anschliessen, und sich als viel leichter erreichbar darstellen, mit allem Eifer zu betreiben. Dahin gehören vor Allem:

1) Aufstellung gleichmässiger und bestimmter Regeln über die Anerkennung des neutralen Charakters der in das Eigenthum von Neutralen übergegangenen Schiffe, die früher den Unterthanen der kriegführenden Staaten gehört haben.
2) Aufstellung gleichmässiger und bestimmter Regeln über die Termine innerhalb derer nach Ausbruch eines Krieges die Schiffe der feindlichen Staaten noch unbehindert sollen ihre begonnenen Reisen fortsetzen und in ihre Heimath zurückkehren dürfen.
3) Herstellung des Begriffs der Kriegscontrebande und, wo möglich, Beschränkung desselben auf Waffen, Pferde, Munition, ostindischen und raffinirten Salpeter, Schwefel und Blei.
4) Anerkennung der Regel, dass ein Blokadebruch nur in dem Falle zu statuiren sei, wenn ein bereits durch einen Kreuzer der blokirenden Seemacht abgewiesenes Schiff, in dessen Papieren diese Abweisung ordnungsmässig notirt worden, dennoch sich dem blokirten Platze wieder zu nähern versucht. *)

---

*) In einer Versammlung der Hamburgischen Kaufmannschaft vom 29. Dezember 1859 wurden, nach Verlesung eines ausführlichen Berichts der Commerz-Deputation und eingehender Debatte, die Bremer Resolutionen gutgeheissen.

No. XIX.

LÜBECK. — Handelskammer an die Handelskammer zu Bremen. — Zustimmung zu den Bremer Resolutionen.

In Erwiederung des gefälligen Schreibens der Handelskammer zu Bremen vom 3. d. Mts. für die Uebermittlung der von einer zu Bremen gehaltenen Versammlung in Betreff der internationalen Seerechtsverhältnisse in Kriegszeiten gefassten Beschlüsse dankend, unterlässt die Handelskammer nicht mitzutheilen, dass sie ebenfalls von der grossen Wichtigkeit der Frage für das Gedeihen des Seehandels durchdrungen, wie nicht minder von der Richtigkeit des Gesichtspunktes überzeugt, von dem aus dieselbe in den gefassten Resolutionen behandelt worden ist, den Senat ersucht hat, den Grundsatz der Unverletzlichkeit der Person wie des Eigenthums in Kriegszeiten zur See vertreten und seine Durchführung, sei es bei den verbündeten deutschen Regierungen, sei es bei den Mächten des Congresses oder in sonst geeignet erscheinender Weise, in Anregung bringen zu wollen. No. XIX. Lübeck, 13. Decbr. 1859.

Lübeck, den 13. Dec. 1859.

Die Handelskammer.
H. Meeths, Präses.

No. XX.

PREUSSEN. — Handelstag für den Grundsatz der Unverletzlichkeit von Privatpersonen und Privateigenthum im Seekrieg. —

Einstimmig beschlossen:

Die Staatsregierung zu bitten, dieselbe möge durch diplomatische Verhandlungen, insbesondere dann, wenn ein Congress zusammentreten sollte, dahin wirken, dass die völkerrechtliche Anerkennung der Unverletzlichkeit der Person und des Privateigenthums auf der See in Zeiten des Krieges, unter Ausdehnung auf die Angehörigen der kriegführenden Staaten, soweit die Zwecke des Krieges dieselbe nicht nothwendig beschränken, festgestellt werde. No. XX. Preussen, 20. Februar 1860.

No. XXI.

Preussen. — Anträge im Abgeordneten- und Herrenhause für den Grundsatz der Unverletzlichkeit von Privatpersonen und Privateigenthum im Seekriege.

1. Antrag im Abgeordnetenhause von **von Rönne** und Genossen:

No. XXI. Preussen, 17. u. 24. Febr. 1860.

Das Haus der Abgeordneten wolle beschliessen:

die hohe Staats-Regierung zu ersuchen, dass dieselbe mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin wirken möge, den Grundsatz der Unverletzbarkeit der Person und des Privateigenthums zur See im Kriege die völkerrechtliche Anerkennung zu verschaffen.

Motive.

Im Gegensatz zu dem im Alterthum geltenden Grundsatze der vollständigen Rechtlosigkeit hat die in Folge der fortschreitenden Civilisation in der Regel stattfindende Unverletzbarkeit der Person und des Eigenthums der Unterthanen der kriegführenden Mächte im Landkriege längst die völkerrechtliche Anerkennung gefunden. Nur im Seekriege findet noch eine Ausnahme statt. Zwar bestimmt die zu Paris vereinbarte Declaration vom 16. April 1856:

1) Die Kaperei ist abgeschafft,
2) Die neutrale Flagge schützt die feindliche Waare, Kriegscontrebande ausgenommen,
3) Die neutrale Waare, Kriegscontrebande ausgenommen, kann unter feindlicher Flagge nicht mit Beschlag belegt werden,
4) Der Blockadezustand muss, um obligatorisch zu werden, wirklich vorhanden sein.

Aber so sehr die in dieser Declaration vereinbarten Grundsätze als ein Fortschritt zu begrüssen sind, so genügen sie doch den Interessen des Handels nicht. Nach Inhalt der Declaration ist das Privateigenthum zur See zwar gegen die Wegnahme durch feindliche Kaper gesichert, aber immer noch der Wegnahme durch feindliche Kriegsschiffe ausgesetzt. Darunter leiden am meisten die Länder, welche eine grosse Handelsmarine, und entweder gar keine oder nur eine verhältnissmässig unbedeutende Kriegsflotte besitzen. Für sie ist die Ausstellung von Kaperbriefen, wenn sie ihr Privateigenthum nicht schutzlos lassen wollen, eine Nothwendigkeit. Es war daher eine enorme Concession, welche die kleineren den grösseren, mit grossen Kriegsflotten versehenen Seemächten machten, als sie in der Declaration vom 16. April 1856 auf das Recht der Kaperei verzichteten. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, welche eine sehr grosse Handelsmarine und nur eine geringe Kriegsflotte besitzen, haben deshalb als Gegenconcession für den Verzicht auf die Kaperei die Anerkennung des Grundsatzes der Unverletzlichkeit des Privateigenthums zur See verlangt. In ähnlicher Lage ist

Deutschland, dessen Handelsmarine die dritte in der Welt ist, ohne den Schutz einer mächtigen Kriegsflotte zu geniessen. Preussen insbesondere hat als europäische Grossmacht ein grosses Interesse, den Grundsatz zur Anerkennung zu bringen, da es so als Continentalmacht seine ganze Kraft entfalten könnte und nicht Gefahr liefe, seinen Handel vernichtet zu sehen. Dass nichts Unpraktisches erstrebt wird, geht schon daraus hervor, dass bekanntlich alle übrigen Staaten, mit Ausnahme Grossbritanniens, sich schon bereit erklärt haben, mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika in dieser Angelegenheit gemeinschaftliche Sache zu machen, und auch in England sind die Ansichten sehr getheilt. Lord Palmerston soll sich zwar, wie die Zeitungen berichten, ganz neuerlich einer Anzahl Abgeordneter des Handelsstandes aus Liverpool, Bristol, Manchester, Leeds, Hull, Belfast und Glocester gegenüber, welche den Schutz des Privateigenthums zur See in Kriegszeiten befürworteten, nicht günstig ausgesprochen haben; aber im November 1856 hat er dem Handelsstande zu Liverpool erklärt, wie er hoffe, dass mit der Zeit die bei Feindseligkeiten zu Lande geltenden Grundsätze des Kriegsrechts auch zur See Anwendung finden würden, und in der That erheischt es das wohlverstandene Interesse Englands, die gewünschte Concession zu machen, da seine, wenngleich grosse Flotte, doch kaum gross genug ist, zugleich seine grosse Handelsmarine und seine ausgedehnten Kolonien genügend zu schützen. Preussen hat schon in seinem im Jahre 1785 mit den Vereinigten Staaten geschlossenen, von Friedrich dem Grossen und Franklin vereinbarten Handels- und Schifffahrtstraktat das Ideal des Seekriegsrechts angestrebt; die schöne Aufgabe der Preussischen Regierung ist es jetzt, dies Ideal dadurch zu verwirklichen, dass sie dem Eingangs gedachten Antrage Folge giebt.

Berlin, den 17. Februar 1860.

---

2. Antrag im Herrenhause, gestellt von dem Oberbürgermeister Groddeck von Danzig und Genossen:

Das Herrenhaus wolle beschliessen:

die Hohe Staatsregierung zu ersuchen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, dass dem Grundsatze der Unverletzlichkeit der Person und des Privateigenthums auch zur See im Kriege die völkerrechtliche Anerkennung verschafft werde.

Motive.

Die Unverletzlichkeit der Person und des Privateigenthums steht, mindestens dem Princip nach, für alle Landkriege völkerrechtlich fest. Die Ausdehnung dieses Grundsatzes auch auf den Seekrieg dagegen hat erst in jüngster Zeit und auch nur theilweise und in höchst mangelhafter Weise stattgefunden. Die von den Staaten Europas am 16. April 1856 zu Paris getroffene Uebereinkunft hebt die Kaperei auf und schützt die feindliche Waare im neutralen Schiffe, sowie die neutrale Waare im feindlichen Schiffe.

No. XXI. Preussen, 17. u. 24. Febr. 1860.

Es fehlt jedoch einerseits noch an dem Beitritte der Nordamerikanischen Freistaaten zu diesem Uebereinkommen und andererseits ist nur die Wegnahme des Privateigenthums zur See durch die feindlichen Kaper, nicht aber durch die feindlichen Kriegsschiffe beseitigt worden. Bereits haben die meisten Europäischen Seemächte sich für die Ausdehnung der bezüglich der Kaper adoptirten Grundsätze auch auf die Kriegsschiffe ausgesprochen, und auch die Nordamerikanischen Freistaaten haben erklärt: sich einem ganz allgemein die Unverletzlichkeit der Person und des Privateigenthums zur See sanctionirenden Uebereinkommen anschliessen zu wollen. Lediglich die in Grossbritannien gegenwärtig bestehende Staatsregierung hat dem Grundsatze widersprochen und dadurch bis jetzt dessen völkerrechtliche Feststellung gehindert. Die Grösse des Gewichtes, welches in der angeregten Frage für alle handeltreibenden Völker und vorzugsweise die keines ausreichenden militärischen Schutzes zur See sich erfreuenden Handelsmarinen liegt, bedarf keines Nachweises. Es ist das dringende Bedürfniss der Beseitigung dieses veralteten und mit den gegenwärtigen Zuständen nicht mehr vereinbaren Missbrauchs der Gewalt allgemein empfunden und in jüngster Zeit an allen Orten und von allen Vertretungen des Handelsstandes und der Städte nicht allein auf dem Continente, sondern auch in England, ausgesprochen worden. Es steht zu erwarten, dass auch die Staatsregierung Englands dem Gewichte der öffentlichen Meinung und den übereinstimmenden Anträgen aller andern Staaten nachgeben wird. Es erscheint daher als angemessen, dass auch die Landesvertretung Preussens ihre Uebereinstimmung mit dem von der Königl. Staatsregierung für richtig anerkannten und zur Ausführung empfohlenen Grundsatze manifestire.

Berlin, den 24. Februar 1860.

Ueber den im Abgeordnetenhause gestellten Antrag wurde von den vereinigten Commissionen für das Justizwesen und für Handel und Gewerbe am 9. Mai 1860 ein sehr gründlicher Bericht durch den Abgeordneten Strohn erstattet. Zu einer Beschlussfassung in pleno ist es in beiden Häusern nicht gekommen.

No. XXII.

HANNOVER. — Die Ständeversammlung an das Gesammtministerium für den Grundsatz der Unverletzlichkeit von Privatpersonen und Privateigenthum im Seekrieg.

No. XXII. Hannover, 10. Februar 1860.

Die lebhafte und energische Bewegung für die Unverletzlichkeit des Privateigenthums und der Personen zur See in Kriegszeiten, welche, von dem Bremer Handelsstande im December v. J. ausgegangen, alle bei der Frage

betheiligten Kreise nicht bloss Deutschlands, sondern auch auswärtiger Staaten in rascher Folge ergriffen hat, wird, bei der sehr wesentlichen Betheiligung auch unseres Landes an dieser Frage, ohne Zweifel auch die volle Anerkennung und Theilnahme der Königlichen Regierung gefunden haben. Der Anspruch auf Sicherheit und Schutz des Privateigenthums und der Privatpersonen zur See auch in Kriegszeiten, nach gleichen Grundsätzen, wie bereits beim Landkriege, ist eine so dringende und gebieterische Forderung der Gerechtigkeit wie der Humanität und Civilisation, und zugleich eine so wesentliche Grundbedingung für die Existenz und Blüthe alles Seehandelsverkehrs nicht nur, sondern auch der damit zusammenhängenden zahlreichen Erwerbsquellen des Binnenlandes, dass es in der That kaum zu begreifen ist, wie — im grellsten Widerspruch damit und mit den civilisatorischen Bestrebungen der Zeit — ein gerade entgegengesetztes Princip, das des privilegirten Seeraubs der Kriegsschiffe aus den Zeiten der rohen Gewalt sich bis dahin im Seekriegsrechte hat erhalten können. Es gilt, dies schreiende Unrecht, diesen Rest alter Barbarei ganz hinwegzuräumen; die Gerechtigkeit dieser Forderung ist bereits von fast allen Staaten mehr oder weniger anerkannt, durch die Declaration des Pariser Congresses vom 16. April 1856 ist bereits der richtigen Anschauung Bahn gebrochen, und daher mit gutem Grunde zu hoffen, dass wenn nur der Forderung an den massgebenden Stellen der entsprechende Nachdruck gegeben wird, auch der etwa noch sehr vereinzelt vorhandene Widerstand vor dem allgemeinen Verlangen der gesammten Handels- und Gewerbswelt zurücktreten werde. Wie wesentlich insbesondere das Königreich Hannover nach seiner ganzen Lage am offenen Meere und an der Mündung grosser Ströme bei Herstellung dieses Rechtsschutzes betheiligt ist, wie lähmend die jetzige Unsicherheit des schwimmenden Eigenthums auf den Handel und folgeweise auf die durch denselben bedingten Gewerbe zurückwirkt, wie schon die blosse Furcht vor einem Kriege Handel und Industrie lahm zu legen im Stande ist, bedarf keiner Ausführung, und ist überdem durch die unerfreulichen Erfahrungen der letzten Jahre genügend dargethan. Obwohl überzeugt, dass die königliche Regierung schon aus eigenem Antriebe sich dieser hochwichtigen Angelegenheit mit Eifer und Nachdruck an den geeigneten Stellen annehmen werde, so haben Stände doch durch den Antrag eines den Küstenprovinzen angehörenden Mitgliedes sich gern veranlasst gesehen, von ihrer vollen und warmen Sympathie für die endliche Verwirklichung einer so gerechten als segensreichen Bestrebung freudiges Zeugniss abzulegen und sich einmüthig in dem Beschlusse zu vereinigen: Königliche Regierung angelegentlichst zu ersuchen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin wirken zu wollen, dass in Kriegszeiten die Unverletzlichkeit des Privateigenthums und der Personen, wie bisher schon zu Lande, so auch künftig zur See, nach gleichmässigen völkerrechtlichen Grundsätzen Anerkennung und Geltung finde.

No. XXII. Hannover, 10. Februar 1860.

No. XXIII.

GROSSBRITANNIEN. — Aus einem Artikel der „Times“ vom 10. Decbr. 1859 über die Bremer Resolutionen.

No. XXIII. Grossbrit. 10. Decbr. 1859.

It is natural that the frogs should croak when the bulls show signs of restlessness. There has for some time past been a sensation throughout Europe, as though there were thunder in the air. The little creatures feel it as well as the great ones. It is not only the Austrian newspapers, and the French and English arsenals, and despatches from Russia, and mysterious interviews between great Monarchs, which mark the uneasy effects of general electrical influences, but all the little things of the earth are running for refuge and shouting for protection. In these days the more powerless and infinitesimal any created thing may be, the more stalwart is its tone and the more swaggering its gait. „Great fear,“ as the Secretary to Napoleon III. causticly and truly observed upon a late occasion, „is united with great confidence.“ The Three Tailors of Tooley-street and the Four Merchants or Merchant's Clerks of Liverpool can speak in no lower name than that of the people of England; and a few Burghers in a little Hanseatic town have just undertaken to promulgate, for the benefit of the world, a new Code of Maritime International Law. It is the traders of Bremen who have made the notable discovery that „to seize and destroy merchant ships with their cargoes, and to detain their crews as prisoners, is still permitted in time of war by international law.“ Moved by some occult impulse, these traders have met and passed resolutions, and have appealed to the European Congress to amend this international law, and to decree that in future the persons and property even of the subjects of belligerent nations shall be inviolable on the high seas.

Now, these Bremen resolutions, although they have strong points of ridicule about them as coming from such a place and from such persons, are not so inconsiderable a fact as many might suppose. What a Bremen trader thinks, other traders standing in much more immediate peril are very likely to think. The ruling thought which pervades the crowd is often uttered at last by the least esteemed of those who compose it. Even our own merchants might see in this mooted „inviolability“ an escape from the only drawback to the profitable character of a warlike policy. Even among our own multitudes there is a very large number of weakminded people who will echo with zeal those cries about civilisation which keener wits will for their own purposes readily suggest. A general bleat from this innocent flock might take something of the character of the expression of a public opinion, and there will not be wanting shrewd men in Congress to seize at once upon the thought how advantageous it would be to them to render any future war with England a matter to be scarcely dreaded. A considerable step in this direction was made at the Congress of Paris, when the European Powers

made their declaration against privateering. Many of those Powers would, doubtless, be glad enough to consumate this policy until ships of war might become useless, the sea open to the transport of great land armaments, and military force be freed from its only countercheck. Class interests will have their effect everywhere. We have seen how the vain hope of getting ten hours' wages for nine hours' work took the form of independence in the eyes of our poor journeymen builders; we see, also, how the delusive vision of protection to British shipping takes the form of patriotism and national glory in the eyes of British shipowners: are we quite certain that we shall not see a vain expectation of diminished insurances take the form of „advanced civilization" in the eyes of British as well as Bremen merchants? We see at once that the proposition of the Burgomasters is tinged with a little of that selfishness which is rather apt to show itself in these amphibious sons of traffic. Our objection is that it does not go far enough. Of course, we are all against pillage and in favour of property — but why restrict the prohibition to the high seas? Why be content with taking the commercial class out of the line of fire? Why not, while you are about it, make all war illegal by the law of nations? Why not make all invasions infamous and piratical? It would be quite as unpleasant to an Englishman in Kent or Surrey, or to a Prussian with his little vineyard upon the Rhinebank, to have soldiers quartered in his home and family, and devastating his henroosts and his cellars, as it can be to the most soberly calculating tradesman of Bremen to take his ledger and write off the Jungfrau as captured. It is quite as disagreeable to live in a town which is liable to spasmodic fits of bombardment as it is to pay war insurances, or to reckon up demurrage losses while waiting for convoy. Let us be indemnified against invasion as well as the Bremen ships against capture. They will tell us that this is impossible. Well, then, we only come back to the old truth that all war is very wrong. It is very wrong to scuttle a Bremen merchant's ship, or to carry his expected Frau into some unintended port, and there to despoil her of her rich produce, condemn her in an Admiralty Court, and sell her to the highest bidder. But it is equally bad to set 400,000 men cutting each others' throats, and to spend all our money and wit in the emulation as to who shall send furthest an explosive ball into a crowd of men....

No. XXIII. Grossbrit. 19. Decbr. 1859.

No. XXIV.

GROSSBRITANNIEN.— Aus einem Artikel des „Economist" vom 17. Decbr. 1859 über die Bremer Resolutionen.

Shipping and the Congress.

We print elsewhere the resolutions passed at Bremen on the subject of maritime warfare, and a letter respecting them from the members of the committee appointed to secure to them the attention of the forthcoming Con-

No. XXIV. Grossbrit. 17. Decbr. 1859.

No. XXIV. Grossbrit. 17. Decbr. 1859. gress at Paris if possible. We do so, because we think the subject of these remarkable propositions has not been fully discussed, and is not as yet understood so well as it is important that it should be.

The declarations on maritime warfare made at the time of the treaty of Paris, two years ago, have produced a result which was not contemplated by the Plenipotentiaries who agreed to them, and which is in itself remarkable. But one great maritime State has not assented to them, and that State has obtained almost all the benefit which has accrued from them.... In this state of suspense the negotiation apparently remains; but, in fact, the United States have gained a great advantage over all European nations. The effect of the declarations of Paris is to secure from capture the goods of the belligerents under a neutral flag, but not to protect them under their own flag; nominally to secure neutral goods on board a ship of one of the belligerents, but practically to postpone and impede their arrival at the port of destination by not protecting the ship itself. The advantage to neutral ships is evident; and America is sure to be neutral. Affairs in Europe are so complicated, and the interests here so ramified, that, when international relations are much disturbed, it is impossible to say which nation will be drawn into the conflict, and which will not. All are liable to be so. But America is beyond suspicion. She is far removed from the scene of contention, and is known never to interfere in it. Accordingly, when the late disturbances between France and Austria first became known, intelligent merchants wrote to their correspondents at Calcutta and other distant places: „Ship our goods by American vessels; do not ship them by English or French vessels.“ The declarations made at Paris, during a prolonged and diffused European disturbance, would, in effect, give a monopoly of the entire carrying trade of the world to the one great maritime State which has not as yet acceded to them.

It is, of course, no ground for altering our code of maritime usages that it gives an advantage to the Americans or to any other nation. That advantage may arise from the happy circumstances in which that nation is placed. In this case, America has a great natural advantage in being so remote from the troubles of Europe. But the fact that our present regulations give a very great advantage to a single nation is, without doubt, a sufficient reason for very carefully examining them, and seeing whether they are, or are not, based upon wise principles. What, then, are the facts?

Two speculative lines of argument may be, and often have been, used with respect to property at sea in time of war. In the first place, it is said that private property on land is protected in time of war, — that the contest on shore is mainly between army and army, and not between individual and individual, — that the progress of civilisation has tended to make it more so, — that the internal commerce of the seat of war on land is as little as possible interfered with, — that there is no difference, or no sufficient difference between war at sea and war by land, — and that good sense and humanity should induce us to extend to the former what has been found so advantageous in the latter. On the other hand, it may be said that it is the object of all war to compel the enemy to make a peace, — that, any hard-

ships which compel him to do so are in the end beneficial to the world, though they may be cruel for the moment, — that the commerce of the nation is a vulnerable point, — that by ruining her traders, and depriving her consumers of the commodities they are used to, a nation may be induced to make peace. — We should not wish to endeavonr to argue respecting these general views of the subject. They have long been discussed, and probably everything which can be said about them has been said. But what we wish to point out is, that the second of the declarations of Paris amounts in practice to a decision between them. It exempts from seizure the goods of a nation at war in neutral vessels. The commerce, therefore, of a nation at war, — the import of commodities into, and the export of commodities by her, may be carried on just as it used to be in time of peace, provided it is not carried on in her own ships. All the operations of the exporting and the importing merchant, — all the consumption of the belligerent country may, and, excepting in the case of blockaded towns, hereafter will, go on just as it was accustomed to do previous to the war. It is, therefore, now no longer possible to adopt the second of the well-known arguments to which we have alluded. Commerce is no longer a vulnerable point. We have agreed that all that is most important in trade should incur no danger in war. If a nation is to be induced by severities at sea to make a peace, it must be by injuring the whole body of its traders and stinting the wants of the mass of its people. But this we have no longer the means of doing. We have agreed that the profits of the general trader shall be what they used to be, and also the supply of the population. The only person really injured hereafter will be the shipowner of the belligerent country; his ship may be captured and may be confiscated; those merchants of his own country who have been so ill-advised as to send their goods by his ship will be injured likewise; but these are not evils which will induce any nation to make peace. Shipowners are a small class, and people will not care for their adversity. If the daily wants of the community are well supplied and the general profits of trade are good, no complaints will be heard.

No. XXVI. Grossbrit. 17. Decbr. 1860.

We have then arrived at this result, — our present maritime regulations are not reasonable; but unreasonable. All evil which is inflicted during war and which does not tend to produce peace, is pure harm. The confiscation of the ships of belligerent nations is of this nature, and should, therefore, no longer be permitted to exist.

The proposal which the merchants of Bremen have very properly suggested has this object in view. They wish that the expected Congress should consider if it be not possible to exempt from capture all private property at sea, whether it be ship or cargo. In the present state of the mercantile world, we can hardly conceive a proposition more worthy of our consideration. It is creditable to so small a State as Bremen that it should have sufficient courage to make so great a proposal, and sagacity enough to make one that is so good....

No. XXV.

GLOSSBRITANNIEN (Neu-Braunschweig). — Angesehene Kaufleute von St. Johns an den Staatssecretair des Auswärtigen, für Anerkennung des Grundsatzes der Unverletzlichkeit von Privatpersonen und Privateigenthum im Seekrieg.

No. XXV. Grossbrit. 2. Januar 1860.

The Memorial of the undersigned Bankers, Merchants, and others, Residents in St. John, New Brunswick, sheweth:

That your Memorialists beg to call your attention to the peculiar hardships to which all Commercial persons, who have property in any shape upon the ocean, are exposed in time of war, with a view to obtain a consideration, at the approaching Congress, of the question of the inviolability of private property at sea, in order that the International Law may be so modified, that the unoffending navigator, and the property in his charge, may not in the course of a legitimate voyage be subject to capture.

That the vast extension of Commerce, and its ramifications by a system of credits through all nations, during the last half century, has increased, in a corresponding degree, the extent of suffering which would be inflicted if the severities of former warfare were enforced among maritime nations, and no experience of past wars can enable any one to define the limits of the injuries that would be caused, or the parties upon whom these would fall.

The approaching Congress seems to your Memorialists to be a peculiarly fitting occasion for the consideration of this question; because the minds of people in Europe are now awakened to its importance, and to the injustice and barbarity of the international law in its present state; in evidence whereof your Memorialists beg to call your Lordship's attention to the proceedings of a large meeting of the citizens of Bremen, held on the 2nd ultimo, advocating such a change as they now seek to obtain, and particularly to the opinion of the present Emperor of the French as evinced by the Treaty of Zurich, whereby he surrendered to the Austrians the vessels that had been captured by the French cruisers during the late war, „in order," as expressed in the words of the Treaty of Peace, „to attenuate the evils of war".

Your Memorialists submit that the law, in its present state, is inhuman, impolitic, and utterly at variance not only with all practical Christianity, but likewise with the improved spirit of civilisation, and that it is, in fact, a relic of the piratical usages of the darkest and most cruel ages of the world.

Your Memorialists submit that Great Britain, from her naval superiority, is the fittest power to originate the consideration of the proposed alteration, and at the same time, from the enormous extent of her commerce, compared with that of any other European nation, she, beyond all others, would obtain the greatest benefits.

Your Memorialists submit that an alteration is imperatively called for, because the enforcement of the existing law by Great Britain against any hostile maritime nation would, on account of the great extension and the inumerable ramifications of commerce, be certain to involve her in war with nations otherwise amicable, on the sole ground of the manifest injustice of its operation. No. XXV. Grossbrit. 2. Januar 1860.

Your Memorialists therefore humbly pray that your Lordship will be pleased to take such steps as may seem, in your Lordships opinion, to be necessary to bring about such an alteration as they have indicated.

January 2nd, 1860.

(Signatures.)

The Right Hon. Lord John Russell.

No. XXVI.

GROSSBRITANNIEN. — Liverpooler Handelskammer an den Präsidenten des Handelsamtes, für Anerkennung des Grundsatzes der Unverletzlichkeit von Privatpersonen und Privateigenthum im Seekrieg.

Sir, — The evils which arise from the liability of private property on the high seas to capture and confiscation, in time of war, have recently attracted much attention in our own and other countries. The subject is one of very great importance to those interests which it is the especial duty of this Chamber to watch over and protect, and I am requested by the Council to lay their views upon it before you. No. XXVI. Grossbrit. 19. Januar 1860.

It will be in your recollection that, shortly after the outbreak of the recent war with Russia, the President of the United States took occasion to invite all maritime nations to consider the desirableness of declaring the inviolability, in time of war, of all neutral property belonging to belligerent flags; as well as of property belonging to belligerents conveyed in neutral vessels — stating at the same time that this was not a claim which had been made for the first time by neutrals, though it had never been fully admitted by belligerents. These two points were definitively agreed to at the close of the Russian war, by the representatives of the chief European Powers assembled at Paris in April, 1856, and were accompanied by two other resolutions defining the nature of efficient blockade, and abolishing privateering.

To these the Government of the United States was invited to accede, and the President expressed his willingness to do so, provided that the declaration could be so extended as to effect the object for which he presumed it was intended, viz., to secure the immunity of all private property on the ocean from capture. The Paris resolutions, by establishing the rights of neutrals, had virtually conferred full protection on merchandise afloat,

No. XXVI, Grossbrit. 19. Januar 1860. but, by some strange inconsistency, had withheld this protection from the ships engaged in its transport. It was to correct this anomaly that, the President of the United States proposed to add to the resolution abolishing privateering, a clause affirming „that the private property of subjects and citizens of a belligerent, on the high seas, should be exempt from seizure by the armed vessels of the other belligerent, except it be contraband.“ To this proposition he stated, in his message of December, 1856, that the Emperors of Russia and of the French had given their adhesion, and had also expressed their willingness to co-operate in obtaining the assent of other Powers.

More recently the citizens and commercial associations of the German and Swedish Ports, and the Chambers of Commerce at Marseilles and other French Ports, have agreed to resolutions claiming the immunity now enjoyed by private property on land, for the same description of property on the ocean.

From this simultaneous and widely-felt public sentiment, it appears to this Chamber that the time has now arrived when a proposition, so consonant with the more humane practice of modern warfare — so necessary a complement of what has been already done for the protection of private property, — and so vitally affectig the highest interests of civilized nations, should receive a permanent settlement, and be incorporated as a fundamental principle in International Law.

To such a proposal it would seem to be the interest, as well as the duty of England, to give her most strenuous support. As the greatest commercial and shipowning country in the world, it appears to us that she must suffer more than any other, by a custom which exposes property on the ocean to seizure.

It has been argued, indeed, that it would be wise in this country to submit to this loss, on the ground that her naval superiority will enable her to inflict still greater losses on any other Maritime Powers with whom she may be at war, notwithstanding the comparatively small value of their commerce and shipping.

It is easy to show that this opinion is utterly without foundation.

The only great Maritime Powers with whom we can be involved in war are France and America.

In a war with France, her whole mercantile marine would be compelled to lie idle in port, but her oversea commerce which, in 1858, amounted to £ 142,160,000 of exports and imports, instead of being annihilated as in former wars with this country, would, in virtue of the Declaration of Paris, be carried on in neutral bottoms. On the other hand, the commerce of England, which is double that of France, would enjoy the same immunity under neutral flags; but her mercantile tonnage, which is five times as great, would still be liable to capture. Our ocean steamers, our ships in the Colonial, East Indian, American, and other long voyage trades, would be thrown out of employment, for it would be impossible to seal up the steam cruizers of France in her ports; and the premium of insurance

on valuable goods in English bottoms would therefore be enormous. That part of our shipping which would thus at once be doomed to compulsory inactivity, would be greater in value than the whole tonnage of France, and the remainder, though it might be employed for a time under the protection of convoys in the transport of goods of little value, and on which the war premium would be comparatively trifling, would yet be subject to great disadvantage and would rapidly be displaced by neutrals. The ultimate result would be, if the war was of any duration, that our whole carrying trade would be conducted in neutral bottoms, manned by the very sailors who, if the proposed change in international law were adopted, would have continued to sail under the British flag. No. XXVI. Grossbrit., 19. Januar 1860.

It appears to this Chamber that such a result would be as disastrous in a political as in a commercial point of view.

In the event of a war with the United States of America, the ocean would swarm with steam cruisers and steam privateers, (for the United States have not abolished privateering,) and the premium of insurance on goods in belligerent bottoms would be so enormous that the commerce of both countries would be limited to that small portion of it which could be carried on in neutral vessels. The consequent distress, destitution, and disaffection, especially in the manufacturing districts of England, would be such as to appal the boldest advocate of the ancient but not time-honoured practice of taking, burning, and destroying merchant shipping on the high seas.

It would appear, then, that the liability of ships to capture would inflict greater injury on England than on any other maritime power in time of war; and, in time of peace, it places our shipping under serious disadvantages, on even the mere rumour of misunderstandings with other countries. During the recent war in Italy the premium against war risk alone on English ships and their cargoes from the East Indies was not less than two per cent.; in consequence, American shipping obtained decidedly higher freights, and it is well known in commercial circles that large credits were sent out accompanied by instructions to give a preference to American vessels in the shipment of the produce purchased under them.

Nor should it be overlooked that the position we have already taken on this question, renders it necessary that we should, as a matter of consistency, advance further. For if the merchandise of the enemy can be protected from seizure by placing it under neutral flags, and if his ships in British ports or already at sea shall be declared by order in Council exempt from capture for a specified period — as was done at the commencement of hostilities with Russia — it would follow that our cruisers have been already deprived of one of their most formidable means of crippling the resources of a hostile country, and it cannot surely be considered worth while to retain this weapon merely against mercantile shipping, when it has been virtually abandoned against merchandise at sea.

It would be needless to occupy your attention further by dwelling on the many benefits which our commercial operations — our relations with

No. XXVI. Grossbrit. 19. Januar 1860. our colonies — and the general interests of civilisation and humanity, would each and all receive, were the principle of respecting private property on sea and on land to become part of the law of nations. It is surely unnecessary for this Chamber to defend the proposition from the objections which have been urged against it, as tending to weaken our naval supremacy, convinced, as they are, that nothing which injures our trade and deprives our shipping of employment, can by possibility become a means of strengthening our national resources in time of war, or augmenting our efficiency as a great naval power.

I have only, therefore, to express the earnest hope of this Chamber, that her Majesty's Government will give their favourable consideration to a measure which it is believed must be in unison with their own convictions; and that, in the event of the assembling of a European Congress, they will intruct our Representatives there to support any proposal that may be made, having for its object to secure the immunity from capture at sea, of private property, or the persons of private citizens.

I have the honor &c.

C. Robertson, President.

The Right Hon. T. Milner Gibson, M. P.,
President of the Board of Trade.

No. XXVII.

GROSSBRITANNIEN. — Handelskammer zu Manchester an den ersten Lord der Schatzkammer (Lord Palmerston), für den Grundsatz der Unverletzlichkeit von Privatpersonen und Privateigenthum im Seekrieg.

No. XXVII. Grossbrit. Januar 1860. The memorial — — respectfully sheweth:

That public attention is daily becoming more and more alive to the inconsistency in the existing rule and practice of international law, as affecting the property of the subjects of belligerent States on land and at sea respectively.

That troughout the hostile operations which have been carried on in Europe within the last few years, the ships and cargoes of non-combatants have, as in former wars, been held liable to seizure, confiscation, or destruction, while, on the contrary, a strong disposition has been manifested to abstain from inflicting unnecessary injury upon private property on land.

That your memorialists are of opinion that it is both desirable and politic that the latter course of action, so much more in accordance with the principles of justice and humanity, should, if possible, be extended towards private property on the high seas in time of war; and the assembling of an European Congress would appear to offer a most favourable occasion for the discussion of so important a change in international law.

That the general adhesion of European nations to the principles of maritime law, comprised in the basis laid down at the Congress of 1856, taken together with the surrender by the French of the Austrian merchant vessels captured by them in the late Italian war, lead your memorialists to indulge the hope that the question would be favourably entertained at the approaching Congress. No. XXVII. Grossbrit. Januar 1860.

That, inasmuch as it is universally admitted that no war has been brought to a termination by reason of the amount of injury or loss inflicted upon private persons, but rather from political considerations or by the decisive superiority of the military or naval power of one of the belligerents, your memorialists would respectfully submit that the proposed change would not be open to the objection of having a tendency to prolong hostilities, but, on the contrary, by mitigating the calamities of war, it would confer a lasting benefit upon mankind at large, and directly promote the interests of civilisation.

Your memorialists would, therefore, earnestly entreat your Lordship to take this most important subject into your early and favourable consideration, and that you will exercise the influence of Her Majesty's Government in bringing the same under the notice of foreign nations, either at the approaching Congrss, or in such other manner as your Lordship in your wisdom may deem most effectual.

And your memorialits will ever pray*).

For and on behalf of the Board of Directors,

Edmund Potter, President.

The Right Hon. Lord Palmerston.

No. XXVIII.

FRANKREICH. — Marseiller Handelskammer an den kaiserlichen Handelsminister, für Unverletzlichkeit von Privatpersonen und Privateigenthum im Seekrieg.

Monsieur le Ministre, — Les notables des villes Anséatiques se sont assemblés récemment et ont consigné, dans de solennelles délibérations, des voeux tendant à faire consacrer par le prochain congrès le principe de l'in- No. XXVIII. Frankreich, 30. Decbr. 1856.

*) Am 5. Februar erwiederte Lord Palmerston einer vor ihm erschienenen Deputation des Handelstandes von Liverpool, Manchester, Leeds, Belfast, Hull und Glocester: — He considered that the very existence of this country depended on its possessing the command of the seas and that is was necessary for that object to retain the power of seizing the ships, and especially the seamen navigating the ships of foreign Powers. War was an enormous evil, but still it was sometimes necessary to go to war in self-defence; and a naval Power like England ought not to surrender any means of weakening her enemies at sea. If we did not seize their seamen on board their merchant vessels, we should have to fight them on board their ships of war. He denied that private property was spared in war on land any more than in war at sea. On the contrary, armies in an enemy's country took whatever they wanted or desired without the slightest regard to the rights of property, as we should find to our cost, if a hostil army should ever succeed in landing in this country." — Vergleiche damit No. X. —

No. XXVIII. Frankreich, 30. Decbr. 1859.

violabilité, en faveur du capital et du personnel naviguant que le droit actuel ne met point à l'abri des atteintes de la guerre.

Cette noble initiative ne peut que trouver l'écho dans le monde civilisé.

En effet, l'abus dénoncé est en contradiction flagrante avec les principes de l'humanité et les tendances du siècle. Détruire des navires de commerce, confisquer leur cargaison, faire prisonnier leur équipage, c'est un reste de barbarie qu'on ne pourrait maintenir sans anachronisme et dont il faut savoir faire justice, si l'on veut se montrer conséquent avec les principes qu'on proclame partout. La morale ne doit point être une lettre morte, la civilisation un vain mot.

Dans les guerres continentales, l'opinion publique flétrirait les actes de violence, qui seraient commis dans des circonstances analogues. Les biens des particuliers sont respectés par les parties belligérantes et les personnes ont droit à tous les égards conciliables avec les nécessités de la guerre; en un mot, la force même a ses limites et reculerait devant le cri de la conscience et le verdict des nations.

Or, pourquoi, nous le demandons, la responsabilité humaine ne serait-elle pas la même partout? Pourquoi le forfait de terre deviendrait-il l'exploit de mer? Pourquoi deux poids et deux mesures dans les balances de la justice? Pourquoi deux droits des gens dans des cas identiques, car en définitive la morale est une?

Les pays qui marchent à la tête de la civilisation doivent surtout travailler à faire disparaître cette étrange anomalie. Aussi, la France n'est elle pas restée en arrière!

Déjà elle a fait ses preuves.

Avant de commencer contre la Russie des hostilités malheureusement devenues nécessaires, la France, de concert avec l'Angleterre, ne déclara-t-elle point qu'elle respecterait les propriétés de l'ennemi chargées à bord des bâtiments neutres? Ne renonça-t-elle pas également à confisquer les propriétés des neutres, autres que contrebande de guerre, trouvées à bord des bâtiments ennemis? Enfin, mu par le désir de diminuer, autant que possible, les maux de la guerre, le Gouvernement de l'Empereur ne refusa-t-il point de délivrer des lettres de marque pour les armements en Course?

Cette généreuse résolution a porté ses fruits, et, par une annexe au traité de paix du 30. Mars 1856, toutes les puissances signataires ont admis en principe:

1) L'abolition de la course.
2) Le blocus effectif.
3) L'inviolabilité de la marchandise de l'ennemi sous pavillon neutre.
4) L'inviolabilité de la marchandise neutre sur les bâtiments ennemis.

Aujourd'hui, ces conquêtes peuvent être considérées comme un fait accompli.

Eh bien! ce qu'il est question d'obtenir à cette heure n'est que le corollaire de ce progrès acquis.

En l'état, les marchandises des nations belligérantes ont le moyen de se soustraire aux chances de la guerre en empruntant le pavillon neutre. Pourquoi ne sauvegarderait-on point le contenant aussi bien que le contenu? L'armâteur, n'a-t-il pas droit aux mêmes égards que le négociant? Des deux côtés, n'y a-t-il pas la question également respectable de propriété, et les considérations qui ont prévalu en faveur des uns, ne peuvent-elles pas s'appliquer exactement aux autres? No. XXVIII. Frankreich, 30. Decbr. 1859.

Il faut, d'ailleurs, fermer la bouche aux nations qui seraient tentées de protester et qui, avec quelque raison, comme les Etats-Unis, par exemple, ne manqueraient point de dire:

„La marine militaire ne peut s'arroger le monopole d'un système de déprédation. La capture des navires marchands, si elle est jugée condamnable, ne doit avoir lieu sous quelque forme ou sous quelque prétexte que ce puisse être, ou bien, si elle est réputée nécessaire, elle doit être permise sans restriction."

La France, avec sa générosité habituelle, s'est empressée de rendre hommage aux vrais principes. Elle a accordé aux navires marchands, partis avant les hostilités connues, le temps nécessaire à leur rapatriation; ce n'est pas tout, elle s'est empressée de restituer, après la paix, les prises que ses escadres avaient faites pendant la dernière guerre. Elle a donc preché d'exemple, et il lui appartient, plus qu'à personne, de parler devant le prochain congrès en faveur des conclusions logiques qu'indiquent ces nobles précédents.

Les intérêts matériels auraient grandement à s'applaudir de cette satisfaction morale. En effet, les dommages résultant du régime en vigueur sont incalculables. Sans parler des prises qui, au premier coup de canon, peuvent être effectuées, et des ruines qui en sont la conséquence immédiate, la seule possibilité du fait produit, au moindre soupçon de guerre, des maux innombrables; elle arrête le crédit, suspend les opérations et paralyse le commerce maritime qui est une partie essentielle de la vie des nations.

Les guerres sont rares, mais par le seul fait des accidents ruineux auxquels, le cas échéant, elles peuvent donner lieu, les préjudices sont escomptés d'avance et se traduisent par des pertes énormes.

Toutes les nations, sans exception, font plus ou moins les frais de cette éventualité redoutable contre laquelle il n'y a point d'assurance possible; les plus grandes, comme les plus petites, sont intéressées à la reconnaissance des droits absolus de la propriété privée. Il ne s'agit donc plus que de faire entrer dans la loi internationale ce qui est déjà entré dans les mœurs et ce qui est surtout gravé dans le cœur de tout le monde.

En résumé, nous exprimons le vœu que le personnel naviguant et la propriété maritime, comprenant à la fois le navire et la cargaison, soient à l'abri d'un coup de main quelconque, hors des cas réservés, tel que contrebande de guerre et infraction au blocus effectif, et que la capture sur mer soit complètement abolie pour les bâtiments de l'Etat aussi bien que pour les corsaires.

En d'autres termes, nous demandons qu'on étende aux escadres les principes qu'on applique aux armées: que la mer soit comme la terre où les

No. XXVIII. Frankreich, 30. Decbr. 1859. parties belligérantes se bornent à en venir aux mains entre elles et respectent réciproquement les intérêts des particuliers et les droits de leurs citoyens respectifs.

En un mot; il serait à désirer que les Gouvernements reconnussent, en principe, l'inviolabilité de la propriété privée et des personnes, et que, cette règle posée, ils ne s'occupassent plus qu'à déterminer les exceptions.

Le Congrès Européen qui doit prochainement se réunir, pourrait, ce nous semble, ajouter cette glorieuse page à son programme et il complèterait ainsi les bienfaits de son aîné.

Nous vous supplions, Monsieur le Ministre, de prendre cette intéressante question sous votre puissant patronage. Tous ceux qui travailleront à ce noble but auront des droits incontestables à la reconnaissance des nations.

Nous sommes avec respect, &c.

(Signatures.)

Marseille, le 30. Décembre 1859.

No. XXIX.

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA. — Newyorker Handelskammer, für den Grundsatz der Unverletzlichkeit von Privateigenthum im Seekrieg, mit einer auf die Mittheilung der Beschlüsse erfolgten Antwort des Präsidenten **Buchanan.**

No. XXIX. Vereinigte Staaten, 10. Februar 1860. Resolved, That the perfect immunity of all private property upon the ocean in time of war, is demanded by an enlightened sentiment of justice aud the improved spirit of civilization, not less than by a due consideration of the best interests of commerce.

Resolved, that the Government of the United States be respectfully solicited to take such measures as it may deem fit, to have the principle expressed in the preceding resolution incorporated in the code of maritime law.

Resolved, That copies of these resolutions be sent to the Chambers of Commerce and Boards of Trade in other Cities of the United States, with an earnest request to aid us in obtaining the important object in view.

Präsident **Buchanan** an den Präsidenten der Handelskammer von New-York.

Washington City, March 31, 1860.

Zu No. XXIX. Vereinigte Staaten, 31. März 1860. My dear Sir: Your favor of the 5th inst., enclosing the able and interesting report and resolutions of the Chamber of Commerce of New York in favor of „the perfect immunity“ (from capture) of all private property

upon the ocean in time of war, was duly received and referred to the State Department. It has since occurred to me that the respect so eminently due to the Chamber requires that I should address you a few remarks in answer.

Zu No. XXIX. Vereinigte Staaten, 31. März 1860.

War is a dreadful calamity, shocking to humanity, and ought to be avoided by all honorable means; but whilst mankind continue in their present state, it will sometimes be inevitable. If, with the small but gallant naval force of this country, we should be driven into a war with a nation possessing a navy far more numerous and powerful than our own, we should then be in a comparatively helpless condition without the aid of privateers. We might with almost as much propriety agree to abandon our system of volunteer militia, and trust alone to the regular arms for our defence on the land, as to deprive ourselves of the services of privateers, which are our volunteers and militia upon the ocean. Besides, privateers may be strictly guarded from abuses by law, and be restrained within the rules which govern our regular navy.

Neither would the abandonment of war against private property upon the ocean, of itself, afford freedom and security to our commerce. In order to accomplish this object we must proceed a step further and obtain the consent of the powerful naval nations, that merchant vessels shall not be blockaded in port, but be suffered to pass the blockading squadron and go out to sea. If these should remain blockaded in our harbors there would be comparatively but little private property in the ocean to protect. A powerful fleet, by blockading the mouth of the Chesapeake, could effectually prevent any merchant vessel from going to sea from any port in that noble bay or its tributaries. So in regard to New-York, New-Orleans, &c., &c.

If the proposition to abolish war against private property on the ocean were combined with a proposition to secure to merchant vessels a perfect immunity from blockade in any port, then the subject would be well worthy of serious consideration.

Yours, respectfully,

P. Perit Esq. James Buchanan.

Dieses Schreiben hatte den unleugbaren Erfolg, dem Fortschreiten der Agitation in den Vereinigten Staaten vorläufig Einhalt zu thun, obgleich z. B. noch am 9. Mai 1860 mit den Newyorker gleichlautende Beschlüsse von der Handelskammer in San Francisco gefasst wurden.

No. XXX.

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA. — Baltimorer Handelskammer in Antwort auf die Bremer Resolutionen für Unverletzlichkeit von Privatpersonen und Privateigenthum im Seekrieg.

Nr. XXX. Vereinigte Staaten, 5. März 1860.

The Undersigned Committee on Commerce, to whom was referred the Circular and resolutions of a meeting held at Bremen on the 2nd of December last to consider the question of a radical change in the existing international laws in their application to a state of war, beg leave to report.

That the subject has had their full attention involving as it does principles of equal importance to the American merchant and ship-owner as to their present advocates in Europe. The United States may indeed claim for one of her noblest sons, the illustrious Benjamin Franklin, the merit of having been among the first to advance the doctrine, that private property should be held inviolate in war on the high seas; the treaty concluded by him with the King of Prussia at the Hague in the year 1785 containing a provision to that effect. This sentiment, that the peaceful mariner engaged in the pursuit of lawful commerce ought not to be molested, though not vindicated in subsequent treaties, has steadily been gaining friends and has received in more recent times a most able exposition at the hands of Gov. Marcy, late Secretary of State, in his justly celebrated note addressed to the Minister of France on the 28. of July, 1856. — Your Committee could not add to the incontrovertible arguments used by that great Statesman, nor could they express their own views more clearly than by quoting his letter to a Committee of our citizens in answer to their invitation to a public dinner, in which he says: „The recognition of the principle referred to — the immunity of all private property upon the high seas in time of war — I am confident would prove a blessing to the world. The extreme limits of belligerent rights have been gradually contracted as civilisation has advanced and the spirit of the age calls for a mitigation of the rigors of war. The beneficent principle proposed by this Government exempting property upon the ocean from pillage to the same extent, that it is now exempted upon land by the usage of modern warfare, has been received with favor by all enlightened nations and the way seems to be already prepared for its introduction into the code of international law.“ Apart from all considerations of justice and humanity self-interest manifestly points to the same line of policy. The interests of nations have become so interwoven and attained such vast dimensions, that any serious damage to the commerce of one is felt by all. Though we trust, that this country will not be obliged to take an active part in future European wars, the apprehension, that its neutrality would not be preserved cannot fail to prove injurious and even mere rumors of impending conflicts among the powers of Europe must always

damage our business. The mitigation of the evils of war by placing private property out of the pale of hostile arrays is so clearly in the interests of nations, that the ultimate recognition of this principle cannot be doubtful; public opinion must eventually overcome all opposition and enforce its universal adoption. In furtherance of that object and as an expression of the sentiments of this Board Your Committee would offer the following resolutions:

No. XXX. Vereinigte Staaten, 5. März 1860.

Resolved — That this Board has witnessed with deep interest the efforts now making in Europe for the introduction of a code of international law, which shall abolish privateering and at the same time interdict the seizure of persons and private property by public armed vessels, articles contraband of war only excepted.

Resolved — That it behooves the Government of the United States to take an active part in bringing about these changes equally demanded by the march of civilisation and the true interest of our people and to take such measure for the promotion of that object as in its wisdom may seem best calculated to secure its early success.

(Signatures.)

No. XXXI.

GROSSBRITANNIEN. — Geschäftsträger bei den Hansestädten an den Bürgermeister von Bremen. — Unzulässigkeit weiterer Berathungsgegenstände ausser der italienischen Frage auf dem bevorstehenden Congress.

Hamburg, 30. Decbr. 1859.

Monsieur le Bourgmeestre, — As it appears from the published Resolutions respecting Maritime Law, agreed to at a Meeting at Bremen, that one of them is to the effect that the Senate of Bremen be requested to take steps in order that the subject of those Resolutions may be brought before the Congress about to assemble at Paris, I have the honour to inform Your Magnificence, that in a Dispatch, which I have received from Lord John Russel, Her Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs, His Lordship states to me, „that no questions excepting those relating to the Affairs of Italy will be discussed at the Congress.“

No. XXXI. Grossbrit. 30. Decbr. 1859.

I have the honour to be, &c.

Hodges.

H. M. the Burgomaster Duckwitz, Bremen.

No. XXXII.

HANSESTÄDTE. — Minister-Resident Geffcken an den königl. Niederländischen Minister des Auswärtigen. — Ankündigung des Zwecks einer in vertraulicher Mission wegen der Seerechtsfrage nach dem Haag zu unternehmenden Reise.

Brême, le 31. Dec. 1859.

No. XXXII. Hansestädte, 31. Decbr. 1859.

Monsieur le Baron, — J'ai l'honneur de prévenir Votre Excellence que je partirai ce soir pour la Haye, chargé d'une communication confidentielle au Gouvernement Néerlandais de la part des Villes Anséatiques.

Vous n'ignorez point, Monsieur le Ministre, qu'une forte agitation se manifeste dans ce moment en Allemagne comme dans les pays voisins pour l'amélioration des principes du droit maritime en temps de guerre. Les résolutions ci-jointes d'une assemblée de notables à Brême ont été le point de départ des manifestations de la part des Chambres de commerce de Hambourg, Lubeck, Stettin, Dantzic, Königsberg, Riga, Gothembourg, Trieste, Anvers, Marseille &c., qui se sont adressées à leurs Gouvernements respectifs pour les engager à prendre les mesures nécessaires pour mettre en vigueur le grand principe de l'immunité de la propriété privée sur mer. Ces manifestations étaient toutes spontanées et n'avaient aucun caractère officiel, mais il était fort naturel, que les gouvernements des pays, dont le commerce était surtout interessé à l'adoption du dit principe, regardassent avec faveur ce mouvement et prissent en considération des démarches tendant à l'appuyer.

Dans ce cas se trouvaient parmi les états Allemands notamment les Villes Anséatiques, dont le commerce en temps de guerre serait gravement menacé par les principes de l'ancien droit maritime.

Le Congrès de Paris avait sanctionné un progrès considérable par la déclaration du 16. Avril 1856; il était naturel de penser au Congrès, qui va se réunir en 1860 pour continuer cette oeuvre salutaire et assurer un plein succès au principe de l'immunité de la propriété privée sur mer. Les Sénats Anséatiques pensèrent, qu'il serait à désirer qu'une des grandes puissances représentées à ce Congrès prît l'initiative pour ce but et je fus chargé de sonder à cet égard le Cabinet de Berlin, auprès duquel j'ai l'honneur d'être accrédité. Le Baron de Schleinitz accueillit mes ouvertures confidentielles avec une faveur marquée et se montra tout disposé à prendre l'affaire en main; pour mieux préciser nos idées et les chances de succès, j'essayai de développer la question dans un mémorandum confidentiel, dont j'ai l'honneur de joindre copie.

Mais survint une difficulté de forme; l'Angleterre demanda que les délibérations du Congrés se bornassent aux affaires Italiennes, de manière que les pleins pouvoirs des Ministres se trouveraient limités à l'arrangement de cette question principale. Le Baron de Schleinitz ne me cacha point que cette circonstance lui rendrait difficile une initiative au sein du Congrès

pour la cause du droit maritime, mais il me proposa de donner au Congrès l'occasion de s'occuper de cette affaire par une démarche collective des Etats maritimes non représentés. No. XXXII. Hansestädte, 31. Decbr. 1859.

C'est une telle démarche, Monsieur le Baron, que je viendrai proposer confidentiellement à Votre Excellence au nom des Villes Anséatiques. La Hollande est la première des états maritimes de second ordre, l'importance des principes, que nous désirons voir adoptés, pour son commerce ne me parait point douteuse. Nous souhaitons que le Gouvernement du Roi prenne l'initiative pour réunir sous son égide les états maritimes non représentés au Congrès et pour saisir cette Assemblée Européenne en leur nom de la question indiquée. J'aurai l'honneur d'expliquer verbalement à Votre Excellence d'une manière plus détaillée nos idées à cet égard et en attendant je La prie de vouloir bien agréer l'assurance de ma respectueuse considération.

Le Ministre-Résident des Villes Anséatiques
près S. M. le Roi de Prusse,

Geffcken.

S. E. Mr. le Bn. de Golstein &c.

No. XXXIII.

NIEDERLANDE. — Minister des Auswärtigen an die königlichen Gesandtschaften in Brüssel, Copenhagen, Hannover, Oldenburg und bei den Hansestädten. — Vorschlag zu einem gemeinsamen Schritte bei dem zu erwartenden Congress Behufs Anerkennung des Grundsatzes der Unverletzlichkeit des Privateigenthums im Seekrieg.

La Haye, le 11. Janvier 1860.

Monsieur, — Lorsqu'en 1856 le Congrès de Paris, désirant prévenir les contestations regrettables, auxquelles souvent le droit maritime en temps de guerre donne lieu, émit sa déclaration du 16. Avril, les principes y énoncés furent généralement approuvés et reçurent l'adhésion de tous les États maritimes, à l'exception des États Unis d'Amérique, de l'Espagne et du Mexique. No. XXXIII. Niederlande, 11. Januar 1860.

Ces États désiraient aller plus loin et adopter une base plus large que celle des articles de la déclaration. Ils voulaient non seulement abolir la course, mais exempter la propriété privée des sujets ou citoyens de chacune des parties belligérantes de toute saisie sur haute mer, par les bâtiments publics armés de l'autre partie belligérante.

Je crois pouvoir me dispenser de démontrer, combien ce principe est en harmonie avec la justice et avec les intérêts des États qui font un grand commerce, sans posséder une marine assez puissante de le protéger en toute circonstance.

No. XXXIII. Niederlande, 11. Januar 1860.

Dès lors il n'est pas étonnant, qu'au moment où l'on s'attend à la réunion prochaine d'un nouveau congrès à Paris, le commerce énonce de tout coté ses voeux pour que ce Congrès veuille s'occuper de la question et continuer l'oeuvre salutaire de celui de 1856.

Les principales chambres de commerce des Pays Bas se sont adressées au Gouvernement. Tout le Nord de l'Allemagne s'exprime dans le même sens, tandis qu'à Anvers, Trieste, au Hâvre, à Marseille et ailleurs des associations se sont formées pour atteindre le but désiré.

Dans cet état de choses le Gouvernement du Roi croit devoir proposer aux autres États maritimes, non appelés à faire partie du Congrès, la Belgique, le Danemarc, le Hannovre, le Mecklenbourg-Schwerin, le Mecklenbourg-Strelitz, l'Oldenbourg et les Villes libres et Anséatiques de faire remettre par l'entremise de Leurs Légations à Paris la note collective dont vous trouverez ci joint le projet, pour rappeler l'attention du congrès sur cette matière importante.

En conséquence je vous prie, Monsieur, de faire dans ce sens une démarche auprès du Gouvernement — — et de me communiquer sa réponse.

Agréez, Monsieur, l'assurance de ma considération très distinguée.

J. K. v. Golstein.

Anhang. — Entwurf zu der zu erlassenden Collectivnote.

Les Soussignés, Ministres de la Belgique, du Danemarc, du Hannovre, des Pays Bas, d'Oldenbourg et des Villes Libres et Anséatiques ont reçu l'ordre d'adresser, comme ils ont l'honneur de faire par la présente à Leurs Excellences les Plénipotentiaires des Cours de .... réunis en Congrès à Paris une note collective pour réclamer leur attention en faveur d'une amélioration essentielle et définitive des principes du droit maritime en temps de guerre.

Le Congrès de 1856, convoqué afin d'aplanir les difficultés qui avaient amené la guerre de la Crimée, n'a pas hésité de saisir cette occasion pour modifier le droit maritime existant avant cette époque et pour le rendre plus en harmonie avec les besoins de l'humanité et les préceptes de la justice. En conséquence le Congrès par sa déclaration du 16. Avril 1856 a sanctionné quatre articles, portant que la course soit abolie ainsi que le blocus fictif, que le pavillon couvre la marchandise et que les propriétés neutres à bord d'un navire ennemi soient respectées, à l'exception seulement de la contrebande de guerre.

Tout en reconnaissant, que ces articles constituent un véritable progrès et tendent à diminuer les maux d'une guerre maritime, il est évident qu'il reste encore un grand pas à faire pour atteindre le but si désirable de garantir sur mer la propriété privée et de protéger le commerce licite maritime en temps de guerre.

A cet effet il faudrait adopter et sanctionner le principe qu'en cas de guerre la propriété privée est mise sur le même pied d'inviolabilité en

pleine mer que sur la terre ferme. Le Congrès de 1856 a commencé l'oeuvre de civilisation et de justice. Le Congrès de 1860 semble appelé à l'achever. No. XXXIII. Niederlande, 10. Januar 1860.

Cette tâche glorieuse lui est reservée et il a paru convenable de l'indiquer dans la conviction, que cette indication seule suffira pour obtenir de la part du Congrès l'établissement du grand principe ci-dessus mentionné.

Les Soussignés saisissent &c.

No. XXXIV.

MECKLENBURG-SCHWERIN. — Minister des Auswärtigen an den königl. Niederländischen Generalconsul zu Wismar. — Ablehnung der Betheiligung an der zu erlassenden Collectivnote an den Congress.

Schwerin, 18. Januar 1860.

Der unterzeichnete Minister der Auswärtigen Angelegenheiten beehrt sich auf das Schreiben vom 16. d. M., womit ihm von Sr. Hochwohlgeboren, dem Königl. Niederländischen General-Consul Herrn Crull, eine Mittheilung des Königl. Niederländischen Gouvernements in Betreff der Uebergabe einer Collectiv-Note an den Congress in Paris zugegangen ist, das Nachfolgende ergebenst zu erwiedern. No. XXXIV. Mecklenburg, 18. Januar 1860.

Die Wünsche, in Kriegszeiten für das Privat-Eigenthum auf offener See eine ausgedehntere Sicherheit zu gewinnen, sind bekanntlich schon so vielseitig und so laut geäussert worden, dass sie von den Seemächten nicht überhört sein können. Für den Zweck der Kundgebung scheint es daher weiterer Schritte kaum zu bedürfen. Soll dagegen die Gemeinsamkeit officieller Aeusserungen von Seiten der mindermächtigen Regierungen einen stärkeren Eindruck auf die Seemächte machen, so hegt das Grossherzogliche Gouvernement erhebliche Bedenken, ob dieses Mittel dem allgemein gewünschten Zwecke förderlich sein werde. Zunächst werden sich die Seemächte durch Wünsche anderer Staaten schwerlich zu Massregeln bestimmen lassen, welche eine wichtige politische Seite haben und worüber eben deshalb die Seemächte unter einander sich bisher nicht haben verständigen können. Sodann scheint es der Stellung souverainer Staaten kaum entsprechend zu sein, sich durch Uebergabe einer Collectivnote an den Congress in eine Lage zu setzen, wo ihnen Abschlag oder Nichtberücksichtigung zu Theil werden kann, ganz abgesehen von den Bedenken gegen die Anerkennung eines Congresses, als einer zur Regelung ganz verschiedenartiger Fragen competenten völkerrechtlichen Behörde. Endlich ist es überhaupt noch zweifelhaft, ob der Congress Statt finden wird oder nicht.

Unter diesen Umständen glaubt die Grossherzogliche Regierung zur Erreichung des auch von ihr sehr gebilligten Zwekes auf andere Mittel und Wege sich beschränken zu müssen. Sie hat solche bisher schon, so viel es

No. XXXIV. Mecklenburg, 18. Januar 1860.

ihr möglich war, in Anwendung gesetzt und wird unter geeigneten Umständen darin fortfahren.

Indem übrigens der Unterzeichnete ergebenst bemerkt, dass der diesseitige (dem Ministerresidenten von Oertling attachirte) Consul, Legationsrath Bornemann, zugleich Grossherzogl. Mecklenburg-Strelitzscher Geschäftsträger am Kaiserlichen Hofe in Paris ist, benutzt er diese Veranlassung, Ew. Hochwohlgeboren die Versicherung &c.

J. v. Oertzen.

Herrn Crull &c. Wismar.

No. XXXV.

BREMEN. — Der Senat an den königl. Niederländischen Minister-Residenten. — Zustimmung zu der vorgeschlagenen Collectivnote an den Congress.

Brême, le 27. Janvier 1860.

No. XXXV. Bremen, 27. Januar 1860.

Monsieur le Ministre. — Après avoir reçu la lettre que Vous avez bien voulu m'écrire en date du 13. Janvier au sujet de certaines modifications qu'il s'agirait, à l'occasion du Congrès convoqué à Paris, d'introduire dans le droit maritime en temps de guerre, pour le mettre en harmonie avec les exigences de notre temps, je n'ai pas tardé de porter cette communication intéressante à la connaissance du Sénat. Celui-ci l'a reçue avec la plus vive satisfaction; il y trouve l'expression de maximes et de sentimens qu'il partage parfaitement; l'initiative éclairée que le Gouvernement de Sa Majesté Néerlandaise vient de prendre en faveur d'une nouvelle amélioration du code international, a dû lui inspirer la plus sincère reconnaissance. Quant à la démarche que Votre Gouvernement propose aux Etats Maritimes non appelés à faire partie du Congrès, dans le but d'inviter ce dernier à s'associer aux idées de justice et de civilisation énoncées dans le projet de note que Vous avez bien voulu joindre à Votre lettre, le Sénat y donne sans réserve son adhésion; il n'hésitera pas de faire signer, le cas échéant, par son Ministre à Paris la note collective, en commun avec les Représentans des autres Cabinets qui l'auront approuvée.

Depuis la réception de Votre lettre, Monsieur le Ministre, la situation des affaires a changé, on ne saurait le méconnaître. Le Congrès convoqué par l'Autriche et la France, se réunira-t-il? il est permis d'en douter. Mais, quoiqu'il en soit, le service que les Pays-Bas auront rendu aux intérêts de tous les Etats Maritimes, n'en sera pas moins précieux. Dans le cas, malheureusement trop probable, que le Congrès viendrait à échouer, nous apprécierons ce service comme un gage de l'avenir. Le Gouvernement Néerlandais,

nous en sommes persuadés, continuera d'exercer sa haute et légitime influence en faveur d'une cause que les nobles traditions de son Pays recommandent à ses soins. No. XXXV. Bremen, 27. Januar 1860.

Veuillez, Monsieur le Ministre, agréer les assurances de ma haute considération.

A. Duckwitz.

Mr. le Bn. Straténus etc., Hanovre.

No. XXXVI.

HANNOVER. — Minister des Auswärtigen an den königl. Niederländischen Minister-Residenten. — Zustimmung zu der zu erlassenden Collectivnote an den Congress.

Hanovre, 28. Janvier 1860.

Monsieur le Baron. — Dans la lettre du 13. d. c. Vous avez bien voulu me faire part des vues et intentions du Gouvernement des Pays Bas, relativement au droit maritime en temps de guerre. En Vous exprimant mes remerciments d'une communication d'un si grand intérêt d'actualité, j'ai la satisfaction de Vous prévenir, que le Gouvernement du Roi, mon Auguste Maître, s'était depuis quelque temps déjà saisi de cette affaire, sujet de vives et justes préoccupations de nos marchands et armateurs. No. XXXVI. Hannover, 28. Januar 1860.

Après un examen sérieux de la question en litige nous n'avons pu qu'approuver les votes unanimes du monde commerçant et nous croyons accomplir un devoir en déclarant ouvertement notre adhésion à ce grand principe de civilisation, que la propriété privée doit être placée sur le même pied d'inviolabilité en pleine mer que sur terre ferme.

En conséquence, dans le cas où le congrès s'assemblerait à Paris, je ne tarderai pas à faire parvenir à notre Envoyé près le Cabinet des Tuileries l'ordre formel de signer et d'adresser au Congrès en commun accord avec les Ministres des Pays Bas, de la Belgique et des autres Etats mentionnés dans Votre lettre la note collective dont Vous avez bien voulu me communiquer le projet, et qui reproduit fidèlement, ce que nous pensons et désirons.

Agréez etc.

Platen Hallermund.

Mr. le Bn. Straténus &c., Hanovre.

No. XXXVII.

LÜBECK. — Der Senat an den königl. Niederländischen Minister-Residenten. — Zustimmung zu der zu erlassenden Collectivnote an den Congress.

Lubec, le 31. Janvier 1860.

No. XXXVII. Lübeck, 31. Januar 1860.

Monsieur le Ministre. — J'ai eu l'honneur de reçevoir la lettre, que Vous avez bien voulu m'adresser en date du 13. Janvier, ainsi que le projet d'une note collective y ajouté et je n'ai pas tardé de mettre sous les yeux du Sénat ces deux pièces intéressantes.

Le Sénat m'a chargé de Vous exprimer d'abord, Monsieur le Ministre, combien il apprécie le service, que le Gouvernement de Sa Majesté le Roi des Pays-Bas rend à l'amélioration des principes du droit maritime en temps de guerre, en prenant l'initiative, pour réunir les Etats Maritimes non appelés à faire partie du Congrès, convoqué à Paris, à une démarche, qui ne manquera pas de donner un fort appui à l'agitation, qui s'est manifestée dans les villes commerciales de presque toute l'Europe et qui est fondée sur les demandes de la civilisation et de la justice.

Quoiqu'il soit douteux dans ce moment, si le Congrès se réunira, le Sénat n'apprécie pas moins le mérite des efforts, qui ont un but si noble, et il est persuadé, qu'ils n'ont besoin, que d'être continués sans cesse, pour être couronnés de succés.

C'est dans cette persuasion, que le Sénat avec la plus vive reconnaissance donne son adhésion pleine et entière au projet d'une note collective, que Vous avez bien voulu me remettre, et, le cas échéant, il chargera Son Ministre-Résident à Paris de signer la note susdite.

La confiance, que nous avons dans le succés final des principes énoncés, nous fait espérer, que le Gouvernement de Sa Majesté Néerlandaise, même dans le cas d'un échouement entier du Congrès, continuera la noble initiative, qu'il vient de prendre, pour provoquer des démarches ultérieures, propres à faire accepter ces principes par les Grandes Puissances Maritimes.

Veuillez agréer, Monsieur le Ministre, l'assurance renouvelée de ma haute considération.

Curtius.

Mr. le Bn. Straténus &c., Hanovre.

No. XXXVIII.

DÄNEMARK. — Minister des Auswärtigen an den königl. Niederländischen Minister-Residenten. — Zustimmung zu der zu erlassenden Collectivnote an den Congress.

Copenhague, le 7. Février 1860.

Monsieur, — Par l'office que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser en date du 16. Janvier, Vous avez bien voulu me transmettre copie d'une dépêche, que Vous veniez de recevoir de M. le Ministre des Affaires Etrangères de S. M. le Roi des Pays Bas, ainsi que du projet d'une note collective, que votre Gouvernement désirait voir remettre au prochain Congrès, réuni à Paris, de la part des Etats maritimes non appelés à en faire partie, dans le but, que ce Congrès, en continuant l'œuvre de civilisation, commencé si bien par le Congrès de 1856 par les modifications connues du droit maritime existant alors, sanctionnat le principe qu'en cas de guerre la propriété privée est mise sur le même pied d'inviolabilité en pleine mer que sur terre ferme; et Vous avez exprimé en même temps l'espoir que je me hâterais d'adhérer au nom du Gouvernement du Roi, mon Auguste Souverain, au susdit projet de note.

No. XXXVIII. Dänemark, 7. Febr. 1860.

Ainsi que Vous avez bien voulu me le rappeler, Monsieur, je n'ai pas hésité à Vous déclarer verbalement, dans l'entretien, qui à précédé Votre susdite communication écrite, que mes sympathies personelles étaient tout acquises au grand et légitime principe dont Votre Gouvernement recommande l'adoption.

La consécration générale de ce principe répondrait entièrement aux vues, que le Danemarc a de tout temps eu à coeur de faire prévaloir en matière de droit maritime.

Par conséquent le Gouvernement duRoi à pris connaissance avec le plus vif intérêt de l'importante ouverture du Gouvernement de S. M. le Roi des Pays Bas dont Vous Vous êtes ainsi porté l'organe, et en n'hésitant pas à déclarer de son côté, qu'il applaudit au principe en question, il adhère volontiers au projet de note collective précité, bien qu'en vue du changement survenu depuis sa communication dans la situation politique de l'Europe et du peu de probabilité d'une réunion prochaine du Congrès à Paris, il ne saurait encore s'associer définitivement à la démarche en commun proposée par le cabinet de la Haye.

En me livrant à l'espoir, qu'en égard aux circonstances actuelles cette réponse satisfera votre Gouvernement, je profite etc.

Blixen Finecke.

Mr. du Bois &c., Copenhague.

No. XXXIX.

FRANKREICH. — Minister des Auswärtigen an die kaiserlichen diplomatischen Vertreter im Auslande. — Erlass, betreffend die Behandlung der Schiffahrt während des Krieges mit China. *)

No. XXXIX. Frankreich, 28. März 1860. L'Empereur, d'accord avec sa Majesté Britannique et sur le rapport de S. Exc. le ministre des affaires étrangères, a décidé le 28. mars dernier et en prévision des hostilités qui pourront être entreprises contre la Chine.

1. Que les immunités consacreés par la déclaration du Congrès de Paris en faveur du pavillon et des marchandises neutres seront respectées, pendant la durée de ces hostilités, à l'égard des sujets de toutes les puissances qui demeureront neutres, même de celles qui n'ont pas encore accédé à cette déclaration.

2. Que les sujets Français ou Anglais auront la faculté de continuer leurs relations commerciales avec les Chinois même sur le territoire Chinois, et que, réciproquement les Chinois pourront continuer leur relations de commerce avec les sujets Français ou Anglais même sur le territoire français ou anglais;

3. Que les propriétés françaises ou anglaises jouiront à bord des bâtiments chinois qui viendraient à être capturés des mêmes immunités que les propriétés des sujets neutres; de même que les propriétés chinoises jouiront à bord des bâtiments français et anglais des mêmes immunités qu'à bord des bâtiments neutres;

4. Que les traités internationaux et les règles du droit des gens seront appliqués au transport des objets de contrebande de guerre, à la violation des blocus effectifs et à tous les autres cas où des bâtiments ou des chargements, même non ennemis, peuvent être saisissables.

No. XL.

GROSSBRITANNIEN. — Aus dem „Report from the Select Committee on Merchant Shipping,**) ordered, by the House of Commons, to be printed 7. August 1860."

Belligerent Rights at Sea.

No. XL. Grossbrit. 7. Aug. 1860. The question of belligerent rights at sea, with reference to merchant shipping, affects alike the British shipowner in the prosecution of his business,

---

*) Die entsprechende englische „Order in Council" ist datirt vom 7. März 1860.

**) Mitglieder des Committee: Milner Gibson — Lord Lovaine — Cardwell — Thomas Baring — Crawford — Horsfall — John Lewis Ricardo — Somes —

and the general interests of Great Britain, and, therefore, the evidence given on the subject has received from Your Committee that attention which its gravity demands. No. XL. Grossbrit. 7. Aug. 1860.

Great Britain formerly asserted principles of the law of nations, with reference to the rights of belligerents and neutrals, though other nations defended maxims in some points differing from our own.

But in the war with Russia in 1854, England having formed an alliance with France, both nations waived their rights to confiscate enemy's goods on board neutral ships, as also neutral goods, in either case, not contraband of war, found on board an enemy's ship. This mutual but provisional waiver of belligerent rights, placed the allies in harmonious action, and practically countenanced the principle that „free ships make free goods.“ Upon the return of peace, the Declaration of Paris of April 1856, signed by Austria, France, Great Britain, Prussia, Russia, Sardinia, and Turkey, gave a formal sanction to this principle. Privateering was also abolished.

America was invited to be a party to this general international agreement, but demurred, and coupled at first her assent to the abolition of privateering, with the condition that private property at sea should no longer be subject to capture. Finally, she refused to be a party to a convention whereby she would be precluded from resorting to her merchant marine for privateering purposes in case she became a belligerent. But this is not surprising, for the United States have obtained a recognition of the rights of neutrals for which they contended throughout a former period of hostilities; and Great Britain has surrendered her rights without any equivalent from the United States. Our shipowners will thereby be placed at an immense disadvantage in the event of a war breaking out with any important European power. In fact, should the Declaration of Paris remain in force, during a period of hostilities, the whole of our carrying trade would be inevitably transferred to American and other neutral bottoms.

From the evidence given by various witnesses, it appears that at a recent period, upon a mere rumour of war in Europe, in which it was apprehended that Great Britain might be involved, American and other neutral ships received a decided preference in being selected to carry produce from distant parts of the world to ports in Europe, whereby even in a period of peace British shipowners were seriously prejudiced. It seems, therefore, that the state of international law, with reference to belligerent rights affecting merchant shipping, cannot remain in its present state; for whilst England may be involved in any great European war, the United States are almost certain to be neutral; and thus our great maritime rival would supplant us in the carrying trade.

We must therefore either secure the general consent of all nations to establish the immunity of merchant ships and their cargoes from the depredations of both privateers and armed national cruisers during hostilities;

Gore Langton — Bentinck — Wilcox — Liddell — Dalglish — Francis Russell — Hugh Taylor — Alderman Salomons — Lindsay (Berichterstatter). —

No. XL. Grossbrit. 7. Aug. 1860.

or we must revert to the maintenance of our ancient rights, whereby relying upon our maritime superiority, we may not merely hope to guard unmolested our merchant shipping in the prosecution of their business, but may capture enemies' goods in neutral ships, and thus prevent other nations from seizing the carrying trade of the kingdom during a state of hostilities.

Your Committee consider it their duty to call the attention of Your Honourable House to the great importance of this question, which, if not solved during a period of peace, may cause incalculable embarrassment at the outbreak of a war. It is doubtless the Prerogative of the Crown to initiate proper measures to maintain the honour and guard the interests of the country in this respect. Your Committee, however, cannot but express their opinion that a compact, like the Declaration of Paris, to which a great maritime Power has refused to be a party, may, in the event of hostilities, produce complications highly disastrous to British interests. As matters stand, England is under all the disadvantages of the want of reciprocal pledges on the part of the United States to refrain from privateering, or from the attempt to break a blockade, which, as heretofore, a sense of self-preservation might compel Great Britain to establish; while powers so unpledged, urged by every motive of self-interest, would be in a position to inflict the deepest injury upon British interests, under the same unjustifiable pretences as were put forth during the war at the commencement of the present century.

Your Committee have thought it their duty thus briefly to point out to Your Honourable House the present unsatisfactory position of this question as it immediately affects British merchant shipping. They have done so in the confidence that the whole subject will receive due attention in that quarter, where the responsibility rests of taking such measures, in concurrence with foreign Powers, as may place the present international regulations on a better footing. Your Committee are aware that grave objections have been urged by high authorities against any further step in advance; but they cannot close this brief comment on so important a question without expressing a hope that Your Honourable House will agree with them in the opinion that, in the progress of civilisation and in the cause of humanity, the time had arrived when all private property, not contraband of war, should be exempt from capture at sea. Your Committee are of opinion that Great Britain is deeply interested in the adoption of this course. This country has at all times a much larger amount of property afloat than any other nation, and consequently requires a very large naval force to protect her merchant shipping, perhaps at a time when the whole of our ships of war may be urgently wanted to defend our shores. *)

---

*) Bald nach Vollendung dieses Berichts unternahm Mr. Lindsay eine Agitationsreise nach den Vereinigten Staaten, um für die übereinstimmende Erledigung verschiedener, die Schifffahrt beider Länder berührender Angelegenheiten auf dem Wege des Staatsvertrages, beziehungsweise der beiderseitigen Landesgesetzgebung zu wirken. In seinen, vor öffentlichen Versammlungen (in Boston, Newyork u. a. OO.) gehaltenen Reden berührte er auch die Kriegsrechtsfrage, und äusserte sich nach seiner Rückkehr im Dezember, laut gesandtschaftlichen Berichten, befriedigt über den Stand der öffentlichen Meinung in Amerika in dieser Beziehung.

No. XLI.

GROSSBRITANNIEN. — Unterhaussitzung vom 18. Februar 1861. — Interpellation wegen der zur Ausführung des Berichtes des Schifffahrt-Committees etwa gethanen Schritte.

Mr. Horsfall asked the noble lord the Secretary of State for Foreign Affairs whether any steps had been taken by Her Majesty's Government with the view of carrying out the recommendations of the Shipping Committee of last year on the subject of belligerent rights at sea. No. XLI. Grossbrit. 18. Febr. 1860.

Lord J. Russell. — No steps have been taken by Her Majesty's Government with a view of carrying out the recommendations of the Shipping Committee of last year on the subject of belligerent rights at sea, and perhaps the House will allow me to state the reasons for which I have not taken any such steps. I found that when the matter was under discussion with the American Government the opinion of Lord Clarendon seems to have been unfavourable to the proposal that private property at sea should be respected during war. No final decision was come to, and no official communication was made, and the American Government expressed a wish that all communication upon the subject should be suspended. Some time afterwards Mr. Dallas read to me a despatch of considerable length and much ability, which was addressed to Mr. Mason at Paris. In that despatch it was stated by the American Government that it was impossible that private property on board belligerent vessels should be respected at sea; but General Cass added that he considered that the right of blockade as authorized by the law of nations was a great abuse; that the only case in which a blockade ought to be permitted was when a land army was besieging a fortified place, and a fleet was employed to blockade it on the other side; but that any attempt to interrupt trade by a blockade, or to blockade places which were commercial ports, was an abuse which ought not to be permitted. That, of course, opened a still wider question. My answer to that despatch was simply that, as the war had ceased, and the treaty of Paris had been concluded, it was not advisable to continue that discussion. The proposition itself seems to me to be one of the utmost magnitude. It is, in fact, a proposal that there being two Powers, one of which has a very strong army and a strong navy, the other having an army inferior in numbers, but a superior navy, that the Power which has the superior navy should forego all the advantage to be derived from that source, and allow the contest to be decided by military force alone. (Hear, hear.) Its adoption would in the next place tend rather to prolong than to shorten wars, because one way in which a great maritime Power can act as a belligerent is to cripple the trade of its opponent. The greater its strength as a maritime Power the greater is its power to do this, and the

No. XLI. Grossbrit. 18. Febr. 1861. better its chance of bringing the war to a favourable termination. If this proposition were accepted, the whole of the power would be gone which has hitherto rendered Great Britain so formidable at sea. (Hear, hear.) In the next place, I perceive difficulties in detail which would be insurmountable. The mercantile navy of a belligerent would be free from capture, but no one could say when a number of vessels, apparently merchant ships, appeared off the coast, that they might not be used for purposes of war, and that they did not contain —

Mr. Bright rose to order. He wished to know whether the noble lord was acting regularly in going into a lengthened argument on a difficult subject in reply to a question put to him, when no other member holding different views would have an opportunity of answering him.

The Speaker. — It has always been usual to accord greater latitude to a Minister than to a private individual in answering questions which may be put to him. (Hear, hear.) Questions, indeed, are seldom addressed to private individuals. The noble lord was explaining the reason why he had not acted in the manner which the hon. member who put the question assumed that he had done. Under these circumstances the House will probably not consider that the noble lord was out of order. (Cheers.)

Lord J. Russell. — A Select Committee of this House having made certain recommendations, in, I think, very positive terms, it might be assumed that it was my duty to have acted in conformity with them, and to have taken some steps for carrying them out. I therefore ventured to explain to the House why I did not consider it prudent to adopt such measures. (Hear, hear.) I do not wish to enter further into the argument, beyond saying that I regard the question as one affecting the whole maritime power of this country (Opposition cheers), and that I think any Minister of the Crown ought to be most cautious in taking any final step.

No. XLII.

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA. — Der Staats-Secretär des Auswärtigen an die Gesandten der Vereinigten Staaten in Europa. — Die Annahme der Pariser Seerechts-Declarationen betreffend.

Department of State. Washington D/c 24th April 1861.*)

No. XLII. Vereinigte Staaten, 24. April 1861. The advocates of benevolence and believers in human progress, encouraged by the slow though marked meliorations of the barbarities of war, which have obtained in modern times, have been, as you are well aware,

*) Am 17. April hatten die s. g. Conföderirten Staaten die Ausgabe von Kaperbriefen beschlossen (St. A. No. 53) und erliessen unter dem 6. Mai die betreffende Ausführungsverordnung. (St. A. No. 55). Am 8. August beschloss der Congress zu Richmond to accept the 2d., 3d. and 4th. clauses of the (Paris) declaration and to decline to assent to the first clause thereof.

recently engaged with much assiduity in endeavouring to effect some modifications of the law of nations in regard to the rights of neutrals in maritime war. In the spirit of these movements the President of the United States in the year 1854 submitted to the several maritime nations, two propositions, to which he solicited their assent as permanent principles of International law, which were as follows: No. XLII. Vereinigte Staaten, 24. April 1861.

1. Free ships make free goods, that is to say that the effects or goods belonging to subjects or citizens of a power or state at war are free from capture or confiscation when found on board of neutral vessels, with the exception of articles contraband of war.

2. That the property of neutrals on board an enemy's vessel is not subject to confiscation unless the same be contraband of war.

Several of the governments to which these propositions were submitted expressed their willingness to accept them, while some others which were then in a state of war intimated a desire to defer acting thereon until the return of peace should present what they thought would be a more auspicious season for such interesting negotiations.

On the 16th of April 1856 a congress was in session at Paris. It consisted of several maritime powers represented by their Plenipotentiaries, namely Great Britain, Austria, France, Prussia, Sardinia and Turkey. That congress having taken up the general subject to which allusion has already been made in this letter, on the day before mentioned, came to an agreement which they adopted in the form of a declaration to the effect following, namely:

1. Paivateering is, and remains abolished.

2. The neutral flag covers enemy's goods, with the exception of contraband of war.

3. Neutral goods with the exception of contraband of war are not liable to capture under enemy's flag.

4. Blockades, in order to be binding, must be effective; that is to say, maintained by force sufficient really to prevent access to the coast of the enemy.

The agreement pledged the parties constituting the Congress to bring the declaration thus made to the knowledge of the States which had not been represented in that body and to invite them to accede to it. The Congress however at the same time insisted in the first place, that the declaration should be binding only on the powers who were or should become parties to it as one whole and indivisible compact, and secondly, that the powers, who had agreed and those who should afterwards accede to it, should after the adoption of the same enter into no arrangement on the application of maritime law in time of war whithout stipulating for a strict observance of the four points resolved by the Declaration.

The declaration which I have thus substantially recited, of course prevented all the Powers which became parties to it from accepting the two propositions, which had been before submitted to the maritime nations by the President of the United States.

No. XLII. Vereinigte Staaten, 24. April 1861.

The declaration was in due time submitted by the Governments represented in the Congress at Paris to the Government of the United States.

The President about the 14th of July 1856 made known to the States concerned his unwillingness to accede to the Declaration. In making that announcement in behalf of this Government, my predecessor, Mr. Marcy, called the attention of those States to the following points, namely:

1. That the second and third propositions contained in the Paris declaration are substantially the same with the two propositions which had before been submitted to the maritime States by the President.

2. That the Paris declarations with the conditions annexed were inadmissible by the United States in three respects, namely:

1st that the Government of the United States could not give its assent to the first proposition contained in the declaration, namely that „Privateering is and remains abolished", although it was willing to accept it with an amendment which should exempt the private property of individuals though belonging to belligerent States from seizure or confiscation by national vessels in maritime war;

2ndly that for this reason the stipulation annexed to the Declaration that the four propositions must be taken altogether or rejected altogether without modification could not be allowed;

3rdly that the fourth condition annexed to the declaration which provided that the parties acceding to it should enter into no negotiations for any modifications of the law of maritime war with nations which should not contain the four points contained in the Paris Declaration seemed inconsistent with a proper regard to the national sovereignty of the United States.

On the 29th of July 1856 Mr. Mason, then Minister of the United States at Paris, was instructed by the President to propose to the Government of France to enter into an arrangement for its adherence with the United States to the four principles of the Declaration of the Congress of Paris, provided the first of them should be amended as specified in Mr. Marcy's note to the Count de Sartiges of the 28th of July 1856. Mr. Mason accordingly brought the subject to the notice of the Imperial Government of France, which was disposed to entertain the matter favorably but which failed to communicate its decision on the subject to him. Similar instructions regarding the matter were addressed by this Department to Mr. Dallas our Minister at London, on the 31st of January 1857, but the proposition above referred to had not been directly presented to the British Government by him when the administration of this Government by Franklin Pierce came to an end on the 3d of March 1857 and was succeeded by that of James Buchanan; who directed the negotiations to be arrested for the purpose of enabling him to examine the questions involved and they have ever since remained in that state of suspension.

The President of the United States has now taken the subject into consideration, and he is prepared to communicate his views upon it with a desire to bring the negotiation to a speedy and satisfactory conclusion.

For that purpose you are hereby instructed to seek an early opportunity to call the attention of ...... Government to the subject and to ascertain whether it remains disposed to renew negotiations for the accession of the Government of the United States to the Declaration of the Paris Congress with the conditions annexed by that body to the same, and if you shall find that Government so disposed you will then enter into a convention to that effect, substantially in the form of a project*) for that purpose herewith transmitted to you — the convention to take effect from the time when the ratifications of the same shall have been exchanged.

No. XLII. Vereinigte Staaten, 24. April 1861.

It is presumed that you will need no special explanation of the sentiments of the President on this subject for the purpose of conducting the necessary conference with the Government to which you are accredited. Its assent is expected on the ground that the proposition is accepted at its suggestion and in the form it has proposed. For your own information it will be sufficient to say that the President still adheres to the opinion expressed by my predecessor Mr. Marcy that it would be eminently desirable for the good of all nations that the property and effects of private individuals, not contraband, should be exempt from seizure and confiscation by national vessels in maritime war. If the time and circumstances were propitious to a prosecution of the negotiations with that object in view he would direct that it should be assiduously pursued. But the right season seems to have passed at least for the present. Europe seems, once more, on the verge of quite general wars. On the other hand a portion of the American people has raised the standard of insurrection, proclaimed a provisional Government and through its organs taken the bad resolution to invite privateers to prey upon the peaceful commerce of the United States.

Prudence and humanity combine in persuading the President under these circumstances that it is wise to secure the lesser good offered by the Paris Congress instead of waiting indefinitely in hope to obtain the greater one offered to the maritime nations by the President of the United States.

I am etc.

Seward.

Anmerkung. — In Folge der durch diese Depesche gegebenen Anregung kam in der That ein Vertrag mit Russland zu Stande, in welchem die Vereinigten Staaten die Grundsätze der Pariser Declarationen pure anerkannten. Derselbe gelangte jedoch nicht zur Ratification, da die gleichzeitig mit England und Frankreich eingeleiteten Verhandlungen an den Schwierigkeiten der momentanen politischen Constellation scheiterten. Der

*) Der Eingang des Entwurfs lautet: — (the contracting parties) „beeing equally animated by a desire to define with more precision the rights of belligerents and neutrals in time of war — —". Der dispositive Artikel wiederholt den Wortlaut der Pariser Declaration.

No. XLII. Vereinigte Staaten, 24. April 1861.

hierauf bezügliche Schriftenwechsel zwischen Washington, Paris und London findet sich im zweiten Bande des „Staatsarchiv." Für den hier vorliegenden Gegenstand der Betrachtung sind daraus besonders folgende Stellen hervorzuheben:

1) aus einer Depesche von Seward an Mr. Adams in London d. d. 1. Juli 1861:
It remains only to say that while we would prefer to add Mr. Marcy's amendment, exempting private property of belligerents from confiscation in maritime war, and desire you to stipulate to that effect if you can, yet we are, nevertheless, ready and willing to accede to the Declaration of the Congress of Paris if the amendment cannot be obtained...

2) aus einer Depesche desselben an denselben d. d. 7. Septbr. 1861:
It is my desire that we may withdraw from the subject, carrying away no feelings of passion, prejudice or jealousy, so that in some happier time it may be resumed, and the important objects of the proposed convention may be fully secured. I believe that the propitious time is even now not distant; and I will hope that when it comes Great Britain will not only willingly and unconditionally accept the adhesion of the United States to all the benignant articles of the Declaration of the Congress at Paris, but will even go further, and, relinguishing her present objections, consent, as the United States have so constantly invited, that the private property, not contraband, of citizens and subjects of nations in collision shall be exempted from confiscation equally in warfare waged on the seas, which are the common highways of all nations....

No. XLIII.

PREUSSEN. — Minister des Auswärtigen an den königl. Gesandten in Washington. — Die Neutralität Preussens und die Behandlung der neutralen Schifffahrt betreffend.

Berlin, den 13. Juni 1861.

No. XLIII. Preussen, 13. Juni 1861.

Die verschiedenen hier eingegangenen Berichte, mittelst deren Ew. Hochwohlgeboren mich von den Ereignissen in Kenntniss setzen, durch welche der innere Frieden der Union gestört worden ist, haben meine ernste Aufmerksamkeit in Anspruch genommen. Die Hoffnung, welcher wir uns bisher so gern überliessen, den eingetretenen Conflict zwischen der Bundesregierung und verschiedenen südlichen Staaten der Union einer friedlichen Schlichtung entgegengeführt zu sehen, ist leider Angesichts der vorliegenden Thatsachen in die Ferne gerückt.

Die unzweifelhafte Thatsache des inneren Kriegszustandes, in welchem die Union sich nunmehr befindet, ist für die Königliche Regierung eine Quelle tiefen Bedauerns. Die Verhältnisse inniger Freundschaft, welche Preussen

mit der Regierung der Vereinigten Staaten verknüpfen, bestehen seit der Gründung der Union. Dieselben sind im Verlaufe fast eines Jahrhunderts durch den Wechsel der Ereignisse zu keiner Zeit gestört, in keiner Weise beeinträchtigt worden. Durch eine Reihe von Verträgen, bei denen vorzüglich die Förderung der beiderseitigen Handels- und Verkehrs-Interessen ins Auge gefasst worden ist, haben die innigen Beziehungen zwischen beiden Staaten ihre gedeihliche Befestigung gewonnen. Zu keiner Zeit hat zwischen beiden Mächten eine Collision widerstreitender Interessen stattgefunden. Der Aufschwung, welchen die innere Wohlfahrt der Union genommen hat, der von Jahr zu Jahr zunehmende Umfang der durch das Band der Eintracht aneinander geknüpften Staaten, die Machtstellung, zu welcher Nord-Amerika nach Aussen gelangte, konnte von Preussen stets ohne Missgunst betrachtet, vielmehr nur mit aufrichtigen Sympathien begrüsst werden.

No. XLIII. Preussen, 13. Juni 1861.

Um so lebhafter haben wir es zu beklagen, wenn die Fortdauer so gedeihlicher Zustände durch die eingetretene Störung der inneren Eintracht, deren bisher unerschüttertes Bestehen die sicherste Grundlage der Union gebildet hat, nunmehr in Frage gestellt erscheint. Es steht der Königlichen Regierung weder zu, die Ursachen des thatsachlichen Bruches zu erörtern, noch über die streitigen Fragen, welche lediglich innere Verhältnisse der Union betreffen, ein Urtheil fällen zu wollen. Unser grosses Bestreben wird darauf gerichtet sein, den Vereinigten Staaten gegenüber unsere bisherige Stellung auch unter den schwierigen Umständen der Gegenwart zu bewahren. Es werden jedoch durch die ernste Wendung, welche der ausgebrochene Conflict bereits gewonnen hat und durch die in Folge dessen von der Bundesregierung selbst getroffenen Massregeln in Bezug auf Blockaden und die Behandlung der neutralen Schifffahrt auch diesseitige Interessen wesentlich und empfindlich berührt, und es hat die Königliche Regierung mithin sich zur Pflicht zu machen, auf den völkerrechtlich und vertragsmässig begründeten Schutz derselben Bedacht zu nehmen.

Ew. Hochwohlgeboren befinden Sich in vollständiger Kenntniss von den Verhandlungen, welche seit einer Reihe von Jahren zwischen Preussen und den Vereinigten Staaten über die Grundsätze gepflogen worden sind, welche in Bezug auf die Rechte der neutralen Schifffahrt bei Seekriegen gegenseitig zur Anwendung zu bringen sein würden. Es bleibt das Verdienst des nordamerikanischen Cabinets, in dem uns im Jahre 1854 vorgelegten Vertrags-Entwurfe die Initiative zur Geltendmachung freisinniger, die eben gedachten Rechte in erweitertem Umfange sicherstellender Grundsätze ergriffen zu haben. Bereitwilligst sind wir damals den Vorschlägen Nordamerikas entgegengekommen, und wenn die von Ew. Hochwohlgeboren geführten Unterhandlungen ohne den erwünschten Erfolg geblieben sind, indem man dortseits Anstand nahm, auf die von uns beantragte Abschaffung der Kaperei einzugehen, so ist inzwischen doch dem allgemein empfundenen Bedürfniss, die Rechte der neutralen Schifffahrt bei Seekriegen auf ausgedehnter und unerschütterlicher Grundlage gegenseitig zur Anerkennung gebracht zu sehen, von Seiten der grossen Seemächte Europas in dankenswerther Weise Rechnung getragen worden. Die in Paris vereinbarte seerechtliche Declaration

No. XLIII. Preussen, 13. Juni 1861. vom 16. April 1856 legt hiervon Zeugniss ab. Sämmtliche Staaten Europas mit alleiniger Ausnahme Spaniens, sind derselben beigetreten. Wenn die Vereinigten Staaten von Amerika mit Rücksicht auf den ersten, die Abschaffung der Kaperei betreffenden Grundsatz zu unserm Bedauern Bedenken getragen haben, ihren Beitritt zu der Pariser Declaration zu erklären, so verkennen wir nicht die freisinnige und wohlwollende Absicht, von welcher das dortige Cabinet hierbei geleitet worden ist. Dieselbe gab sich in dem Gegenvorschlage des Präsidenten Pierce zu erkennen, wonach der Grundsatz, dass Privateigenthum zur See überhaupt unverletzbar sein solle, unter die Bestimmungen des Völkerrechts aufzunehmen sein würde. Leider ist es dem Präsidenten nicht gelungen, mit diesem Vorschlage durchzudringen; die Würdigung, welche wir ihm haben zu Theil werden lassen, ist Ew. Hochwohlgeboren hinlänglich bekannt.

Bei den hiernach obwaltenden Zweifeln über die Behandlung, welcher die neutrale Schifffahrt während des dort thatsächlich eingetretenen Kriegszustandes unterzogen werden möchte, habe ich Ew. Hochwohlgeboren zu ersuchen, diese wichtige Frage gefälligst zum Gegenstande einer freundschaftlichen und offenen Auseinandersetzung mit dem dortigen Staatssecretair machen zu wollen.

Am erwünschtesten würde es uns freilich sein, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten diese Veranlassung ergriffe, um ihren Beitritt zu der Pariser Declaration zu erklären. Sollte dies nicht zu erreichen sein, so werden wir uns zur Zeit damit begnügen, dass man dortseits eine bindende Erklärung erfolgen lässt, für die Dauer des eingetretenen inneren Kriegszustandes in Bezug auf die neutrale Schifffahrt überhaupt die Grundsätze 2 und 3 der Pariser Declaration zur Anwendung bringen zu wollen. Die Bestimmung des Grundsatzes 2, dass die neutrale Flagge die feindliche Ladung decke, mit Ausnahme von Kriegs-Contrebande, ist der preussischen Schifffahrt durch den, in unserem Vertrage mit den Vereinigten Staaten vom 1. Mai 1828 wieder aufgenommenen Artikel 12 des Vertrages vom 10. September 1785 diesen gegenüber bereits zugesichert. Wir legen jedoch besonderen Werth darauf, dass man dortseits diesen Grundsatz gegenwärtig auf die neutrale Schifffahrt überhaupt und allgemein zur Anwendung zu bringen beschliessen möge. Wir bezweifeln dies umsoweniger, als laut einer durch den Staatssecretär L. Cass unter dem 27. Juni 1859 an den Gesandten der Vereinigten Staaten in Paris gerichteten, und auch uns mitgetheilten Depesche, der damalige Präsident, ohne übrigens der Pariser Declaration beizutreten, ausdrücklich in Anspruch genommen hat, dass der Grundsatz, die neutrale Flagge deckt die feindliche Ladung (Kriegs-Contrebande ausgenommen), auch in Bezug auf die Schifffahrt der Vereinigten Staaten stets und von allen Seiten in Anwendung gebracht werde.

Was den Grundsatz 3 betrifft, wonach neutrales Eigenthum unter feindlicher Flagge (Kriegs-Contrebande ausgenommen) unverletzlich ist, so ist die dortseitige Anerkennung desselben für die neutralen Mächte ein dringendes Bedürfniss. Bleiben Zweifel bestehen, dass dieser Grundsatz zur Anwendung kommen werde, so sind die Handelsunternehmungen neutraler Staa-

ten unvermeidlichen Erschütterungen ausgesetzt, und es sind selbst Collisionen bedenklicher Art zu befürchten, deren Eintreten rechtzeitig vorgebeugt zu sehen wir wenigstens angelegentlich wünschen müssen. No. XLIII. Preussen, 13. Juni 1861.

Es wird zu grosser Befriedigung dienen, wenn Ew. Hochwohlgeboren baldmöglichst werden berichten können, dass die Eröffnungen und Anträge, mit welchen Sie nach Vorstehendem beauftragt sind, eine entgegenkommende Aufnahme gefunden haben.

Schleinitz.

Freiherrn von Gerolt, Washington.

No. XLIV.

BREMEN. — Minister-Resident in Washington an die Senatscommission für die auswärtigen Angelegenheiten. — Einen Vertrag zwischen den Hansestädten und den Vereinigten Staaten über das Seekriegsrecht, unter Aufnahme des Marcy'schen Amendements, betreffend.

Washington, 3. Juni 1861.

Am 30. v. M. habe ich die in beglaubigter Abschrift anliegende Note des Staatssecretairs Seward vom 29. v. M. erhalten, wodurch mir derselbe die am 24. April an verschiedene diesseitige Gesandte in Europa erlassene Instruction und den Entwurf einer Convention wegen unveränderter Annahme der Grundsätze der Pariser Seerechtsdeclaration von 1856 mit dem Bemerken mittheilt, dass er bereit sei, auch mit Bremen einen ähnlichen Vertrag abzuschliessen. Da die fragliche Instruction zugleich die Ansicht ausspricht, dass der Präsident auch jetzt noch dem Marcy'schen Amendement zur Pariser Declaration vor dieser selbst den Vorzug geben würde, so hielt ich es für richtig, zunächst noch mit dem Staatssecretair darüber zu conferiren, ob ein Vorschlag meiner Regierung, das fragliche Amendement in den mitgetheilten Conventionsentwurf aufzunehmen, Berücksichtigung finden würde. Herr Seward lehnte es ab, hierauf eine bestimmte Antwort zu ertheilen, und beschränkte sich auf die Erklärung, dass er allerdings die Bemerkung in Betreff des fraglichen Amendements deshalb in die Instruction vom 24. April aufgenommen habe, um den Europäischen Regierungen, die dazu geneigt sein möchten, Gelegenheit zu geben, in dieser Beziehung Suggestionen zu machen, dass aber der Hauptzweck seines Vorschlags darin bestehe, die südlichen Kaper baldthunlichst in den Augen von ganz Europa zu Piraten zu stempeln. So lange die südliche Conföderation nicht anerkannt werde, — und er möge nicht glauben, dass irgend eine fremde Regierung sich so weit vergessen könne, eine solche Anerkennung auszusprechen, — sei natürlich jeder Vertrag, den die hiesige Regierung abschliesse, auch für No. XLIV. Bremen, 3. Juni 1861.

No. XLVI. Bremen, 3. Juni 1861. die südlichen Staaten der Union bindend, und sofern solcher Vertrag Kaperei ausschliesse, werde dadurch zugleich der Stab über die von jenen Staaten ausgerüsteten Kaper gebrochen. — Obwohl der Staatssecretair keine Andeutung darüber machte, dass ein Vertrag mit Bremen und den beiden andern Hansestädten, wodurch das Marcy'sche Amendement angenommen werde, durchaus einseitig sein würde, weil die Hansestädte keine Kriegsmarine besitzen, liegt der Gedanke doch nahe, dass dieser Umstand ihn von einer bestimmten Erklärung über seine Bereitwilligkeit, die vorgeschlagene Convention solchergestalt zu modificiren, abhielt. Ich vermag darin jedoch keinen Grund zu finden, mich nicht ausdrücklich zu instruiren, auf Annahme des Marcy'schen Amendements zu insistiren, und dürfte es sich m. E. nur fragen, ob die Annahme solchen Amendements zur conditio sine qua non des Abschlusses der beantragten Convention zu machen sei oder nicht. Diese Frage vermag ich lediglich zur Erwägung zu stellen.

Auf meine Anfrage, ob eine ähnliche Mittheilung wie die anliegende für Bremen bestimmte, auch an Lübeck und Hamburg ergehen werde, erwiederte der Staatssecretair, dass das allerdings nicht beabsichtigt sei, da die hiesige Regierung keinen directen diplomatischen Verkehr mit diesen beiden Staaten unterhalte. Er werde es aber dankbar anerkennen, wenn ich veranlassen wolle, dass die fragliche Mittheilung von Bremen aus auch den beiden Schwesterstädten zugestellt werde, da er gerne bereit sei, auch mit diesen einen ähnlichen Vertrag abzuschliessen. Ich darf daher gehorsamst anheimgeben, diesem Wunsche des Staatssecretairs zu entsprechen, und wird es kaum der Bemerkung bedürfen, dass ich es mir zur Ehre anrechnen würde, falls solches für zweckmässig erachten werden sollte, die fraglichen Verhandlungen für die drei freien Hansestädte zu führen. — —

Mit ausgezeichneter Hochachtung &c.

R. Schleiden.

An die Senatscommission &c., Bremen.

No. XLV.

BREMEN. — Minister-Resident in Washington an die Senatscommission für die auswärtigen Angelegenheiten. — Bericht über den Fortgang der Verhandlungen über eine Seerechts-Convention zwischen den Hansestädten und den Vereinigten Staaten.

Washington, 16. Juli 1861.

No. XLV. Bremen, 16. Juli 1861. Das geehrte Schreiben des Herrn Senators Dr. Smidt vom 26. v. M. nebst beigefügter Vollmacht zum Abschluss einer Convention über das Seerecht in Kriegszeiten ist mir vorgestern zugegangen. Da es keineswegs unmöglich ist, dass der Congress nosh in dieser Woche oder doch in den ersten Tagen der nächsten Woche seine Sitzungen schliessen wird, so habe

ich mich beeilt, den Staatssecretair und den Vorsitzenden des Senats-Comité's für die auswärtigen Angelegenheiten trotz des Sonntags sofort aufzusuchen. Beide erklärten sich bereit, die Sache nach Möglichkeit zu fördern, und Hr. Seward bestimmte sofort zu gestern Mittag um 12 Uhr die erste Conferenz, an welcher ausser ihm auch der Director im Staatsdepartement, Hr. Hunter, Theil nahm. Ich legte den Herren die inzwischen von mir ausgearbeiteten, am Fusse dieses im deutschen Text abschriftlich hinzugefügten Amendements zu dem mit No. 66 eingesandten Vertragsentwurf der hiesigen Regierung vor. Obwohl der erste Eindruck, den meine Vorschläge hervorbrachten, günstig zu sein schien, konnte ich mich doch nicht wundern, dass der Staatssecretair dieselben näher zu prüfen wünschte, ehe er eine bestimmte Erklärung abgebe, und mich deshalb aufforderte, der hier in solchen Fällen üblichen Form gemäss, eine Note an ihn zu richten, in welcher ich ihn von der Bereitwilligkeit meiner Hohen Regierung, auf die fraglichen Verhandlungen einzugehen, in Kenntniss setze und mit der ich zugleich einen vollständigen Vertragsentwurf überreiche. Bereits gestern Nachmittag bin ich dieser Aufforderung zu entsprechen im Stande gewesen. Einer Erwiederung auf meine Note, in welcher ich zugleich, in Gemässheit der Instruction vom 26. v. M. der voraussichtlich nahe bevorstehenden Nachfolge Lübecks und Hamburgs erwähnt habe, wurde ich keinenfalls vor Abgang der heutigen Post entgegensehen können.

No. XLV. Bremen, 16. Juli 1861.

Zur Motivirung meiner hierbei erfolgenden Vorschläge erlaube ich mir, hier nur Folgendes zu bemerken:

1. Den Gedanken, welchen die neue Einleitung zum ersten Artikel ausspricht, und der mir namentlich mit Rücksicht auf die geringe Machtstellung der freien Hansestädte ganz am Platze zu sein scheint, habe ich dem Entwurf eines ähnlichen Vertrags entnommen, welchen der vormalige Staatssecretair Marcy im Februar 1857 *) verschiedenen Europäischen Regierungen zur Annahme vorschlagen liess.

2. Der Wortlaut des dem pass. 1 des Artikels I hinzugefügten Marcy'schen Amendements ist aus dessen berühmter Note an den Grafen Sartiges vom 28. Juli 1856 (No. V.) aufgenommen. Nur darin bin ich davon abgewichen, dass ich statt „on the high seas“ einfach gesagt habe: „on sea“, um solcher Gestalt auch jeden Zweifel darüber auszuschliessen, das Privateigenthom auf See auch noch im Angesicht der Küste vor Wegnahme gesichert sei.

3. Die am Schluss des pass. 4 hinzugefügte Bestimmung, dass kein Schiff wegen Blokadebruchs condemnirt werden solle, wenn es nicht vorher von dem Blokadegeschwader abgewiesen worden, entspricht den bisher von der hiesigen Regierung befolgten Grundsätzen und ebenso unzweifelhaft dem Interesse des neutralen Handels. — Ich habe daher, obwohl in dieser Beziehung ohne ausdrückliche Instruction kein Bedenken tragen können, den Versuch zu machen, diesen Grundsatz vertragsmässig zugesichert zu erhalten.

*) Vergl. No. V, Anhang.

No. XLV. Bremen, 16. Juli 1861.

Da die vier Bestimmungen der Pariser Declaration vom 16. April 1856 wörtlich in den vorliegenden Entwurf aufgenommen sind, können die erwähnten Zusätze ad 1 und 4 den Mächten, welchen diese Declaration ihren Ursprung verdankt, unmöglich Grund zur Beschwerde geben. — — —

Die in der Marcy'schen Note vom Juli 1856 angeregte nähere Feststellung des Begriffs der Contrebande und Beschränkung des Untersuchungsrechts, so wie die Frage wegen Ankaufs von Schiffen eines Kriegführenden nach erfolgter Kriegserklärung habe ich, so wünschenswerth eine vertragsmässige Regelung dieser Verhältnisse auch erscheint, für jetzt nicht zur Sprache bringen zu dürfen geglaubt, da ich mich in dieser Beziehung ohne nähere Instructionen befinde und überdies Gefahr laufen würde, dadurch den Hauptzweck der mir übertragenen Verhandlungen zu gefährden. Ich glaube übrigens im Sinne Einer verehrl. Senatscommission zu handeln, wenn ich, falls mir, wie ich hoffe, der Abschluss der zur Verhandlung stehenden Convention gelingt, nach Unterzeichnung derselben sofort darauf aufmerksam mache, wie wünschenswerth eine baldige vertragsmässige Erledigung auch dieser Fragen sein würde. Sollte der gestern im Repräsentantenhause gefasste Beschluss, die Sitzungen bereits am Freitag, den 19. zu schliessen, die Zustimmung des Senats erhalten, und letzterer nicht etwa noch einige Tage zur Erledigung executiver Geschäfte zusammenbleiben, so wird es allerdings sehr fraglich sein, ob sich bis dahin der Abschluss und die Ratification des vorliegenden Vertrags durchsetzen lässt.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

R. Schleiden.

An die Senatscommission &c., Bremen.

Beilage. — Vertragsentwurf. —

Artikel I.

Die hohen contrahirenden Theile kommen hierduch überein, die nachstehenden Grundsätze als unabänderliche Regeln des Seerechts zu beobachten, sowohl unter sich als anderen Mächten gegenüber, welche dieselben mit Beziehung auf die vertragschliessenden Theile anerkennen und beobachten werden.

1. Die Kaperei ist und bleibt abgeschafft, und soll das Privateigenthum der Bürger und Unterthanen eines Kriegführenden auf See, mit Ausnahme der Contrebande, von der Wegnahme durch öffentliche Kriegsschiffe des andern Kriegführenden befreit sein.

2. — — — — — — — — — — — — — — —

3. — — — — — — — — — — — — — — —

4. Blokaden müssen, um bindend zu sein, effectiv sein; das heisst, durch eine Macht aufrecht erhalten werden, welche ausreichend ist, den Zugang zu den Küsten des Feindes wirklich zu verhindern, und soll kein Schiff des Bruchs einer effectiven Blokade für schuldig erkannt werden, es sei denn vorher von dem Blockadegeschwader abgewiesen worden. No. XLV. Bremen, 16. Juli 1861.

No. XLVI.

BREMEN. — Minister-Resident in Washington an die Senatscommission für die auswärtigen Angelegenheiten. — Die Gefährdung des Abschlusses der Seerechtsconvention betreffend.

Washington, 19. Juli 1861.

Am 16. d. Abends habe ich das geneigte Schreiben des Herrn Senators Dr. Smidt vom 28. v. M. nebst beigefügter Vollmacht des hohen Senats von Lübeck und am folgenden Morgen mittelst Schreibens des Herrn Syndicus Dr. Merck vom gleichen Tage auch die Vollmacht des hohen Senats von Hamburg zum Abschluss der Seerechtsconvention zu empfangen die Ehre gehabt. Als ich wenige Stunden später dem Staatssecretair Seward eine sofort entworfene Note, wodurch ich ihn davon benachrichtigte, so wie zur Beschleunigung der Verhandlungen eine neue, die drei freien Hansestädte umfassende Ausfertigung des Vertrages persönlich überbrachte, fand ich ihn sehr präoccupirt. Er war beschäftigt, die Correspondez über die Beziehungen zu England und Frankreich durchzusehen, deren Vorlage das Repräsentantenhaus am 15. d. verlangt hat, und es war evident, dass die Möglichkeit eines ernsten Zerwürfnisses mit England in Folge des mit meinem anderweitigen Bericht von heute eingesandten Gesetzes wegen Schliessung der südlichen Häfen, worüber er mir bereits am 16. d. in einer Soirée beim Präsidenten gesprochen hatte, ihn beunruhigte. Er bat mich, es zu entschuldigen, dass er die wichtige Frage, welche mich zu ihm geführt, nicht sofort eingehend mit mir besprechen könne, erwähnte aber nicht, dass er dem Präsidenten bereits über meine erste Note vom 15. d. Vortrag gehalten habe. Dennoch scheint dies der Fall gewesen zu sein, denn die vom 17. d. datirte, mir jedoch erst gestern Morgen zugegangene Note, von der ich nicht ermangele, Abschrift hierneben anzuschliessen, lässt meine zweite Vorstellung unerwähnt. Eine verehrl. Senats-Commission wolle aus dieser Note ersehen, dass und aus welchen Gründen Herr Seward Namens des Präsidenten die mir übertragenen Verhandlungen über das Marcy'sche Amendements für jetzt und jedenfalls bis nach dem Schluss der Congresssitzungen hinausschieben zu müssen erklärt. Da mir bekannt ist, dass diese Angelegenheit noch nicht im versammelten Cabinet zur Sprache gebracht ist, so habe ich sofort mittelst der abschriftlich hinzugefügten Erwiederung eine nochmalige Erwägung der Angelegenheit (reconsideration) beantragt und mich bereit erklärt, eventuell No. XLVI Bremen, 19. Juli 1861.

No. XLVI. Bremen, 19. Juli 1861.

die fragliche Convention nach Massgabe des von hier aus mitgetheilten Entwurfs abzuschliessen. Ich erlaube mir, auf diese Note Bezug zu nehmen. Ich habe die darin angeführten Gründe in mündlicher Unterredung mit dem Staatssecretair, dem Unterstaatssecretair und Herrn Hunter weiter entwickelt und verstärkt, auch im Uebrigen alle mir zu Gebote stehenden Mittel in Bewegung gesetzt, um resp. durch andere Mitglieder des Cabinets, einflussreiche Senatoren und meinem Preussischen Collegen, Herrn v. Gerolt, eine geeignete Pression auf den Präsidenten und Herrn Seward auszuüben. Bis jetzt haben diese Schritte jedoch noch nicht den gewünschten Erfolg gehabt. — — —

Mit ausgezeichneter Hochachtung

R. Schleiden.

An die Senats-Commission &c., Bremen.

No. XLVII.

Bremen. — Minister-Resident in Washington an die Senatscommission für die auswärtigen Angelegenheiten. — Das definitive Scheitern des Abschlusses der Seerechtsconvention betreffend.

Washington, 22. Juli 1861.

No. XLVII. Bremen, 22. Juli 1861.

Einer verehrl. Senatscommission bedauere ich anzeigen zu müssen, dass die hiesige Regierung es nunmehr definitiv abgelehnt hat, schon jetzt mit den freien Hansestädten oder irgend einem anderen Staate einen Vertrag über den Beitritt der Vereinigten Staaten zur Pariser Seerechts-Declaration, mit oder ohne Amendements, abzuschliessen. Zwar bin ich z. Z. noch nicht mit einer schriftlichen Erwiederung auf meine eingesandte Note vom 18. d. versehen; aber in längerer Conferenz hat mir der Staatssecretair Seward vorgestern entwickelt, dass politische Rücksichten der ernstesten Art es unmöglich machten, die von hieraus vorgeschlagenen Verhandlungen sofort zum Abschluss zu bringen. Er liess dabei deutlich durchblicken, dass diese Rücksichten wesentlich in der Besorgniss bestehen, dass Englands Verhalten zu der hiesigen innern Krisis einen Krieg unvermeidlich machen könnte, und dass es deshalb unpolitisch sein würde, gerade in diesem Augenblicke irgend einem Staate gegenüber auf die gefährlichste Waffe der Vereinigten Staaten in solchem Kriege, die Kaperei, Verzicht zu leisten. Er sprach zugleich die Hoffnung aus, dass sich die Verhältnisse bald in einer Weise gestalten würden, die es gestatte, die Verhandlungen wieder aufzunehmen und den Wünschen meiner hohen Vollmachtgeber entsprechend zu Ende zu führen. Ein Beweis dafür, dass Herr Seward an den in seiner Instruction vom 24. April d. J. ausgesprochenen Ansichten festhält, liegt auch darin, dass er sich noch am 16. d.

in einer, in Veranlassung der bekannten Depesche des Freiherrn von Schleinitz an Herrn von Gerolt vom 13. v. M. an Letztern gerichteten Note bereit erklärt hat, auch mit Preussen einen Vertrag auf dieser Basis abzuschliessen.... No. XLVII. Bremen, 22. Juli 1861.

R. Schleiden.

An die Senatscommission &c., Bremen.

No. XLVIII.

GROSSBRITANNIEN. — Aus der Unterhaussitzung vom 11. März 1862, betreffend eine Motion von Mr. Horsfall auf Aenderung des unbefriedigenden Zustandes des Seekriegsrechts.

No. XLVIII. Grossbrit. 11. März 1862.

Mr. Horsfall said: His object in mooting the question was to show the very unsatisfactory condition in which the International Maritime Law now was. In the early part of Last Session he had inquired of the noble Lord the Foreign Secretary what steps the Government had taken to carry out the recommendations of the Shipping Committee of the preceding year on that subject. The noble Lord frankly declared that the Government had done nothing, and left it to be inferred that they intended to do nothing. It would be readily supposed that such a reply was anything but satisfactory to those who took an interest in the subject; they felt that the recommendations — the unanimous recommendations — of a Committee of that House, which had sat during a whole Session, and had been presided over by the right hon. Gentleman the President of the Board of Trade, were deserving of greater consideration than had apparently been given to them. Without wearying the House with the past History of International Maritime Law, he would remind them that antecedently to 1854 there could be no question but that privateering was recognised as a principle of International Law; that neutral goods on board vessels belonging to subjects of a belligerent Power were liable to capture; and that goods the property of subjects of a belligerent Power on board neutral ships were also liable to capture. That state of law was felt to be a great hardship, and in that year his right hon. Friend the President of the Board of Trade, then unfettered by the restraints of office, brought forward the subject in one of those spirited speeches with which he sometimes favoured the House, and by his Motion sought to commit the House and the Government to the principle that a neutral flag should make neutral goods. His right hon. Friend did him the honour to ask him to second the Motion, which he did with pleasure, and at the same time he took the occasion to urge on Her Majesty's Government the necessity for the abolition of privateering. The noble Lord the Foreign Secretary stated that in a short time a public document would be issued declaring the views of the Government. In a fortnight from that time his right hon. Friend the

No. XLVIII. Grossbrit. 11. März 1862. President of the Board of Trade had the satisfaction of seeing an Order in Council issued, from which he would read an extract. The Order in Council of the 24th March 1854 was the first step towards Liberal Legislation in regard to International Maritime Law. Two years afterwards — namely in 1856 — the Conference took place at Paris. The Conference agreed in the four Declarations. It was right to say that nearly every other Power afterwards gave in its adhesion to the Declarations of Paris except the United States of America. Assuming the principles contained in those Declarations to be now acknowledged Maritime Law, the questions which naturally presented themselves were, what would be its effect in the event of War? What had been its effect in time of Peace? Shipowners and importers of produce were at least men of common sense, and they would not ship a single package of goods in a vessel liable to capture if they had the opportunity of shipment in a vessel not liable to capture. The operation of the law in the event of a war, say with France, would be that every British ship must be laid by in port. No shipper of goods would ship in vessels of belligerents when he had the power of shipping in neutral vessels. Every British ship would be laid by in dock while neutral vessels would obtain greatly enhanced freights. Worse still, British seamen would be drafted from British ships lying up, not into Her Majesty's Navy, but into neutral vessels, which could afford, and would afford, to pay a much higher rate of wages than had been, or would be, paid in the Royal Navy. Such would be the result of the present law in the event of war, and it was a most serious matter to the shipowner, the manufacturer, and the country at large. But what had been already the effect of the law in time of peace? Those who were acquainted with the shipping interest of the country knew full well what had occured upon the mere rumour of war. A short time ago, when it was thought England might be involved in the war between France and Austria in Italy, however improbable the rumour might be, yet the moment it reached distant ports — such as Canton or Calcutta — a second-class American vessel was able to get freights at a 50 per cent higher rate than a first-class British ship could obtain. That was a very important point. * * * It had been truly said that the question was of great national importance, not affecting merely our shipping, our commerce, or our manufactures; in that opinion he entirely agreed. It was a question of the most vital importance. What would be the case of our merchant ships in time of war if they were not laid up in dock? In case of war merchant ships required a convoy, and would not that convoy be much better employed in fighting the enemy? As a question of finance, then, the matter was of very grave importance, and one to which the Chancellor of the Exchequer, he thought, might direct his attention with advantage. He would not go into the subject as a question of humanity, though much might be said from that point of view. But it was said by many — and some of his hon. Friends near him were of that opinion — „Oh, make war as calamitous as you can, and you would then be able to bring it to a speedy conclusion.“ But he was happy to think that that was not the feeling of those whom he had the

honour to represent, of the country, nor of Her Majesty, as appeared from the Order in Council which he had just read.*) * * * He had heard it said that naval officers would not like to be deprived of their prize money, and that there would be no encouragement to young men to enter the navy if the course which he was advocating should be adopted. But he would not insult our naval officers by supposing for one moment that they were actuated by such sordid and unworthy motives. He could speak for those whom he had the honour of knowing, and it was a libel upon them to say so. They all knew, that so far from there being a difficulty in obtaining officers for the navy, there were hundreds and thousands who could not get into it. But, even supposing that Her Majesty's naval officers were actuated by such sordid motives, was not prize money virtually given up in 1856, when the Declaration of Paris was agreed to? Well, they were told by many that there was no use in entering into treaties, because there would be an end of all treaties when war broke out. But what he would propose was not an ordinary treaty; it would be the same as the Declaration of Paris, it would not be abrogated by war; it was an agreement as to the mode in which war should be carried on. * * *

No. XLVIII. Grossbrit. 11. März 1862.

Mr. Cobden seconded the Resolution. Motion made, and Question proposed, „That the present state of International Maritime Law, as affecting the rights of Belligerents and Neutrals, is ill-defined and unsatisfactory, and calls for the early attention of Her Majesty's Government."

The Attorney General: The concession made by the Declaration of Paris in favour of enemy's goods being protected by the neutral flag was, as its terms denoted, a concession desired by and made to neutrals. But the universal exemption from capture which the hon. Member desired, would not be a concession to neutrals at all; neutrals did not desire it; they would rather continue in possession of that actual or supposed monopoly which the hon. Member had pointed out. Such a change in the law as would enable an enemy in time of war to carry in safety between his own ports and the ports of neutrals, or the ports even of the other belligerent, his own goods in his own ships, would not only go beyond anything which had been proposed and discussed in modern times, but would very much exceed any relaxations in the rigour of the Maritime Code which, as far as he was aware, had been suggested by any of the writers of admitted authority on international law. He did not say that because a proposition was novel it was not true or not entitled to serious consideration; but the subject was certainly one calling for much deliberation, especially when it was remembered that nothing could follow from a mere expression of opinion by that House. Whatever was done must be accomplished not by a single Government or Cabinet, but by the concurrence of all those nations which were, or aspired to be, powerful at sea, and which had consequently an interest in the subject in common with ourselves. He had stated, that the doctrine advocated by the hon. Gentleman was novel, but he would so far correct himself as

*) Betreffend die Behandlung der Schifffahrt während des russischen Krieges.

No. XLVIII. Grossbrit. 11. März 1862. to say, that it appeared from a statement by Benjamin Franklin, that in a treaty entered into between the United States and Prussia, in 1785, an article was inserted in accordance with what Franklin called his „Quaker notions," it being agreed that the merchant ships of the contracting parties should not be liable to capture; but that article was not inserted in the renewed treaty in 1799 between the same Powers, and certainly from that time down to the present he was not aware of any serious proposition having been made between any two nations thus to mitigate the rigours of the maritime law.

Mr. Liddell: The hon. and learned Member complained that his hon. Friend (Mr. Horsfall) had limited his argument to that portion of this great question which had more immediate bearing on the shipping interest. He agreed with him in that regret; but when the hon. and learned Gentleman went on to state that the maritime law was not involved in any doubt or obscurity, he would ask him whether he thought that the law of contraband was settled at the present moment? Was it not rather involved in doubt and obscurity? And so of the law of blockade, was not that obscure and doubtful? Was not also the question of what was and what was not a privateer a matter of discussion among the learned? Well, all these questions would most properly form topics of discussion iu a congress, should one be called for the purpose. Doubtless there were conflicting feelings on the subject of international law. The remembrance of what they had done in past days in support of this naval supremacy weighed much on the mind of England; but the rights of civilization and humanity would inevitably be brought into conflict with the special interests of this country. He did not wish to deal with the subject under discussion on Utopian notions, but rather on the principles of common sense and what he believed to be the true interests of the country. By the declaration of Paris they no doubt made a great concession. They virtually permitted the enemy to carry on his trade during war, provided he did not do it in his own ships. That concession necessarily told most against the country with the greatest mercantile marine. In the event of our going to war our commerce must be carried on, not in our own ships but in the vessels of neutrals; and our marine would be depreciated in value to an extent which could not be estimated, and it would probably be reduced during war to a state of total inactivity. At the very moment when we had with difficulty constructed a naval reserve to supply the navy, the prospect of receiving higher wages abroad held out to every man in that reserve a direct premium to leave our service and enlist under a foreign flag. Such was the necessary result of the position in which we now stood. The noble Earl the Foreign Secretary, who had of late conducted affairs with so much ability and with satisfaction to the country at large, had thus spoken of the declaration of Paris, no longer ago than July, 1857. A debate having arisen on a Motion by the hon. Member for Sunderland, the noble Earl (Earl Russell) said: „I am afraid that we must be bound by the declaration. I am afraid that the consequences are so serious as to show that such a declaration was very imprudent, and I cannot but agree with the hon. Gentleman (Mr. Lindsay), that England ought to preserve her maritime

superiority * * * The whole matter is most unsatisfactory and most grave in its bearing upon our maritime supremacy * * * The state of this question is to mè very alarming; but I do not see that a breach of faith would at all mend our position.“ (No. XII.) In that view he perfectly agreed with the noble Lord, but it was a position we had taken in the face of Europe, not with the consent of one, two, or three Powers, but of almost all the Powers of Europe, who, if we attempted to recede from that position, would inevitably form themselves into a combination to defend the principle, and we should see ourselves ranged singlehanded against a long list of nations. We should see a new „armed neutrality“ more powerful than its predecessors. If we were at war with a European Power, America would remain neutral. She always refused to mix herself up in European politics, and in the event of our being at war she would monopolize the carrying trade of this country, as she did during the last war with France. Then came the question, as we could not recede from our present position, what were we to do? He replied, that having abandoned our former position for which we had always fought so stoutly, we ought to go on and seek to derive the full benefit which might be presumed to spring from the concession we had made. It was a concession made by a stronger Power to a weaker. As a great authority on the matter had remarked, the stronger Power could always protect its own commerce; it was only the weaker that required the treaty protection. We should then proceed to the adoption of a course of amelioration, of mitigation of the asperities of war, which pressed not on the governing classes who were responsible for the war, but on their unoffending subjects, the shipowners and merchants engaged in commerce. It was for the interests of England that we should carry on our commerce during war in our own ships; and he thought we should take steps to relieve the shipowner from the ruin which overhung him at the present moment. The importance of the subject, however, was not confined to the shipping interest. England was the workshop of the world. She was dependent upon the raw produce of foreign countries, for she did not grow the staples of her manufactures herself. England had agreed to allow trade to be carried on by neutrals in time of war. He wanted to go further, and say, „We will carry it on in our own ships.“ Why, he would ask, should they take care solely of the interests of the neutral? Why not, on the contrary, leave the neutrals to take care of themselves? We had to maintain a most severe and sometimes unequal contest with foreign nations for our manufacturing superiority, and anything which tended to their advantage might most materially turn the scale against us. Who had given the greatest impulse to the manufactures of New England? It was England, by her mistaken policy in going to war with America, and her absurd replies to the Berlin decrees of Bonaparte. It was England, by her retaliatory Orders in Council. That course deprived her of £ 11,000,000 to £ 12,000,000 of exports a year, which were conveyed by Americans not only to their own but to foreign markets. By way of retaliation to the Berlin decrees, England issued Orders in Council, not only inconsistent with the laws of nations, but which arrayed against her

No. XLVIII. Grossbrit. 11. März 1862.

every friendly Power. Coming down a little later, what did they do in the Russian war? They went to war with Russia in 1854. The first thing they did was to blockade the Baltic with a gigantic and expensive fleet, under pretence of distressing the enemy by cutting off the supplies which she furnished of raw material. They took a number of her ships, belonging chiefly to the poor inhabitants of the Baltic seaboard, and laden with articles of necessity to them, burnt an immense quantity of property which belonged chiefly, he believed, to English owners, and sold the ships for a miserable sum of money. These were deeds that no English sailor was proud of. But did they stop Russian commerce? Why, the whole of the linseed and the flax, and the tallow, and the hemp, the raw materials from Russia which England most needed, were conveyed through neutral ports and arrived in this country at enhanced prices, which the consumer had to pay in consequence of the circuitous route which they had been obliged to travel. The doctrine which lay at the root of their present maritime law was, that a strong belligerent should, by means of its supremacy at sea, harass and weaken the enemy; but by admitting foreigners to the colonial and coasting trades, they had rendered it impossible for them in future to act upon that principle without, in time of war, handing over the whole of their commerce to the ships of other countries. For all these reasons they must go forward and recognise the principle for which his hon. Friend had contended — the granting of immunity to private property at sea. It was not only America that had declared in favour of that principle; Russia, France, and the Chambers of Commerce of Hamburgh and Bremen, which might be supposed to represent the feeling of Germany, had all expressed their willingness to accept it; and it must be presumed that Holland, from which State first emanated the demand that free ships should make free goods, would not refuse to accede to it. He did not wish to precipitate the House into a hasty decision on international maritime law, but he would suggest that a Congress should be called for the purpose of discussing the questions which had been adverted to, and of ascertaining the views and feelings of the various Powers. Of course, each country ought to enter such a Congress with a desire to promote, not any special interests of its own, but the general welfare of mankind and the progress of commerce. England might initiate the proposal of a Congress with an evident sincerity and good faith which no one could doubt, and with every prospect of success. By the Declaration of Paris, privateering had been condemned as piracy, paper blockades abandoned, and the sanctity of the neutral flag recognised. They had relinquished the substance; and let them therefore seek no longer to retain the shadow, and thus reject the opportunity of protecting from wrong and robbery the property of the peaceful trader.

Mr. Baillie Cochrane said, he gathered from the discussion that there was a general opinion that the Declaration of Paris in 1856 was a great blunder. („No," and „Hear, hear!) That was certainly the impression conveyed by the speeches of his hon. Friend and of the hon. and learned Gentleman opposite. But it was a singular argument that because we committed

a mistake in 1856 we were bound to go on in the same course of error, and to take another step towards abandoning the supremacy of England upon the seas. His principal object in rising, however, was to remove an erroneous impression from the mind of his hon. Friend who had just sat down with regard to the opinion of the noble Earl the Secretary for Foreign Affairs upon the subject. Now, he (Mr. B. Cochrane) wished to refer to a speech of the noble Earl's which bore exactly on the point under discussion. It was delivered on March 9, 1857. In that speech he said — „Since that time the Secretary of State of the United States has proposed to go a step further than this treaty — that Great Britain should agree that all merchant vessels should be free from capture during time of war. It appears to me, I own, that although this proposal carries with it an air of philanthropy, it is one which would not tend to prevent war, and which, if it did not tend to prevent war would greatly cripple the energies of this country in time of war. It is obvious, in the first place, that one reason why foreign nations are unwilling to go to war with this country is, that they feel that their commerce is sure to be seized, and that all the valuable property which they may have at sea is sure to fall into the hands of our cruisers as soon as war is declared. If, on the contrary, they were sure that all their merchant vessels would be allowed to pass in safety, one great reason for remaining at peace would be taken away. . . . My impression is, that if we were to agree to that proposal, our being a great naval Power would be of no use to us in time of war.“ No. XLVIII. Grossbrit. 11. März 1862.

The noble Earl was followed by the late Sir Charles Napier, who expressed the hope that this country would not abandon its maritime rights by allowing other nations to carry on their commerce without restriction during a period of war. It was universally agreed that the Declaration of Paris was unfortunate; and how it could have happened that the Earl of Clarendon should have been allowed to perpetrate such a tremendous blunder, striking as it did at the naval supremacy of this country, without Parliament having the opportunity of giving an opinion, seemed to him perfectly incomprehensible. The hon. Gentleman who had made the Motion talked of war as though it was to be carried on in kid gloves. * * * Now, what would be the effect on their naval officers? He did not mean with regard to prize money; but there was another view which had not been considered. It was not an uncommon thing during war for British officers after capturing a vessel to burn her to avoid weakening their own crews. That was an energetic mode of carrying on war. But under the new Declaration of Paris, if the ship happened to contain £ 100,000 worth of neutral goods, the officers would not venture to destroy the ship, as they might be liable to action for the value of those goods. It was to their naval supremacy that they owed the development of their commerce and the adoption of the Motion of the hon. Member for Liverpool would go far to deprive them of that advantage. After all, however, he believed that in the event of war they would not allow themselves to be trammelled by such declarations. * * * The Declaration of Paris was much to be regretted,

No. XLVIII. Grossbrit. 11. März 1862.

but he should regard the adoption of the Motion of the hon. Member for Liverpool as a still more unfortunate event.

Sir George Bowyer said, the real question before the House might be shortly stated. When a man marched at the head of an army into a country and conquered it, he did not interfere with private property. The rule of international law put him in possession of the government of the conquered country, but it did not entitle him to interfere with the rights of private property. It was difficult to understand why the same rule should not prevail with respect to naval warfare.

* * *

Sir George Lewis: Sir, there have been many occasions on which the rights of neutrals and belligerents with regard to maritime war have been agitated in Europe. In the first place there was the celebrated armed neutrality of 1780; but the principles laid down in that year by Russia and concurred in by other Powers were entirely confined to the neutral flag covering enemy's goods, and also mainly, I think, to the question of blockades; but I feel confident, that if any Gentleman will examine the negotiations, the conventions, and treaties of that period, he will not find a single trace of the principle that a belligerent is not to be permitted to capture the ships or goods of his enemy. Then there is the armed neutrality of 1800, when the same question was again revived, and again there is a total absence of such an assertion; and the reason is perfectly obvious — the armed neutrality of both those years was a representation of the interests of neutrals. Neutrals have no interest in the principle which the hon. Member recommends to the acceptance of the House. One hon. Gentleman, indeed, who spoke, treated this question as one involving the interests of neutrals; but it is impossible to conceive a greater mistake. Neutrals, so far as they have any interest, have an interest directly the opposite. If they wished to become the carriers of the world, they would naturally wish that the mercantile marine and goods of the belligerents should be exposed to risk. Therefore, I say, neutrals as such, have no interest in the question.

Then there is another reason why, on the occasions to which I have referred, the armed neutrality did not start this question. Those who advised that state of affairs were persons acquainted with the principles and elements of international law; but I must be permitted, with great respect to the hon. Gentleman, to say that his speech seemed to overlook the most fundamental doctrines of international law, because you may make a compact with a neutral state that in time of war you will respect the neutral flag. For instance, we have now a compact with France and other continental Powers that we will act on the principle that the neutral flag covers the enemy's goods, so that if we were to seize American goods under the French flag, we should be guilty of a violation of our engagements with France. Therefore by international law you can make a valid engagement with respect to the principle that the neutral flag covers enemy's goods; but when you go to war with a nation, war puts an end to all treaties and engagements in the nature of a treaty. Therefore if we had unfortunately, a short time

ago, found ourselves involved in hostilities with the United States, and if we had previously had a treaty with the United States recognising the principle that belligerents were to spare one another's mercantile marine, the very act of war would have put an end to that treaty, and it would have been in the discretion of either Power whether or not they would act on that principle. Suppose you make such an engagement, how are you to rely on the honour of a belligerent observing it, because by uninterrupted practice or by the concert of all civilised nations you may alter all the principles of international law? It is conceivable for example, that by the general agreement of nations the principle for which the hon. Gentleman contends might be established, but it is inconceivable that a treaty between two belligerents which is in derogation of the general principles of international law should bind them during the continuance of war. An hon. Gentleman referred to the Declaration of Paris; he said it was not a treaty but a declaration, and therefore it must be binding in the event of war. Now, I entirely dispute that inference or statement. I presume he means to say that it is binding in respect of neutrals in time of war. No doubt we are bound in respect of France or Russia if we are at war with the United States; but it is an absurdity to suppose, that if we were at war with France or Russia, it would have any binding effect upon us, except in regard to our honour. All I say is, it is not binding by international law. We are not bound to assert extreme belligerent rights, but without any such treaty we might say we will not capture the mercantile marine of an enemy. The hon. Gentleman the Member for Honiton (Mr. B. Cochrane) spoke with great censure of the Declaration of Paris, and said we were in such a position, that we must either advance or recede — that our present position was untenable. We had made a declaration restrictive of our power of carrying on a maritime war, and we should find it necessary to violate that engagement. He forgot that before the Crimean war by proclamation we modified our belligerent rights. The hon. Member for Liverpool read from the Proclamation the passages which were equivalent to the Declaration of Paris — therefore when the war was ended and the question of neutral rights was raised in Paris, it seemed the proper and natural course for our Plenipotentiary to agree to this principle, which had been consecrated by the Executive Government at the commencement of the war, of which Parliament had full notice, and to which Parliament had at no time objected. If it had been thought that the principle that the neutral flag shall not cover the goods was essential to the effective conduct of maritime war by this country, why was it abandoned at the commencement of the Crimean War, and no voice raised against it during the continuance of that war? The hon. Gentleman overlooked that important element.

No. XLVIII. Grossbrit. 11. März 1862.

The hon. Member for Northumberland (Mr. Liddell) did not altogether seem to approve of the *modus operandi* of the hon. Gentlemann who made this Motion; he seemed to be aware that there was some difficulty in establishing a binding engagement between two belligerents; buth with respect to the case of Amerika the hon. Member said that the Government of the

No. XLVIII. Grossbrit. 11. März 1862. United States is willing to assent to this principle combined with certain others. But if the United States of America approve so highly of the principle of not capturing enemy's ships and goods, why do not they establish that principle with respect to the Southern States? Here is a fine opportunity for the Government of Washington, to act on that principle. There is a war actually waging in which they are involved, why not act on that principle at once? No doubt it is said that the Southerners are rebels, but in the exchange of prisoners and in the matter of the blockade they have, after much unwillingness on the part of the United States Government, been treated in all respects as belligerents. If that be the case, why does not the Government of Washington show its forbearance in not capturing enemy's goods? I strongly suspect that the exasperation which exists between those two contending Powers renders any such forbearance utterly impracticable. The hon. Member for Northumberland, however, seems not altogether to trust to this plan of mutual forbearance by belligerents during war, and he proposes that England should call a Congress. (Mr. Liddel: Invite a Congress.) Well, that we should invite the nations of Europe to meet in Congress, and that we should submit to this Congress the question raised in to-night's debate. But, then, he annexed a condition which, I am afraid, if strictly fulfilled, would render the convening of the Congress a somewhat remote event, because he said that it was a necessary condition that the parties composing the Congress should not be actuated by any special or national interests, but have solely in view the general good of mankind. My little acquaintance with the history of Congresses does not lead me to anticipate that it is extremely easy to form a Congress upon that condition, and I am afraid if we wait until a Congress be formed in which the members are wholly regardless of the interests of their own respective nations, and are devoted to promoting the universal happiness of the world, the meeting must be postponed until the Greek Kalends. The hon. Member's proposal, no doubt, is a philanthropic and well-meant proposal, but it only shows the difficulties with which the subject is encumbered, and the necessity of further consideration before the House can, with any propriety, agree to the adoption, I will not say of the hon. Member's Resolution, but of a Resolution embodying the result of his arguments. As to the Resolution, I really do not know that I feel any difficulty in saying that any branch of international law is ill-defined, because every branch must be ill-defined, as it is not law laid down by any Legislature, and is only to be collected from the decisions of the courts of different countries, and the writings of different text writers. In a certain sense international law may always be said to be ill-defined. At the same time I really believe, that if any part of international law is better defined than another, it is the question relating to procedure in seizing different classes of goods belonging to different nations; and particularly since the Declaration of Paris.

There is another part of the question, upon which the hon. and learned Baronet the Member for Dundalk (Sir George Bowyer) much insisted, and which I know has been often brought forward in discussion. It

is mentioned in an able pamphlet, which I have no doubt many hon. Members have read, and unless it receives eximination, is calculated to make an impression on the mind — I allude to the statement that we ought to assimilate the laws of maritime to the laws of land warfare. If the House will permit me, I will examine for a few moments what weight is due to that argument. It is said, in the first place, that all private property is spared in land warfare. I must begin by meeting that assertion by a most formal denial. I say that by the laws of land warfare, as recognised by the most civilized nations, and according to the most recent practice, private property is not respected. It is respected only so far as it suits the present convenience of the belligerent armies. I believe there never was an army under more strict discipline, in which the commander was less disposed to permit excesses by the soldiery, or in which there was a greater disposition to spare the country which was the theatre of the war, than the Duke of Wellington's army during the Peninsular War. What was the practice of that army? When they arrived at a village at night, the proper officer told off a certain number of houses, the roofs were stripped off, and the timber was used as firewood for boiling the men's suppers. That certainly was not very remarkable respect for private property. Such are the necessities of war. The army must have food, and the food must be cooked. They cannot carry fuel with them; and if they cannot carry fuel, they must take it. With regard to the armies of the French Empire, anybody who has only a superficial acquaintance with the subject must know the extent to which the system of plundering conquered countries was carried. I do not believe that there is on record a single campaign in which private property has been respected. No doubt, it is respected to a greater extent in recent times than in the warfare of the middle ages. Since the Thirty Years' War and the wars of Louis XIV. there is no question we have advanced considerably by the forbearance of belligerent Powers, and more humane and more civilized maxims have prevailed. But it is not by treaties or compacts between belligerent Powers, or by such Resolutions as this, that this result has been produced. It has been produced by the general softening of manners and the general improvement of humanity. We may hope that similar results will be produced in maritime warfare, but they will not be produced in the manner in which the hon. Member points out. In the first place, therefore, I deny the truth of the principle, that private property is respected in land warfare.

No. XLVIII. Grossbrit. 11. März 1862.

There is another important distinction between land and maritime warfare, upon which the whole question may be considered to turn. When you conquer a country, you conquer its Government; and when you have conquered its Government, you have conquered that engine by which the country can be plundered. Perhaps the language which I have used may be somewhat plain and homely; nevertheless it does express the exact truth. And if any hon. Gentleman will inquire what happened in Berlin during the French occupation, after the battle of Jena, and the French conquest by Napoleon, he will learn that the French possessed in the Prussian Government a most efficient engine for plundering that country. I remember

No. XLVIII. Grossbrit. 11. März 1862. hearing at Berlin in 1832, from persons well informed upon the subject, that there were still provinces of the Prussian monarchy in which the breed of agricultural horses had not yet been restored, in consequence of the requisition for horses which was made for the sake of the French expedition to Russia. I use that as an illustration of the way in which the Government raise contributions in a conquered country. With regard to the sea there is no similar engine. There is no Government which exercises any power at sea. The sea is merely the highway of nations. It is not the subject of Government or of sovereignty, and the only way in which a belligerent can exercise any control over the property of enemies floating on the sea is by capture by means of armed ships. With regard to the question of assimilating land warfare and sea warfare, the real assimilation was effected by the Declaration of Paris when this country surrendered the right of private warfare — when this country abolished privateering. There is the real analogy between land and sea warfare of which the hon. Gentleman is in search. We do not permit a single private individual to go out on a plundering expedition on land. We confine the contest to the armies of the hostile State. At the same time, we do not restrain that army seizing private property whenever such seizures may be necessary. We do not allow a private person to plunder on his own account at sea by granting letters of marque- That principle we have abandoned; and if, unfortunately, a war had happened with the United States, I do not think it likely we should have had recourse to the system of privateering against the United States, although they were no parties to the Declaration of Paris. I think this country has definitively renounced the principle of privateering. To that extent I am quite ready tc agree to assimilate land warfare and maritime warfare; but I do not assent to the hon. Gentleman's proposition, that the armed ships of a country are not to be allowed to take merchant ships. With our fleet at Portsmouth or Plymouth, to allow enemy's ships to go in and out free from capture seems to me to be carrying the doctrine of forbearance in time of war to an absurd point. It is almost like interdicting ourselves from the use of gunpowder or heavy ordnance in time of war. Of course, we may, if we think fit, renounce the right to capture merchantmen not by privateers, but by our armed ships, if at any time the opinion of the civilized world, condemned the practice. But I think the House would come to an unwise and premature decision if — upon a vague generality, a mere formula which really might admit of any construction, but which is to receive a peculiar interpretation from the speech of the hon. Member who moves the Resolution, while it may receive various interpretations from the different persons who support it — they are to call upon the Government to subscribe to a principle liable to such formidable and weighty objections.

* * *

Mr. T. Baring: Sir, I have listened with some surprise to the speech of the right hon. Gentleman the Secretary for War. The right hon. Gentleman, speaking of the Convention of Paris, not only referred to the possibility of that Convention being broken through in time of war and necessity,

but went further, and said that no compact and no treaty made in peace is binding in war. Now, as I understand it, the Paris Convention was made in time of peace in order to provide against some of the worst evils and horrors of war. No. XLVIII. Grossbrit. 11. März 1862.

Sir George Lewis: — This is so important a point that I should be sorry if any misunderstanding arose. What I meant to say, and what I believe I did say, was this — that I conceived the Declaration of Paris to be binding as between this country and neutrals during the existence of war, and to be equally binding with a treaty, though it was only a declaration; but that if we were at war with any of the parties to that Declaration, then, like other treaties, it would cease to have a binding effect as regards that belligerent.

Mr. T. Baring: — That Convention was made between six or seven States, including the great maritime Powers of Europe. I believe the only great maritime Power of the world not included is the United States. Therefore it would operate in time of war as binding with respect to all except the two belligerents. But does the right hon. Gentleman mean to say that we are now to discuss whether that was a wise provision or not? The hon. and learned Attorney General would not enter into the discussion of the merits of the Paris Convention; he treated it as an accomplished fact, which must be adhered to. Neither do I intend to discuss its merits. For the progress of commercial prosperity, I believe some treaty was necessary at that time. Whether it ought to have been carried to the extent it was, was a matter for reflection at the time; but it being now the law as far as regards the Governments that were parties to it, the question for us is, how will it act upon our mercantile navy and our commerce? As I understand the matter, by that Convention you hold neutrals' goods harmless wherever they may be found, and you also make the neutral flag cover enemy's goods. What, then, would happen in case of a war between this country and France? Is it not evident that the whole of your carrying trade would pass into the hands of neutrals? You repealed your Navigation Laws. I do not now blame you for that. I am always for cautious and gradual progress; but when once a step is made, I am not for going back. But in time of war the neutral flag would, I repeat, carry all your commerce, and your ships would be placed at a great disadvantage as compared with every other maritime Power in the world. I cannot, therefore, help thinking that it is a wise thing to consider this subject in time of peace. I agree with the right hon. Gentleman that there is great inconvenience in discussing a questión of national policy upon a Resolution like this, and I hardly know what reasons induced my hon. Friend to couch his Motion in these terms; but I take it that his object was to elicit the opinion of the Government and this House. He seeks, I apprehend, not to bind the Government to any particular course, but that those of us who agree with him, as I do, should express to Her Majesty's Ministers what I believe to be the feelings of the commerce of this county — that we should, if necessary, strengthen the hands of the Government in negotiating with other

No. XLVIII. Grossbrit. 11. März 1862.

Powers. It is a question, no doubt, for negotiation with other Powers, and must be left in the hands of the Government. Whether the Motion ought to be in the form of an address to the Crown or of a Resolution is really a matter of very minor importance, and certainly would not call for the decided opposition which has been offered to this proposition by the right hon. Gentleman. The right hon. Gentleman will not listen to it at all. He says, "You might as well agitate whether there shall be privateering or not, or whether you will upset the whole Declaration of Paris, as even entertain this question." And he quarrels with my hon. Friend the Membur for Liverpool for not agitating questions which we all thought settled. Again, he says, „You make a general Motion and confine your speech to a particular point." Why, it is that particular point which we are desirous to press on the attention of the Government. I am as anxious as any one for the supremacy of the navy of this country, but I cannot understand how you can advance that supremacy by damaging your commerce and your shipping interest. Do you mean to say that your navy would be less effective if it were not bound to protect your mercantile marine, or that you would have less naval force to employ against your enemy if it were freed from the duty of convoying? Why, what country has most commerce afloat, most property to be seized? Surely England. What country would gain most by the preservation of that property? It is England. You say that your object in war is to injure your enemy. What country would be so much injured in war through her commerce as England? It might have been a question, before the Declaration of Paris was signed, what course we ought to have taken. But there is not the slightest doubt in my mind that if you wish to benefit your commerce and at the same time to increase your efficiency as a belligerent at sea, you ought gravely to consider the Motion before us. The right hon. Gentleman says, that the Duke of Welligton burnt houses in Spain when compelled to do so by the necessities of the army. Well, but you do not want to take a merchant ship for fuel, and therefore the right hon. Gentleman's argument entirely fails. The right hon. Gentleman adverted to the suggestion of a Congress, and said, that if you are to expect a meeting of diplomatists to consider the welfare of commerce, you must wait till the Greek Kalends. For my part, I do not see why a Congress should not meet and calmly discuss this question in the interests both of commerce and of Europe. I do not know what course my hon. Friend will follow, but I have heard with regret the announcement that the Government will not entertain this question, and that one reason why they will not do it is because the United States did not adopt this principle towards the Southern States. Why, that is the case of a struggle between two great sections of one country, and not an international dispute. It therefore constitutes no ground for opposing the views of my hon. Friend. I firmly believe that, sooner or later, this principle will prevail. It may be resisted by the present Administration, and yet I had certainly thought from the speech which my hon. Friend quoted that it would not have encountered opposition from the noble Viscount's Government. I thought from that lan-

guage that the noble Viscount had seen that it was necessary to moderate the horrors of war, and that the Government was disposed as much as possible to protect the private property of their own countrymen as well as of others. But, whatever course the Government may take as to the Resolution of my hon. Friend, whether they object to it as too general or not put in proper form, I am confident that the time will come when the House will not turn a deaf ear to the prayer which is addressed to it by the great majority of the commercial interests of the country. No. XLVIII. Grossbrit. 11. März 1862.

Debate adjourned till *Monday* next.

No. XLIX.

GROSSBRITANNIEN. — Aus der Unterhaussitzung vom 17. März 1862, betreffend eine Motion von Mr. Horsfall auf Aenderung des unbefriedigenden Zustandes des Seekriegsrechts. — (Fortsetzung der Debatte.)

Mr. Lindsay said, Objections had been taken to the form of the Motion. That was a course which was very frequently pursued. The fact was, that when a principle was not easily answered, it was common enough to take objection to the form in which the principle was put before the House. There were many in the House who had long held the opinions expressed by the hon.. Member for Liverpool (Mr. Horsfall). He (Mr. Lindsay) had long done so; and after the Declaration of Paris in reference to the rights of neutrals had been adopted, the international maritime law of the civilized world had, in his opinion, been placed in so very unsatisfactory a condition, that early in 1857 he brought the subject under the consideration of the House. At that time the noble Viscount, then, as now, at the head of the Government, said the question required the gravest and most deliberate consideration on the part of the Government. The noble Earl the present Foreign Secretary, who was not then in office, said the question was one of the utmost importance — that the facts stated by him (Mr. Lindsay) were very serious, and that he would like to hear some statement on the part of the Government on the grounds for entering into the Declaration; and he concluded by saying that the whole matter was very unsatisfactory, while it was most grave in its bearing on our naval supremacy. He (Mr. Lindsay) had also brought the subject under the consideration of the Merchant Shipping Committee, of which he was a member, and that Committee unanimously reportet that it was desirable for the true interests of this country that all property not contraband of war should be respected during war. The subject was not therefore new. Now, if the Resolution offered to the House by the hon. Member for Liverpool sought to pledge Her Majesty's Government to make all private property exempt from capture at sea, he No. XLIX. Grossbrit. 17. März 1860.

No. XLIX. Grossbrit. 17 März 1862. could well understand — though he held to that principle — that the House would require time for further consideration before agreeing to it. But all that the Resolution asked was, that the House should affirm „That the state of international maritime law, as affecting the rights of belligerents and neutrals, was ill-defined and unsatisfactory, and called for the early attention of the Government; and he did not see how it was possible to controvert the truth of that statement. When he considered the vast change introduced by the Declaration of 1856, and its bearing upon all classes of the community, he thought they could hardly do otherwise than declare the present state of things unsatisfactory. In dealing with this question they must consider it, first, as it affected ourselves, and, second, as it affected our enemies. With regard to ourselves, the reasons which had been adduced why a change should not be made were, first, that our ships and commerce were spread over every sea, and required our fleets to defend them. Then it was said, that if we took the step in advance proposed, we should deal a fatal blow at the naval power of England, and commit an act of political suicide. On the other hand, by allowing the present state of things to remain, it was said that we should retain the great source of our power, which was our ability to destroy the commerce of the enemy. Now, as to the first of these objections, let them suppose that unhappily we were at war with France. In that case, let us ask the question, would we require our large fleet to protect our ships and commerce on the sea? No; for the simple reason that all our commerce would be conveyed from this country under neutral flags. No sane merchant would ship in any other than American, or other neutral bottoms, so long as there was a remote danger even of British ships being captured. The result would be that all British ships would be laid up in port or transferred to neutral nations. Thus, then, the objection that we should require our fleets to protect our ships and commerce, in his opinion, entirely fell to the ground. Again, it was said that our fleets would be required to destroy the commerce of the enemy; but what applied to our own commerce applied equally to that of the enemy. The merchandise of France would be carried in neutral bottoms. We should therefore find in the commercial intercourse of nations no opportunity for the display of our maritime superiority. But did the destruction of private property help to restore peace? He did not believe it had that effect, and the noble Viscount (Viscount Palmerston) had expressed a similar opinion at Liverpool some years ago. He (Mr. Lindsay) believed that the destruction of private property, instead of bringing war to an end, tended to prolong it. * * * It was said by the right hon. Gentleman the Secretary of War (Sir George Lewis) that war put an end to all engagements of the nature of treaties, so far as regarded the nations at war; and that if we were engaged in a war with France, it could not be supposed that either France or England would respect the Declaration of Paris. But it must be borne in mind that Austria, Russia, Prussia, Sardinia, Turkey, and forty other Powers, were also parties to it; and if we were involved in a war with France, that country would take good care, if we desired to violate the treaty, to call upon the other nations to remonstrate with us,

and, if necessary, to take part with France in seeing that England observed the stipulations of a treaty to which they all had been consenting parties. Thus we might be placed in a very awkward position. The hon. and learned Gentleman (the Attorney General) said he admitted the Declaration of Paris must give advantage to neutral vessels over those of belligerents, but that he could not agree with the hon. Gentleman (Mr. Horsfall) that the further effect of the Declaration would be to put a stop to our carrying if we were belligerents, because we were so strong at sea as to be able to defend our maritime flag everywhere. But he (Mr. Lindsay) believed, that if a war were to arise between this country and any other great maritime nation, it would be impossible for our navy to ensure complete safety upon the high seas to our vast commercial shipping. The hon. and learned Gentleman said we were able to protect it during the great war of the first French Empire. But had he ever considered the vast change which had taken place since then? In the last year of that war the total amount of our imports and exports together was £ 60,000,000 sterling, while their value in 1860 — 61 was close upon £ 300,000,000 sterling. Our shipping at that time amounted to about 1,000,000 tons, while now it was close on 5,000,000 tons, of which 500,000 tons was steam-shipping — a description of ship then totally unknown. Did any one suppose that it would be possible to maintain a fleet capable of efficiently guarding such a mercantile navy as this? Again, the character and course of our commerce was entirely changed. We had entered into great relations with other countries, and had steam-ships constantly crossing the ocean at a speed which would enable them to distance almost any of the ships in the navy sent to convoy them. There were mail steamers daily leaving our ports for distant parts of the world. These must continue, or we should come to a standstill, because now we depended so much for everything we wanted upon foreign nations. Take the articles of corn, cotton, and sugar alone. The value of those three articles imported every year into this country was not less than £ 75,000,000 sterling, a sum which was a great deal more than the value of the whole imports and exports in 1814. Again, looking at the account of British and foreign vessels entered inwards and outwards at the ports of this country, they amounted, including the coasting trade, to no less than 55,000,000 tons annually. That was a state of things entirely different to what prevailed in 1814, the period to which the hon. and learned Gentleman referred. Then it was said that this was a shipowner's question — a mere commercial question. If hon. Members could show that the loss of the shipowners would be for the benefit of the community, then he would agree with them that this was a shipowners' question rather than one affecting the people generally. But upon whom did our operatives and mechanics depend, except upon our merchants and traders? and it was a question, therefore, in which every person in this country had a deep interest. Take it even upon the narrow ground of increased price to the consumer. Freights upon bulky articles, such as corn and cotton and sugar, would be enhanced threefold, and every article would be increased in cost to a greater or less extent,

No. XLIX. Grossbrit. 17. März 1862.

No. XLIX. Grossbrit. 17. März 1862. Or look at it on the ground of pecuniary loss by the maintenance of the right of burning, plundering, and destroying our enemy's property; but we had more property afloat to be burnt, plundered, and destroyed than any other nation, so that we should be sure to be far the largest sufferers. He had not intended to occupy the time of the House so long, but as his hon. Friend near him (Mr. Cobden) had been unable, just then, to take part in the debate, he had ventured to make these observations to the House. He trusted that if the House should not be prepared to affirm at present that all private property ought to be respected in time of war, it would at least declare our international law to be in an unsatisfactory state, and that the subject required the grave consideration of Her Majesty's Government.

Sir Stafford Northcote: It would not be for the honour of this country to say that we were looking forward to the time when we might be able to violate a treaty which we had made on this subject. And yet such was the language held by a Minister of the Crown on this question of war and the violation of treaties. They all knew that there were stipulations and treaties which war immediately put an end to; but were all treaties made even in contemplation of war to be set aside? If so, they were going back to a state of barbarism. He always understood that the meaning of international law was, that war was to be carried on upon principles laid down in a time of calm. What was the meaning of many articles contained in treaties, if treaties were dissolved by war? Take a very common case, and one which would be found provided for in many treaties to which this country was a party. In case of war breaking out, a certain time was to be given to the subjects of a belligerent Power to quit the territories of the other belligerent. Was that a stipulation which war put an end to? Again, with regard to a treaty stipulating that public debts should remain payable in time of war, was that also done away with when war broke out? He would quote the following passage from Chancellor Kent's *Commentaries*. He says —

„As a general rule, the obligations of treaties are dissipated by hostilities; but if a treaty contains any stipulations which contemplate a state of future war and make provision for such an exigency, those stipulations preserve their force and obligation when the rupture takes place. The obligation of keeping faith is so far from ceasing in time of war, that its efficacy becomes increased, from the increased necessity for it."

And he goes on to cite the instance of the exchange of prisoners of war. Now, this was a matter which ought to be cleared up, whereas it was now left in studied vagueness. The most opposite opinions were entertained on this subject, some persons being anxious to go forward and others to go back. The latter, he ventured to say, were lapping themselves in a fool's paradise, for they thought it the simplest thing in the world to get rid of those treaties. It was idle to suppose that treaties could be got rid of when war broke out; and he should like to know whether the Government had considered the question from this point of view. There was another point on which great confusion existed. A good deal had been said about the

analogy of warlike operations on land and sea, and they had been told that there was no protection for private property on land. No one pretended there was perfect protection; but was there no difference between the principles upon which private property was dealt with on land and sea? If the hon. and learned Member for Cambridge (Mr. Macaulay) were now in the House, he would be astonished to find the Government thus abandoning the distinction upon which they had rested their opposition to the Danisch claims. In the case of the Danish claims certain property of ours was confiscated by the Danish Government in consequence of our attack on Copenhagen. In return we confiscated certain property of Danes. Our subjects who had lost property called on us to reimburse them their losses out of the Danish property we had seized. We admitted some of the claims and rejected others. Why did we do so? Last year the Attorney General, the highest legal authority of the Government, and the Chancellor of the Exchequer, said, „We admit that the claimants of property confiscated on land are entitled to have their losses made good; but there is a great distinction to be drawn between property taken on land and property taken at sea; property taken on land ought to be restored, but property taken on ships afloat ought not to be restored.“ Quoting Sir James Mackintosh, the Chancellor of the Exchequer said maritime plunder was not in its nature so injurious as plunder on land, and that in all European States the distinction was drawn between seizure on land and seizure at sea. The Attorney General held the same language. But, in the present case, when pressed by arguments they could not meet, they proceeded upon an entirely false assumption, and tried to make us believe that private property was no more exempt from seizure on land than it was at sea. What did the Secretary of War tell them the other night? The parallel he attempted to set up between the Duke of Wellington's allowing troops to pull down houses in the Peninsula to obtain fuel and the case now put forward, could not for a moment be sustained. No one went to the length of saying, that if a war-steamer in want of coals saw an enemy's collier passing by, she would not be justified in taking her coals. In point of fact, she would take them out of an enemy's or even out of a neutral vessel, for under such circumstances she had and would exercise the right of pre-emption. That was the case which really corresponded to the Duke of Wellington's proceedings. The question now raised was, not how to supply the means of an army in the field, but whether you would give to your army that same right of legalized plunder as you gave to the captains of ships. The Duke of Wellington did not allow his troops to pillage whole villages, and get the property adjudged to them in Prize Courts. On the contrary, he took measures to prevent pillage, and severely punished any regiments who were found committing depredations. The learned Lord Advocate had told them that they ought not to put an end to maritime plundering, because it was the most effectual way of bringing the enemy to terms; and the object being to make war short, sharp, and decisive, they ought to put the greatest amount of pressure on their adversary. But how far was that reconcilable with the principle of

No. XLIX. Grossbrit. 17. März 1862.

No. XLIX. Grossbrit. 17. März 1862. the difference between plunder by land and by sea? If they wanted to put the greatest amount of pressure on their adversary by plundering him, why did they not plunder him by land as well as by sea? But that was not what they wanted. What they wanted was not to lop off a limb here and there, but to strike at the heart of the enemy, and that surely could be done better by plundering his territory. The common sense of mankind rejected the right of plundering by land, and the argument which was used on the ground of crippling the enemy by plundering on sea would, he ventured to say, entirely break down. He had referred to the dictum of Sir James Mackintosh. Could anything be more absurd than to justify maritime plunder by saying that it was less injurious than plunder by land, and yet to maintain that it was more efficacious in crippling your enemy? He had seen in books of international law a better reason for maritime plunder than that given by Sir James Mackintosh, and it was that plunder by sea was more out of sight and caused less indignation than plunder on land. There was some truth in that. But now that commerce had developed to such an enormous extent, that it was so much more a matter in which all nations had a joint interest, they could hardly attack it without raising a strom of indignation all over the world. Some years ago nations had their commerce very much to themselves, and the commerce of a country with its colonies might be attacked without inflicting great injury on the rest of the world; but now that restrictions had been removed, that partitions had been broken down, if they attacked the commerce of one country, they would bring upon them the desire of retaliation on the part of nearly the whole world. They had heard a good deal of the comparative advantages and disadvantages of the proposed course to England, and the whole matter depended on that consideration. Now, he did not ignore the humanitarian argument, as it was called — the argument that the great interests of humanity ought not to be lost sight of; but, speaking in that House and as an Englishman, he maintained that we ought to consider the interests of our own country; that we had to look, in the first instance, to the bearing of the question on the naval strength of England; and secondly, to its bearing upon our financial power. In 1855 the present Secretary for War, then Chancellor of the Exchequer (Sir George Lewis), called attention to the advantages that had resulted to us in the Russian war from the adoption of the rule of not molesting neutral commerce, and in opening his budget he said that the observance of the rule had been highly beneficial to our financial position. Two things were needed to carry this country through a war, and they were a sound and flourishing state of the finances and a powerful navy; but both would be in danger if they adopted a rule by which a great amount of commerce would be disturbed and the shipping of the country imperilled. It was necessary to consider the nature of the British trade, and the risk to which it would be exposed. The question was not to be determined by balancing the tonnage of one country against the tonnage of another. It was a question of value. Almost all the valuable commerce was in our hands. The whole of the great commerce of India, the whole of the Australian trade, and part of the

trade in silks, indigo, &c., was carried on by English vessels. We might capture a certain number of cotton ships or timber ships; but how would that compensate us for the loss of our steamers carrying some of the richest cargoes of the world? Now, let us take a lesson from history. What occurred in the Seven Years' War? In that war England distinguished herself most gloriously, and her navy was particularly successfull. Smollett, writing of the war of 1760, related how this country had 120 ships of the line, exclusive of fire and other ships, and that notwithstanding this immense armament, and that the enemy had not a ship of the line at sea, yet the enemy were so on the alert with their small ships that they took 2,549 of our merchant ships as against our capture of 944 of their vessels, including 442 privateers. It was not, then, a question whether our navy was a great deal stronger than others. He had no doubt that it was stronger than the navy of any other country, and he believed stronger than that of all others that might come against us. If it were not, he knew he spoke the sentiments of the House when he said that it ought to be so. But, however overwhelming it might be, it would not be able to protect our trade, as was evident from such a case as that he had cited. Take the case of the contingency of a war with France -- though he heartily trusted that no such contingency would arise; but if it should, what were the purposes for which we should require our navy? In the first place, we should want our navy for the means of defence, and to hermetically seal the Channel. We should want it to blockade the enemy's fleet, and prevent their getting out of Brest, or Toulon, or Cherbourg. We should want it to maintain our communications with our colonies, and carry succour to Gibraltar and Malta. That fleet ought not to be frittered away in the protection of our commerce, or in making prey of merchant vessels in all parts of the world. The case was now different from what it was in former wars; for in former wars the navy did the proper work of a navy, and privateers were sent out to do the work of snapping up the enemy's trade. But now an end was put to privateering, and he asked, ought the great navy of this country, maintained at an enormous expense, to be frittered away throughout the different parts of the world in protecting or making war upon merchant vessels? He had heard it said that, when they gave up the system of crippling an enemy by destroying his commerce, the navy would be of no further use; but he desired to know what was the meaning of such an assertion? In the last Russian war was not the English navy of the highest use in carrying on operations for the reduction of Sebastopol, and in providing the army with necessary supplies? It was by our superiority in supplying and maintaining our army in the Crimea that we brought Russia to terms; and we owed that superiority to our naval power. It might be depended on that the navy would have plenty of occupation in case of war, if care were taken to give it only proper occupation, and not to waste its strength in employing it on other business, for which it was not suited. In these observations he had endeavoured to show that the Government had not met the case put forward by the hon. Member for Liverpool, or grappled with the proposition how the arrange-

No. XLIX Grossbrit. 17. März 1862.

No. XLIX. Grossbrit. 17. März 1862. ments made in 1856 affected the maritime strength of this country. The next consideration was — if those arrangements had placed in jeopardy the basis on which the entire naval strength of the country rested, were they to be maintained or modified; and if modified, in what sense and how far? Was it possible to go back, or to go forward, or to stay where they were? He thought the House was under a debt of gratitude to the hon. Member for Liverpool for affording them an opportunity of reviewing the subject. He (Sir Stafford Northcote) regretted that the arrangements made in 1856 had not formed the subject of separate and full discussion in the House of Commons at the time they were effected. Able and valuable as was the argument which was conducted in the House of Lords, the question did not attract so much interest on the part of the people of this country as if it had been discussed in the House of Commons, which was the place where gentlemen connected with the commercial and shipping interests met face to face, and where the subject could have been fairly argued and brought to an issue. But it was never to late to attempt to repair a fault, and he hoped that the present Motion would be treated with calm deliberation, and not to be allowed to be disposed of by the sweeping and summary condemnation which the Government had at present passed upon it. The House would, upon a question affecting the interests of our country for all time to come, feel the greatest hesitation in taking any step which could embarrass the Executive; but, at the same time, it was important to know whether we could trust that Executive, whose antecedents in this matter were not such as to create confidence; and their present language, contrasted with their former language, did anything but carry conviction as to their ability to deal satisfactorily with this subject. He admitted that the forward course proposed by the hon. Member for Liverpool was attended with great difficulties. There were difficulties connected with blockade, and with the question of contraband of war. He felt sure that the hon. Member for Liverpool did not wish to embarrass the Government in this matter, and would not press his Motion if the Government would pledge themselves to give it their attentive consideration, and act in a spirit different to that of which the noble Lord had given such summary intimation. If the Government would state that they would give the matter their anxious consideration, and make it the subject of negotiation and representation with other countries, he felt assured that his hon. Friend would not think himself under the painful necessity of dividing the House. The Resolution of his hon. Friend, though framed in a shape well suited for discussion, yet was not one on which a division could satisfactorily be taken. It set forth, it was true, that the state of our international law was indefinite, and, in spite of what had fallen from the Attorney General the other evening to the effect that the contrary was the case, he must so far express his concurrence in the proposition of his hon. Friend. He could not look on that state of things as definite or satisfactory, when he saw such doubts as to whether the most important maritime nation next to ourselves was or was not, bound by the second, the third, and the fourth Articles of that proposition which had been taken as binding on the other Powers of Europe.

He for one could not think that position satisfactory which put in jeopardy the carrying trade of this country, the prosperity of our commercial marine and through our commercial marine the very security and foundation on which our navy itself rested; and he must say, seeing how little attention, as apparently was the case, was paid to it by the Government, he thought it was a proper and right thing that the Government should be called upon to pay attention to it. But the Resolution, as it stood was merely abstract, and he should hesitate to vote for such a Resolution — a mere vague Resolution, which might be adopted by persons holding the most opposite views of the matter; and he was not prepared to go entirely with many of the views he had heard expressed on the subject, and certainly was not prepared to adopt the views of his hon. Friend, without seeing how they could meet other questions that would necessarily be raised. He was anxious to take warning by the imprudence of the Government themselves, and he thought the advice of Ballie Nicol Jarvie, or rather that of his father, might be adopted by this country, „Never put your arm out further than you can draw it back again.“ He thought that advice was very applicable to the present circumstances; and until the whole question was thoroughly sifted, he thought it was premature to come to any decision upon it. But while he asked his hon. Friend to withdraw the Motion, or not press it to a division, he, at the same time, would heartily join with him in pressing the matter on the Government, and in insisting that the country should not remain in ignorance of what had been done — that it should not remain in ignorance of where the responsibility lay; and that the country should not fail to know, that if it had been reduced to that conditon of danger which had been termed the brink of political suicide, it was to the noble Lord and his colleagues that we were indebted for having brought us into that position.

No. XLIX. Grossbrit. 17. März 1861.

Mr. Bright: Sir, there has probably never been a question brought before this House, at least during the time I have had a seat in it, more deserving of a very serious and dispassionate consideration than this. And I am bound to say that, looking at the debate last week, and at the debate to-night, there is no appearance of a partisan or of a party spirit in the discussion. Both sides of the House appear to think that the question is out of the region of party, and that it is to be discussed with reference to the interests of the country and to the interests of humanity at large. * * * Some have undertaken to blame the Government for the course they took in the year 1856. I am of opinion that the course they took was necessary to be taken, and that it was a wise and proper course in every respect. * * * When the Russian War begun, the Government advised the Queen to issue a Proclamation, to which reference has more than once been made — a Proclamation which did, in respect of the time occupied in that war, precisely what the Declaration of the Congress of Paris two years afterwards did for international law in general, and for all future wars if such should unhappily arise. It was found by the Government that the old policy was impossible any longer. Unless you could blockade every port of Russia, it was clear the American mercantile ships would have carried on their trade with Russia as before the war; that if they had Russian cargoes in their ships, they would not have

No. XLIX. Grossbrit. 17. März 1862. permitted — I speak advisedly — they would not have permitted without remonstrance, and probably not without resistance, the exercise of the right of search with regard to those ships, or the taking from them the property of Russia, which was then the enemy of England. If the Government had not taken the course they did take by the Proclamation of 1854, in six months or less they would have been involved in very serious discussions with the United States Government, which might have been the cause of adding to the then existing calamity of a war with Russia the calamity of a war with the United States also. * * * In the year 1856 there was a meeting or congress of diplomatists at Paris, at which Lord Clarendon represented this country. The parties to that Congress knew what had been done during the Russian war; they knew the cause of the Proclamation of 1854; they knew that if in future any war should arise, the same difficulty would meet them. Therefore, in my opinion, they wisely agreed upon that Declaration with which some hon. Members have found fault to-night. * * * What was it that that Congress did? I am not for a moment about to say it did not do something, and of all that importance which has been ascribed to it by the hon. Member for Salford. It declared that there should, henceforth, be no war made upon the trade of a belligerent, with the exception of an actual blockade; that his exports and imports should be free as in time of peace, only upon one condition, that those exports and imports should be carried in neutral ships. * * * That is, that if an enemy will keep his own ships at home we undertake, and all other nations undertake, to do no harm to his trade at sea. * * * The result then comes to this — that we have agreed to make war less burdensome to ourselves, and less burdensome to the enemy with whom this country may be at war; but we have done it in such a manner as to inflict special hardship, and to cause something like ruin and very grievous injury, to a very large and important class of the population of this country. I said before, that the change in 1856 was inevitable; and being inevitable, I believe that these results are inevitable. Now what is it that the hon. Member for Liverpool proposes? Let me remind the House that that hon. Gentleman and his colleague, who I believe agrees with him, represent probably the largest number of merchants and shipowners, and the greatest amount of shipping property, of any Members in this House, or of any Members of any representative assembly in the world. Bear in mind that his proposition was supported the other night by a Member who may be said to represent, to a considerable extent, the shipping of the Tyne (Mr. Lindsay). That proposition was supported afterwards by the hon. Gentleman the Member for Huntingdon (Mr. Baring); and no one will deny that he spoke the sentiments of an interest and of a class of prodigious importance in connection with the commerce of this country. The matter, therefore, which the hon. Member for Liverpool has brought before us is one that comes recommended to the House by very high authority; and it cannot be got rid of by the off-hand declaration of a Minister, however experienced or however influential he may be. The hon. Member's plan is a very simple one. He says — „Include the ships; you have freed the cargoes; you have

freed the manufactures of a country in their transit across the sea; you only inflict upon them a certain extra price because freights must be higher; but you do not absolutely prohibit the transit, or do anything near that: — why not include the ships? If the trade of belligerents be permitted — and the object of the Declaration of Paris was to permit it, upon condition that it should be carried on in neutral ships — then he says — „Why should it not go in the ships and come in the ships of belligerents?" The result would be that the vast mercantile shipping of England would be relieved; and though this might cause anxiety on the part of some hon. Gentlemen on the other side, instead of provoking wars it would of all things ever devised be the most likely to prevent wars — to make them remote and unfrequent — and if they should unhappily arise, it would be likely to bring them to an earlier termination. At all events, I think it must be admitted, at the first blush, that the Declaration of Paris and the proposition of the hon. Member are humane and benevolent. But there is one thing that strikes us all — that these propositions are in the teeth of all the theories of war. I do not deny that for a moment. and I do not in the least wish to escape from it. They are against the ancient theories of war. But the proposition of the hon. Gentleman is not against the theory of the Declaration of Paris in 1856, but it is consistent with, and it even logically follows from it. * * * But passing from other authorities, I come to that of the Committee of the House to which reference has been made. I think my right hon. Friend the President of the Board of Trade was the Chairman of that Committee. There is no man more competent to judge a question of this kind. I believe that of the Members who were present when that Committee deliberated on this point there was not one who made any objection. There was no division on the subject, and I presume my right hon. Friend, and those over whom he presided were unanimous in favour of the proposition of the hon. Member for Liverpool (Mr. Horsfall). But be that as it may, although Earl Russell and the Earl of Derby, however much they may have dissented from the wisdom of the policy of the noble Lord at the head of the Government in 1856, yet now they both acknowledge that the step then taken cannot be recalled; and therefore, if there be any clear connection between the Declaration of Paris and the proposition of the hon. Member opposite (Mr. Horsfall), it follows, logically, that I have now a right to say that Eearl Russell and Lord Derby, admitting that the Declaration of Paris cannot be changed, may be fairly quoted as authorities for the full and fair completion of the principle laid down in 1856, which is now asked for by the hon. Member for Liverpool. * * * I said in the beginning of my observations that great changes had taken place in the world in the period between 1815 and 1854. My hon. Friend the Member for Sunderland (Mr. Lindsay) adverted to this, and the hon. Member for Salford (Mr. Massey) did also, in some degree. The tonnage of the United Kingdom, in and out, in the year 1814, was 3,500,000. For the last seven or eight years it has been upwards of 12,000,000 — I think approaching 13,000,000 of tons. The exports, which were then some £ 40,000,000,

No. XLIX
Grossbrit.
17. März
1862.

No. XLIX. Grossbrit. 17. März 1862.

and the imports about the same, have now risen to £ 120,000,000. Now, I ask the House what was the effect upon the mercantile navy of this country* during the short war with the United States of America from 1812 to 1814? I have looked at a book in the library, which is published by an American whose name I forget, which purports to be a history of American privateering during that war; and I have seen also other statements which bring me to the same conclusion — that in that very short war — not extending over more than two years — the American privateors captured not fewer than 2,500 Englisch ships of all sizes; and I have heard stated on American authority that those ships so captured were sold for the enormous sum of 107,000,000 dollars, or more than £ 21,000,000 sterling. If you can imagine the loss to the shipping interest of the country during that war, when our tonnage was only 3,500,000, what would be our loss, supposing the old system were to prevail, if we had a war now with our tonnage amounting to 13,000,000 tons, and with the United States mercantile marine increased far more in that time than our marine has increased? I say that the devastation that would be caused would be something quite enormous. We could scarcely conceive of a case in which it would be worth while to sustain such a loss. I ask the House, then, this question — if this change which was made in 1856 was possible, and if it now cannot be recalled, does the House, does the noble Lord, believe that for any long time it will be possible to resist the proposition of the hon. Member for Liverpool? * * * Whenever the people of this country shall have made up their minds on this question, and Parliament shall be disposed to enable the Government to act, I believe they will find no difficulty in any foreign country. Now, I will only say with regard to this matter, that I may be pointed at — as I have been pointed at a thousand times — as a friend of peace. I would rather be a friend of peace, in the humblest rank and position of life, than a friend of war in the highest. And I say, if this House shall now or at any future period accept fairly and frankly the proposition of the hon. Member for Liperpool, it will confer upon the people a great advantage, and upon itself an endless renown.

The Solicitor General: As to the Declaration of Paris, I agree, that we are not likely to go back from it. It can hardly have been supposed that my right hon. Friend the Secretary for War meant for a moment that we should think of receding from it. My right hon. Friend referred to quite a different thing. He said, what is undoubtedly true, that the effect of war as a general rule and ordinarily is to dissolve treaties between belligerent nations; and that even in the case of treaties made in contemplation of war, which, he said, they were in honour bound to observe — and I trust that we shall always observe that which binds us in honour — still, when war, the ultima ratio of States, takes place, there is no further sanction which can compel them to respect these declarations and treaties. And he was, I think, quite justified in the inference which he drew from that argument — not that we should violate any of the declarations we have made, or depart from any treaty to which we have been parties, but that

any engagements of this sort were of the most treacherous and perilous kind — that we, adhering to them in honour and good faith, would have no security that, when temptation came upon our adversaries, acting perhaps in combination against us, and thinking that they would be able to meet us, they would not, upon some one or other of those thousands of excuses which the circumstances of war always present, turn round and say, „Because you have done this, or because you have done that, we hold ourselves no longer bound by that declaration or this engagement, and we shall revert to the original, recognised rules of international law.“ — Sir, stranger things than that have been done before now. I hold in my hand one of the few treaties of this kind that have ever been made — the Treaty of Commerce and Navigation between His Britannic Majesty and the French King signed at Versailles on the 26th of September, 1786. What is the second article of that treaty? It is this —

No. XLIX. Grossbrit. 17. März 1862.

„For the future security of commerce and friendship between the subjects of their said Majesties, and to the end that this good correspondence may be preserved from all interruption and disturbance, it is concluded and agreed that if at any time there should arise any misunderstanding, breach of friendship, or rupture between the Crowns of their Majesties, which God forbid! the subjects of each of the two parties residing in the dominions of the other shall have the privelege of remaining and continuing their trade therein, without any manner of disturbance, so long as they behave peaceably and commit no offence against the laws and ordinances; and in case their conduct should render them suspected, and the respective Governments should be obliged to order them to remove, the term of twelve months shall be allowed them for that purpose, in order that they may remove, with their effects and property, whether intrusted to individuals or to the State.“

That treaty was broken on the very first opportunity. That article was broken in the very points specially provided for. Not only were our subjects not allowed to remain and trade in France, but they were not allowed even to have the twelve months' notice to remove with their property which had been stipulated for. And this was itself one of the grievances against France for which we exacted compensation when the peace was made in 1815. That is not an example that we should imitate, but a warning to us not to trust too much in such engagements which it may be convenient for other countries, when we are more powerful than they are at sea, to obtain from us, but which it may not be convenient for them to observe, if hereafter they should think that their power predominates over ours. And the House must remember that whatever may to be weight of the moral sentiment and public opinion of nations — and, certainly, I am not the man to undervalue either — yet plausible excuses are not wanting when such acts are to be done. * * *

Viscount Palmerston: It is generally admitted that nothing can be more inconvenient than the proposal to, or the adoption by, this House of a general abstract Resolution; and I think the Resolution of the hon.

No. XLIX. Grossbrit. 17. März 1862.

Member and the debate which has followed amply illustrate the truth of that position. One half of those who have supported the Resolution, and the hon. Gentleman himself who moved it, have for their object to exempt private property at sea from capture; but the other half who concur in it have another object — to reverse the Declaration of Paris. Those are two objects totally different, indeed diametrically opposite, and between which the Government, if called upon to act, as they would be by the concluding passage of the Resolution, would be utterly at a loss as to which of the two courses the House of Commons wished them to adopt. I will deal, first, with the Declaration of Paris. It has been fully explained that the only new point, as far as we are concerned, in that Declaration was that which declared that an enemy's property should be free from capture in neutral bottoms. The other points in the Declaration, except the one about privateering, referred only to old-established practice. The Declaration as to Blockades only recapitulated rules well known and long acted upon. My hon. Friend the member for Birmingham has, I think, very ably and very fully shown that it was a wise and politic measure on the part of the Government to adopt the principle that a neutral flag should cover enemy's good. He has shown that it was the doctrine of every other maritime Power, and that if we had persisted in maintaining the opposite doctrine, and we had gone to war with any great maritime State, we should inevitably have run the risk of adding to that war a dispute with the other maritime Powers which would have led to another Armed Neutrality. There is a principle upon which, as it appears to me, this doctrine must stand. We have lately maintained, even at the risk of war, that a merchant ship at sea is a part of our territory, that that territory cannot be violated with impunity; and that, therefore, individuals cannot be taken out of a merchant-man belonging to a neutral country. The same principle may be said to apply to goods as well as men; and if it be granted, as we do grant, that a belligerent has no right to take out of a neutral ship persons who are enemies, so also it follows that the neutral flag must always be respected, and in the case even of enemy's property on board, not being contraband of war, it ought not to be violated. But the ground upon which the Government assented to the Declaration of Paris was, as has been well stated by the hon. Member for Birmingham, that in the altered state of things and in the present relative positions of the great maritime Powers of the world, they felt that by persisting to maintain a doctrine which no other nation mainteened, we should incur the risk of involving this country in hostilities with more than one Power if we came in conflict with any one Power. * * * Then we come to the other subject — namely, the proposition which is made by the hon. Member for Liverpool, that we should agree that private property by sea shall be exempt from capture. It is said that it is a logical deduction from the Declaration of Paris. I deny that proposition. The Declaration of Paris related entirely to the relations between belligerents and neutrals. The proposition of the hon. Member relates to the relations of belligerents to each other. The hon. Member for Birmingham has been kind enough to attach

some value to opinions which I expressed some years ago at Liverpool. No. XLIX. Grossbrit. 17. März 1862.
I am perfectly ready to admit that I have entirely altered my opinion. Further reflection and deeper thinking have satisfied me that what at first sight is plausible — and I admit that it is plausible on the surface — is a dangerous doctrine; and I hope that the hon. Member will be kind enough to give weight to my second thoughts, and also come round to those second thoughts, which are proverbially the best. With regard to the assimilation of war by sea to the practice of war by land, I think that, as far as it was in the power of the Government by arrangement with other Powers, we have accomplished it. For what is the main difference between the practice of war by sea and by land? It is said that the practice of war by land is to respect private property. Why, really every gentleman who holds that doctrine must forget everything which has passed within his memory, and everything which he has read in history. It is well known that when armies are in an enemy's country they take everything which they want and very often destroy what they do not want, for the mere purpose of destruction. Not only do they destroy what they do not want and take what they do want, but they go further and levy heavy contributions upon the places which they occupy. * * * By sea it is said private property is taken. Ay; but it is taken in a different manner, and with more order and regularity. Private property by sea is not made prize until it is adjudicated by a competent tribunal as a legal and proper capture. By land it is taken at the moment when it is wanted, and as it may be wanted. I was about to say that we have assimilated, or endeavoured at least to assimilate, the practice of war by sea to the practice of war by land. What was the main difference of the two? Not that private property was not taken by land as it was taken by sea, but that by sea it was taken by a different set of people from those who were authorized to take it by land. By land no individual is allowed to make war unless he belongs to a regularly-organized army, and is in the service of a State. Private war on the ocean was a permitted and acknowledged practice. We agreed at last at Paris to the proposal that privateering by sea should no longer be a legitimate mode of carrying on war, and that future wars should be carried on only by regularly-organized forces acting under the authority and command of a responsible Government. But these Declarations do not apply to the States which did not accede to them. The United States of America have not acceded to the abolition of privateering; and, undoubtedly, if we had the misfortune, as was not unlikely a short time ago, to be engaged in a war with the United States, we should not be bound to abstain from privateering unless the United States should also enter into a similar and corresponding engagement. Much criticism has been passed upon a remark of my right hon. Friend the Secretary for War, that war puts an end to treaties. Undoubtedly, war does put an end to treaties, and even to declarations of this sort; and in the event of war you would have to rest upon the honour and good feeling of the parties who had agreed to them in time of peace. My right hon. Friend is quite right in saying that you have not that security from belligerents that in time of war they will

No. XLIX. Grossbrit. 17. März 1862. observe the conditions laid down in peace which you have from neutrals. * * * It is said that the principles laid down at Paris would be fatal to our commerce and to the shipping interests; but the very arguments used by hon. Gentlemen who take that view negative the first part of the assertion; because they say our commerce would go on without any interruption whatever, and all that would happen would be that the channel through which it flowed would be changed, and that commerce would be carried on trough neutrals with much greater safety than in our own ships. If that be so, as far as our commerce is concerned, there is no ground for complaint. It must be admitted that that principle would increase the inconveniences which the shipowners would feel when war broke out. But, unfortunately, it is of the nature of war that it cannot be carried on without embarrassment, suffering, and loss to all parties concerned. If you make war without any suffering and any loss to any party whatever, it would become mere child's play, and it might last for ever without coming to any result. It is said that all our commerce would immediately be carried on by neutrals; but how is that made out? I presume it may be asserted that the commerce of the world is carried on by the ships of the world, and I believe our commercial ships form a very large proportion of the ships which carry on that commerce. Suppose that our ships were withdrawn from employment, where will you find ships to take their place? Ships are not things which can be created on a sudden; it takes time to create a mercantile marine. I forget how many millions of tons we have in our merchant shipping; but supposing the whole of them were all at once confined to our harbours, where will you find neutral ships to take their place, and to carry on the commerce which they now carry on? We are, I hope, the most powerful naval State, and we have, I hope, a fleet which in the event of war would be superior to any adversary with whom we might be engaged. The ships of that adversary would either in a very short time be confined to their ports, or they would come out and suffer defeat; and when we had established our maritime supremacy at sea, then the danger to our merchant shipping would, in such proportion, be diminished. This really is only another instance of an attempt to set up the assumed interest of one class of persons against the general interests of the country. We have had a great many examples of that in years past, and in all those cases the persons who objected to a particular arrangement on the ground that they imagined that it was injurious to their interests, found afterwards in the end that they were mistaken, and they have actually shared in the general good which resulted from that arrangement. * * * The shipping interest now ask for the establishment of the principle contained in the Resolution of the hon. Member for Liverpool, because they imagine that it would relieve them from the pressure of war; but in the same way it can be shown that the remedy which they seek will, in fact, be detrimental to the general interests of the country and that they would share in the injury which the country would sustain if that were granted to them which a short-sighted view of their own interests induces them to think of importance. An island like this,

with an army which is not large enough to be sent to a distance across the sea for any great operations of war, must mainly rest for redress upon its naval power being exerted in destroying the commerce and commercial ships of its antagonists, and in taking their crews prisoners. Gentlemen have argued this question as if it were simply a matter of ships and goods; but they forget that when you take an enemy's merchant ship, you take not only the vessel and cargo, but also the sailors on board, who, if they are allowed to return safely to their own ports, are an additional source of strength to your enemy. Suppose — what I hope may be far distant — that we were at war with France. That country sends annually some 15,000 or 20,000 sailors to the different fisheries as nurseries for her war navy. Suppose we were blockading Brest, Toulon, Cherbourg, or L'Orient — if the principle of the hon. Member for Liverpool were adopted, we should have to allow the fleet of 20,000 sailors to pass with impunity through our blockading squadron to man the enemy's ships lying in the port before us. Therefore it is not simply the injury done to the enemy by the capture of his property and vessels which you have to consider; it is the injury you can do him by thus crippling his war navy, and depriving him of a certain number of men who would otherwise man that navy, and enable it to come out and give you battle. My opinion, therefore, distinctly is, that if you give up that power which you possess, and which all maritime States possess and have exercised, of taking the ships, the property, and the crews of the nation with whom you may happen to be at war, you would be crippling the right arm of our strength. You would be inflicting a blow upon our naval power, and you would be guilty of an act of political suicide. If you allow the cargo to go free, you must allow the men also to go free. Suppose you were at war with France, you could not stop a merchant ship and take the men out of her, while you let the vessel and cargo go. You could not say, „We will respect the cargo and respect the vessel; but you have sailors, and as the mercantile marine is that which feeds the war navy, sailors are part of the enemy's power, and therefore, gentlemen, we cannot let you go into port — we must take possession of all of you, and allow the ship and cargo to get home as they best can, without any crew on board." Therefore, according to the principle of the hon. Gentleman, you would be compelled to let any number of sailors pass into a harbour, to man a fleet there, that might come out to encounter yours, and offer it battle. With this principle, you would almost really reduce war to an exchange of diplomatic notes. You would raise a number of questions which it would be most difficult to establish. If you admit the principle that private property must be respected at sea, you cannot maintain a blockade. You enforce a blockade by confiscating the ships that break it; how can you do that if you assert that private property at sea is to be respected? You may say that ships shall only be taken in case they break the blockade. But what is breaking a blockade? That is not a question so clear that an infinite number of questions may not arise upon it. It may be alleged that a ship has not broken the blockade; it may be a

No. XLIX. Grossbrit. 17. März 1862.

No. XLIX. Grossbrit. 17. März 1862. question how far she was from the port, and in what degree her approach to it proved an intention of breaking the blockade. Many points of this sort would arise, exceedingly difficult to establish; and you would get into insuperable difficulties if you went the length of saying that private property is to be respected at sea, and only to be taken in the case of breaking a blockade. I repeat, if you adopt the principle of the hon. Gentleman, you will cripple the main arm of your strength for all purposes of war. We are all agreed that war is a thing to be avoided. I hope that this country will never be engaged in any unjust war. But as long as human nature is human nature; as long as mankind are ambitious, tyrannical, and oppressive — especially if they believe they may be so with impunity or without suffering for it — so long will a nation like this, whose subjects are scattered over the face of the globe, living in and engaged in commerce with every community of the world, and relying on the faith of treaties with their Governments — so long will this country be liable to causes of just quarrel from time to time with foreign nations. And the more remote the nation the more likely it is such causes of quarrel will arise. In such cases the navy is the only arm by which you can extort redress. You cannot send out military expeditions to conquer the country that has done you wrong. You can only obtain redress by means of your navy. It may be said you may bombard a city or a town. But that is not a practice that any one can recommend you to adopt. That is worse than taking private property on the sea, for you destroy the property of people who have had nothing whatever to do with the cause of quarrel between the two countries. You have no resource in cases of this sort but the power of your navy. Then, what class of persons in this country have most interest in maintaining the power of obtaining redress for an injury? The shipping and commercial interests, who have the most numerous transactions with foreign countries, and who are more likely than any others to be the objects of injury and wrong; they are the classes for whom this country is most likely to be called on to demand and obtain redress. Under these circumstances, I should hope the hon. Gentleman will be satisfied with the debate that has arisen on his Motion, and with the very conflicting and contradictory support it has received from the House.

Mr. Horsfall made a few observations in reply, expressing himself satisfied with the course the discussion had taken. He would, in deference to the suggestions made from both sides of the House, withdraw the Motion.

Motion, by leave, *withdrawn*.

No. L.

GROSSBRITANNIEN. — Unterhaussitzung vom 2. März 1866. — Antrag von Mr. Gregory auf Erlass einer Adresse an die Krone behufs Einführung des Grundsatzes der Unverletzlichkeit des Privateigenthums im Seekrieg.

Mr. Gregory moved: No. L. Grossbrit. 2. März 1866.

that an humble Address be presented to Her Majesty, praying that She will be graciously pleased to use Her influence with foreign Powers for the purpose of making the principle that private property should be free from capture by sea a maxime of international maritime law.

Der Antrag wurde nach sehr ausführlicher Verhandlung, in welcher jedoch von keiner Seite ein irgend neues Argument, weder vom politischen, noch vom wirthschaftlichen Standpunkte aus, geltend gemacht wurde, zurückgezogen.

No. LI.

ITALIEN. — Aus dem Codice per la marina mercantile del Regno d'Italia vom 25. Juni 1865, in Kraft getreten am 1. Januar 1866.

[Uebersetzung.]

Theil I, Titel IV, Cap. 2:

Von den durch Kriegsschiffe gemachten Prisen.

Art. 211. Die Beschlagnahme und Erbeutung von Handelsschiffen einer feindlichen Nation durch die Kriegsschiffe des Staates wird im Wege der Reciprocität gegenüber denjenigen Mächten abgeschafft, welche eine gleiche Behandlung zu Gunsten der diesseitigen Handelsmarine anordnen. No. LI. Italien, 25. Juni 1865.

Eine solche gegenseitige Behandlung soll eintreten zufolge von Lokalgesetzen, von diplomatischen Conventionen oder von Erklärungen, welche der Feind vor dem Beginne der Feindseligkeiten abgegeben hat.

Art. 212. Von der Bestimmung des vorhergehenden Artikels ist ausgenommen die Beschlagnahme und Confiscation wegen Kriegscontre-

No. LI. Italien, 25. Juni 1865.

bande, in welchem Falle das contravenirende Schiff die Behandlung der neutralen Schiffe erleiden soll, welche die Neutralität brechen.

Ferner sind von der obigen Bestimmung die Beschlagnahme und Confiscation wegen Bruchs einer effectiven und erklärten Blokade ausgenommen.

Art. 213. Die Verhaltungsmassregeln für die Capitäne der Kreuzer werden durch ein königliches Decret oder durch Anordnung des obersten Befehlshabers einer Flotte, eines Geschwaders oder einer Schiffsdivision festgesetzt werden, falls die bezüglichen Instructionen nicht rechtzeitig erlassen werden können.

No. LII.

ÖSTERREICH. — Kaiserliche Verordnung vom 13. Mai 1866 zur weiteren Ausführung der den Schutz des Handels zur See in Kriegszeiten bezweckenden Declaration des Pariser Friedenscongresses*).

No. LII. Oesterreich, 13. Mai 1866.

Mit Bezug auf die Declaration der am Friedenscongresse in Paris vertretenen Mächte vom 16. April 1856, womit über die Abschaffung der Kaperei und über die Rechte der Neutralen internationale Grundsätze vereinbart wurden, welche zum Zwecke haben, die durch die Unsicherheit des öffentlichen Rechts gesteigerten nachtheiligen Einwirkungen eines Krieges auf den Handel zur See nach Thunlichkeit zu mildern, und in der Absicht zur weiteren Verwirklichung dieses Zweckes, so weit dies von Oesterreich abhängig ist, unter Voraussetzung der Gegenseitigkeit, beizutragen;

finde Ich, nach Anhörung Meines Ministerrathes, zu verordnen:

Art. 1. Handelsschiffe und ihre Ladungen können aus dem Grunde, dass dieselben einem Lande angehören, mit welchem Oesterreich im Kriege ist, von österreichischen Kriegsfahrzeugen zur See nicht aufgebracht noch von österreichischen Prisengerichten als gute Prise erklärt werden, wenn

---

*) Trotz dieser Erklärungen Oesterreichs und Preussens (s. w. u.) waren, wie man am 27. Mai in Fiume aus Odessa und Constantinopel in Erfahrung gebracht, die Befrachter im schwarzen Meere voll Besorgniss aus dem Grunde, weil, wenn Frankreich in die Reihe der Kriegführenden eintreten sollte, ungewiss bleibe, wie es sich dem Privateigenthum gegenüber verhalten werde. Auf speciellen Antrieb der Handelskammer von Fiume haben daher verschiedene österreichische Häuser von Bedeutung sich an Geschäftsfreunde in französischen Hafenplätzen gewandt und dringend gebeten, diese möchten in ihren Handelsgremien die Seerechtsreform zur Sprache bringen, damit die französische Regierung um die Anerkennung derselben internationalen Grundsätze angegangen werde, die von Italien, Oesterreich, Preussen nun adoptirt sind. — Uebrigens haben die Handelskammern von Triest und Fiume an das k. k. Handels-Ministerium Eingaben gerichtet, um dieses zu ersuchen, dass die k. k. Regierung auch in Betreff der Kriegscontrebande ihren Standpunkt klar bezeichne und baldmöglichst veröffentliche. (Brief aus Fiume vom 27. Mai 1866 in der Triester Zeitung).

die feindliche Macht den österreichischen Handelsschiffen gegenüber die Gegenseitigkeit beobachtet. No. LII. Oesterreich, 13. Mai 1866.

Die Beobachtung der Gegenseitigkeit wird bis zum Nachweise des Gegentheils angenommen, wenn eine gleich günstige Behandlung der österreichischen Handelsschiffe von Seite der feindlichen Macht durch die bekannten Grundsätze ihrer Gesetzgebung oder durch die vor dem Beginne der Feindseligkeiten von ihr verkündeten Erklärungen verbürgt ist.

Art. II. Auf Handelsschiffe, welche Kriegscontrebande führen oder rechtsverbindliche Blokaden brechen, findet die Bestimmung des Art. I keine Anwendung.

Art. III. Meine Minister des Kriegs und der Justiz sind mit dem Vollzuge der gegenwärtigen Verordnung beauftragt.

Franz Joseph m. p.

Belcredi m. p. Mensdorff m. p. Wüllerstorff m. p. Franck m. p.
Komers m. p.

Auf Allerhöchste Anordnung:
Bernhard Ritter v. Meyer m. p.

No. LIII.

PREUSSEN. — Königlicher Erlass vom 19. Mai 1866, betreffend die Aufbringung und Wegnahme feindlicher Handelsschiffe*). —

Auf den Antrag des Staats-Ministeriums bestimme Ich, dass im Falle eines Krieges die den Unterthanen des feindlichen Staats gehörenden Handelsschiffe der Aufbringung und Wegnahme durch Meine Kriegsfahrzeuge nicht unterliegen sollen, sofern von dem feindlichen Staate die Gegenseitigkeit geübt wird. No. LIII. Preussen, 19. Mai 1866.

*) An die Aeltesten der Kaufmannschaft von Danzig ist folgendes Ministerial-Rescript eingegangen: „Auf die Vorstellung vom 28. vorig. Monats, in welcher beantragt ist, den auf die Aufbringung und Wegnahme der feindlichen Handelsschiffe sich beziehenden Allerhöchsten Erlass vom 19. Mai d. J. durch eine declaratorische Bestimmung zu ergänzen, welche auch die Ladungen dieser Schiffe der Aufbringung und Wegnahme entzieht, eröffnen wir den Herren Aeltesten der Kaufmannschaft, dass es einer solchen Declaration in keiner Weise bedarf. Denn der Allerhöchste Erlass vom 19. Mai d. J. schliesst sich dem allgemeinen Prisenreglement vom 20. Juni 1864 an, aus dessen Bestimmungen, insonderheit den §§ 2 und 3 in Verbindung mit § 7. zur Genüge erhellt, dass von einer Aufbringung und Wegnahme der Ladung keine Rede sein kann, wenn das Schiff der Aufbringung entzogen ist. Berlin, den 13. Juni 1866. Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, von Bismarck. Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Itzenplitz. Der Justiz-Minister, Graf zur Lippe. (Danziger Zeitung vom 14. Juni 1866.)

No. LIII. Preussen, 19. Mai 1866.

Die vorstehende Bestimmung findet keine Anwendung auf diejenigen Schiffe, welche der Aufbringung und Wegnahme auch dann unterliegen würden, wenn sie neutrale Schiffe wären.

Dieser Mein Erlass ist durch die Gesetz-Sammlung bekannt zu machen.

Berlin, den 19. Mai 1866.

Wilhelm.

Graf von Bismark-Schönhausen. von Bodelschwingh. von Roon. Graf von Itzenplitz. von Mühler. Graf zur Lippe. von Selchow. Graf zu Eulenburg.

An das Staats-Ministerium.

Der Londoner „Economist" vom 26. Mai 1866 bemerkt aus Veranlassung der in den letzten drei Nummern wiedergegebenen gesetzlichen Anordnungen:

„The line taken by the three Powers who seem to intend war is also worth the consideration of those who asserted that the first outbreak of real strife in Europe would be the signal for the breach of all those arrangements in the Treaty of Paris intended to mitigate the evil of war. We now see, as we fully expected to see, a precisely opposite result. We see the Powers who are contemplating entering on a struggle that may probably be one of the greatest Europe has ever known, deliberately wishing to diminish to the utmost all those incidental evils of war which entail private suffering and injury without conducing to hasten the end. And this, doubtless, will be the general tendency all over Europe, and more and more the tendency as time goes on. An economy of suffering is as much the produce of civilisation as an economy of materials and expense. It is only because there are various political wants and ambitions and passions proper to civilisation which really rather grow than decline with the growth of civilisation, and which at times insist on testing their strength by the sword, that the arbitration of the sword is still appealed to. But it is not because the genius of the age loves war or suffering or bloodshed, but because it dreads other evils even more than it dreads war and suffering and bloodshed. These other evils it will avoid at any cost, and hence the frequent necessity of war. Not the less, however, is there felt a growing distaste and disapprobation for all that *brutality* of war which used to be part of its fascination to the nations. So far as the ends of war can be attained without this brutality, we may be sure they will be attained. And one of the most obvious and certain expedients for diminishing the human suffering attending war, without diminishing the chance of attaining the pe-

culiar political ends which war alone sometimes can grasp, is to resign finally the right of depredation on private property except in cases like that of a great naval blockade, where private property can be dealt with in such large masses as to produce a sensible and often even a conclusive impression on the Government and the nation to whom that private property belongs."

Anhang.

Aeltere Kundgebungen für den Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privateigenthums im Seekrieg.

No. LIV.

PREUSSEN und **VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA.** — Freundschafts- und Handelsvertrag, unterzeichnet im Haag am 10. September 1785. — Artikel XXIII, den Fall eines Krieges vorsehend.*) —

Artikel XXIII.

No. LIV. Preussen und Vereinigte Staaten, 10. Sept. 1785.

S'il survient une guerre entre les Parties Contractantes, les marchands de l'un des deux Etats qui résideront dans l'autre, auront la permission d'y rester encore neuf mois, pour receuillir leurs dettes actives et arranger leurs affaires; après quoi ils pourront partir en toute liberté et emporter tous leurs biens, sans être molestés ni empêchés. Les femmes et les enfans, les gens de lettres de toutes les facultés, les cultivateurs, artisans, manufacturiers et pêcheurs qui ne sont point armés, et qui habitent des villes, villages ou places qui ne sont pas fortifiés, et en général tous ceux dont la vocation tend à la subsistance et à l'avantage commun du genre humain, auront la liberté de continuer leurs professions respectives, et ne seront point molestés en leurs personnes, ni leurs maisons ou leurs biens incendiés ou autrement détruits, ni leurs champs ravagés par les armées de l'ennemi au pouvoir duquel ils pourraient tomber par les évènements de la guerre; mais si l'on se trouve dans la nécessité de prendre quelque chose de leurs propriétés pour l'usage de l'armée ennemie, la valeur en sera payée à un prix raisonnable. Tous les vaisseaux marchands et commerçans, employés à l'échange

*) Bevollmächtigt waren für Preussen der Freiherr Friedr. Wilhelm von Thulmeyer, Gesandter im Haag, für die Vereinigten Staaten John Adams, Dr. Benjamin Franklin und Thomas Jefferson. — Martens, Recueil des traités, t. II, p. 566. Göttingen 1791.

des productions de différents endroits, et par conséquent destinés à faciliter et à répandre les nécessités, les commodités et les douceurs de la vie, passeront librement et sans être molestés. Et les deux Puissances Contractantes s'engagent à n'accorder aucune commission à des vaisseaux armés en course, qui les autorisât à prendre ou à détruire ces sortes de vaisseaux marchands ou à interrompre le commerce.

No. LIV. Preussen und Vereinigte Staaten, 10. Sept. 1785.

No. LV.

FRANKREICH. — Kundgebungen, das Privateigenthum zur See in Kriegszeiten betreffend, aus den Jahren 1792—1806.

1) Beschluss der Nationalversammlung vom 30. Mai 1792.

No. LV, 1. Frankreich, 30. Mai 1792.

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 30. Mai 1792 stellte der Abgeordnete Kersaint im Namen der vereinigten Ausschüsse für den Handel, für die Marine und für die auswärtigen Angelegenheiten den Antrag, die Versammlung wolle folgendes Decret beschliessen:

Art. I. Il ne sera délivré aucune commission pour armer en course.

Art. II. Les armateurs des vaisseaux de commerce, armés pour leur légitime défense, ne pourront s'emparer d'aucun bâtiment de commerce de l'ennemi, à moins qu'ils n'y soient contraints par la provocation.

Art. III. Il est défendu aux vaisseaux de guerre de l'Etat de prendre aucun bâtiment particulier de commerce appartenant à la nation ennemie, à moins qu'ils ne soient armés en guerre. L'Assemblée nationale se réserve de statuer incessamment sur les exceptions que pourrait nécessiter l'application de cette loi aux différentes circonstances de la guerre.

Art. IV. Les équipages des corsaires pris par les vaisseaux de guerre de la nation, seront à leur arrivée dans les ports, interrogés à la requête de l'accusateur public près le tribunal du lieu où les dits corsaires seront conduits. S'ils s'y trouvent des Français, ils seront punis de mort; les sujets de la nation ennemie conduits en prison pour tout le temps que durera la guerre; et quant à la punition à infliger aux étrangers aux deux nations belligérantes, il y sera statué d'après les conventions qui seront arrêtés entre la France et les puissances auxquelles ils appartiendront; en attendant, ils demeureront détenus et en prison.

Art. V. Les pertes que les particuliers pourront éprouver par le fait des corsaires sous pavillon ennemi, seront reconnues et vérifiées par les tribunaux de commerce, pardevant lesquels les parties lésées sont autorisées à se pourvoir par tout moyen de droit; et le montant de ces dommages formera l'objet d'une réclamation en indemnité, qui fera le préalable à tout accommodement ou négociation pour la paix.

Art. VI. L'Assemblée nationale invite le Roi à préparer auprès des nations, par la voie des ambassadeurs, la suppression absolue de la course

No. LV, 1. Frankreich, 30. Mai 1792. dans la guerre de mer et d'assurer, dans tout ce qui pourra dépendre de la nation Française, la liberté de la navigation et du commerce, lien réciproque des peuples et leur commune ressource.

Der Antrag wurde nicht angenommen, ebensowenig ähnliche Anträge der Abgeordneten Lasource (der die Forderung der Reciprocität hinzufügte) und Granet, dagegen auf Antrag des Abgeordneten Vergniaud fast einstimmig der folgende Beschluss gefasst: *)

L'Assemblée nationale décrète:
que le pouvoir exécutif sera invité à négocier avec les puissances étrangères, pour faire supprimer, dans les guerres qui pourraient avoir lieu sur mer, les armements en course, et assurer la libre navigation du commerce,
et ajourne les autres articles du projet de décret présenté par son Comité.

---

2) Aus der Rede des Regierungs-Bevollmächtigten, Bürger Portalis, bei Installation des Prisenrathes am 14. Floréal des J. VIII. **)

No. LV, 2. Frankreich, 8. Mai 1800. Le Citoyen Portalis, Commissaire du Gouvernement, prenant ensuite la parole, s'est exprimé en ces termes:

„L'importance de notre mission annonce celle de nos devoirs. Un gouvernement sage qui sent le besoin et qui a la ferme volonté d'être juste, nous appelle pour exercer, auprès de lui, les fonctions à la fois délicates et sublimes de la conscience. Il nous établit, en quelque sorte, les ministres de l'alliance sacrée de la politique avec la morale .....

Faire, en temps de paix, le plus de bien, et, en temps de guerre, le moins de mal: voilà le droit des gens. Les principes de ce droit sont simples: mais, dans les temps de barbarie et d'ignorance, ils furent méconnus par des hommes livrés à des passions aveugles et déréglées. Dans nos temps modernes, ces passions ont été adoucies par une civilisation perfectionnée, mais la multitude et la confusion des intérêts divers, que les idées d'argent, de commerce, de richesse nationale et d'équilibre de puissance, ont introduites, sont devenues de nouvelles causes de rivalité, d'ambition, de jalousie et d'inimitié. La science des gouvernements ne s'étant point élevée en proportion des contrariétés que nous avons à concilier et des difficultés que nous avons à vaincre, il arrive que, malgré nos lumières et nos connaissances acquises, nous ne jouissons encore que très-imparfaitement des avantages que ces lumières et ces connaissances sembleraient devoir nous garantir.

---

*) Gazette Nationale ou le Moniteur Universel vom 31. Mai und 1. Juni 1792, p. 632—634.

**) F. N. Dufriche-Foulaines, Code des prises et du commerce de terre et de mer, Paris an XIII (1804), t. I, p. 862—865.

Le droit de guerre est fondé sur ce qu'un peuple, pour l'intérêt de sa conservation ou pour le soin de sa défense, veut, peut ou doit faire violence à un autre peuple. C'est le rapport des choses, et non des personnes, qui constitue la guerre: elle est une relation d'état à état, et non d'individu à individu. Entre deux ou plusieures nations belligérantes, les particuliers dont ces nations se composent, ne sont ennemis que par accident: ils ne le sont point comme hommes, ils ne le sont même pas comme citoyens; ils le sont uniquement comme soldats. No. LV, 2. Frankreich, 3. Mai 1800.

Rendons justice à notre philosophie, qui, d'après ces vérités premières, a plus d'une fois invité les gouvernements de l'Europe, à stipuler, dans leurs traités, la liberté et la sûreté du commerce pendant la guerre, le respect pour les productions des arts et pour toutes les propriétés particulières; mais la politique, qui n'est pas le droit politique, s'est refusée jusqu'ici aux conclusions de la philosophie .....

On peut croire d'ailleurs, que l'interruption du commerce entre les nations belligérantes, produit le bien de lier, dans chaque gouvernement, les dangers du citoyen aux dangers de la patrie; de communiquer à l'interêt général toute l'énergie de l'intérêt personel; de décourager par l'épuisement prévu des ressources, l'ambition de conquêtes ou celle d'une vaine gloire; de moduler la pétulence des projets par le sentiment des maux qu'ils entraînent; de mettre l'inquiétude des citoyens qui souffrent aux prises, avec les fantaisies des magistrats qui gouvernent; enfin, de rendre les gouvernements plus circonspects à commencer la guerre, et plus disposés à la terminer ....

La politique peut avoir ses plans et ses mystères; mais la raison doit conserver son influence et sa dignité. Quand des prétextes arbitraires de crainte ou d'utilité dirigent les conseils, tout est perdu; alors des brigandages de toute espèce désolent la terre, et des flots de sang coulent de toutes parts. En inspirant la terreur, on peut momentanément accroître ses forces; mais c'est en inspirant la confiance qu'on les assure à jamais. L'injustice fait toujours mauvaise ménagère de la puissance ....

La guerre est un droit nécessaire, légitime et malheureux qui laisse toujours à payer une dette immense pour s'acquitter envers la nature humaine. Mais que la justice et la paix s'embrassent; et, déjà la plupart des maux de la guerre seront réparés....“

---

3) Bericht des Ministers der Auswärtigen Angelegenheiten*) an den Kaiser, die Freiheit des Privateigenthums in Kriegszeiten betreffend.

(Auszug.)

Trois siècles de civilisation ont donné à l'Europe un droit des gens que, selon l'expression d'un écrivain illustre, la nature humaine ne saurait assez reconnaître. Ce droit est fondé sur le principe, que les nations doivent No. LV, 3. Frankreich, 20. Novbr. 1806.

*) Talleyrand-Périgord. — Moniteur Universel 5. December 1806.

No. LV, 3. Frankreich, 20. Novbr. 1806. se faire: dans la paix le plus de bien, et dans la guerre le moins de mal qu'il est possible. D'après la maxime que la guerre n'est point une relation d'homme à homme, mais une relation d'Etat à Etat, dans laquelle les particuliers ne sont ennemis qu'accidentellement, non point comme hommes, non pas même comme membres ou sujets de l'Etat, mais uniquement comme ses défenseurs, le droit des gens ne permet pas que le droit de guerre et le droit de conquête qui en dérive, s'étendent aux citoyens paisibles et sans armes, aux habitations et aux propriétés privées, aux marchandises de commerce, aux magazins qui les renferment, aux chariots qui les transportent, aux bâtiments non armés qui les voiturent sur les rivières ou sur les mers, en un mot à la personne et aux biens des particuliers ...

---

4) Kaiserliches Decret, gegeben zu Berlin den 21. Nov. 1806, Versetzung der britischen Inseln in Blokadezustand betreffend (sog. Continentalsperre).

(Auszug.)

No. LV, 4. Frankreich, 21. Novbr. 1806.

Napoléon, Empereur des Français, Roi d'Italie, considérant:

1. Que l'Angleterre n'admet point le droit des gens suivi universellement par tous les peuples policés;
2. Qu'elle répute ennemi tout individu appartenant à l'Etat ennemi, et fait en conséquence prisonniers de guerre, non-seulement les équipages des vaisseaux armés en guerre, mais encore les équipages des vaisseaux de commerce, et des navires marchands, et même les facteurs du commerce et les négociants qui voyagent pour les affaires de leur négoce;
3. Qu'elle étend aux bâtiments et marchandises du commerce et aux propriétés des particuliers, le droit de conquête, qui ne peut s'appliquer qu'à ce qui appartient à l'Etat ennemi;
4. Qu'elle étend aux villes et ports de commerce non fortifiés, aux hâvres et aux embouchures des rivières, le droit de blocus, qui, d'après la raison et l'usage de tous les peuples policés, n'est applicable qu'aux places fortes;
   Qu'elle déclare bloquées des places devant lesquelles elle n'a pas même un seul bâtiment de guerre, quoiqu'une place ne soit bloquée que quand elle est tellement investie, qu'on ne puisse tenter de s'en approcher sans un danger imminent;
   Qu'elle déclare même en état de blocus des lieux que toutes ses forces réunies seraient incapables de bloquer, des côtes entières et tout un empire;
5. Que cet abus monstrueux du droit de blocus n'a d'autre but que d'empêcher les communications entre les peuples et d'élever le commerce et

l'industrie de l'Angleterre sur la ruine de l'Industrie et du commerce du continent; No. LV, 4. Frankreich, 21. Novbr. 1806.

6. Que tel étant le but évident de l'Angleterre, quiconque fait sur le continent le commerce des marchandises anglaises, favorise par là ses desseins et s'en rend le complice;
7. Que cette conduite de l'Angleterre, digne en tout des premiers âges de la barbarie, a profité à cette Puissance au détriment de toutes les autres;
8. Qu'il est de droit naturel d'opposer à l'ennemi les armes dont il se sert, et de le combattre de la même manière qu'il combat, lorsqu'il méconnaît toutes les idées de justice et tous les sentiments libéraux, résultat de la civilisation parmi les hommes;

Nous avons résolu d'appliquer à l'Angleterre les usages qu'elle a consacrés dans sa l'égislation maritime.

Les dispositions du présent décret seront constamment considérées comme principe fondamental de l'Empire jusqu'à ce que l'Angleterre ait reconnu que le droit de la guerre est un, et le même sur terre que sur mer, qu'il ne peut s'étendre ni aux propriétés privées, quelles qu'elles soient, ni à la personne des individus étrangers à la profession des armes, et que le droit de blocus doit être restreint aux places fortes réellement investies par des forces suffisantes;

Nous avons en conseqence, décrété et décrétons ce qui suit: &c.

No. LVI.

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA. — Versuche, den Grundsatz der Unverletzlichkeit des Privateigenthums im Seekriege in Verhandlungen mit andern Staaten zur Anerkennung zu bringen, 1823—1854. *) —

1) VEREINIGTE STAATEN. — Aus der Instruction des Staatssecretärs John Quincy Adams für den, mit einer Reihe von wichtigen Verhandlungen beauftragten Gesandten in London, Mr. Richard Rush.

Departement of State, Washington Juli 28., 1823.

Sir, — — — The object to which I allude is the abolition of private war upon the sea. It has been remarked that by the usages of modern war, the private property of an enemy is protected from seizure or confiscation as such; and private war itself has been almost universally exploded upon the land. By an exception, the reason of which it is not easy to perceive, No. LVI, 1. Vereinigte Staaten, 28. Juli 1823.

*) Die betreffenden Actenstücke sind dem Congress auf dessen Wunsch durch Botschaft des Präsidenten Pierce vom 12. Juni 1854 mitgetheilt worden (33d. Congress, 1st. Session).

No. LVI, 1. Vereinigte Staaten, 28. Juli 1823. the private property of the enemy upon the sea has not so fully received the benefit of this same principle. Private war, banished by the tacit and general consent of Christian nations from their territories, has taken its last refuge upon the ocean, and there continues to disgrace and afflict them by a system of licensed robbery, bearing all the most atrocious characters of piracy. To a government intent, from motives of general benevolence and humanity, upon the final and total suppression of the slave trade, it cannot be unreasonable to claim her aid and co-operation to the abolition of private war upon the sea.

From the time when the United States took their place among the nations of the earth, this has been one of their favorite objects. „It is time,“ (said Dr. Franklin, in a letter of the 14th March, 1785,) „it is high time, for the sake of humanity, that a stop were put to this enormity. The United States of America, though better situated than any European nation to make profit by privateering, are, as far as in them lies, endeavoring to abolish the practice, by offering, in all their treaties with other powers, an article engaging solemnly, that in case of future war no privateer shall be commissioned on either side, and that unarmed merchant ships, on both sides, shall pursue their voyages unmolested. This will be a happy improvement of the law of nations. The humane and the just cannot but wish general success to the proposition.“

It is well known that, in the same year that this letter was written, a treaty between the United States and the King of Prussia was concluded, by the 23d article of which this principle was solemnly sanctioned in the form of a national compact. The 26th article of the treaty between the United States and Great Britain, of the 19th of November, 1794, carries it in some respect still further, though in others falling short of it. The articles of the enclosed draught combine the special stipulations of both those articles; and, in proposing them, you will express the earnest desire of the President that they may prove acceptable to the British government. — — —

We wish this consideration to be pressed with earnestness upon the moral sense of the British government. We are aware that, in the abolition of private war upon the sea, that nation, while yielding homage to the principle of general justice, must abandon the use of a weapon of offence against others which she has heretofore used much to their annoyance. But we are firmly convinced that it will ultimately prove as beneficial to her interests as to that of others; and the magnanimity displayed by her, in contracting an engagement so consonant to eternal right, though partially affecting a temporary interest of her own, cannot fail to give energy to her solicitations, when urging upon others the sacrifice of their special interests for the purpose of consummating the triumph of justice and humanity. — — —

The great object of the whole convention, as proposed, is, to take the first step towards the eventual abolition, by the law of nations, of private war upon the sea; an improvement entirely congenial to that of the final and total abolition of the slave trade; and entirely coincident, or, it may rather be said, necessarily deducible from the principles declared

in the autographic alliance between the sovereigns of Russia, Austria, and Prussia. In communicating the draught of these articles to the British government, (should they agree to negotiate on the subject,) you will declare the readiness of this government to accede to any modification of them or addition to them which may be promotive of the purpose, and desirable to Great Britain. You will add that we have been encouraged to present this plan for a great improvement in the law of nations, and amelioration of the condition of human kind, by the proposal deliberately made by the French government to establish the principle during their present war with Spain; that we make the first proposal to Great Britain, as to the power most competent to secure its ultimate success, and to the nation which, we sincerely believe, would finally derive the greatest share of the blessing which its universal establishment would bestow upon the family of man. And you will observe that, as it is the intention of the President to present the same plan to the other principal maritime powers of Europe, particularly to France and Russia, it would be peculiarly agreeable to him to offer it to them in concert with Great Britain, supported by the weight of her powerful influence.

No. LVI, 1. Vereinigte Staaten, 28. Juli 1823.

I am, &c.

John Quincy Adams.

Richard Rush, Envoy Extraordinary, &c., London.

Aus dem, dem Gesandten mitgetheilten Entwurf einer Convention zur Regelung der Neutralitäts-Grundsätze.

Art. IV. And, in the said event of war between the parties — — — all merchants and trading vessels employed in exchanging the products of different places, and thereby rendering the necessaries, conveniences and comforts of human life more easy to be obtained, and more general, shall be allowed to pass free and unmolested, and neither of the contracting parties shall authorize their public vessels to capture or destroy them, or grant or issue any commission to any private armed vessels, empowering them to take or destroy such trading vessels, or interrupt such commerce.*)

---

2) VEREINIGTE STAATEN. — Gesandter in London an den Staatssecretär. — Aus einem Bericht über die Verhandlungen in Seerechtsangelegenheiten. —

London, August 12, 1824.

— — With regard to the other maritime questions affecting the relations of neutral and belligerent powers, the plenipotentiaries remarked, that as I was not prepared to enter into stipulations respecting them but in

No. LVI, 2. Vereinigte Staaten, 12. Aug. 1824.

*) Vergl. No. LIV.

No. LVI, 2. Vereinigte Staaten, 12. Aug. 1824. conjunction of the question of impressment, which was excluded, for the reason given, the discussion of the others, in any way, could be to no useful purpose. It would, therefore, be declined by them.

Thus it was that the whole of this subject fell to the ground. The decision upon it will be found recorded in the protocol of the twentyfirst conference.

I next said to the British plenipotentiaries, that the question of abolishing privateering, and the capture of private property at sea, whether by national ships or by privateers, was one that I considered as standing apart from those on which their decision had been given to me.

Upon this question, therefore, I desired them to understand that I was ready to treat, as of one occupying ground wholly of its own.

They replied that they were not prepared to adopt this course. All other questions of a maritime nature having been shut out from the negotiation, there would be, they said, manifest inconvenience in going into that for abolishing private war upon the ocean. They considered it a question belonging to the same class with maritime questions, and one which, besides being totally new as between the two governments, contemplated a most extensive change in the principles and practice of maritime war, as hitherto sanctioned by all nations. Such was their answer.

This answer was given in the terms that I state, and so entered upon the protocol; but it is proper for me to remark, that no sentiment dropped from the British plenipotentiaries authorizing the belief that they would have concurred in the object, if we had proceeded to the consideration of it. My own opinion unequivocally is, that Great Britain is not prepared to accede, under any circumstances, to the proposition for abolishing private war upon the ocean.

Richard Rush.

The Right Hon J. Q. Adams, Washington.

---

3) VEREINIGTE STAATEN. — Staatssecretär H. Clay an den Gesandten in London, Mr. Albert Gallatin. — Aus einer Instruction zu Verhandlungen in Seerechtsangelegenheiten. —

Department of State, Washington, June 19, 1826.

No. LVI, 3. Vereinigte Staaten, 19. Juni 1826. I. On the renewal of the negotiation, you will state to the British plenipotentiaries that, in respect to the subjects comprised under the first head, the American government yet feels in their unabated force all those considerations derived from the spirit of the times, the influence of the Christian religion, and the favorable auspices of the present period of general peace which induced it to propose them, through Mr. Rush, for negotiation,

and that it would be happy if they could be satisfactorily arranged; but, from the reception which on that occasion was given to them by the British government, that of the United States is discouraged from making any new attempt at their adjustment, and that you are therefore now instructed to decline bringing them forward. Of those subjects, that of extending to private property on the high seas the same security and exemption from capture in time of war as belong to it when on land, the impressement of seamen, and the settlement of certain conflicting belligerent and neutral pretensions, have a pre-eminent importance. In the first all nations are deeply interested, for it cannot be doubted that, if Great Britain and the United States were to agree to the abolition of privateering, and no longer to consider private property on the high seas as lawful prize of war, their humane example would be generally followed; that wars would be diminished; that, when they unhappily occurred, their duration would be more limited, and a great private aggravation of their calamities would cease, and that a beneficent channel of the comforts and happiness of nations would remain unobstructed. The same example would have great influence on other nations in inducing them to concur in the general adoption of any fixed conventional principles, more certainly defining the respective rights and duties of belligerents and neutrals which the United States and Great Britain might stipulate.

No. LVI, 3. Vereinigte Staaten, 19. Juni 1826.

* * * *

I am, &c.

H. Clay.

Albert Gallatin, Appointed Envoy &c., London.

---

4) VEREINIGTE STAATEN. — Staatssecretär an den Geschäftsträger in Paris, die von den Vereinigten Staaten angestrebte Reform des Seekriegsrechts betreffend. —

Department of State, Washington, August 13, 1833.

Sir: — — In one of the notes from the Count, dated the 24th of July, he communicated to this government the information that His most Christian Majesty had given orders to his marine to take no Spanish vessels other than of war, and to detain, upon the principle of blockade, no merchant vessel, whether of Spain or of other nations, unless they should attempt to enter a place really blockaded by the King's naval forces, and should thus endeavor to force an effective blockade; that His Majesty had also forbidden privateering by his subjects, and had resolved to deliver no letters of marque against the commerce of Spain.

No. LVI, 4. Vereinigte Staaten, 13. Aug. 1823.

The government of the United States have seen with deep regret the war which has arisen between France and Spain, and with peculiar

No. LVI, 4. Vereinigte Staaten, 13. Aug. 1823. concern the alleged grounds upon which it was commenced by France; but they have received, with the highest satisfaction, the information of these regulations on her part. They hope that the example will not be lost; but will serve as a precedent for universal adoption in the contests between Christian and civilized nations hereafter. The occasion has been taken, in connexion with negotiations upon other subjects pending between the United States and Great Britain, to propose to that nation a convention for regulating neutral and belligerent rights in time of war, in which all privateering, and all warfare against private property upon the sea, is disclaimed and renounced.

You will take an opportunity to give notice of this circumstance to the French government; and you will observe that this proposition has been made, in the first instance, to Great Britain, with a special view to the relations between her and the United States. It is, in substance, a project for perpetual peace between them; and if accepted by her, will extinguish *all* the operative causes of hostility between them. But it is not to the consideration of Great Britain alone that the plan will be offered. It is of the deepest interest to all the maritime nations; and the United States will not willingly abandon the hope that it will be adopted by them all. It will, hereafter, be communicated more in detail to the French government, to the imperial government of Russia, and to others, particularly if, upon the notice of this intention, which you will give at as early a period as may be convenient, it should be received with favorable dispositions.

The system of policy which it proposes is coeval, in the purposes of the United States, with the full establishment of their national independence. Immediately after the peace of 1783, commissioners plenipotentiary were appointed by the Congress of the Confederation, authorized to negotiate treaties of commerce and navigation with all the principal maritime States of the world; and in the general plan of those treaties it was proposed, that in the event of war between the contending parties, no privateering should be allowed, nor any hostilities against private persons or property upon the ocean should be committed. Under one of these commisssions the first treaty between the United States and Prussia was concluded, and it contained the full development of the design. Other nations were not then prepared for its adoption, but the present is believed to be a more favorable moment for its success.

I am, with great respect, sir, your very humble and obedient servant,

John Quincy Adams.

Daniel Sheldon, Esq., Paris.

5) FRANREICH. — Minister des Auswärtigen an den Geschäftsträger der Vereinigten Staaten in Paris. — Erwiederung auf die in der vorausgehenden Depesche gemachten Eröffnungen.

(Uebersetzung.)

Paris, October 29, 1823.

Sir: Your government has expressed a desire to see the system which France followed in the maritime operations of the last war become the universal rule of all civilized and Christian nations, and you have done me the honor to advise me, on the 13th instant, that the United States concurred, as much as it would be in their power, in the establishment of this principle: „that individual property on the ocean must be sacred in times of war.“ No. LVI, 5. Frankreich, 29. Octbr. 1823.

You may judge, sir, by the measure which His Majesty has adopted, not to grant letters of marque to private individuals, and to favor navigation and commerce, whenever their operations are not of a hostile character, how much he wishes that circumstances would always permit him to adopt the same principles of moderation, and to expect from the other powers a similar system and a perfect reciprocity.

If the trial, successfully made by France, can induce all those governments that are interested in a question so worthy of being profoundly studied, to agree upon the adoption of a general principle which, in time of war, shall place wise limits to maritime operations and be in accordance with the sentiments of humanity, His Majesty will congratulate himself still more in having given this salutary example, and in having proved that, without compromising the success of war, its scourge can be abated.

Please to accept, sir, the assurance, &c.

Chateaubriand.

Daniel Sheldon, Esq.

---

6) RUSSLAND. — Minister des Auswärtigen an den Gesandten der Vereinigten Staaten in St. Petersburg. — Erwiederung auf die gemachten Eröffnungen über die von Amerika angestrebte Reform des Seerechts. —

(Uebersetzung.)

St. Petersburg, February 1, 1824.

The undersigned, privy councillor, directing the imperial administration of foreign affairs, has made it his duty to lay before the Emperor, his master, the note which Mr. Middleton, the envoy extraordinary and minister No. LVI, 6. Russland, 1. Febr. 1824.

No. LVI, 6. Russland, 1. Febr. 1824.

plenipotentiary of the United States of America, sent him, to communicate to him a *projet* of a convention by means of which the principle of the inviolability of private property might become sacred in every maritime war.

About the end of the eighteenth century Russia laid the foundation of a system of an armed neutrality, which contributed essentially to prevent the misfortune of a maritime war from being aggravated by a total interruption of the relations of commerce.

The cabinet of St. Petersburg saw, at that time, the greater part of the European powers highly appreciate his intentions; and it could not but be extremely grateful to the Emperor to be convinced that, even now, a State whose marine makes the most rapid advances recalls and reproduces the salutary views of his august and glorious grandmother. His Imperial Majesty thinks that he has proved on his side that not only was one of his first desires constantly that of mitigating the horrors of war, but that he willingly makes great sacrifices to save the world from this terrible scourge.

The Emperor, therefore, sincerely applauds the spirit of the convention which has been proposed to him by the cabinet of Washington.

If the governments if our days followed the narrow calculations of ancient policy — if they only took their interests for the rule of their determinations to the convention in question — it might be perhaps objected to, that the more the private resources of a State give extent and activity to its maritime commerce, the more this commerce is exposed, in the case of a war, to the enterprises of privateers, aud that then letters of marque are the only means which remain to powers whose marine is less employed and less numerous, for restoring the equilibrium between unequal forces and for securing any compensation, but, it is repeated, these calculations will never direct the cabinets which have shown that they cannot make similar advantages the object of their desires, and which, by their known maxims, will doubtless be eager to do justice to the motives as well as to the consequences of a proposition, the hint of which does honor to the government of the United States.

There is, however, one consideration, which cannot have escaped Mr. Middleton.

The principle which the United States invite the Emperor to recognise and to sanction will not be of real utility, except as far as it will have a general application. Every detached convention which the cabinet of St. Petersburg might make on this account with that of Washington, would have so much less effect, inasmuch as, happily, a war between Russia and North America ought to be ranked in the number of events the most distant, the most unlikely; and it is only by the agreement of all the other maritime powers that the measures pointed out can produce the effects intended.

In consequence, His Imperial Majesty charges the undersigned to declare that, for his part, he fully appreciates the proceeding of the American government; that he shares in the opinions and wishes expressed in Mr. Middleton's note; and that, as soon as the powers whose consent he considers as indispensable shall have shown the same dispositions, he will

not be wanting in authorizing his minister to discuss the different articles of an act which would be a crown of glory to modern diplomacy. No. LVI, 6. Russland, 1. Febr. 1824.

In executing, by the present communication, the orders of the Emperor, his master, the undersigned eagerly seizes this occasion of offering to Mr. Middleton the assurances of his most distinguished consideration.

Nesselrode.

H. Middleton, Envoy &c.

---

7) VEREINIGTE STAATEN. — Aus der Botschaft des Präsidenten Franklin Pierce an den Congress vom 4. Dezember 1854. — Verhandlungen über das Seerecht betreffend.

No. LVI, 7. Vereinigte Staaten, 4. Decbr. 1854.

— — Long experience has shown that, in general, when the principal powers of Europe are engaged in war, the rights of neutral nations are endangered. This consideration led, in the progress of the war of our indepedence, to the formation of the celebrated confederacy of armed neutrality, a primary object of which was, to assert the doctrine that free ships make free goods, except in the case of articles contraband of war: a doctrine which, from the very commencement of our national being, has been a cherished idea of the statesmen of this country. At one period or another, every maritime power has, by some solemn treaty stipulation, recognised that principle; and it might have been hoped that it would come to be universally received and respected as a rule of international law. But the refusal of one power prevented this, and in the next great war which ensued, that of the French revolution, it failed to be respected among the belligerent states of Europe. Notwithstanding this, the principle is generally admitted to be a sound and salutary one — so much so, that, at the commencement of the existing war in Europe, Great Britain and France announced their purpose to observe it for the present; not, however, as a recognised international right, but as a mere concession for the time being. The co-operation, however, of these two powerful maritime nations in the interest of neutral rights, appeared to me to afford an occasion inviting and justifying, on the part of the United States, a renewed effort to make the doctrine in question a principle of international law, by means of special conventions between the several powers of Europe and America. Accordingly, a proposition, embracing not only the rule that free ships make free goods, except contraband articles, but also the less contested one, that neutral property other than contraband, though on board enemy's ships, shall be exempt from confiscation, has been submitted by this government to those of Europe and America.

Russia acted promptly in this matter, and a convention was concluded between that country and the United States, providing for the observance of the principles announced, not only as between themselves, but also

No. LVI, 7. Vereinigte Staaten, 4. Decbr. 1854.

as between them and all other nations which shall enter into like stipulations. None of the other powers have as yet taken final action on the subject. I am not aware, however, that any objection to the proposed stipulations has been made; but, on the contrary, they are acknowledged to be essential to the security of neutral commerce; and the only apparent obstacle to their general adoption is in the possibility that it may be encumbered by inadmissible conditions.

The King of the Two Sicilies has expressed to our minister at Naples his readiness to concur in our proposition relative to neutral rights, and to enter into a convention on that subject.

The King of Prussia entirely approves of the project of a treaty to the same effect, submitted to him, but proposes an additional article providing for the renunciation of privateering. Such an article, for most obvious reasons, is much desired by nations having naval establishments, large in proportion to their foreign commerce. If it were adopted as an international rule, the commerce of a nation having comparatively a small naval force would be very much at the mercy of its enemy in case of war with a power of decided naval superiority. The bare statement of the condition in which the United States would be placed, after having surrendered the right to resort to privateers, in the event of war with a belligerent of naval supremacy, will show that this government could never listen to such a proposition. The navy of the first maritime power in Europe is at least ten times as large as that of the United States. The foreign commerce of the two countries is nearly equal, and about equally exposed to hostile depredations. In war between that power and the United States, without resort on our part to our mercantile marine, the means of our enemy to inflict injury upon our commerce would be tenfold greater than ours to retaliate. We could not extricate our country from this unequal condition, with such an enemy, unless we at once departed from our present peaceful policy, and became a great naval power. Nor would this country be better situated in war with one of the secondary naval powers. Though the naval disparity would be less, the greater extent and more exposed condition of our wide-spread commerce would give any of them a like advantage over us.

The proposition to enter into engagements to forego a resort to privateers, in case this country should be forced into war with a great naval power, is not entitled to more favorable consideration than would be a proposition to agree not to accept the services of volunteers for operations on land. When the honor or the rights of our country require it to assume a hostile attitude, it confidently relies upon the patriotism of its citizens, not ordinarily devoted to the military profession, to augment the army and the navy, so as to make them fully adequate to the emergency which calls them into action. The proposal to surrender the right to employ privateers is professedly founded upon the principle, that private property of unoffending non-combatants, though enemies, should be exempt from the ravages of war; but the proposed surrender goes but little way in carrying out that principle, which equally requires that such private property should not be seized or

molested by national ships of war. Should the leading powers of Europe concur in proposing, as a rule of international law, to exempt private property, upon the ocean, from seizure by public armed cruisers, as well as by privateers, the United States will readily meet them upon that broad ground. — —

No. LVI, 7. Vereinigte Staaten, 4. Decbr. 1854

Franklin Pierce.

Washington, December 4, 1854.

No. LVII.

DEUTSCHE PROVISORISCHE CENTRALGEWALT. — Instruction für den Reichs-Gesandten zu Washington, den Abschluss eines Handels- und Schifffahrtsvertrages mit den Vereinigten Staaten betreffend. *) —

No. LVII. Deutsche Centralgewalt, October 1848.

Es dürften sich schwerlich zwei Länder finden, bei welchen die politischen und commerciellen Verhältnisse so durchaus auf eine enge und innige Freundschaft und Verbindung hinweisen, als zwischen den Vereinigten Staaten und dem deutschen Bundesstaate. Es wird daher die grösste Offenheit in jeder Hinsicht deutscher Seits zu beobachten und alle Willfährigkeit zu zeigen sein, den Wünschen der Vereinigten Staaten entgegen zu kommen, so weit irgend thunlich, auch zu übereinstimmendem Verfahren gegen Dritte Bereitwilligkeit geäussert werden können.

Zur Bethätigung dieser freundlichen Verhältnisse zwischen beiden Ländern, die sich als Staaten-Complexe in ähnlicher Lage befinden, wird zunächst das commercielle Band, welches sich seither auf die einzelnen deutschen Staaten bezog, aber in den Hauptresultaten dennoch ganz Deutschland umfasste, durch einen die Gesammtheit des deutschen Bundesstaats in sich schliessenden Handels- und Schifffahrts-Vertrag fest zu knüpfen sein.

Schon seit dem Anfange des Monats August haben hierüber Berathungen mit dem Amerikanischen Gesandten in Deutschland, dem Major Donalson stattgefunden, welcher in Gemässheit derselben an seine Regierung in Washington berichtet hat. Die leitenden Gesichtspuncte waren dabei die folgenden:

1. Völlige Gegenseitigkeit und Gleichstellung der beiderseitigen Schifffahrt mit der eigenen, bei directer und indirecter Fahrt.

---

*) Nach den Aufzeichnungen des Reichs-Handelsministers Duckwitz über seine Besprechungen mit dem amerikanischen Gesandten, Major Donalson, war es die Absicht, „jede Wegnahme von Handelsschiffen, sei es durch Kriegsschiffe oder durch gewöhnliche Kaper, für Seeraub zu erklären.“ Der Gedanke fand sowohl in Amerika, als bei dem damaligen Präsidenten der französischen Republik, Cavaignac, lebhaften Anklang. — Gelegentlich sei hier auch auf die unter pos. 6 der Instruction hervortretende Idee, bei handelspolitischen Verträgen Deutschland und Oesterreich, ungeachtet ihrer getrennten Staatlichkeit, als mehr denn gewöhnlich verbündete Staaten zu behandeln, aufmerksam gemacht.

No. LVII. Deutsche Centralgewalt, October 1848.

2. Die Küstenfahrt zwischen amerikanischen Häfen und zwischen deutschen Häfen bleibt der eigenen Schifffahrt vorbehalten, jedoch kann ein amerikanisches Schiff, von einem nicht deutschen Hafen kommend, Güter in mehreren deutschen Häfen ausladen, und andererseits in mehreren deutschen Häfen Güter für einen nicht deutschen Hafen einladen. Dasselbe Recht steht deutschen Schiffen in amerikanischen Häfen zu.
3. Alle Waaren können, wes Ursprungs sie auch sein mögen, direct oder indirect unter gleichen Bedingungen mit amerikanischen und deutschen Schiffen in den beiderseitigen Häfen eingeführt werden, ausgenommen sind davon die Erzeugnisse der eigenen Fischereien, welche als eigenes Erzeugniss zu besteuern, beide Theile sich vorbehalten.
4. Alle Waaren, wes Ursprungs sie auch sein mögen, können aus Häfen der Vereinigten Staaten, in deutschen Häfen, und aus deutschen Häfen in Häfen der Vereinigten Staaten zu denselben Zöllen und Abgaben eingeführt werden, als wenn sie direct aus dem Ursprungslande kämen.
5. Die Erzeugnisse der Vereinigten Staaten sollen in Deutschland, und die Erzeugnisse Deutschlands sollen in den Vereinigten Staaten keinen anderen und höheren Abgaben unterworfen werden, als die gleichartigen Erzeugnisse irgend eines andern Landes.
6. Besondere von den Vereinigten Staaten oder von Deutschland irgend einem dritten Lande gewährte oder zu gewährende besondere Begünstigungen sollen beiden Contrahenten auch sogleich zu Theil werden. Sind sie ohne Gegenleistung gewährt, so werden sie auch ohne Gegenleistung gegenseitig eingeräumt, sind sie mit Gegenleistung zugestanden, so wird ein gleiches oder ähnliches Aequivalent gegenseitig erforderlich. Ausgenommen von diesen gegenseitigen Gewährungen, sind die Vereinbarungen, welche der deusche Bundesstaat, mit den Staaten Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich, wegen der obwaltenden besondern Verhältnisse treffen möchte.
7. Es werden beiderseits diejenigen Schiffe als nationale anerkannt, die in den resp. Staaten gesetzlich dafür gelten.
8. Ueber Tarifbestimmungen wird in dem Vertrage nichts gesagt, jedoch wird von deutscher Seite die Zusicherung gegeben, dass die Central-Gewalt dahin streben wolle, amerikanische Erzeugnisse, namentlich Tabak, mässig zu besteuern, und von Seiten der Regierung der Vereinigten Staaten, dass sie dahin streben wolle, solche Erzeugnisse, die vorherrschend deutschen Ursprungs sind, und besonders durch Handarbeit hergestellt werden, einer niedrigeren Steuer wie bisher in den Vereinigten Staaten zu unterwerfen.
9. Beide Theile werden unter sich und mit anderen Seemächten auf Bestimmungen Bedacht nehmen, welche dem Handel und der Schifffahrt sowohl der kriegführenden als der neutralen

Mächte Schutz und Freiheit zu sichern und diese Angelegenheit der Civilisation und der Menschlichkeit zu befördern geeignet sein würden. Es soll dies nach Möglichkeit schon durch die Aufnahme entsprechender Bestimmungen, deren Inhalt näher zu bezeichnen für heute noch vorbehalten bleibt, in den jetzt abzuschliessenden Vertrag geschehen.

No. LVII. Deutsche Centralgewalt, October 1848.

10. Vom Tage der Ratificationen dieses allgemeinen Vertrages mit dem deutschen Bundesstaate treten die Verträge der Vereinigten Staaten mit einzelnen deutschen Staaten ausser Wirksamkeit.

Diese Punkte sind jedoch gegen den Major Donalson nur mündlich berührt worden, und im Allgemeinen gehalten, so dass sie nur als nächste Anhaltspunkte dienen können. Derselbe Herr ist ersucht worden, seine Regierung zu veranlassen, einen Bevollmächtigten zur Verhandlung eines Vertrags mit Deutschland nach Frankfurt zu senden, oder ihn selbst damit zu beauftragen, und wird der Herr Reichsgesandte ersucht, diesen diesseitigen Wunsch bei der Regierung in Washington zu unterstützen und die Vollmachts-Ertheilung an einen Unterhändler möglichst zu beschleunigen. Vorstehende 10 Punkte werden als Anhaltspunkte zu Aeusserungen dienen, indessen wird ausdrücklich hervorzuheben sein, dass, gleich wie in den Vereinigten Staaten die Ratification eines Handels- und Schifffahrts-Vertrages von der Zustimmung des Senats abhängt, solches auch in Deutschland hinsichtlich der National-Versammlung der Fall sein werde, es sei denn, dass bis dahin verfassungsmässig festgesetzt worden, dass die Ratification dem deutschen Senate oder Staatenhause zustehe. Gleichwie aber in den Vereinigten Staaten Tarifbestimmungen in Verträgen unzulässig sind, weil der Congress in dieser Beziehung seine Freiheit und Unabhängigkeit sich nicht beschränken lassen will und kann, werden auch dergleichen Bestimmungen deutscherseits aus dem gleichen diesseitigen Grunde nicht gemacht werden können. Der Reichsgesandte wird ersucht, dies Verhältniss der Regierung der Vereinigten Staaten deutlich zu machen, wenn diese vielleicht darauf dringen sollte, dass in dem Vertrage etwas von Herabsetzung der Tabakszölle deutscher Seits gesagt werde. Endlich ist zu bemerken, dass, da laut vorstehendem Punkte 10. mit der Ratification des Reichsvertrages alle zwischen den Vereinigten und einzelnen deutschen Staaten bestehenden Verträge erlöschen, solches hinsichtlich Dänemarks und Oesterreichs zu verstehen ist, soweit deren Staaten dem deutschen Bundesstaate angehören werden. — — —

No. LVIII.

COSTA RICA und **NEU-GRANADA.** — Aus dem Schifffahrts- und Handelsvertrage zwischen beiden Staaten vom 11. Juni 1856.

(Uebersetzung.)

No. LVIII. Costa Rica und Neugranada 11. Juni 1856.

Art. 11. Beide Theile erkennen das Princip an, dass das Privateigenthum von Bürgern befreundeter Nationen und von Bürgern, welche nicht dem Heere feindlicher Nationen angehören, unter irgend einer Seeflagge nicht der Wegnahme noch Confiscirung unterworfen sein soll, mit Ausnahme der Kriegscontrebande uud derjenigeu Schiffe mit ihren Ladungen, welche die allgemein als Gesetz der kriegführenden Staaten anerkannten Blokaderegeln brechen. Desshalb stellen beide Theile fest, dass für den Fall (was Gott verhüten möge) der Eine den Andern bekriegt, das Privateigenthum der Bürger von Neu-Granada und Costa Rica, welche nicht zum Heere gehören, weder weggenommen noch confiscirt werden soll, sei es unter neutraler oder unter feindlicher Flagge, und für den Fall, dass einer von beiden Theilen sich in Krieg mit einem dritten oder mehreren Staaten befindet, und der andere Theil sich neutral verhält, kann das Privateigenthum von Bürgern dieses Staates weder weggenommen noch confiscirt werden, selbst auf Schiffen, deren Flagge dem andern Theile feindlich ist. In beiden Fällen sind ausgenommen die Kriegscontrebande und die Schiffe mit ihren Ladungen, welche die in § 14 des erwähnten Tractats aufgeführten Bestimmungen der Blokaderegeln brechen.

Gleichfalls verpflichten sich beide Theile, die Anwendung dieses Princips auf alle Nationen, welche es anerkennen und beobachten, auszudehnen.

INHALT.

Anhang.

Aeltere Kundgebungen für die Freiheit des Privateigenthums im Seekrieg.



Druck von Pontt & v. Döhren in Hamburg.

F. A. BROCKHAUS, LIBRAIRE-ÉDITEUR, A LEIPZIG.

OUVRAGES DE DIPLOMATIE,

DE DROIT INTERNATIONAL, ETC.

BIEDERMANN, CH. LES SYSTÈMES REPRÉSENTATIFS AVEC ÉLECtions populaires historiquement exposés et développés en rapport avec les conditions politiques et sociales des peuples. Traduit de l'allemand par Stanislas Leportier. In-8. 1 Thlr. 15 Ngr.

CONSIDÉRATIONS SUR LA NATURE, LES CONDITIONS ET LES EFFETS du principe constitutionnel. Quatre traités des MM. Joseph Held, Rodolphe Gneist, Georges Waitz, Guillaume Kosegarten, publiés par le Baron Auguste de Haxthausen. Traduits de l'allemand. In-8. 2 Thlr.

CARATHEODORY, E. DU DROIT INTERNATIONAL CONCERNANT LES grands cours d'eau. Étude théorique et partique sur la liberté de la navigation fluviale. In-8. 1 Thlr. 10 Ngr.

CUSSY, F. DE. DICTIONNAIRE OU MANUEL-LEXIQUE DU DIPLOMATE et du consul. In-12. 3 Thlr.

CUSSY, F. DE. RÈGLEMENTS CONSULAIRES DES PRINCIPAUX ÉTATS maritimes de l'Europe et de l'Amérique; fonctions et attributions des consuls; prérogatives, immunités et caractère public des consuls envoyés. Recueil de documents officiels et observations concernant l'institution consulaire, les devoirs, les obligations, les droits et le rang diplomatique des consuls. In-8. 2 Thlr. 8 Ngr.

CUSSY, F. DE. PHASES ET CAUSES CÉLÈBRES DU DROIT MARItime des nations. 2 vol. In-8. 5 Thlr.

CUSSY, F. DE. PRÉCIS HISTORIQUE DES ÉVÉNEMENTS POLITIQUES les plus remarquables pui se sont passés depuis 1814 à 1859. In-8. 2 Thlr. 20.

MARTENS, CH. DE. LE GUIDE DIPLOMATIQUE. PRÉCIS DES DROITS et des fonctions des agents diplomatiques et consulaires; suivi d'un traité des actes et offices divers qui sont du ressort de la diplomatie; accompagné de pièces et documents proposés comme exemples. Cinquième édition, entièrement refondue par M. F. H. Geffcken. 2 Vol. en 3 parties. In-8. 4 Thlr. 16 Ngr.

MARTENS, CH. DE. CAUSES CÉLÈBRES DU DROIT DES GENTS. Deuxième édition, revue, corrigée et augmentée par l'auteur. 5 vol. In-8. 13 Thlr. 10 Ngr.

MENSCH, F. A. DE. MANUEL PRATIQUE DU CONSULAT. OUVRAGE consacré specialement aux Consuls de Prusse et des autres états formant le Zollverein ou l'Association de douanes et de commerce allemand. Suivi d'un tableau des consulats qu'ont les États de cette union à l'etranger. In-8. 1 Thlr. 15 Ngr.

NEUMANN, L. RECUEIL DES TRAITÉS ET CONVENTIONS CONCLUS par l'autriche avec les puissances étrangères, depuis 1763 jusqu'à nos jours. 6 vol. In-8. 19 Thlr.

RECUEIL MANUEL ET PRATIQUE DE TRAITÉS, CONVENTIONS ET autres actes diplomatiques sur lesquels sont établis les relations et les rapports existant aujourd'hui entre les divers États souverains du globe, depuis l'année 1760 jusqu'à l'epoque actuelle. Par Ch. de Martens et F. de Cussy. 7 vol. In-8. 21 Thlr.

WHEATON, H. ÉLÉMENTS DU DROIT INTERNATIONAL. QUATRIÈME édition. Tomes I et II. In-8. 4 Thlr.

WHEATON, H. HISTOIRE DES PROGRÈS DU DROIT DES GES EN Europe et en Amérique depuis la paix de Westphalie jusqu'à nos jours. Quatrième édition. In-8. 4 Thlr.



